

CHRONIK

von Radeberg und Umgebung

Prof. Felix Schwabe

Teil IV

Die Entwicklung Radebergs zur neuzeitlichen Industriestadt

Radeberg zwischen 1858 und 1914

Der hier veröffentlichte Text wurde im Jahr 2021 von Herrn Bertram Greve auf Grundlage des im Stadtarchiv Radeberg vorhandenen Originals erfasst und 2025 von Herrn Dr. Rohland überarbeitet. Dort, wo es aus Gründen des besseren Verständnisses für notwendig erachtet wurde, sind Begriffe durch Fußnoten erläutert worden. Der Text ist in Rechtschreibung und Grammatik behutsam auf heutige Regeln angepasst worden, ohne den Wortlaut des Originals zu verändern.

Außerdem ist der Text durch folgende Anlagen ergänzt worden:

Anlage I: Original der von Schwabe verwendeten Gliederung

Anlage II: Übersicht zu Schülerzahlen, tabellarisch zusammengestellt von Bertram Greve

CHRONIK

von Radeberg und Umgebung

Prof. Felix Schwabe

Teil IV

Die Entwicklung Radebergs zur neuzeitlichen Industriestadt Radeberg zwischen 1858 und 1914

Inhalt

1	Die kriegerischen Ereignisse 1864-1871	5
1.1	Bundesexekution gegen Dänemark.....	5
1.2	1866 Belastungen, kühle Aufnahme des Friedens	5
1.3	Der Krieg von 1870/71.....	6
2	Radeberg in den politischen Strömungen der Zeit.....	7
2.1	Gesinnung großdeutsch, gegen Bismarck.....	7
2.2	Sachsen im Norddeutschen Bund – Reichstagswahlen – Politische Kämpfe.....	8
2.3	Landtagswahlen	10
2.4	Kreis- und Bezirkstage	12
2.5	Stadtverordnetenwahlen, Klassenwahlrecht.....	12
2.6	Veranstaltungen, Kriegerdenkmal und Arbeitervereinigungen,	13
3	Verfassung und Verwaltung	15
3.1	Bürgermeister und Stadtrat – Stadtverordnete und Ausschüsse	15
3.2	Unterbeamte und sonstige Angestellte.....	16
3.3	Städtische Bezirke, Standesamt	17
3.4	Bürgerrecht, Stadtbezirk, Amtsgericht	17
4	Finanzielle Verhältnisse.....	18
4.1	Einnahmen und Ausgaben nach den Rechnungen von 1860, 1880 und 1910.....	18
4.2	Summen der Einnahmen und Ausgaben	21
4.3	Pachte, Sporteln, Anlagen, städtische Betriebe, Bürgergeschoß u.a. Ablösungen	21
4.4	Größere Ausgaben, kleinere für soziale Zwecke	23
4.5	Activa und Passiva, Anleihen und Rückzahlungen	24
4.6	Rücklagensystem, Stadtschuldscheine	25
4.7	Chausseegeldeinnahme.....	26
5	Öffentliche Arbeiten	26
5.1	Kommunale Baumaßnahmen – Rathaus, Kirche, Krankenhaus u. a.	26
5.2	Kommunale Baumaßnahmen – Straßenbau, Brücken, Denkmäler u. a.	28
5.3	Bauordnungen und Bebauungspläne	29
5.4	Staatstraße von Großröhrsdorf – Kommunikationswege, Flügelweg – Senkung der Fabrikstraße	29
5.5	Wohnungsbau	30
5.6	Straßenbeleuchtung	31
5.7	Rampen, Wassertröge – Schneebeseitigung, Besprengung, Reinigung	31
5.8	Gas, elektrischer Strom.....	32

6	Weiterer Fürsorgetätigkeit der Stadt.....	33
6.1	Wasserversorgung.....	33
6.2	Badegelegenheiten.....	34
6.3	Feuerlöschwesen.....	36
6.4	Nachtschutzdienst.....	38
6.5	Soziale Situation	38
6.5.1	Bettelwesen, Zwangsarbeit.....	38
6.5.2	Armenhaus, Statistisches.....	39
6.5.3	Altenheim u. a.	41
6.6	Krankenpflege.....	42
6.6.1	Krankenhaus.....	42
6.6.2	Bekämpfung besonderer Krankheiten.....	43
6.6.3	Viehseuchen, Hundefänger.....	44
6.7	Versicherungswesen vor und nach der Sozialgesetzgebung des Reiches	45
6.8	Arbeitsnachweis, Sparkasse.....	47
7	Die Bevölkerung.....	47
7.1	Zahl der Bewohner, Gliederung nach Geschlecht, Alter, Religion u. a.....	47
7.2	Geburtenrate-Geburtenüberschuss	49
7.3	Bürgerrechtsverleihungen	49
7.4	Gesundheitszustand	50
7.5	Berufe – Fabrikarbeiter.....	50
7.6	Das Vereinswesen	52
7.6.1	Vereinsvielfalt.....	52
7.6.2	Schützen.....	54
7.6.3	Turner	55
7.6.4	Militärvereine.....	55
7.6.5	Garnison.....	56
7.7	Radeberger Persönlichkeiten.....	56
8	Wirtschaftliche Verhältnisse	57
8.1	Landwirtschaft.....	57
8.1.1	Rückgang derselben.....	57
8.1.2	Flurbuch	57
8.1.3	Kommunalgrundstücke.....	57
8.1.4	Getreidebau u. a.....	58
8.1.5	Viehhaltung.....	58
8.1.6	Fischzucht.....	59
8.1.7	Unterhaltungsgenossenschaft für Flüsse.....	59
8.2	Das Handwerk	59
8.2.1	Im Spannungsfeld von Gewerbefreiheit und alten Innungsrechten	59
8.2.2	Entwicklung einzelner Innungen	60
8.3	Ablösung der Braugerechtigkeit.....	63
8.4	Eingehen der Cavillerei	63
8.5	Die Industrie.....	64
8.5.1	Neue Fabrikanlagen.....	64
8.5.2	Eingehen mancher Betriebe.....	67
8.5.3	Fortbestehen einiger älterer Betriebe	67
8.5.4	Größere neue Ladengeschäfte	67
8.5.5	Genaueres von besonders bedeutende Unternehmungen	68
8.6	Arbeitskämpfe.....	69
8.6.1	Streiks und Aussperrungen	69
8.6.2	Kameradschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	71
8.7	Gastgewerbe.....	72
8.8	Der Handel	76

8.8.1	Eingehen des Salzhandel-Privilegs.....	76
8.8.2	Jahrmärkte, Viehmärkte, Wochenmärkte, Christmarkt – Preise	76
8.8.3	Geachtetes Gemäß	78
8.8.4	Rabattsparverein	78
8.9	Verkehrswesen.....	78
9	Weitere soziale und kulturelle Tätigkeit	79
9.1	Freizeit im Handel, Sonn- und Feiertagsruhe in Handel und Industrie	79
9.2	Schutz von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen	82
9.3	Gewerbegericht.....	83
10	Schulwesen.....	84
10.1	Klassen und Lernkräfte	84
10.2	Schülerzahl u.a.	84
10.3	Zweiteilung in einfache und mittlere Volksschule	84
10.4	Fortbildungs- bzw. Berufsschule	85
10.5	Neubauten, besondere Verwaltung der Knaben- und der Mädchenschule.....	86
10.6	Weiterentwicklung des Turnunterrichts – Handarbeitsunterricht	87
10.7	Finanzielles u. a.	88
10.8	Weitere Schulen	89
10.8.1	Katholische Schule	89
10.8.2	Handelsschule.....	90
10.8.3	Höhere Schule, Realschulbau	90
10.8.4	Streit mit Lotzdorf.....	92
10.9	Schulärztliche Betreuung u.a.	92
11	Kirchliche Verhältnisse	93
11.1	Superintendentur – Kirchenvorstand	93
11.2	Der Kirchengebäude, Turm – Glocken, Uhr, Orgel.....	93
11.3	Besondere Feiern	94
11.4	Kantorei, Kirchenmusik u. a.	94
11.5	Begräbniswesen, neuer Friedhof	95
11.6	Gemeindepflege	96
11.7	Kirchliche Vereine.....	96
11.8	Katholischen Kirchgemeinde, Apostolische Gemeinde	96
11.9	Staatliche Eheschließung	97
12	Noch einiges Kulturelle	97
12.1	Private soziale Tätigkeit	97
12.2	Presse.....	98
12.3	Volksbibliothek.....	99
12.4	Thieme'sche Chronik	100
12.5	Gesangspflege, dramatische Betätigung, Heimatliebe.....	100
12.6	Stadtkapelle	101
12.7	Verhältnisse in Gaststätten, Ruhestörungen u. a., Sitte und Moral.....	101
13	Besondere Ereignisse	103
13.1	Wetterschäden, Krankheiten	103
13.2	Feste und hochrangige Besuche.....	103
14	Augustusbad	104
14.1	Seidels Grab, Seidel-Stiftung	104
14.2	Weiterentwicklung unter Bankdirektor Fröhner und Dr. Wilmar Schwabe	104

1 Die kriegerischen Ereignisse 1864-1871

1.1 Bundesexekution gegen Dänemark

Wie im II. und III. Teile beginnen wir mit den Einwirkungen der Kriege der 60er Jahre und des Krieges 1870/71. Es ist jetzt nicht mehr von unmittelbaren kriegerischen Ereignissen zu berichten, wie sie unsere Stadt früher erlebt hatte, doch haben unsere Vorbewohner lebhaft an allem teilgenommen, was die Lage an Folgen im Lande zeitigte, und besonders 1866 war die Spannung groß, der Haupt-Kriegsschauplatz verhältnismäßig nahe. An der Bundesexekution gegen Dänemark hat sich nur unsere Garnison beteiligt, die 2. Batterie der reitenden Artillerie. Diese rückte am 16. Dezember 1863 bereits ab und kehrte im Dezember 1864 zurück, von unserer Bürgerschaft herzlich empfangen. Schon während des Krieges war diese im Geiste bei ihren Soldaten gewesen, hatte Geld und Wäsche u. a. für sie gesammelt, der Turnverein veranstaltete jetzt einen Unterhaltungsabend, die Gesellschaft „Harmonie“ eine Theateraufführung für hiesige Angehörige Gefallener. War auch keine Begeisterung für den Krieg vorhanden, so ließ man das doch nicht diejenigen spüren, die dadurch in Not gerieten. Das Gerichtsamt hatte reiche Spenden zu quittieren für Soldaten, deren Familien und Invaliden.

1.2 1866 Belastungen, kühle Aufnahme des Friedens

1866 rückten beide Batterien am 11. und 13. Mai aus hier ab. Bei Gitschin und Königgrätz¹ haben sie mit Auszeichnung gefochten, wie überhaupt die sächsische Armee unter unserem Kronprinzen Albert. Am 15. Juni hörte jeder Bahnverkehr hier auf, am 16. rückten die Preußen bei Strehla in Sachsen ein. Am 19. erschienen hier etwa 10 preußische Grenadiere mit einer Lokomotive und zwei Wagen, um die Bahn bis Dresden zu untersuchen, die teilweise beschädigt worden war, dann noch 20, die den telegraphischen Verkehr abschnitten. Am 22. mussten 270 Mann reitende Artillerie in Quartier genommen werden, am anderen Morgen zogen diese aber schon weiter. Dagegen blieb bei Räcknitz² ein großes preußisches Lager. Ununterbrochen rollten die Militärzüge hier durch. Am 28. Juni waren wieder 130 Mann hier in Quartier. Die preußischen Truppen forderten vom Gerichtsamtsbezirk 40 Spannfuhren, von denen 3 auf die Stadt kamen. Bald waren hier auch Verwundete und Kranke zu pflegen. Obgleich man die Preußen nicht leiden mochte und den Bruderkrieg verurteilte, zeigte sich doch der gutmütige Sinn unserer Bürgerschaft in vielen Spenden und tatkräftiger Hilfsbereitschaft, z. B. auf dem Bahnhofe. Am 13. Juli wurde hier, wohl zum Ordnungsdienst, eine Bürgerwehr aufgestellt, wozu die Jahrgänge vom 21. bis zum 60. Jahre verpflichtet waren. Wie in anderen Orten stiegen auch hier alle Preise.

Im Allgemeinen hatte man sich über die Preußen nicht zu beklagen, aber einmal haben doch einige mit Aufenthalt hier durchfahrende Soldaten bei Bewohnern der Bahnhofstraße mit Gewalt requiriert und besonders beim Bahnhofswirt Kaje viel Schaden angerichtet, selbst in dessen Ziergarten. Der 5. September brachte Einquartierung von 75 Mann mit 92 Pferden, am 17.-18. waren 2 preußische Munitionskolonnen mit 260 Mann hier. Man begann jetzt schon für invalid gewordene sächsische Soldaten und Hinterbliebene von Gefallenen zu sammeln. Für Zwangslieferungen hat Radeberg 4000 Taler aufzubringen gehabt. Auch im Augustusbade wurden wieder Verwundete gepflegt, etwas über 20 Österreicher und ebenso viel Preußen, sie scheinen sich hier ganz gut vertragen zu haben. Dann wurde es Hilfsstation nur für verwundete sächsische Soldaten. Der Krieg war glücklicherweise kurz. Vom 1. Oktober an war der Eisenbahnbetrieb wieder normal, am 13. November kehrte die Garnison zurück.

Im Ganzen hatten über 5.300 Mann hier in Stadt und Schloss in Quartier gelegen, 543 Scheffel Hafer, 320 Zentner Heu, Stroh und 2 Pferde hatten geliefert werden müssen, über 270 Taler Verpflegungsgelder waren gezahlt worden. In dieser Zeit kamen einige Fälle von Cholera vor, hier starb daran der bekannte Fabrikant Scherz.

Der Friede von Prag, der im Allgemeinen dem Kriege am 23. August ein Ende machte, galt noch nicht für Sachsen, unser Land schloss ihn erst am 21. Oktober mit Preußen in Berlin, es schloss sich dem Norddeutschen Bund an, überließ diesem das Post- und Telegraphenwesen und zahlte 10 Millionen Kriegskosten. Seine Truppen wurden das 12. Armeekorps des Bundesheeres, bis zur Durchführung der dadurch nötig

¹ heute Jicin und Hradec Kralove im Vorland des Riesengebirges in der Tschechischen Republik

² Stadtteil im Süden von Dresden

gewordenen Umorganisation blieben preußische Truppen in Sachsen. Der Chronist spricht von „schweren Opfern nach dem Kriege infolge der bisherigen Regierungspolitik“. Der Friedensschluss war hier ziemlich kühl aufgenommen worden, man war aber froh, dass Sachsen wenigstens in den Grenzen von 1815 als Bundesstaat erhalten blieb. Dass die wirtschaftlichen Verhältnisse 1866/67 nicht ganz normal waren, ist schon daran zu erkennen, dass unsere Sparkasse in dieser Zeit über unregelmäßigen Eingang der Zinsen zu klagen hatte. Die heimkehrende Garnison aber wurde festlich begrüßt.

1.3 Der Krieg von 1870/71

Am 19. Juli 1870 erfolgte die französische Kriegserklärung, 3 Tage nach dem Beginn der sächsischen Mobilisierung. Schon am 21. wurde unsere Garnison um 70 Mann Ersatztruppen und 200 Pferde verstärkt und eine Vormusterung für die Aushebung von Pferden hier gehalten. Sofort bildete sich hier auch ein Hilfsverein, der zu freiwilligen Spenden als Zuschuss für bedürftige Ehefrauen und Kinder von Landwehrmännern aufforderte, die aus Staatsmitteln monatlich nur 1 Taler 10 Neugroschen für die Frau und 15 Neugroschen für 1 Kind erhielten, da war ein Zuschuss schon angebracht. Das Eisenwerk „Saxonia“ an der Bahnhofstraße zahlte den Frauen gleich noch 15, den Kindern 5 Neugroschen für die Woche. Bald kamen Züge mit Verwundeten hier durch, um ihnen Erfrischungen bieten zu können, sammelten der Bahnhofsinspektor Winter, der Redakteur unserer Zeitung und ein Kaufmann Kühn Gaben ein. Darauf bildete sich ein „Verein zur Erquickung hier durchpassierender verwundeter Krieger“, der in der Stadt eine Listensammlung durchführte. Die Schulen machten wie in anderen Orten „Pfennigsammlungen“, ein Konzert des Turn- und Männergesangsvereins erbrachte 17 Taler dafür. Alle Quellen sprudelten reichlich. Einquartierungen brachten wieder reges Leben. Am 13./14. August erschienen 125 Wagen mit 250 Pferden, am 16. September 2 Ersatzbatterien, unsere Garnison war Ende Juli bereits mit dem ganzen 12. Armeekorps nach Mainz aufgebrochen. Der Rat veranstaltete patriotische Unterhaltungsabende im Rathaussaal. Es herrschte eine ganz andere Stimmung als 1866! Leider aber verstand mancher verwundeten Franzosen gegenüber nicht, den nötigen Abstand zu wahren, musste sich freilich dann auch Zurechtweisungen gefallen lassen. Bis Januar 1871 konnte der Unterstützungsverein für Kriegerfamilien über 400 Taler ausgeben, und immer weitere Spenden gingen ein. Am 13. Januar 1871 fand auch noch eine Musterung statt, wobei sich aus der Stadt 81 Mann stellten. Am 1. Februar zogen die Ersatzbatterien wieder ab. Dafür kam eine Schwadron Ulanen von Oschatz her, die aber schon bald wieder zurückbeordert wurde. Als der Krieg sein glückliches Ende gefunden hatte, wurde der Friede hier anders gefeiert als 1866. Sechs Bürger riefen zuerst zu einer Illumination am Friedensfest auf, dem 2. März, als die französische Nationalversammlung in Bordeaux den Vorfrieden genehmigt hatte. Das Fest selbst wurde am 2. März feierlich begangen mit Glockengeläut, Flaggenschmuck, Musik und Freudenschüssen, einem Fackelzug und allgemeiner Illumination der Stadt. Am folgenden Geburtstag des deutschen Kaisers schmückte sich Radeberg nochmals mit Flaggen und veranstaltete im Rathause ein Festessen. Wie Sachsens König und das ganze sächsische Volk hat sich auch unsere Heimatstadt freudig in das neuerstandene deutsche Kaiserreich eingefügt, wenn es auch vorläufig nur ein kleindeutsches war, und nun auch ihre bisher meist ablehnende Stellung zu dem „Reichsschmied“ mit einer gerechteren Schätzung Bismarcks vertauscht. Die Feldzugsteilnehmer von 1849, 66 und 70/71 wurden dadurch geehrt, dass ihnen bis zu 1.100 Mark jährlichem Einkommen, die Gemeindeanlagen erlassen wurden, später (1906) werden noch die von 1864 mit eingeschlossen. Wie im ganzen Reiche, so war es auch hier: Mit den deutschen Siegen wuchs die Begeisterung und drang die Anerkennung Preußens und Bismarcks durch.

Ein besonderer Feiertag wurde noch der 1. Juli, der Tag, an welchem unsere Garnison im Glanze des errungenen Sieges in ihren Standort zurückkehrte. Schützen, Jäger und Militärverein zogen ihnen nach Dresden zu bis an die Weichbildgrenze entgegen. Als die Krieger abends 8 Uhr in die Stadt einzogen, marschierten sie durch festlich geschmückte Straßen und Ehrenpforten, begrüßt von Festjungfrauen und Rednern auf dem Markte. Auf einem Festdiner am Tage darauf wurden Trinksprüche gehalten auf Kaiser Wilhelm, Moltke und – Bismarck! Und die sich hier kundgebende Gesinnung war nun bleibend, wie überhaupt in Sachsen, man denke nur an die Huldigung von Tausenden Dresdner Bürgern auf dem Theaterplatze, als der Alt-Reichskanzler 1892 aus seinem Sachsenwald³ zur Hochzeit seines Sohnes in Wien durch Dresden fuhr.

³ 70 km² großes Waldgebiet in Schleswig-Holstein, Geschenk Kaiser Wilhelm I. an Otto von Bismarck, 1871

2 Radeberg in den politischen Strömungen der Zeit

2.1 Gesinnung großdeutsch, gegen Bismarck

Im Anfang der 60er Jahre war hier die Stimmung antidänisch, doch zufrieden war man weder mit Österreich noch mit Preußen, auch nicht mit Bismarck. Mit Österreich nicht wegen dessen „Jesuiten- und Konkordatswirtschaft“ (1855 hatte Österreich mit dem Papst einen für die Herrschaft der katholischen Kirche sehr günstigen Vertrag geschlossen, das „Konkordat“), Preußen wird getadelt, weil es sich mit diesem Österreich 1864 verband, statt allein für das deutsche Recht gegen Dänemark vorzugehen. Bismarck war unbeliebt wegen seines selbständigen Vorgehens dem Landtag gegenüber in der Frage der Heeresorganisation. Das war der Standpunkt der Mittelstaaten, der auch hier gebilligt wurde. Einen Sonderbund der Mittelstaaten neben den Großstaaten Preußen und Österreich wünschte man aber auch nicht. Dagegen war man „großdeutsch“ gesinnt, am 5. August 1865 heißt es in einem Leitartikel unserer Zeitung: „Wohin nur immer das Auge sich wendet, überall Schwarz-Rot-Gold!“. „Die Entfaltung der deutschen Farben wird von jedermann als etwas ganz Natürliches und zur Sache Gehöriges aufgefasst.“ Für den Krieg von 1866 herrschte keine Begeisterung, wie schon erwähnt, er wurde als ein Bruderkrieg empfunden, schon zu Neujahr 1866 schreibt man missbilligend von einem „Säbelgerassel Bismarcks“. Nur ein kleiner Teil der sächsischen Presse trat für den Anschluss an Preußen ein. Die maßgebenden Kreise in Staat und Heer waren eher habsburgisch gesinnt.

Als ein Sprachrohr der politischen Meinungen unserer Bürgerschaft in diesen Zeiten, darf man wohl die Radeberger Zeitung betrachten. Leider ist sie erst von 1863 an voll erhalten, die Nummern der Revolutionsjahre 1848/9 sowie die ganze darauffolgende Reaktionszeit, fehlen. Doch seien aus der Zeit 1863 bis 66 einige bezeichnende Stellen kurz angeführt. In der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit war die Stimmung durchaus deutsch und dänenfeindlich und begrüßte die so genannte Bundesexekution, wodurch sächsische und hannoversche Truppen Holstein besetzten, um es gegen die dänischen Annexionsgelüste zu schützen. Man freute sich, dass gerade die Radeberger Reitende Artillerie an diesem Feldzuge teilnahm, und blieb in enger Fühlung mit ihr. Die Zeitung bringt immer Berichte über ihr Ergehen, zum Weihnachtsfeste erfreut die Stadt ihre Kriegsmänner durch eine Sendung von 50 schönen Stollen. Das „Echo“ berichtet einfach, dass die zur Exekution bestimmten sächsischen Truppen zuerst auf höheren Befehl die deutsche Kokarde⁴ neben der sächsischen aufgesteckt haben, dies begrüßend, dann aber ebenfalls auf höheren Befehl wieder abgenommen haben – dies unausgesprochen, doch bestimmt missbilligend. In der letzten Nummer von 1863 bedauert ein Artikel, dass Preußen und Österreich die Verwaltungstrennung Schleswigs und Holsteins gefördert und die Einführung der dänischerseits geforderten weiblichen Erbfolge in diesen Herzogtümern zugelassen haben, während der deutsche Bund diese Änderung abgelehnt hatte. Man teilte hier den Standpunkt des sächsischen Staatsmannes Freiherr von Beust, dass ein Beschluss über die Erbfolge in einem Bundeslande nur dem Deutschen Bund zustehe. Große Empörung löste wie in den anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten das selbständige Vorgehen der 2 deutschen Großmächte aus, als diese den Krieg gegen Dänemark selbst in die Hand nahmen, die Hannoveraner und Sachsen abseits stehen lassend. Das Blatt berichtet auch, dass die preußischen Vortruppen beim Einmarsch in Kiel die preußische Fahne statt der deutschen aufgezogen haben. Der Sieg von Düppel⁵ wird nur kurz mitgeteilt, während in Berlin die Nachricht dieser Waffentat großen Jubel hervorrief, war hier nichts davon zu spüren.

Etwas biedermeierlich mutet ein dem König Johann am 13. Mai 1864 gespendetes Lob an, als dieser einen Antrag auf Vermehrung der sächsischen Armee um ganze 2.000 Mann zurückgezogen hatte, worüber sonst ein Konflikt mit dem Landtag entstanden wäre, wie in Preußen, auch die 2. Kammer habe dabei „Gedanken des Friedens und nicht des Krieges bewiesen“. 1865 wird „das arme Schleswig-Holstein beklagt“, zwar nur im Berichte von einer Erklärung des Nationalvereins in Frankfurt a. M., aber in vollem Einverständnis mit diesem. Da heißt es z. B.: „Unerträglich lastet seit dem Wiener Frieden und dem Gasteiner Verträge⁶ auf

⁴ ein ursprünglich kreisförmiges Abzeichen, meist mit militärischer oder politischer Bedeutung

⁵ Ort in Nordschleswig auf der Halbinsel Sundewitt, um die „Düppeler Schanzen“ wurde in den deutsch-dänischen Kriegen erbittert gekämpft

⁶ am 14. August 1865 im österreichischen Ort Bad Gastein unterzeichnet, regelte die gemeinsame Herrschaft der deutschen Großmächte über die sogenannten „Elbherzogtümer“ Schleswig, Holstein, Lauenburg

dem von dänischer Willkürherrschaft befreiten Lande die Vergewaltigung durch deutsche Bundesgenossen“ (Preußen und Österreich – besonders ersteres!). Sie sind jetzt „einem neuen, mehr als dänischen Willkürregiment preisgegeben“, „selbst das Maß von Volksvertretung, welches die Dänen noch ließen, ist vernichtet“.

Eine andere Angelegenheit, welche die deutschen Gemüter in diesen Zeiten erregte, war der polnische Aufstand gegen Russland. Am 30. Januar 1863 gibt das „Echo“ den Ausbruch der Revolution in Warschau bekannt. Schon die Bezeichnung „Rebellen“ für die Aufständischen kennzeichnet den Standpunkt des Blattes, weiter wird mitgeteilt, dass sie Wehrlose in ihren Betten erdrosselt, Dörfer in Brand gesteckt haben, dass sie die Nacht vom 22. zum 23. Januar zu einer Bartholomäusnacht⁷ hätten machen wollen. Die polnischen Bauern werden gerühmt, dass sie treu zur russischen Regierung halten. Der Aufstand breitet sich aus, die Insurgenten „locken Opfer in ihre Netze“. Dagegen wird lobend anerkannt, dass Russland im Inneren auf der Bahn der Reform fortfahre, am 3. März sei dort die Abschaffung der Leibeigenschaft zum Abschluss gelangt.

Im Allgemeinen sympathisierte man in Deutschland mit den Polen und verdachte es in den Mittel- und Kleinstaaten Bismarck sehr, dass er in dieser Sache die alte Freundschaft mit Russland bewahrte. Dass der preußische Krieg gegen Österreich 1866 als ein deutscher Bruderkrieg scharf verurteilt wurde, ist uns bereits bekannt, die öffentliche Meinung in Sachsen war durchaus für die Habsburger. Der Aufruf des Königs vom 16. Juni dürfte auch hier im Allgemeinen Widerhall gefunden haben: „An meine treuen Sachsen: Weil wir treu zur Sache des Rechtes eines Bruderstammes standen, weil wir festhielten an dem alten Band, welches das große deutsche Vaterland umschlingt, weil wir bundeswidrigen Forderungen uns nicht fügten, werden wir feindlich behandelt“. Wie klingt es aber kurz darauf, als das „Echo“ den am 24. Oktober zwischen Preußen und Sachsen ratifizierten Frieden bekannt machte? Die schonenden Formen in allen Verträgen, die Bismarck-Preußen mit allen besiegten Staaten schloss, werden anerkannt, doch „können keinem die schweren Opfer entgehen, welche nicht bloß die Krone, sondern auch das Land als Folge der bisherigen Regierungspolitik noch ferner zu bringen haben.“ (10 Millionen Reichstaler bis 30. April 1867 in 3 Raten zu zahlen!). Man lernte sich schnell mit dem Norddeutschen Bunde und dem preußischen Nordwind abfinden.

Dem König blieb das sächsische Volk in treuer Anhänglichkeit verbunden, obgleich er doch für die „bisherige Regierungspolitik“ verantwortlich war, auch in Radeberg, wo sein nächster Geburtstag am 12. Dezember 1866 ganz in alter Weise mit Rèveilles⁸, Geläut, Schulaktus und Diner auf dem Rathaus gefeiert wurde.

2.2 Sachsen im Norddeutschen Bund – Reichstagswahlen – Politische Kämpfe

Sachsen wurde nun ein Staat im Norddeutschen Bunde, und es galt Anfang 1867, Abgeordnete zum 1. Norddeutschen Reichstage zu wählen. Am 30. Januar fand hier die erste Wahlversammlung statt. Kandidaten waren Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze und Advokat Dr. Schaffrath in Dresden, letzterer uns schon von 1848 her bekannt. Jetzt gab es nun auch hier schon politische Parteien, z. B. Anhänger Lassalles. Es bildeten sich mehrere „Wahl-Komitees“, diese einigten sich außer den Lassalleanern, den zweiten Kandidaten zu empfehlen. Der Ausgang der Wahl (12. Februar) war überraschend: Schwarze ging mit 301 Stimmen als Sieger hervor, Schaffrath brachte es nur auf 186. Von 763 Wahlberechtigten (Bedingungen: Alter von 25 Jahren, Wohnsitz im Orte, nicht im Konkurs, nicht unter Curatel⁹ stehen, im letzten Jahre keine Armenunterstützung erhalten haben) wurden nur 523 Stimmen abgegeben, die Wahlbeteiligung lag bei 86,54 %. Diese Wahl war jedoch nur eine vorläufige gewesen, am 31. August fand eine zweite zum 1. ordentlichen Reichstag statt. Von 769 Berechtigten machten jetzt gar nur 228 von ihrem Recht Gebrauch (29,65 %), von denen ein Advokat Judeich 152 erhielt, Schwarze nur 50, ein Kaufmann Walther 18, Schaffrath nur 3. Wie aber die nächsten Wahlen bewiesen, war Schwarze doch der Lieblingskandidat unserer Politiker, er hatte die Selbständigkeit der Einzelstaaten betont und sich gegen das hohe Budget und ein stehendes Heer ausgesprochen und wollte das Geld der Bürger für Industrie, Handel und Wissenschaft aufgewendet sehen. Das war also damals nach dem friedlichen Herzen der Mehrheit unserer Bürger gewesen. Bei der 1. Reichs-

⁷ auch „Pariser Bluthochzeit“ bei der 1572 in Paris 2.000 franz. Protestanten (Hugenotten) ermordet wurden

⁸ Weckruf

⁹ Person, die nicht (mehr) vollständig geschäftsfähig war und deshalb unter Vormundschaft bzw. Beistand (Curator) gestellt war

tagswahl im neuen Deutschen Reiche, 1871, stimmten sogar fast alle für Schwarze. Der sozialdemokratische Abgeordnete, der bekannte Liebknecht, erhielt in unserer Stadt 1 ganze Stimme. Das war aber doch der Anfang des politischen Auftretens der Sozialdemokratie in Radeberg. Diesmal hatte man die Stadt in 2 Wahlbezirke geteilt, die innere Stadt und die Fabrikvorstadt. Eine Arbeiterbevölkerung gab es jetzt schon, aber noch keine politische Selbständigkeit derselben. Die Wahlbeteiligung war noch unter aller Würde, von 591 Wählern im 1. Bezirk wurden 105 Stimmen abgegeben, von 139 im 2. Bezirk wenigstens 69, wodurch die Arbeiterbevölkerung sich rühmlich von der „bürgerlichen“ der Innenstadt unterschied. Jetzt entwickelte sich der Gegensatz zwischen der „staatsumwälzenden“ Sozialdemokratie und den „Ordnungsparteien“ auch hier in Radeberg. 1874 kandidierten Dr. Schwarze wieder als „entschiedener Gegner staatsumwälzender Parteien“, doch „für besonnenen Fortschritt“, am 10. Januar gaben ihm die Radeberger 463 Stimmen, Liebknecht aber schon 113. Erfreulich war die Zunahme der Wahlbeteiligung auf 44,64 %. Die nächste Wahl, 1877, brachte noch einmal das Duell Schwarze-Liebknecht, von 499 abgegebenen Stimmen erhielt ersterer 404, letzterer 86, die Stimmen zählten 43,35 % der Berechtigten. Einen Zuwachs erzielte Liebknecht wieder am 30. Juli 1878 mit 137 Stimmen gegen 421 für Schwarze, obgleich es in dieser Wahl gegen die Sozialdemokratie ging, nach 2 Attentaten gegen den ehrwürdigen alten Kaiser war der Reichstag von 1877 aufgelöst worden, und die staatsfeindliche Partei sank durch die Neuwahlen auch von 13 Sitzen auf 9. Die Wahlbeteiligung aber stieg auf 47,64 %. Der Kampf wurde jetzt auch hier schärfer, nachdem der Reichstag das Sozialistengesetz angenommen hatte. 1881 beschlagnahmte der Rat Flugschriften für Liebknecht, drei Personen aus Dresden, die solche hier in Radeberg verteilt hatten, wurden von der Polizei festgenommen. In diesem Jahre trat ein neuer Kandidat auf, die Fortschrittspartei hatte einen Kaufmann Sust aus Bautzen aufgestellt und die Deutsche Volkspartei sich jener angeschlossen. Schwarze gewann mit 337 Stimmen noch in der Stadt die Mehrheit, Liebknecht diesmal 304, Sust nur 70, Wahlbeteiligung schon 55,46 %. Für die nächste Wahl, 1884, vereinigten sich Konservative und Liberale gegen die Sozialisten, ihr Kandidat war jetzt statt des kränklich gewordenen Schwarze, der Oberappellationsrat Klemm in Dresden, für die Sozialdemokraten der Zigarrenfabrikant August Kaden in Kötzschenbroda, dann Gohlis, für die Deutsch-Freisinnigen oder Fortschrittler, der Kaufmann Walther in Dresden, lauter neue Männer! Am 28. Oktober erhielt Kaden 415, Klemm 381, Walther 138 Stimmen, wieder wuchs die Beteiligung mit 64,37 %. Da geschah etwas Unerwartetes: 1887 kam Klemm auf 814, Kaden nur auf 265 Stimmen, der Freisinnige, Rechtsanwalt Träger, auf 43. Von 1356 Wahlberechtigten machten 1129 von ihrem Stimmrecht Gebrauch – 83,26 %. 1890 war hier die anti-sozialdemokratische Stimmung so angewachsen, dass den Sozialdemokraten die Säle verweigert wurden und die ersten Kundgebungen gegen die Maifeier stattfanden. Trotzdem stiegen Kadens Stimmen wieder auf 339, während Klemm 740, Träger 106 bekam, Beteiligung 75,89 %. Abgeordneter wurde Klemm. 1893 trat eine neue, rührige Partei auf den Plan, die besonders bei dem gewerblichen Mittelstande Fuß fasste: die Deutsch-Soziale Reformpartei. Ein noch nie da gewesener Wahlkampf durchwühlte unsere Stadt. Die „Reformer“, besonders Judenfeinde, die daneben für Börsen- und Luxussteuer, erhöhte Progression der Einkommensteuer eintraten und, falls dies durchginge, auch die Militärvorlage der Regierung bewilligen wollten, gewannen für den Kaufmann Klemm, Dresden, 736 Stimmen, Kaden 476, Landrichter Rosenhagen, Dresden, der Konservative, nur 292. Diesmal machte sich eine Stichwahl nötig, wobei Klemm 995 und Kaden 492 Stimmen erzielte, ersterer blieb im ganzen Wahlkreis der Sieger. Von jetzt an betrug die Wahlperiode 5 Jahre, die nächste Wahl war also erst 1898. Diesmal stellten die Konservativen mit dem Bund der Landwirte den Privatus Hönerbach aus Niederlöbnitz auf, der 601 Stimmen errang, Kaden errang 782, der Reformier Dietz 325.

Wieder musste eine Stichwahl entscheiden, mit 965 Stimmen ging Kaden gegen Hönerbach mit 944 als Sieger hervor, auch im ganzen Wahlkreis. Die Beteiligung war reger als bei der Hauptwahl: 82,97% gegen 75,82 %. Für die nächste Wahl, 1903, glückte eine Einigung der Konservativen, Nationalliberalen, Reformer und Landwirte, sie stellten den Radeberger Amtsrichter Dr. Wagner auf, doch ohne den Sozialdemokraten stürzen zu können, dieser brachte es auf 1343 Stimmen, jener nur auf 875. Zum Zwecke der dauernden Einigung der „Ordnungsparteien“ trat vor der nächsten Wahl ein „Nationaler Ausschuss“ von 25 Personen zusammen, geleitet von Assessor Dr. Heinert. Dieser Ausschuss wirkte auch in den folgenden Jahren für den Zusammenschluss der staatserschaltenden Kräfte und veranstaltete große vaterländische Feiern. Die Einigung gelang freilich nur unvollkommen. 1907 schon stellten die Reformer wieder einen eigenen Kandidaten auf, Glasermeister Wetzlich in Dresden, der hier 698 Stimmen erzielte, während Kaden 1180 erhielt, ein Fortschrittler, Dr. Farge, 333, der Konservative, Generalleutnant Schmaltz, 222, das Zentrum hatte als Zählkan-

didaten den später berühmt bzw. berüchtigt gewordenen Redakteur Erzberger¹⁰ aufgestellt und konnte mit diesem 59 Stimmen buchen. Sie Wahlbeteiligung zeigte mit 90,25 % die bisher größte Höhe, nachdem das Jahr 1903 schon 87,47 % erreicht hatte. 1912 blieb Kaden mit 1452 Stimmen hier absoluter Sieger, Wetzlich bekam 744, Rechtsanwalt Klöppel als Kandidat der Freisinnigen 364 und Herr Erzberger 50. Beteiligung nur 80 %. Unser Wahlkreis blieb sozialdemokratisch vertreten. Da Kaden am 21. Juni 1913 starb, wurde eine Ersatzwahl nötig. An die Stelle des Verstorbenen trat der Arbeitersekretär Buck und erhielt 1365 Stimmen. Einen bedeutenden Rückgang erlitten Konservative und Reformer – Dr. Hartmann – mit 584 Stimmen, Klöppel schnitt mit 580 Stimmen unerwartet gut ab, da die Nationalliberalen zu seiner Unterstützung aufgefordert worden waren. Buck erhielt im Wahlkreis die absolute Mehrheit. Die Wahlbeteiligung hier war mit 2535 von 2946 Berechtigten recht zufriedenstellend, 86 %. Bezeichnend ist in der sich hier spiegelnden Entwicklung das Entstehen und überragende Zunehmen der Sozialdemokratie. Sachsen war für diese Richtung ein günstiger Nährboden, hier errangen die großen Führer ihrer ersten Sitze. 1903 wurde mit 22 von 23 Sitzen Sachsen das „rote Königreich“.

2.3 Landtagswahlen

Für die Wahlen zum Landtage war in unserem Zeitabschnitt zuerst das Gesetz vom 19. Oktober 1861 maßgebend, dann das vom 3. Dezember 1867. Wahlberechtigt waren die männlichen Personen von 25 Jahren an, die in der Stadt ihren ständigen Wohnsitz hatten, eine staatliche Steuer von mindestens 1 Taler zahlten, weder unter Kuratel noch in Konkurs standen und die bürgerlichen Ehrenrechte besaßen. Sachsen zerfiel in 45 ländliche und 35 städtische Wahlkreise. Die Wahlen waren mittelbar (indirekt). Radeberg gehörte erst zum 6., von 1869 an zum 3. Wahlkreis, es hatte 6 Wahlmänner zu stellen. Die 1. Landtagswahl zur 2. Kammer fand am 14. September 1863 statt. Es wurden von 227 Wahlberechtigten nur 108 Stimmzettel abgegeben und noch 3 davon unbeschrieben, die anderen 105 haben auch nicht alle 6 Vorschläge auf ihren Zettel geschrieben. Das Ergebnis war folgendes: 50-mal genannt war Kaufmann Estler, 41-mal Dr. med. Böhme, 39-mal Schuhmachermeister Fischer, 28-mal Tuchhändler Tzschucke, 26-mal Kaufmann Buhle, 23-mal Weinhändler Knobloch.

Am 31. August 1866 waren 7 Wahlmänner zu wählen. Es erhielten Seifensieder E. Gärtner 72, Advokat Rumpelt 63, C. A. Knobloch 52, Gastwirt Pommrich 45, Kfm. Estler 39, Apotheker Huth 37 und Schlossermeister Pfützner 36 Stimmen. So haben wir gleich eine Anzahl der Männer hier gefunden, die zu jener Zeit in unserer Stadt besonderes Ansehen und Vertrauen genossen. Von 262 Wahlberechtigten gaben diesmal 143 ihre Stimme ab, also bereits über die Hälfte (54,58 %). Wegen einiger Abänderungen durch ein Gesetz vom 3. Dezember 1868 musste 1869 die ganze Kammer neu gewählt werden, das geschah am 4. Juni. Eine wichtige Änderung bestand darin, dass die Wahlen unmittelbar (direkt) wurden, also der Abgeordnete selbst zu benennen war. Das Interesse der Radeberger war aber dadurch nicht gestiegen, von 392 Berechtigten wählten diesmal nur 133, also wenig über ein Drittel. Aber diese waren noch ziemlich einig. Advokat Kretzschmar aus Großenhain, schon seit 1866 im Landtag, erhielt 119 Stimmen, Kaufmann Huste, Bischofswerda, 10, der Radeberger Advokat Schreiter (liberal) nur 1! Am 2. Oktober 1871 waren hier 393 Berechtigte, die Beteiligung war mit 160 abgegebenen Stimmen besser geworden. Auch diesmal herrschte wieder Einmütigkeit: Advokat Schaffrath, Dresden, bekannt von der Revolutionszeit 1848 her, bekam 156 Stimmen, der Großenhainer Bürgermeister Kunze 1. Bis zur nächsten Ergänzungswahl, den 19. September 1877, nahm unsere Einwohnerschaft bedeutend zu, wahlberechtigt waren jetzt 666 Mann. Doch gewählt haben nur 166, ein wenig mehr als 6 Jahre zuvor! Schaffrath hatte davon 160, Fabrikbesitzer Buchwald aus Großenhain 4, Lehngerichtsbesitzer Philipp, Kleinwolmsdorf, 2. Im Jahre 1883 wagte es Radeberg wieder mit einem Bürger unserer Stadt, man stellte Herrn Fabrikbesitzer W. Hirsch auf. Am 11. September kam er auf 186 Stimmen, der Großenhainer Hermann erhielt auch noch 89 und ein Gastwirt Münch aus Zittau 72. Die Beteiligung war diesmal besser und betrug bei 371 Stimmen von 701 Wahlberechtigten ziemlich 53 %. Zum 1. Male unterlag im Wahlkreis Herr Schaffrath, Sieger wurde Hermann. Das erste Auftreten eines von der Arbeiterpartei aufgestellten, des Zittauers, verkündete den Anbruch einer neuen Zeit, 5 Jahre zuvor war schon der erste Sozialdemokrat in den sächsischen Landtag eingezogen, in den Reichstag. Da Bürgermeister

¹⁰ Matthias Erzberger (*1875, † 1921), deutscher Publizist und Politiker (Zentrum) im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Reichstagsabgeordneter seit 1903, später Reichsfinanzminister, Befürworter des Versailler Vertrages, 1921 von rechtsextremem Terrororganisation ermordet

Herrmann eine nochmalige Aufstellung ablehnte, nahm Kommerzienrat Buchwald eine solche an, er erhielt hier 247 Stimmen, ein gewisser Winkler 61.

Am 17. Oktober 1895 wurde zum letzten Male nach der alten Ordnung gewählt. Da Herr Buchwald nicht wieder kandidierte, trat ein Wahl-Komitee hier für Herrn Huste, Bischofswerda, ein. Die Reformer stellten den Kaufmann Ulich aus demselben Orte auf. Dieser bekam 312, Huste 306 Stimmen, ein gewisser Planitz 235. Abgeordneter wurde Huste.

Im nächsten Jahre führte Sachsen das berüchtigte Drei-Klassen-Wahlrecht ein. Die Wahl wurde wieder mittelbar. Nach diesem Wahlrecht wurde nun am 22. September 1901 verfahren. In der untersten, 3. Klasse, stimmten 473 Leute von 1.346 Berechtigten ab, in der 2. 121 von 203, in der 1. 30 von 40, zusammen 624 von 1.589 = 39,27 %, das Interesse war in der großen Masse wieder abgeflaut. Die 3. Klasse wählte 6 Sozialisten, doch auch 2 Konservative. Letzteres erklärte sich einestheils daraus, dass hier auch nichtsozialdemokratische Arbeiter-Organisationen bestanden – die Hirsch-Dunckerschen¹¹ Gewerkvereine und der Evangelisch-Nationale Arbeiterverein – anderenteils daraus, dass unser Bürger Kaufmann Georg Friedrich Alexander Knobloch für die Ordnungsparteien kandidierte. Diese Wahl hatte also für unsere Heimat besondere Bedeutung.

Da auf 500 Einwohner 1 Wahlmann kommen sollte, Radeberg aber 12.918 Einwohner zählte, hatte es 25 Wahlmänner zu stellen, diese wurden so verteilt, dass auf die 1. und 3. Klasse je 8 und auf die 2. Klasse 9 kamen. Wie dieses Wahlrecht ein recht ungleiches war, zeigen die Zahlen der Urwähler, die in den Klassen waren: die 1. Klasse zählte nur 40 Mann, und diese besaßen denselben Einfluss wie die 1.346 oder 1.349 (nach verschiedenen Angaben) der 3. Klasse, in der 2. Klasse wählten 203 oder 204. Die Urwahlen fanden am 25. (3. Klasse), 26. (2. Klasse) und 27. (1. Klasse) September statt. Aus der Abgeordnetenwahl, die bald darauf erfolgte, ging Herr Knobloch als Sieger hervor. Noch einmal galt dieses Wahlrecht bei der Wahl von 1907. Hier stellten die Konservativen, Reformer und eine „Mittelstandsvereinigung“ wieder Herrn Knobloch auf, während die Liberalen für Oberlehrer Dr. Barge eintraten, die Sozialdemokraten für den Großenhainer Nitschke. Man zählte diesmal 13.299 Bewohner, weshalb jetzt 1 Wahlmann mehr zu benennen war. Die 1. Klasse erhielt 9, die 2. 8 und die 3. wieder 9 Wahlmänner, die 1. Klasse zählte 45, die 2. 307 und die 3. 1.479 Urwähler. Gewählt wurde am 11., 12. und 13. September 1907. Knobloch erhielt im Wahlkreis wieder die Mehrheit der Stimmen, 54 von 79 Wahlmännern (Nitschke 21, Barge 4). In der 3. Abteilung mussten Nachwahlen stattfinden, da im 1., 2., 3. und 5. Wahlbezirk keine absolute Mehrheit einer Partei erzielt worden war. Bei der ersten Wahl hatten 1.069 von 1.821 abgestimmt, also 58,7 %, bei der Nachwahl 56,2 %. Bei der nächsten Wahl im Jahre 1909, galt wieder eine andere Wahlordnung. Sachsen hatte sich – wozu Preußen vor dem 1. Weltkrieg nicht kam – entschlossen, von dem plutokratischen Wahlrechte abzurücken und in dem Landtagswahlgesetz vom 5. Mai 1909 ein Plural- oder Mehrstimmenwahlrecht geschaffen, bei dem für einen bestimmten Grad von Besitz, Bildung und Alter je eine zusätzliche Stimme gezählt wurde, so dass mancher Wähler auf 4 Stimmen kam. Es ergaben sich hier 890 Wahlberechtigte mit 1 Stimme, 541 mit 2, 183 mit 3 und 287 mit 4 Stimmen, zusammen 1.901. Die Wahlen wurden wieder unmittelbar (direkt). Am 21. Oktober erzielte Herr Lagerhalter Braune (Soz., hier) 1.238 Stimmen, Herr Knobloch 1.213 Stimmen, ein Liberaler, Hippe 784. Bei der Stichwahl, am 2. November, entfielen auf Knobloch 1.661, auf Braune 1.499 Stimmen. Die Beteiligung bei 1.659 von 1.901 betrug 87,3 %. Es ist nur noch eine Landtagswahl nach diesem Plural-Stimmrecht erfolgt, und zwar 1912, woraus 30 Konservative, 25 Nationalliberale, 25 Sozialdemokraten und 8 Freisinnige nebst 3 Vereinzelt hervorgingen. Immerhin war die bisherige absolute Mehrheit der Konservativen gebrochen, während bei allgemeinem gleichem Wahlrecht eine solche der Sozialisten entstanden wäre.

Im Allgemeinen finden wir hier an den Landtagswahlen weniger Interesse als an Reichstagswahlen, was freilich für ganz Sachsen festgestellt worden ist.

Der 3. städtische Landtagswahlkreis umfasste außer Radeberg noch Großenhain, Bischofswerda, Pulsnitz, Radeburg und Stolpen.

¹¹ Max Hirsch (* 1832, † 1905), bürgerlicher Sozialpolitiker und Franz Duncker (*1822, † 1888), linksliberaler Publizist und Verleger, Mitbegründer der deutschen Fortschrittspartei und des Verbandes der deutschen Gewerkvereine, vertraten die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit

2.4 Kreis- und Bezirkstage

Neben Reichs- und Landtagen bestanden noch die Kreistage des Meißner Kreises weiter, die es allerdings nur noch mit Wohltätigkeitsveranstaltungen, Freistellen und dergleichen zu tun hatten. Radeberg hatte hier 1 Stimme, die dem Bürgermeister übertragen wurde. Von 1873 an kommen die amts-hauptmannschaftlichen Verbände dazu, zu deren Bezirkstagen die Städte, die ländlichen Ortschaften und die Höchstbesteuerten Vertreter zu entsenden hatten. Zu dem Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt schickt Radeberg 2 Vertreter, sonst waren es 16 Vertreter des Landes und 9 der Höchstbesteuerten. Die Zahl der Abgeordneten wird dann wiederholt vergrößert, erst auf 30, 1899 auf 36, und nun bekommt Radeberg 3 Vertreter. Außer den Bürgermeistern wurden in diesen Zeiten Stadträte, z. B. Herrmann, Werner, König, E. Hirsch, Müller, Hasse, Petrich, damit betraut.

2.5 Stadtverordnetenwahlen, Klassenwahlrecht

Die politischen und sozialen Gegensätze wirken sich in inneren Kämpfen für die Stadtverordnetensitze aus. In den 60er Jahren waren die Wahlen zum Stadtverordnetenkollegium noch ziemlich ruhig und regten die Wähler wenig auf. 1861 wurden nur 171 Stimmen abgegeben, 1864 immerhin schon 252. Jedes Jahr scheidet 1 Drittel aus, und es wird ein neues Drittel gewählt, 2 Ansässige und 1 Unansässiger.

Das Jahr 1870 wurde in doppelter Weise wichtig. Einmal wird die Zahl der Stadtverordneten von 15 auf 18 erhöht, dann wird die bisher indirekte Wahl direkt und geheim. Nach diesem Wahlrecht wurde gegen Ende des Jahres das ganze Kollegium erneuert. Am 5. Dezember fand diese Wahl statt, es wurden nach dem bisherigen Verhältnis 10 Ansässige und 5 Unansässige gewählt, ferner 9 Ersatzmänner. Aus der Wahl gingen außer 1 Arbeiter nur Besitzer hervor, doch mit diesem, einem Formenstecher, zog der erste Arbeiter der neuen Fabrikindustrie in die städtischen Kollegien ein. Von 1874 an durften nach jahrelangem Verbot (von 1844 an), wieder Berichte über die Beratungen des Kollegiums in der Zeitung erscheinen, wodurch dieselben bei der Bevölkerung doch etwas mehr Ansehen und Interesse erhielten. Von diesem Jahre an galt auch eine neue Städteordnung, „die revidierte“.

Die Beteiligung an der Wahl war noch recht gering, von über 400 Wahlberechtigten übten nur 130 dieses Recht aus. Nicht lange, so drang die übliche Zersplitterung auch hier ein. 1884 wurden nicht weniger als 7 Listen aufgestellt, besonders vom Hausbesitzerverein und von den Innungen. Von 483 Stimmberechtigten wurden 237 Stimmen abgegeben, 1886 von 489 Stimmberechtigten 308. Etwas Unerwartetes ereignete sich 1889, in dem Herr Oberlehrer Pfietsmann gewählt wurde, obgleich sein Name auf keiner der 3 aufgestellten Listen stand. Vor der Wahl von 1890 wurden zum ersten Mal wie bei den Reichs- und Landtagswahlen Wahlversammlungen abgehalten, man versprach sich davon eine Klärung der verschiedenen Standpunkte und infolgedessen größere Einheitlichkeit. Es zeigte sich 1892 auch eine gewisse Haupttrichtung, indem 13 Mitglieder des Kollegiums jetzt der Deutsch-Sozialen Reformpartei angehörten, von 6 Seiten war die gleiche Vorschlagsliste eingereicht worden, gewählt wurde freilich zur Hälfte wieder anders, als es auf diesen Listen stand. Die Beteiligung war wieder besser, 455 Stimmen von 577 Berechtigten. Gewählt wurden immerhin 5 von den auf den vorgeschlagenen Listen Stehenden. Allmählich hatte sich eine gewisse Gruppe von Bürgern gebildet, die lange Zeit den Haupteinfluss hier ausübten, so dass schon über ein „Pascharegiment“ geklagt wurde. Es waren Mitglieder des Hausbesitzervereins, gegen die nun stark Opposition gemacht wurde. Die Stadt sollte möglichst von den Alteingesessenen geleitet werden, weil diese ja von Natur das meiste Interesse an ihr hätten, mehr als die wechselnde Menge der Arbeiter und Beamten. Trotzdem wurde 1895 gleich 4 Unansässige gewählt, freilich kein Mitglied des Beamtenstandes dabei. 1898 erschien gegen die Hausbesitzer eine Liste „unabhängiger Bürger“ und brachte drei Unansässige durch, während es verfassungsmäßig nur 2 zu sein brauchten. Im folgenden Jahre befand sich auf der Gegenliste seit langer Zeit wieder einmal ein Arbeiter, ein Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (Brenz). Im Jahre 1900 werden die „Alten“, trotz heftiger Agitation gegen sie, wiedergewählt, obgleich 1 Arbeiter und 1 Beamter mit auf der Gegenliste standen. 1902 gelang es nicht einmal, einen nationalgesinnten Arbeiter mit aufzustellen. 1905 aber gelang es den Sozialdemokraten, ihren Kandidaten, den Lagerhalter Braune, durchzubringen, es wurde auch wieder ein Unansässiger mehr gewählt, als das Ortsgesetz erforderte. Eine gewisse Gereiztheit bestand in der Bürgerschaft gegen die Lehrer wegen deren Forderung von ausreichenden Gehaltserhöhungen. 1906 werden die „Alten“ nochmals wiedergewählt, offenkundig, weil sie diese abgelehnt hatten. 1908 erreichte der „Nationale Ausschuss“ die Wahl des Gewerkvereinslers Habedank

anstatt Braunes, wenn auch nur mit 527 Stimmen gegen 513. Im nächsten Jahre aber machten die „Vereinigten Ordnungsparteien“ den Fehler, keinen nationalen Arbeiter mehr aufzustellen, die Gewerkvereine, damit unzufrieden, stellten ihren Mitgliedern die Wahl frei, und das Ergebnis war die Wahl von 4 Sozialdemokraten, voran Herr Braune mit 669 Stimmen. Die Stadtregierung antwortete nun mit dem Gewaltmittel der Einführung des Dreiklassen-Wahlrechtes, am 20. Dezember 1908 von den Stadtverordneten beschlossen: Die 1. Klasse bildeten die Bürger mit einer Jahreseinnahme bis 1.600 Mark, also die große Mehrheit der Bürgerschaft, diese erhielten nur 5 Stadtverordnetensitze, die 2. Klasse mit Einkünften bis 4.000 Mark bekam 8, die 3. Klasse mit noch höheren Einkommen wieder 5 Sitze. Die 1. Klasse hatte künftig 2 Ansässige und 3 Unansässige zu wählen, die 2. Klasse 6 und 2, die 3. 3 und 2, also im Ganzen 11 Ansässige und 7 Unansässige – ein kleines Entgegenkommen gegen die überwiegende Zahl der letzteren. Von 1.439 Wählern gehörten 834 der 1., 496 der 2. und 109 der 3. Klasse an, wie der Stadtverordneten-Vorsitzende, Rechtsanwalt Eckenbrecht, einmal feststellte, also 58 %, 34,5 % und 7,5 % der Wähler. Die Steuerleistungen betragen 20,38 %, bzw. 32,83 % und 46,79 %. Die Verteilung der Stadtverordnetensitze war also ein Kompromiss zwischen Wählerzahl und Steuerleistung. Am 9. September 1910 wurde das neue Ortsgesetz mit dieser Wahlrechtsänderung gegen 6 Stimmen (4 Sozialdemokraten und 2 Gewerkvereiner) angenommen und zugleich die Zahl der Stadtverordneten auf 21 erhöht. Auf die 3 Klassen kamen nun 6, 8 und 7 Sitze. Neben den 11 Ansässigen und 7 Unansässigen sollten die 3 neuen Stadtverordneten frei gewählt werden können. Der Nationale Ausschuss vermittelte nun die Vorschläge für die 1. und 2. Klasse. Aus den Wahlen vom 8., 12. und 15. Dezember gingen 11 Ansässige und 10 Unansässige hervor, die 6 Stadtverordneten der 1. Klasse waren alle Sozialdemokraten, darunter 2 Ansässige. 11 „Alte“ waren wieder vertreten, neben 10 „Neuen“. Vorsitzender des Kollegiums wurde Rechtsanwalt Eckenbrecht, Stellvertreter Fabrikbesitzer Weise. Als der erstere 1911 den Vorsitz niederlegte, wurde Herr Weise zum Vorsitzenden gewählt, im folgenden Jahre wieder Herr Eckenbrecht. Ende 1912 erzielten die Sozialdemokraten 8 Sitze, sie waren auch in die 2. Abteilung eingedrungen. Um einer sozialdemokratischen Mehrheit vorzubeugen, änderte man – wie andere sächsische Städte – das Wahlrecht noch einmal. Die Zugehörigkeit zur 1. Klasse wurde bis auf das Einkommen von 2.050 Mark hinaufgesetzt, wodurch eine Anzahl sozialistischer Wähler aus der 2. Klasse heraus- und in die 1. Klasse hineinkam. Die 8 Sozialdemokraten hatten kurz vorher gegen den bisher gewährten Zuschuss zur Kirchengemeindekasse (18.400 Mark) gestimmt und waren Gegner des Realgymnasiums als einer „Standesschule“.

2.6 Veranstaltungen, Kriegerdenkmal und Arbeitervereinigungen,

Außer den hier erwähnten Wahlen äußerte sich die politische, besonders die vaterländische Gesinnung der Stadt bzw. weiter Kreise derselben in vielen Veranstaltungen, Sammlungen und Vereinsgründungen. Eine Auswahl solcher Fälle möge dies hier zeigen.

Am 30. August 1863 veranstalteten einige Vereine eine Körnerfeier, bestehend in einem Festzug, Konzert- und Gesangsaufführungen, sowie dem Pflanzen einer Körner-Eiche beim Schützenhause. Die Sedantage wurden wenigstens durch Flaggenschmuck und Festabende des Militärvereins ausgezeichnet. Im Jahre 1878 stiftete ein früherer Radeberger die ersten 30 Mark für ein Kriegerdenkmal, und dieses Samenkorn fiel auf fruchtbaren Boden. Unerwartet reichlich flossen weiterer Spenden, selbst von Dörfern. Aufführungen wurden dafür veranstaltet. Trotzdem auch dagegen protestiert wurde, schritt der Plan vorwärts. Schwierigkeiten machte die Wahl eines Platzes. Der Markt wurde aus Besorgnis vor Verkehrsstörungen nicht genehmigt, schließlich der Platz der alten Napoleonspappel, der so genannte Sandberg, gefunden. Am 7. September 1879 wurde das Denkmal eingeweiht und von der Stadt übernommen. Es kostete 675 Mark, Nebenkosten betragen noch 442 Mark. Später wurde es ein Stück weiter hinaus nach dem Lindenhof zu gesetzt und hier am 9. September 1902 noch einmal geweiht. Die Namen der Gefallenen sind auf Tafeln der rechten und linken Seite des Sockels verzeichnet: rechts 4 Radeberger, Opfer des 1866er Krieges, links 4 Radeberger und ein Lotzdorfer, gefallen bzw. gestorben 1870.

Im Jahre 1899 wurde das 700jährige Bestehen des markgräflichen, kurfürstlichen und königlichen Hauses der Wettiner gefeiert, am 16. und 18. Juni, durch einen Kinderfestzug, Fackelzug der Turnerfeuerwehr, Konzert, Festspiel der Militärvereine und Pflanzen einer Wettin-Eiche auf dem Freudenberg durch 2 Anwohner. Im nächsten Jahre wurde Moltkes Geburtstag durch einen Kommers im Rathaus begangen und für eine Moltke-Stiftung gesammelt, der Verschönerungsverein pflanzte am 12. Mai eine Bismarcklinde im Hofegrunde. 1897 gedachte man des Geburtstages des Deutschen Kaisers Wilhelm vor 100 Jahren. 4 Mili-

tärvereine zogen am Vormittag in die Kirche zum Festgottesdienst, der Rat veranstaltete einen Unterhaltungsabend im „Ross“, die Gesangsvereine des Elbgausängerbundes einen patriotischen Liederabend im Kaiserhof.

1898 wurde der 70. Geburtstag, verbunden mit dem 25jährigen Regierungsjubiläum König Alberts festlich begangen (am 23. April) mit Marktkonzert, 2 Kommersen, einer patriotischen Aufführung der Militärvereine. Am 22. April 1900 wurde sein Denkmal auf dem Marktplatz aufgestellt, ein Geschenk des Herrn M. Hirsch. Am 2. September 1901 wurde es feierlich enthüllt. 2 Jahre danach kam der verehrte und beliebte König auf seiner letzten Fahrt von Sybillenort¹² nach Dresden durch unsere Stadt, wo die Behörden und allerlei Korporationen auf dem Bahnhofe Aufstellung genommen hatten (den 21. Juni).

Abermals 2 Jahre darauf galt es wieder, einen König zu begraben. Es war ein Ehrenbürger unserer Stadt, eine Deputation legte an seinem Grabe einen Kranz nieder, ein Trauergottesdienst wurde am 23. Oktober abgehalten. Ein Jahr zuvor hatte eine Abordnung dem König die Glückwünsche der Stadt zum goldenen Ehrenbürgerjubiläum darbringen können (12. Oktober 1903). Auch der Kolonialgedanke fand in Radeberg Widerhall. Eine Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft entstand hier, später auch ein Frauenbund dieser Gesellschaft. Mehrere Herren und der Jugendbund sammelten Spenden für ein Bismarck-Denkmal, bis Ende 1910 waren über 3.000 Mark eingegangen. Am 2. September 1911 wurde es feierlich enthüllt. 1912 f. wurde anlässlich des 25jährigen Jubiläums Kaiser Wilhelm II. zu einer Nationalspende aufgerufen. Die Radeberger Zeitung übernahm die Sammelstelle, ein besonderer Ausschuss mit dem Bürgermeister an der Spitze leitete das Sammelwesen. Die Spende wurde nach dem Willen des Kaisers der christlichen Mission in unseren Kolonien zur Verfügung gestellt. Am 31. August 1913 veranstaltete der Sächsische Militärvereinsbund eine Sammlung für die Veteranen in der Form eines Kornblumenverkaufs, sie brachte hier 3.000 Mark ein. Am 10. Mai 1914 wurde für das „Rote Kreuz“ gespendet und es konnten durch Blumenverkauf, Konzert und Preiskegeln 2.000 Mark Reingewinn erzielt werden.

Sozialdemokratisch Gesinnte schlossen sich zuerst an Lassalle an, 1874 konstituierte sich ein „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ in dessen Sinne, 1876 fand die „Sozialistische Arbeiterpartei“, die sich 1875 in Gotha aus Lasalleanern und Marxisten gegründet hatte, Anhänger, ihrem Agenten, einem Schuhmacher Pfeiffer, untersagte der Stadtrat jedoch jede Tätigkeit für diese Partei, und durch das Sozialistengesetz wurde diese im ganzen Reich unterdrückt. Nach dessen Ende – es wurde im Reichstag 1890 nicht mehr verlängert – wuchs die Partei, wie im ganzen Reiche, so auch hier gewaltig an und erfüllte mit ihrem Geiste namentlich die Gewerkschaften, so dass diesen gegenüber die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sowie der Evangelische Arbeiterverein hier einen schweren Stand hatten, immerhin zählten jene an 600, diese vor dem ersten Weltkrieg über 300 Mitglieder. Was das öffentliche Auftreten der Sozialdemokraten betrifft, so konnte 1913 polizeilich festgestellt werden, dass bei den von ihnen veranstalteten Umzügen oder Festlichkeiten eine besondere Ordnung und Disziplin zu beobachten gewesen und polizeiliches Einschreiten nicht erforderlich geworden sei.

In der „Judenfrage“, die besonders in den 70er Jahren durch die Deutsch-Soziale Reformpartei¹³ zur öffentlichen Debatte gestellt wurde, herrschte noch lange keine Übereinstimmung. Während der gewerbliche Bürgerstand energisch gegen die Judenherrschaft in der Wirtschaft Front machte und der Antisemitismus „eine ungeheure Popularität genoss“, verurteilten andere die Agitation eines Stöcker und H. v. Treitschke und fanden, dass „der Fortschritt jüdischen Denkmern und Schriftstellern auf religiösem und politischem Gebiet viel verdanke“. In die Tiefe der rassistischen Erkenntnis drangen auch unsere „Reformer“ und Antisemiten noch nicht ein.

Nach dem siegreichen deutsch-französischen Kriege und der Errichtung des Deutschen Reiches hat sich unsere Bürgerschaft auch mit dem Kanzler desselben ausgesöhnt, gleich der Landeshauptstadt. Als Fürst Bismarck am 18. Juni 1892 auf der Reise nach Wien nach Dresden kam, wurde ihm dort eine einzigartige Huldigung gebracht, und die Radeberger Zeitung berichtete in einem langen Artikel ganz ausführlich von allen Einzelheiten. Wir dürfen wohl annehmen, dass in der ungeheuren Volksmenge, die damals durch die

¹² heute Szczodre, ein Ort in Polen in der Woiwodschaft Niederschlesien, 12 km nordöstlich von Breslau

¹³ kurz DSRP, antisemitische Partei im deutschen Kaiserreich, die zwischen 1894 und 1900 als Zusammenschluss der Deutschsozialen Partei und der Deutschen Reformpartei bestand

Straßen Dresdens wogte und dem Altreichskanzler zujubelte, auch etliche Radeberger gewesen sind, vielleicht in dem Huldigungszug, dessen Teilnehmerzahl auf 13.000 geschätzt wurden.

3 Verfassung und Verwaltung

3.1 Bürgermeister und Stadtrat – Stadtverordnete und Ausschüsse

Im Jahre 1873 führt der Rat in Radeberg die „Revidierte Städteordnung“ ein. Danach sind neben dem Bürgermeister und einem weiteren besoldeten Ratsmitgliede 6 Unbesoldete zu wählen. Der Bürgermeister ist in der Regel zuerst auf 12 Jahre zu wählen, kann aber auch gleich auf Lebenszeit bestellt werden, nach dem Ortsstatut von 1893 zuerst auf 6 Jahre. Auf dieselbe Zeit wird schon 1873 das zweite besoldete Ratsmitglied gewählt, der die Stellvertretung des Bürgermeisters sowie die Leitung des Bauwesens als besondere Pflichten hat. Beide müssen die Befähigung zum Richter- und zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Nachdem die Stadt 1893 die Zahl von 9.000 Einwohnern erreicht hatte, wurden die unbesoldeten Ratsmitglieder um eins vermehrt, und 1913 bestimmte ein Nachtrag zum Ortsgesetz die Wahl von 8 solchen.

Bei den Stadtverordneten fallen die bisherigen Ersatzmänner weg. Ihre Zahl wurde 1870 von 15 auf 18, 1910 auf 21 erhöht, ihre Wahl ist seit 1870 eine unmittelbare (direkte). Jährlich scheidet ein Drittel aus, bei den Wahlen gelten diejenigen als gewählt, welche die höchsten Stimmzahlen bis zu der erforderlichen Anzahl der zu wählenden (6 bzw. 7) erreicht haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Wahlvorsteher zu ziehende Los. Am Anfang der 90er Jahre forderte das Ministerium eine Revision des Ortsstatuts von 1873, das am 11. Mai 1875 bestätigt worden war und das von 1841 abgelöst hatte. 1893 wurde ein neuer Entwurf ausgearbeitet und genehmigt. Dieses Ortsgesetz brachte nun im Sinne des neuen Zeitgeistes eine Änderung bei der Festsetzung der Mindestzahlen von ansässigen und unansässigen Stadtverordneten. Von jenen sollen es noch mindestens 9, von diesen 6 sein, um 3 Plätze können sich die beiden Parteien nun streiten, so dass die Unansässigen die Möglichkeit besaßen, ebenfalls auf 9 Sitze zu kommen. Von 1910 an müssen 11 ansässig und 7 unansässig sein, 3 bleiben wieder frei, so dass die Unansässigen 10 Sitze erringen konnten, die Ansässigen aber, die von alten Zeiten her das Vorrecht beanspruchten, immer mindestens um 1 Stimme überlegen waren. 1908 wurde, um eine sozialdemokratische Überflutung zu verhindern, die Wahl nach 3 Einkommensklassen eingeführt, deren jede nun 1 Drittel der Stadtverordneten zu wählen hatte. Von den Vorstehern des Stadtverordnetenkollegiums sei besonders Herr Justizrat Oertel genannt, der sich große Verdienste um die Stadt erworben hat und auch zum Ehrenbürger derselben ernannt worden ist. Am 6. Februar 1902 war er als Stadtverordnetenvorsteher eingewiesen worden.

Der Stadtrat sowohl wie die Stadtverordneten können die Abhaltung gemeinsamer Sitzungen beantragen.

Die „Revidierte Städteordnung“ verstärkte die Selbständigkeit der Gemeinden, die „progressive Einkommenssteuer“ seit 1878 ermöglichte dem Staat eine Unterstützung der Gemeinden zur Erleichterung der wachsenden Schullasten.

Die Zahl der aus Stadträten und Stadtverordneten gemischten Ausschüsse, eventuell mit anderen Bürgern, vermehrte sich weiter. 1873 waren es die folgenden: Finanz-, Rechnungs-, Bau-, Flur-, Gas-, Quartier-, Schul-, Armen- u. Krankenhaus-, Sparkassen-, Markt-, Wahl- und ein weiterer Ausschuss für die Einschätzung zu den direkten Staatssteuern. Nach dem Ortsgesetz von 1893 fiel der letztere weg, doch kam je einer für die Gemeindekrankenversicherung, die Volksbibliothek und die Feuerwehr dazu. 1907 gibt es 19 Ausschüsse. Das Oberhaupt der Stadt blieb von 1838 an bis 1872 Dr. med. C. G. Kuntzsch. Bei seinem 25jährigen Bürgermeister-Jubiläum ehrte ihn die Stadt durch die Überreichung einer Motivtafel¹⁴. Leider wurde er infolge Verfehlungen eines leichtsinnigen Sohnes und dadurch veranlasster Geldnöte zum Rücktritt gebracht. Er starb am 1. Februar 1875 in der Siechenanstalt Bethesda bei Kötzschenbroda. Ihm folgte der Fabrikbesitzer A. M. Rumpelt bis 1895, dann Otto Bauer. Von bekannteren Ratsmitgliedern seien genannt Kaufmann M. E. Buhle, Apotheker H. G. A. Martius (seit 1856), Kaufmann C. A. Knobloch (seit 1859), A. M. Rumpelt (seit 1860), Apotheker Th. Huth (ebenfalls von 1860 an), Kaufmann Estler (1864), Posamentier C. H. Messerschmidt (1864), Fabrikbesitzer H. Th. Hasse (1870) und E. Gärtner (seit 1872).

¹⁴ Weihebildtafel

3.2 Unterbeamte und sonstige Angestellte

Als Gemeindeunterbeamte werden 1873 genannt der Kämmerer, der Sparkassenführer, Ratsregistrator, Ratswachtmeister, 2 Polizeidiener und der Armenhausverwalter. Den wichtigen Posten des Kämmerers bekleidete Herr Hartmann bis zu seinem Tode 1860. Er verwaltete nicht weniger als 8 Kassen: die Stadt-, Spar-, Brau-, Schul-, Armen-, Hospital-, Grundsteuer- und Jagdkasse. Jetzt wurde die Sparkasse abgetrennt und Herr Grützner als besonderer Sparkassenführer angestellt, er verwaltete sein Amt bis 1885, worauf ihm sein Sohn folgte. Kämmerer wurde 1860 Herr Rasche. Zwei Polizeidiener wirkten von 1864 an, mit der Zeit wurden immer mehr erforderlich. Seit 1888 übernahm Herr E. H. Lohse eine dieser Stellen, wurde 1897 Ratswachtmeister, 1905 Oberwachtmeister. 1913 ehrte ihn die Stadt durch Schenkung einer goldenen Uhr und eines ansehnlichen Geldbetrages.

Die Gemeindeverfassung von 1873 führte ferner das Amt eines Stadtbauinspektors ein. 1890 wurde Herr Baumeister Gneuß mit diesem Amt betraut. Im Jahre 1872 hatte sich die Funktion des Röhromeisters derartig vergrößert, dass der Röhromeister Butter sich genötigt sah, um eine ständige Hilfskraft zu bitten. Es wurde nun als sein Assistent der Zimmermeister K. R. Kliemann, später dann Fr. Kliemann angestellt. Letzterer wurde nach Butters Tode im Jahre 1881 Röhromeister (mit 240 Mark Gehalt). 1890 erhielt der Arbeiter Weise dieses Amt und dazu noch das des Straßenmeisters, als was er älteren Bürgern noch bekannt ist. Bei seinem 25jährigen Berufsjubiläum im Jahre 1914 schenkte auch ihm die Stadt als Zeichen ihrer Anerkennung für seine Tätigkeit eine goldene Uhr. Als das neue Wasserleitungswerk in Betrieb genommen wurde, stellt die Stadt Herrn O. Schultheiß als Wassermeister an (vorher bei Liebold, Dresden). Mit dem Ausbau unserer Wasserversorgung stiegen Arbeit und Verantwortung, das Anfangsgehalt von 100 Mark monatlich wurde daher wiederholt aufgebessert, von 1911 an wurde dazu freie Wohnung gewährt. Auch ein besonderer Wasserwerkschlosser wurde angestellt. Beide waren dem Stadtbauamt unterstellt.

Der Rat stellte noch wie bisher eine Leichenwäscherin oder Leichenfrau an. Da die Beerdigungen Sache der Kirchgemeinde sind, wozu auch Lotzdorf und Liegau gehören, wird diesen Orten die Wahl derselben angezeigt (1871), worauf diese ihr Einverständnis erklären. 1871 wird die Bezeichnung „Heimbürgerin“ gebraucht. Ihre Gebühren werden von der Kircheninspektion durch ein Begräbnisregulativ bestimmt. Sie betragen anfangs bei einer Erwachsenen-Leiche 1 Taler, bei einem Kind unter 14 Jahren 15 Neugroschen, werden aber bald erhöht.

Sowohl die Rathaus- wie die Kirchenglocke erfordern eine geregelte Pflege. Bis 1867 war der Schlosser Ohlen-dorf dazu verpflichtet, dann übergab der Rat die Rathausuhr dem Uhrmacher Dietze, der nun diese Uhr ein halbes Jahrhundert lang aufgezogen hat. 1867 heißt der Uhrwart noch „Saigersteller“, Herr Dietze ist dann Ratsuhrmacher, wie Herr Vogel Kirchenglockenmacher (s. Pkt. 11.2).

Nach dem Reichsgesetz vom 12. März 1893 muss vom 1. April 1893 an die mitteleuropäische Zeit gezeigt werden. Die Vergütung des Saigerstellers betrug erst 10, dann 20 Taler jährlich, seit 1908 erhielt der Ratsuhrmachermeister 100 Mark.

Wie wir in den früheren Zeitabschnitten unter den besonderen Berufen unseres „Stadtpfeifers“, zuletzt Stadtmusikdirektors gedacht haben (s. Teil II – Pkt. 9.6 und Teil III – Pkt. 7.4), so soll diesem hier noch eine Seite gewidmet sein. Von Glashütte war Herr Hähnel als Stadtmusikdirektor hierhergekommen, ein Mann, der noch in alter Weise sein Recht zu wahren suchte. Die Gastwirte wollen gelegentlich, wohl nur als Anreiz für das tanzlustige Publikum, fremde Musikcorps spielen lassen, besonders, wenn sie schon von solchen, was erlaubt war, Konzerte hatten aufführen lassen. Die Tanzmusik aber war vorläufig noch Privilegium des Stadtmusikdirektors. Eine besondere Entschädigung für den ihm entgehenden Verdienst lehnte er zuerst grundsätzlich ab. Als sich die Stadt selbst ins Mittel legte, gab er in den Jahren 1869-71 doch bei 3 Gelegenheiten nach und nahm eine Entschädigung von je 3 Talern an. In der nächsten Zeit wurde nun das Zwangs- und Verbotungsrecht für die Tanzmusik gesetzlich aufgehoben.

Nach altem Brauch hatte der Musikdirektor in der Neujahrsnacht vom Turm zu blasen, wofür ihm ein Umgang zum Einsammeln von Spenden gewährt war. Dabei sollte die Spende eines Bürgers eigentlich 15-20 Neugroschen betragen, doch musste er oft mit 2 Neugroschen fürliebnehmen. Da er überhaupt einen solchen Bettelumgang für beschämend hielt und er sich außerdem zu Kirchenmusik nicht verpflichtet fühlte und verpflichtet hatte, bat er den Rat, das Neujahrsblasen wegzulassen, zumal es in keiner der umliegenden Städte mehr geübt werde, und der Rat entband ihn nun auch davon. Kirchenmusik will er über-

haupt nur noch gegen feste Entschädigung machen, die in Pulsnitz z. B. 100 Taler betrug. 1876 starb er darüber, worauf der Stabstrompeter Rommel aus Dresden die Erlaubnis erhielt, sich hier als Stadtmusikdirektor niederzulassen, doch ohne besonderes Gehalt. 3 Jahre darauf kaufte Herr Ferdinand Eckenbrecht, Musiker in dem thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 31, ihm das Geschäft ab und hat uns nun lange Jahre durch die künstlerischen Gaben seines trefflich ausgebildeten Musikcorps erfreut, nicht nur in Konzerten in Sälen, sondern auch bei festlichen Gelegenheiten, Kaisers und Königs Geburtstag, Sedanfest, auf dem Markte, bis ihm 1899 der Tod den Taktierstock aus der Hand nahm. Nachfolger wurde sein Sohn, Herr Otto Eckenbrecht, der hier die gute Tradition seines Vaters fortsetzte. Rühmlichst bekannt sind hier noch seine Konzerte, besonders auch in dem schönen Augustusbad, sowie die Umzüge durch die Stadt mit schneidiger Marschmusik bei festlichen Veranstaltungen. Herr Eckenbrecht hat auch wieder an Sonn- und Festtagen vorm Turm der Kirche Choräle geblasen, wofür ihm der Kirchenvorstand jährlich 60 Mark bewilligte. Seine Kapelle war übrigens ein Privatunternehmen, ebenso wie die daneben von Herrn Krause gegründete. Für die vom Stadtrat gewünschten Platzmusiken erhielt er anfangs nur 150 Mark, als sie sich 1908 auf 12 im Jahre erhöht hatten, wurden 600 Mark gezahlt, von 1910 an ... Mark. Da Herr Eckenbrecht immer auch teurere fremde Aushilfen dazu brauchte, erhielt er von 1913 an 1200 Mark. Bei den 3 vaterländischen Festtagen erschallte jetzt frühmorgens auch der Weckruf, um den sich der Militärverein besonders bemühte, der Rat überwies dafür gesondert noch 100 Mark.

3.3 Städtische Bezirke, Standesamt

In den 70er Jahren wurde über die Einsetzung von Bezirksvorstehern verhandelt, nach der revidierten Städteordnung kann eine Stadt in mehrere Bezirke eingeteilt werden. Diese Bezirksvorsteher sollten ehrenamtlich eine ziemlich ausgedehnte Tätigkeit entfalten, eine Instruktion für sie spricht von Aufsicht in allen städtischen Angelegenheiten, Überwachung des Gemeindeeigentums, der sicherheits- und wohlfahrtspolitischen Vorschriften, Gutachten über Hilfsbedürftigkeit, Personalverhältnisse und dergleichen. 1877 sieht der Rat noch davon ab. Bald wird aber über die Einsetzung von 2 Bezirksvorstehern beschlossen, doch mit einer anderen Zielsetzung, wonach sie vorwiegend als Pfleger von Armen und Waisen gedacht waren, sonst sollten sie noch Mitteilungen betreffs der städtischen Verwaltung und Polizei machen. So wird 1880 von Rat und Stadtverordneten beschlossen. Der 1. Bezirk umfasst das Stadtgebiet rechts, der 2. links der Röder, doch ohne Stolpener und Kleinwolmsdorfer Straße, die noch zum 1. Bezirk geschlagen worden sind. Die Wahl geht so vonstatten, dass die Stadtverordneten dem Rat 6 Personen vorschlagen und dieser 2 davon auswählt. Die ersten wurden Fabrikant Jungrichter und Barbier Döcke, 1887 wurde er erstere durch Kaufmann Unger ersetzt.

Nach dem Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes, das am 1. Januar 1876 in Kraft trat, bildet die Stadt 1 Standesamtsbezirk. Lotzdorf, Liegau und Augustusbad wollen sich diesem anschließen. Nach einem Ratsbeschlusse sollen sie zu den Kosten dieser Stelle auf 1 Bewohner 16 Pfennige zahlen (Lotzdorf hatte damals 421, Liegau mit Augustusbad 271 Bewohner). Nach dem Gesetz war der Bürgermeister selbst Standesbeamter, kann aber die Tätigkeit desselben auf einen anderen Gemeindebeamten übertragen. Die Bürgermeister Rumpelt und Bauer haben dieses Amt noch selbst versehen. 1901 wurden die beiden Dörfer dann selbständige Bezirke.

3.4 Bürgerrecht, Stadtbezirk, Amtsgericht

Über den Erwerb des Bürgerrechts bestimmt die Revidierte Städteordnung folgendes: Berechtigt dazu sind alle männlichen sächsischen Staatsangehörigen, die 25 Jahre alt, unbescholten sind, keine öffentlichen Armenunterstützung erhalten, mindestens 1 Taler direkte Staatssteuer zahlen, in den letzten 2 Jahren ihre Steuern und sonstigen Abgaben entrichtet haben und im Gemeindebezirk ansässig sind oder 2 Jahre dort ihren ständigen Wohnsitz gehabt haben. Verpflichtet zum Erwerb des Bürgerrechts sind Männer, die 3 Taler oder mehr Staatssteuer zahlen, mindestens 3 Jahre hier sind und die sonstigen Bedingungen erfüllen.

Das Ortsstatut von 1893 stellt noch einmal die einzelnen Teile des Stadtbezirks fest, derselbe besteht aus der inneren Stadt, den Vorstädten, Heinrichsthal, dem Schloss, der ehemaligen Burglehngemeinde, dem Vorwerk Friedrichstal und den noch unbebauten Grundstücken der Radeberger Flur.

Hier mögen noch die Inhaber des Gerichtswesens auf unserem Schloss Erwähnung finden. Seit 1879 ist der Titel „Justizamtmann“ durch den Titel „Amtsrichter“ ersetzt. Der letzte Justizamtmann war Herr Bieder-

mann gewesen, die ersten Amtsrichter bzw. Oberamtsrichter waren Herr Tränkner (bis 1886), Herr Beck (bis 1899), Dr. Thieme-Garmann (bis 1901) und Kl. Ehrig.

4 Finanzielle Verhältnisse

4.1 Einnahmen und Ausgaben nach den Rechnungen von 1860, 1880 und 1910

Wie im vorigen Teile vom Jahre 1830, so geben wir für diese Zeit drei Rechnungsübersichten der Kämmerei wieder, eine vom Anfang (1860), eine aus der Mitte (1880) und eine vom Ende (1910).

Einnahmen.		1860	Ausgaben.		
I.	Bestand	917.8.3	I.	Zinsen und jährliche Leistungen	209.-.-
II.	Pachte	1085.11.5	II.	Onora realia (Reallasten)	42.11.1
III.	Sonstige Nutzungen	349.-.-s.u.1.	IIIa.	Commungebäude u. -grundstücke	105.23.2
IV.	Kommunbüsche	4.20.-s.u.2.	IIIb.	Brandkassenbeträge	31.22.-
V.	verkaufte Grundstücke	-.-.-	IIIc.	Unterhaltung des Inventars	1.10.-
VI.	Kapitalzinsen	118.25.-	III d.	Forstkulturkosten	-.-.-
VII.	Geschoss	239.25.2 ½			
VIII.	Erbzinsen	90.9.3 ½			
IX.	Bürgergeschoss	54.2.-			
X.	Stättegeld	187.20.-	IVa.	Feuergerät	6.10.-
XI.	von Bürgerrechten	109.-.-	IVb.	Röhrwasser	115.25.8
XII.	Polizeistrafen	14.20.8	IVc.	Straßen und Wege	214.-.6
XIII.	für den Bürgermeister = Besoldungsbier	18.-.-	IVd.	Straßenpflaster	17.9.3
XIV.	Ratssporteln ¹⁵	216.22.8	IVe.	Straßenbeleuchtung	103.2.2
XV.	Gerichtssportelreste	33.1.2	V.	Besoldung des Stadtrates	1007.7.9
XVIa.	Hundesteuer	38.15.-	VI.	Expeditionsaufwand	231.13.6
XVIb.	Aufnahme, Lossprechung u. Meisterrechte	47.27.5	VII.	Pensionen des Rates	-.-.-
XVIc.	Schutzverwandtensteuer	49.-.1	VIII.	Außerordentliche Ausgaben	520.20.4
XVII.	Indirekte Anlagen	-.-.-	IX.	Ausgeliehenes Kapital	-.-.-
XVIII.	Pflasterzoll	238.9.-	X.	Zuschuss zur Parochial- und Schulkasse	-.-.-
XIX.	Außerordentliche Einnahmen	-.-.-	XI.	Geschäftsaufwand der Stadtverordneten	10.-.-
XX.	Insgemein	81.11.3	XII.	Insgemein	45.29.8
		<u>3678.29.7</u>			<u>2606.6.4¹⁶</u>

Zu III:

1. 240 Taler Miete für den Exerzierplatz, 84 für das Reithaus, 15 für die große Reitbahn auf dem Freudenberg, 6 für Arrestbehältnisse, 4 für den Raum zur Aufbewahrung der Munition im Pulverhaus = 349 Taler

Zu IV:

2. Am Goldbachhang und hinter der Ziegelscheune an der Leppersdorfer Straße

¹⁵ Sporteln = Entgelt, welches für gerichtliche Handlungen oder sonstige Amtshandlungen zu entrichten war

¹⁶ Werte laut Schwabe, nachberechnet ergeben sich 3893.19.1 bzw. 2662.5.9 Taler

Einnahmen		1880	Ausgaben		
I.	Bestand	0,00	I.	(erkaufte Grundstücke) Vorschuss	140,18
II.	Zinsen	702,95	II.	Erkaufte Grundstücke	0,00
III.	Geschoss	686,65	III.	Zurückgezahltes und ausgeliehenes	159,98
IV.	Erbzins	265,64	IV.	Zinsen für geliehenes Kapital	10.175,00
V.	Verkaufte Grundstücke	143,38	V.	Steuern und Abgaben	751,76
VI.	Verkauftes oder verliehenes Inven-	122,25	VI.	Für das Rathaus	464,43
VII.	Stätte- und Lösegeld	819,15	VII.	Für das Arresthaus	292,90
VIII.	Pachtgelder	4.583,05	VIII.	Für das Reithaus	166,57
IX.	Mietzins vom Rathaus	1.635,90	IX.	Für das Wachthaus, Pulvermagazin	0,36
X.	Mietzins vom Cavillerschuppen	64,50	X.	Für den Vorratsschuppen	4,67
XI.	Reingewinn der Gasanstalt	4.500,00	XI.	Für das Spritzenhaus	1,29
XII.	Röhrwasserzine	66,00	XII.	Für den Cavillerschuppen	21,09
XIII.	Communbüsche	71,25	XIII.	Für die Ratsbetstube	4,50
XIV.	Steinbrüche	60,00	XIV.	Wasserversorgungsanstalt	1.060,47
XV.	Obst	0,00	XV.	Pflaster, Wege, Brücken	3.086,76
XVI.	Insgemein	7,23	XVI.	Bäder	71,63
XVII.	Beiträge zu ausgeführten Bauten	609,50 s. u.1	XVII.	Schleuse der Wasserstraße (Plan)	20,00
XVIII.	Reingewinn der Sparkasse	14.836,43	XVIII.	Straßenschilder	781,93
XIX.	Rückstände	27,00	XIX.	Pflaster der Schlosstraße	708,00
XX.	Ratssporteln	1.485,81	XX.	Fonds für künftigen Straßenbau	2.836,43
XXI.	Einnehmergebühren von Staats-	1.080,93	XXI.	Inventar und dessen Unterhaltung	224,84
XXII.	Strafgelder	637,35	XXII.	Straßenbeleuchtung	3.274,51
XXIII.	Gemeindeanlagen	6.000,00	XXIII.	Besoldungen	11.925,32
XXIV.	Hundesteuer	726,00	XXIV.	Auslösung und dergleichen	63,20
XXV.	Schankgewerbsteuer	2.022,76	XXV.	Papier- und Schreibmaterial	185,65
XXVI.	Feuerlöschkassen-Einkommen	387,70	XXVI.	Heizung und Beleuchtung im Rat-	427,22
XXVII.	Serviskasseneinkommen	8,35	XXVII.	Reinigung des Rathauses	128,03
XXVIII.	Zum Standesamt von Lotzdorf u.	122,40	XXVIII.	Druckkosten, Buchbinder	373,73
XXIX.	Insgemein	32,68	XXIX.	Zeitschriften und Bücher	88,50
			XXX.	Gerichtliche und ähnliche Kosten	1.137,98
			XXXI.	Post, Fracht und Botenlöhne	126,93
			XXXII.	Reiseunterstützung an Fremde	501,80
			XXXIII.	Gefangenenverpflegung	237,04
			XXXIV.	Sonstiger Polizeiaufwand	57,24
			XXXV.	Standesamtsaufwand	324,50
			XXXVI.	Insgemein	98,84
			XXXVII.	Bei Jahr- und Viehmärkten	181,15
			XXXVIII.	Feuerlöschkassenaufwand	1.170,07
			XXXIX.	Serviskassenaufwand	8,35
			XL.	Insgemein	187,30
	Summa	42.204,86	Summa	42.070,23 ¹⁷	

1) 567,60 Beiträge von 440 Hausbesitzern für Hausnummernschilder zu je 1,29 Mark und 30 Mark für das Pulvermagazin auf dem ehemaligen Exerzierplatz

¹⁷ Werte laut Schwabe, nachberechnet ergeben sich 41.704,86 Mark bzw. 41.470,15 Mark,

Rechnung 1910. Einnahmen		
1.	Kassenbestände, besonders Stadt-, Armen- und Anlagenkasse	29.017,34 M.
2.	Kapitale (Stamm- und Reservevermögen, Rücklagen, Staatsstraßenentschädigung, Standesamtsgebühren, Verfügungsgelder aus früheren Jahren, Jagdgeld)	48.605,12 M.
3.	Zinsen vom Stamm- und Reservevermögen	5.565,58 M.
4.	Überschüsse der Sparkasse 60.000, der Gasanstalt 30.000	90.000,00 M.
5.	Mietzinse der Sparkasse im Rathaus, Langbeinstr. 3 u. a.	800,00 M.
6.	Außergewöhnlicher Bauaufwand	7.334,76 M.
7.	Aufwand für die Gemeindegrundstücke	4.636,70 M.
8.	Flussbäder	218,80 M.
9.	Straßenbeleuchtung	120,00 M.
10.	Geräte- und sonstige Verleihung, Vorräte	25,00 M.
11.	Freibank	250,33 M.
12.	Anschlagtafeln	128,00 M.
13.	Einnehmergebühren	5.188,01 M.
14.	Verwaltungskostenbeiträge	13.325,00 M.
16.	Polizeiaufwand	119,70 M.
17.	Pensionskassenzinsen	1.521,24 M.
18.	Umsatzsteuer	5.387,06 M.
19.	Strafgelder	1.635,50 M.
20.	Sporteln	9.956,83 M.
21.	Hundsteuer	1.985,50 M.
22.	Geschoss, Erbzins	903,34 M.
23.	Schankgewerbesteuer	2.933,76 M.
24.	Biersteuer	8.696,65 M.
25.	Rückstände	4.183,02 M.
26.	Gemeindeanlagen	72.400,00 M.
27.	Sonstiges	523,80 M.
28.	Jahr- und Viehmärkte	505,20 M.
29.	Fortbildungsschule	1.579,85 M.
30.	Außerhalb des Haushaltsplanes	<u>27.287,93 M.</u>
	Summa	347.441,51 M. ¹⁸
Ausgaben		
1.	Kassenbestand	21.762,59 M.
2.	Kapitale	48.605,12 M.
3.	Zinsen	5.365,08 M.
4.	Betriebsgeld	10.000,00 M.
5.	Steuern und Abgaben	7.960,64 M.
6.	Gewöhnlicher Bauaufwand	22.939,49 M.
7.	Außergewöhnlicher Bauaufwand	32.768,20 M.
8.	Für Gemeindegrundstücke	1.231,37 M.
9.	Flussbäder	809,11 M.
10.	Straßenbeleuchtung	16.806,98 M.
11.	Geräte und Unterhaltung	1.064,18 M.
12.	Verwaltungsaufwand	82.740,42 M.
13.	Jahr- und Viehmärkte	46,25 M.
14.	Zuschüsse	53.596,40 M.
15.	Insgemein	1.264,00 M.
16.	Fortbildungsschule	3.832,08 M.
17.	Außerhalb des Haushaltplanes	<u>27.014,54 M.</u>
	Summa	337.806,45 M.

¹⁸ Wert laut Schwabe, nachberechnet ergeben sich 344.834,02 Mark, die Ausgabensumme stimmt

4.2 Summen der Einnahmen und Ausgaben

Die Summen der Einnahmen und Ausgaben von 5 zu 5 Jahren sind folgende:

	Einnahmen	Ausgaben
1860:	3678.29.7 Taler	2662.6.2 Taler
1865:	4962.11.2 ¼ Taler	3691.22.0 Taler
1870:	6395.19.8 ¼ Taler	5330.23.2 Taler
1875:	56.823,40 Mark	41.294,52 Mark
1880:	42.204,86 Mark	42.070,23 Mark
1885:	60.615,74 Mark	63.838,05 Mark
1890:	97.103,42 Mark	78.093,95 Mark
1895:	125.287,11 Mark	116.307,69 Mark
1900:	160.264,75 Mark	195.865,30 Mark
1905:	246.959,79 Mark	210.793,21 Mark
1910:	347.441,51 Mark	337.806,45 Mark
1913:	661.909,33 Mark	653.760,33 Mark

Diese kurze Übersicht gibt ein Bild von dem schnellen Anstieg aller wirtschaftlichen Verhältnisse, der sich in den städtischen Einnahmen und Ausgaben auswirkt. Blicken wir noch auf die dazwischenliegenden Jahre, so findet sich, dass die Einnahmen 1865 dauernd 5000 Taler überschritten haben, 1870 die 6000, 1871 die 7000 und 1872 die 10000 Taler fast erreichen (9999.29.5 ¼!), 1873 über 12000, 1874 über 15000 Taler stehen, 1875 über 56.000 Mark, 1883 über 60.000, 1887 über 70.000, 1890 sprungweise nahe an 100.000 kommen und sie 1891 zu übersteigen, 1902 schon die 200.000, 1908 die 300.000, 1911 und 1912 700.000.

Einem städtischen Aktenstück entnehmen wir die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Kassen in einigen der 70er und 80er Jahre:

	Stadtkasse	Schuldentilgungskasse	Armenkasse	Schulkasse	Anlagenkasse	Gasanstaltskasse	Kranken- und Begräbniskasse
1875 Einnahme	36.297 M.	9.930 M.	23.014 M.				
Ausgabe	36.872 M.	9.847 M.	18.906 M.				
1880 Einnahme	42.204 M.	11.689 M.	7.513 M.	43.023 M.	40.644 M.	25.310 M.	3.890 M.
Ausgabe	42.070 M.	10.607 M.	7.502 M.	39.398 M.	38.010 M.	23.923 M.	3.659 M.
1882 Einnahme	44.823 M.	23.135 M.	7.565 M.	43.172 M.	41.973 M.	28.353 M.	4.671 M.
Ausgabe	43.700 M.	22.059 M.	6.668 M.	40.334 M.	40.184 M.	25.002 M.	4.513 M.

Eine besondere Schulkasse besteht seit 1876, ebenso eine Anlagenhauptkasse, seit 1877 die Gasanstalts- und die Kranken- und Begräbnisunterstützungskasse.

4.3 Pachte, Sporteln, Anlagen, städtische Betriebe, Bürgergeschoß u.a. Ablösungen

Bei den Einnahmequellen spielen die Pachte noch eine besondere Rolle. In den 60er Jahren bringen sie 1100 bis 1400 Taler ein, in den 70ern bis 2040, im folgenden Jahrzehnt steigen sie mit der Pacht vom Rathaus auf 6.200 Mark, dann mit der Miete von der Sparkasse auf 7.200, 7.400, 7.800 Mark, mit der von dem angekauften Grundstück Langbeinstraße 3 über 8.200 Mark. Pachten von Ratskeller und -gewölbe fallen dann weg, während die Grundstücke Oberstraße 5 und 6b dazukommen (1910), 2 Jahre darauf Niedergraben 14, Freudenberg 6 und eine Scheune, 1913 Freudenberg 7. Pachte und Mieten bringen zuletzt über 10.000 Mark. Die bedeutendsten Feld- und Wiesengrundstücke sind noch der alte Exerzierplatz, die Spitzbergstücke nebst einem Busch dort, Stücke am Schießhaus, die Ochsenwiesen, Heidestücke, an der Goldbach, das Altradeberger Stück, das Sandgruben-, Lehmgruben-, Ratsziegelei-, Burglehn- und Galgenbergstück, sie bringen um 4.000 Mark ein.

Wachsende Einnahmen liefern weiter die Sporteln, in ihrer Höhe mehr wechselnd, aber zuletzt über 15.000 Mark steigend, während die in den 60er Jahren zwischen 246 und 464 Taler ergeben hatten, sie stiegen von den 70er Jahren an.

In diesen Jahren beginnen die besonderen Anlagen hervorzutreten, die für bestimmte Zwecke erhoben werden, da die alten Quellen den neuen Bedarf nicht mehr decken konnten. 1870 bilden sie nach den Pachten mit 751 Talern (Anlage zum Rathausturm) die höchste Ziffer. 1875 ergeben sie schon 14.000 Mark, 1888 über 25.000, 1897 über 69.000, 1905 = 92.000, 1913 = 117.600 Mark.

Im Anfang unseres Zeitabschnittes werden Anlagen zur Stadtkasse, zur Armenkasse, zu Parochial- und Schulbedürfnissen erhoben. 1872 z. B. zu ersterer 2 Neugroschen 5 Pfennige auf 1 Steuereinheit, zur zweiten 2 Neugroschen, zur letzten 5 Neugroschen. Als Einheit galten bei Erwerbseinkommen 25 Taler, Grund- und Hausbesitz wurden auch nach Einheiten geschätzt. In den 80er Jahren werden auf 1 Einheit 47 Pfennige für die Stadtkasse, 16 für die Armen-, 87 für die Schul-, 15 für die Kirchkasse erhoben, zusammen 1,65 Mark. 1901 sind die entsprechenden Sätze 52, 11, 47, 10 Pfennige, also 1,20 Mark. Diese Abgabe konnte nach den Bedürfnissen jährlich abgeändert werden. In den Anfangsjahren war die Stadt manchmal in der glücklichen Lage, nicht den vollen Normsatz fordern zu müssen, später wurde es nötig, darüber hinauszugehen, 1900 um 10 %, 1901 um 20 %, 1905 um 40 %, so dass also statt 1 Mark 1,10 bzw. 1,20 oder 1,40 Mark zu zahlen waren. Wie der Anlagenbedarf in der letzten Zeit stieg, mögen einige Zahlen zeigen. 1881 waren 41.852 Mark durch Anlagen aufzubringen, 1893 waren es 84.606, 1896 schon 95.977, 1900 = 156.728, 1905 = 191.653, 1909 und 1910 je 195.000 (nach Voranschlag), 1912 = 243.000 Mark, für 1914 wurden 290.800 Mark in den Haushaltplan eingesetzt.

Der soziale Gedanke, dass es recht und billig ist, höhere Einkünfte nicht nur im gleichen Grade wie die niederen, sondern in verhältnismäßig höherem heranzuziehen, wie wir es von unserer Einkommenssteuer gewöhnt sind, also die sogenannte Progression der Steuersätze, wurde auch hierbei durchgeführt. 1888 z. B. wurden bei Einkommen über 4.000 Mark nicht mehr 25 Taler oder 75 Mark als Einheit gerechnet, sondern nur 45 Mark. 1890 entwarf Herr Stadtrat Müller eine progressive Skala für diese Anlagen, 1897 erhöhte man den Prozentsatz noch von Einkommen über 6.000 Mark.

Ebenso wichtig werden jetzt die städtischen Einrichtungen, die anfangen, auch als Einnahmequelle ihre Früchte zu tragen. 1873 erhielt die Stadtkasse von der Sparkasse einen Zuschuss von 885 Talern, 1874 schon 3222, 1875 über 13.000 Mark, in demselben Jahre hat die Gasanstalt 5.789 Mark Reingewinn, der ganz in die Stadtkasse fließt, später treten das Wasser- und Elektrizitätswerk dazu. Von der Sparkasse erhält die Stadtkasse nach deren Rechnungen z. B. 1878 = 14.188 Mark, 1883 = 16.000, 1893 = 25.000, 1902 = 38.000, 1907 = 50.000, 1908 = 56.000, 1910 und 1911 = 60.000 Mark, von der Gasanstalt in den Jahren 1876 bis 79 über 5.000 bzw. 4.500 Mark, 1888 bis 1900 immer nur jährlich 500, dann wieder mehr, 1902 z. B. 1.500 und 8.000 zum Umbau des Rathauses, 1904 = 23.000, 1908 und 09 = 25.000, 1910 und 11 = 30.000 Mark, 1913 = 38.000 Mark. Das Wasserwerk liefert 1909 = 30.320 Mark, dann weniger, 1913 z. B. 18.560 Mark, „von anderen Kassen“ verzeichnet die Rechnung der Stadtkasse überhaupt 61.212, 53 Mark, vom Elektrizitätswerk konnte sie 1912 erst 3.735 Mark und 1913 4.225 Mark erhalten.

Was besagten gegen solche Kapitalien die kleinen Einnahmen der „guten alten Zeit“! Z. B. das Bürgergeschoss, das in den 60er Jahren 56, 58 Taler lieferte, später allerdings mehr bis an 700 Mark, 1913 sogar 885 und für einzelne Ablösungen 165 Mark. Die Gebühren für die Erteilung des Bürgerrechts brachten 1861 bis 69 noch 188-289 Taler ein, von 1870 an darf dafür gar nichts mehr erhoben werden.

Für den Wegfall des Pflasterzolles hatte die Stadt in den 50er Jahren noch jährlich 23.890 Taler vom Staate erhalten, 1863 wurde diese Zahlung mit 582.15.- abgelöst.

In den ersten Jahren unseres Zeitabschnittes war noch das Stättegeld von den Märkten wichtig, es stieg sogar von etwas unter oder über 200 Talern bis auf 855 Mark im Jahre 1885, verminderte sich aber dann und trat gegen andere Einnahmen ganz zurück, mehrmals verursachte der Wegfall von Viehmärkten wegen Viehseuchen fühlbare Ausfälle.

Die Hundesteuer wurde wiederholt erhöht, von 5 Mark im Jahre 1875 auf 6 Mark 1883, auf 10 Mark 1905. Sie brachte 1875 545 Mark ein, 1885 = 903, 1890 = 1.278, 1895 = 1.701, 1900 nur 1.296, 1905 aber 2.354, 1910 = 1.983,50 Mark.

Die Biersteuer wird auch weiter erhoben, sie beträgt 1905 für 1 hl einfaches Bier 20 Pfennige, für jede andere Sorte 65 Pfennige und sie soll künftig 10.000 Mark bringen statt 1.500 wie bisher. Dieser erhebliche Unterschied erklärt sich so: Nach einem Regulativ von 1884 war die Biersteuer nur von auswärts gebrautem Bier zu zahlen, doch nach einem Reichsgesetz von 1885 musste sie geändert werden und auch das hier

gebraute Bier treffen. Vom 1. Januar 1874 an ist eine Schankgewerbsteuer in Kraft. Von einer Gastwirtschaft sind 40 Taler jährlich zu entrichten, von einem Weinschank 15, einer Schank- und Speisewirtschaft 25, einem Bier- und Branntweinschank 15, von Kleinhandel mit Spirituosen ebenfalls 15, vom Schenken nur einfachen Bieres 10 Taler. Schon im nächsten Jahre werden diese Sätze erhöht. Im Jahre 1900 wurde trotz starker Bekämpfung durch die sozialistische Arbeiterschaft eine Umsatzsteuer eingeführt, von 50.000 Mark Umsatz, seit 1911 erst von 75.000 Mark an. Sie brachte im Jahre 1912 6.520 Mark ein. Verwendet wurde ihr Ertrag von 1907 an für die volle Schulgeldfreiheit der Fortbildungsschule, Schulgelderlässe und Lehrmittel der Handelsschule, auch zu einem Grundstück (Fonds) für unverzinsliche Darlehn an bedürftige Gewerbetreibende.

Von 1905 an wird eine neue Biersteuer erhoben.

In diesen Jahren war stark umstritten, die von den „Bodenreformern“ empfohlene Wertzuwachssteuer, die einen – manchmal ungeheuren – Zuwachs an Wert von bebauten oder unbebauten Grundstücken, soweit er nicht auf eigenen Leistungen des Besitzers, sondern auf solchen der Allgemeinheit (Bahnbau u. a.) beruht, wenigstens zu einem Teil auch der Allgemeinheit zugutekommen lassen will. 1908 lehnt der Rat eine Anregung dazu noch ab, doch nicht grundsätzlich, sondern nur, um der erwarteten Gemeindesteuerreform nicht vorzugreifen. Im folgenden Jahre aber ist sie schon in 43 sächsischen Gemeinden eingeführt und hat dort insgesamt über 448.000 Mark erbracht, 1910 sogar 1.327.901 Mark! 1911 wird sie gesetzlich im Deutschen Reiche eingeführt. In erster Linie sollte das Reich daran teilhaben, zu 40 % aber auch die Bundesstaaten und Gemeinden. So war diese Frage auch für unsere Stadt entschieden. Dem Stadtrat bzw. Bürgermeister werden die Obliegenheiten eines Zuwachssteueramtes übertragen, ein gemischter Ausschuss muss dafür gewählt werden. Die Ausführung dieses Gesetzes machte ziemliche Schwierigkeiten, aber die Menge der vorkommenden Fälle zeigt, dass auch Radeberg nicht unergiebig für die Erfassung müheloser Gewinne war. Noch 1911 sind 63 Fälle eingetragen worden mit einem Ertrag von 8.731,15 Mark, 1912 schon 80 Fälle. 1904 beabsichtigte der Stadtrat, die öffentlichen Tanzvergnügen zu einer Einnahmequelle für die Armenkasse zu machen, gab aber diesen Plan auf, als von 4 darüber befragten Nachbargemeinden nur eine auch ihre Bereitwilligkeit dazu erklärte und die Stadtverordneten diese Tanzsteuer nur für die ganze Amtshauptmannschaft, nicht für Radeberg allein, eingeführt wissen wollten. Aber bei Vereinsvergnügen wurde die Abgabe für die Armenkasse um 50 % erhöht.

1913 wird endlich noch eine Kinosteuer eingeführt. Noch kurz vor dem ersten Weltkrieg beschloss die Stadt eine neue Steuerordnung, die den Minderbemittelten eine Entlastung bringen und dafür die Bessergestellten stärker belasten sollte. Die Grundbesitzer sollten doppelt so viel tragen wie früher, eine Besitzwechselabgabe von 2 % des Wertes des verkauften Gegenstandes war mit vorgesehen. Diese Steuerordnung sollte am 1. Januar 1915 in Kraft treten.

Die allgemeine Richtung ging in unserer Zeit dahin, zur Vereinfachung kleinere Abgaben aufzuheben bzw. abzulösen, wie die an die Stadt zu leistenden Geschosse und Erbzinse, die „Biere“, „Schocke“, das „Feuer- und Wächtergeld“, die als Reallasten im Grund- und Hypothekenbuch eingetragen waren. Die Geschosse betragen 692,18 Mark, die Erbzinse 264,29. Zwei Drittel davon waren Posten unter 3 Mark. Geschosse und Erbzinse der Fleischbänke wurden schon 1865 abgelöst. Der Rat beschloss nun 1878, die betreffenden Bürger zur Ablösung solcher Abgaben mit dem 20-fachen Betrag aufzufordern, was nach einem Gesetz von 1851 möglich war, es kam jedoch noch nicht dazu.

1887 f. wird diese Sache erneut aufgenommen. Bei einer Neuordnung des Steuersystems fordert der Rat wieder zur Ablösung auf. Es melden sich dazu 29 Bürger, nur 2 mehr als 10 Jahre zuvor, so wird nochmals davon abgesehen. Erst von 1901 an erfolgen einzelne Ablösungen durch Zahlungen an die Stadtkasse, worauf dann der Rat die Löschung im Grundbuch bewilligt, bei kleinen Posten werden die Beträge gleich abgeschrieben. Ein Teil des alten Burglehns hatte z. B. jährlich 39 Pfennig „Seelenbadgeld“ (s. a. Pkt. 1) zu entrichten, was aber seit vielen Jahren schon nicht mehr erhoben worden war. 1911 wird diese Abgabe einfach gelöscht. Besonders war es der Stadtkassierer Quaas gewesen, der diese Verwaltungsvereinfachung immer wieder betrieben hatte. Der alte Branntweinblasenzins fiel schon 1852 ohne Entschädigung.

4.4 Größere Ausgaben, kleinere für soziale Zwecke

Wie die vorzüglichsten Einnahmen, so sind auch besondere Ausgaben bemerkenswert, nicht nur ihrer Höhe wegen, sondern auch wegen ihres Zweckes. Die höchsten Ausgaben erfordern Bauten und deren Einrich-

tungen, Straßen, Wasserleitung, Ankäufe von Grundstücken, Besoldungen, Schuldentilgung und -verzinsung, Zuschüsse zur Schul- und zur Parochialkasse. In den 70er Jahren wird der Verwaltungsaufwand erheblich, besonders Zuschüsse zum Garnisonsquartiergeld (1877 z. B. über 10.000 Mark), in demselben Jahre erfordert die Rinderpest einen Sonderaufwand von 6.649 Mark, in den 80er Jahren treten besonders die Besoldungen mit Pensionen – Gründung einer Pensionskasse – und Bekleidungs- und Tilgungsgeld, Tilgung und Zinszahlung hervor. In den 90er Jahren steigen wieder die Verwaltungskosten, Schreiberlöhne, Heizung und Beleuchtung, Inserate und Drucksachen (1892 zusammen 3.600 Mark), 1899 machen die Schreiberlöhne allein 3.696 Mark aus. Steuern und Abgaben werden zuletzt auch ganz ansehnlich, 1904 z. B. 5.417 Mark, 1913 = 6.860 Mark.

Der Polizeiaufwand beträgt im Jahre 1905 1.190 Mark, „gerichtliche und außergerichtliche Kosten“ 1906 = 2.720, 1910 = 2.905 Mark. 1913 erfordert die Polizei 3.537 Mark, das Feuerlöschwesen 8.154 Mark, die Besoldungen sind auf 78.497,68 Mark gestiegen ohne die 8.554 Mark für die Ruhegehälter. Kleinere Ausgaben dienen der Förderung der Volkswohlfahrt, Volksbildung, Kultur, vaterländischen Bestrebungen und zeigen, dass unsere Stadt auch für solche Zwecke noch etwas übrig hatte. Es sind meist laufende Unterstützungen von gewissen Anstalten oder Vereinigungen, auch in anderen Orten. Die hiesige freiwillige Turnerfeuerwehr erhält Spenden von wachsender Höhe, 1872 ff. z. B. 100, 150 Taler, dann 200-416 Mark, die Feuerwehrleute erhalten bei Bränden und Übungen kleinere Anerkennungen. Dem Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose sowie einer Volksheilstätte für Lungenkranke werden jährlich 20 Mark gesandt, der Epileptischen Anstalt Klein-Wachau 50 Mark, zu einer Ausstellung betreffend die Lungenschwindsucht hier werden 1913 80 Mark gegeben. Eine Blindenanstalt erhält 1908 50 Mark, ein Unterstützungsfonds für entlassene Blinde in Chemnitz jährlich 10 Mark, der Verein für Krüppelhilfe in Dresden 20 und 50 Mark, die Kinderheilanstalt Dresden mehrmals 30 Mark, das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus 20 Mark (1907), das Barmherzigkeitsstift Kunnersdorf jährlich 3, der Landesverband gegen den Missbrauch geistiger Getränke 10, das Diakonissenhaus Dresden 15, die Brüderanstalt Moritzburg 5, die Arbeiterkolonie Schneckengrün 50 Mark, der hiesigen Kleinkinderbewahranstalt fließen wiederholt 300 Mark zu, dem Ortsausschuss für Jugendpflege 50 (1913), der Herberge zur Heimat öfter 100 Mark, dem Altenheim hier 1912 = 1.102 Mark, 1913 = 1.004 Mark. Von Einzelpersonen nennen wir (1907) für notleidende Deutsche in Rumänien 50 Mark, für Abgebrannte in Donaueschingen (1908) 30, für verunglückte Bergleute bei Hannover 150 Mark. Ein Unterstützungsfonds für Soldatenfamilien erhält 1898 500 Mark, ein Unterstützungsfonds für Hebammen in demselben Jahre sogar 1.000 Mark. Für „wohltätige Zwecke“ ohne nähere Bezeichnung, enthalten die Rechnungen von 1911 = 1.289 und 115 Mark, 1912 = 1.289, 1913 = 1.514 Mark. In letzterem Jahre werden die Bestrebungen der Geflügelzucht mit 40 Mark gefördert. Besondere Fürsorge durfte sich auch, abgesehen von den notwendigsten Ausgaben für Schulen, die Volksbildung erfreuen. Die hiesige Volksbibliothek erhielt 1887 zum 1. Male eine Zuwendung von 75 Mark, dann 100, 150, 200, 300, die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung jährlich 10 Mark, das Germanische Museum in Nürnberg ebenso, der Sächsische Altertumsverein 6 Mark jährlich, der Verein für sächsische Volkskunde 1913 einmalig 100 Mark. Endlich sind auch vaterländische Bestrebungen reichlich gefördert worden.

4.5 Activa und Passiva, Anleihen und Rückzahlungen

Wie in der zweiten Hälfte unseres Zeitabschnittes Activa und Passiva bzw. Vermögen und Schulden unserer Stadt gewachsen sind, zeigt eine knappe Zusammenstellung von 5 zu 5 Jahren (mit Weglassung der Dezimalstellen).

	Activa	Passiva
1885	399.839 Mark	138.822 Mark
1890	632.875 Mark	236.933 Mark
1895	1.291.713 Mark	698.874 Mark
1900	1.631.095 Mark	714.498 Mark
1905	2.283.130 Mark	1.226.590 Mark
1910	2.445.961 Mark	1.430.703 Mark
1913	3.046.288 Mark	1.403.286 Mark

126.506 Mark sind aber in die Schulkassenrechnung geschrieben, und die Kirchgemeinde hat noch 128.116 Mark Schulden.

Die Activa sind auf das 7 ½-fache gestiegen, die Passiva fast auf das 11-fache! Trotzdem war die Gesamtlage noch unbedenklich, es waren hohe Schulden aufgenommen, aber auch große Werte geschaffen worden. Es waren schon andere Zeiten geworden als im Anfang der 60er Jahre! 1860 betragen die Schulden der Stadt, aus 3 Posten bestehend, 3200 (vom Schulhaus), 1400 (von Orgel und Glocken) und 4700 Taler (vom Kaufe des Exerzierplatzes 1858 für 6915 Taler), zusammen 9300 Taler. 1870 wurden die Activa der Stadt auf 57416.17.9 Taler berechnet, die Passiva nur noch auf 216.20 Taler, besonders, weil für den Exerzierplatz und den Rathausturmbau aufgenommene Kapitalien fast ganz hatten getilgt werden können. Nun traten aber immer neue Bedürfnisse ein, für deren Kosten man auch die Nachwelt belasten musste und durfte. Am 2. August 1875 werden die Stadtschulden wieder auf 14900 Taler beziffert. Ohne vollständig sein zu wollen, stellen wir hier die größeren Anleihen zusammen.

1867 sind 75000 Taler aufgenommen worden, 1874 180.000 Mark, 1875 nochmals 180.000 Mark, 1875, 77, 97, 98, 99 werden 5 Anleihen zu den neuen Schulbauten gemacht, 1888 = 90.000 Mark

1893 werden 50.000 Mark, 1894 = 150.000, 1899 = 30.000, 1901 = 744.700 Mark, 1902 = 744.700, 1903 = 34.000, 1904 = über 300.000, 1906 = an 400.000, 1910 = 300.000 Mark, 1911 = 150.000 Mark aufgenommen.

Die erforderlichen Gelder werden zum Teil nur bei anderen städtischen Kassen geborgt, so z. B. 1897 von der Sparkasse 10.000 Mark, 1899 vom Stadtkassen-Reservfonds 30.000, 1903 vom Gaswerksvermögen 34.000, 1905 vom Gaswerksreservfonds 7.500, 1906 vom Erneuerungsfonds der Gaswerkskasse 12.000, 1910 und 1912 vom Pensionsvermögen 9.000 und 13.500 Mark, diese Anleihen erhält man z.T. unverzinslich. Die ganz großen Bedürfnisse müssen freilich anderen Stellen entnommen werden, in erster Linie beim Landwirtschaftlichen Kreditverein (1888, 93, 94, 97, 1901). 1911 werden 100.000 Mark bei der Sparkasse Großröhrsdorf aufgenommen. Die Schulgemeinde lieh 1875 bei der Kommunalbank in Leipzig 150.000 Mark.

Für die Tilgung der Schulden sorgt weiter die Stadtschuldentilgungskasse. In diese fließen hauptsächlich Zuschüsse der Stadtkasse, der Gasanstaltskasse, des Gasanstaltserneuerungsfonds, der Spar-, der Wasserwerks-, der Anlagenhauptkasse, des Kirchenbaufonds, des Biersteuerfonds, auch Teile von größeren Anleihen werden gelegentlich zur Abzahlung älterer Schulden verwendet. Kleinere Beträge liefern noch mancherlei Gebühren, bei Besitzveränderungen, Bürgerrechtsverleihungen (nur bis 1869), bei Hausschlachtungen, Schauspielunternehmungen und anderen Kunstdarbietungen, bei Käufen bzw. Verkäufen, endlich auch Strafgeelder. Bestimmte Tilgungspläne werden vereinbart und regelmäßige Abzahlungen geleistet.

Bedeutende jährliche Beträge erfordert natürlich auch der Zinsendienst. Der Landwirtschaftliche Kreditverein nimmt meist 4 %, dazu kommt dann der Tilgungsprozentsatz. In den 80er Jahren steigen die jährlichen Zinsen schon auf 6.500 Mark, 1913 sind sie bei rund 56.000 Mark angelangt. Trotz allen Belastungen konnte das Gesamtbild der städtischen Finanzen 1910 als günstig bezeichnet werden.

Fragen wir uns zuletzt, welche Arbeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit so bedeutende Aufwendungen erforderten, so waren es besonders Bauten, ein Um- und Aufbau des Rathauses, der Neubau und die Einrichtung der Gasanstalt, der Erweiterungsbau der Evangelischen Kirche, die neuen Schulbauten, Friedhofs- und Straßenbau, das Wasserwerk, das Elektrizitätswerk mit dem Leitungsnetz und das Krankenhaus.

4.6 Rücklagensystem, Stadtschuldscheine

Neue Zeiten – neue Aufgaben, mehr Bewohner – kostspieligere Anlagen! Um nicht ganz mittellos vor solchen zu stehen, die in absehbarer Zeit unvermeidlich werden mussten, fing man an, vorausblickend „Fonds“ anzulegen, wie man später besser sagt, Rücklagen zu machen, soweit die Möglichkeiten vorhanden waren. So wird 1880 in der Sparkasse ein Straßenbaufonds gegründet von 2.836,43 Mark in der Sparkasse, 1884 ein Südstraßen- und Krankenhausbaufonds (900 und 1.298 Mark), 1890 und 91 werden je 100 Mark für ein Kriegerdenkmal zurückgelegt, 1910 für ein Stadtbad 1.817,97 Mark, 1911 zu demselben 6.449,98 Mark, ein Betriebsfonds erhält 1903 eine Rücklage von 8.900 Mark, ein Reservfonds an 1.800 und 1910 ziemlich 10.000 Mark. 1913 werden für den Bau der Pirnaischen Straße 9.000 Mark zurückgelegt.

Als Mittel zur Geldbeschaffung werden auch wiederholt Stadtschuldscheine ausgegeben, die dann regelmäßig wieder ausgelöst werden. Eine solche Ausgabe mit bestimmtem Tilgungsplan erfolgt z. B. schon 1868, dann auch 1874, 1888, 1898 und 1899. 1868 waren es 19200 Taler zu 4 ½ % behufs Deckung aller Schulden.

4.7 Chausseegeldeinnahme

Nach der Chausseierung der Böhmisches Glasstraße 1846 war hier eine Chausseegeldeinnahme („Receptur“) eingerichtet worden mit dem alten Einnehmer Böhme, der seit 1835 die Gebühren an der Pulsnitzer Straße eingenommen hatte und sich nun erbot, gegen den „24. Pfennig“ wieder ein Lokal für die Einnahme auf beiden Chausseen zu stellen. Nach Böhmes Tod hatte der Staat sein Haus gekauft (1851) und ließ das Chausseegeld darin weiter erheben (Ecke Ober- und Pulsnitzer Straße). Statt der jährlich wechselnden Beträge ging die Ober-Steuerinspektion aber nun dazu über, von der Stadt einen festen Betrag zu fordern, den dann die Fuhrwerks- und Viehbesitzer der Stadt zu entrichten hatten, die kleinen Einzahlungen sind also nun in einen Pauschalbetrag umgewandelt. Dieses Fixum wurde immer für einige Jahre festgelegt und stieg bis 1872, stieg doch auch immer der Verkehr der regelmäßigen Botenfuhrwerke, der Lohnkutscher und die Zu- und Abfuhr von Holz, Kohle und dgl. 1863 betrug das Fixum 65 Taler, stieg 1867 auf 100, 1874 auf 160, dann nahm es 1878 ab (300 Mark) stieg aber in der folgenden Zeit wieder auf 360 und 390 Mark. Die Stadt wünschte in dieser Zeit wegen der Verkehrshemmung die Beseitigung des Chausseehauses, 1867 und 1882, doch erfolglos, von staatlicher Seite wurde entgegengehalten, es seien nur momentane Stockungen bei Viehmärkten eingetreten, und die Verkehrsfläche könne die Stadt selbst erweitern, wenn sie den großen Wassertrog dort verkleinere. Übrigens sei im Landtag schon der Wegfall aller Chausseehaltestellen ange-regt worden und könne bald erfolgen.

Er ist dann auch bald erfolgt. Am 1. Januar 1886 hörte jeder Straßenzoll auf, wo er überhaupt noch bestand.

5 Öffentliche Arbeiten

5.1 Kommunale Baumaßnahmen – Rathaus, Kirche, Krankenhaus u. a.

In einigen Jahrzehnten drängt sich eine reiche Fülle von Arbeiten der Stadt- wie der Kirchen- und der Schul-gemeinde zusammen, die bedeutende Mittel erforderten, aber dann auch eine Erhöhung des Stadtvermö-gens bildeten. Gleich am Anfang beginnen Veränderungen an unsrem Rathause. Nach den Stadtrechnungen werden im 2. Stock eine Stube und eine Kammer hergestellt (1859,) vermutlich im Bodenraum, denn einen wirklichen ausgebauten 2. Stock gab es damals noch nicht. 1863 wird von einem größeren Umbau gespro-chen, im Jahre darauf der im Hinterhaus erbaute Saal mit zwei Kronleuchtern, einem hohen Spiegel und einem Podium für Aufführungen versehen. Jetzt werden andererseits die alten Fleisch- und Semmelbänke an der Oberstraßenseite abgebrochen. Der Fußboden wird gebohnt¹⁹, neben anderen Verbesserungen (1866), bei einem Umbau der Hofräumlichkeiten 1867 wird ein Schweinestall errichtet. 1870 und noch wie-derholt wird der Saal malerisch ausgeschmückt. 1874 erhöht man das Podium. Als Hauptmangel wurde damals bereits der Raummangel empfunden, der nun lange die treibende Kraft zu Vergrößerungen oder sonstigen Mitteln wurde, Geschäftsraum zu gewinnen. 1876 war es Herr Stadtrat Knobloch, der einen Aus-bau des „Mansardendaches“ zu einer Volletage beantragte. Bauausschuss und Stadtrat traten diesem Pla-ne, der 5 Expeditionsräume schaffen sollte, bei. So erhielt unser Stadtregerungsgebäude seine jetzige Hö-he. Die Ausführung dieses Baues bekamen Zimmermeister Herzog und Maurermeister R. Schmutzler hier, die Kosten beliefen sich schließlich auf ziemlich 15.000 Mark. In dem 2. Obergeschoss bekam der Ratskel-lerpächter auch 4 Wohnräume. Dieser hatte nun folgende Räume inne: Im Erdgeschoss eine große und eine kleinere Gaststube links, rechts ein 3. Gastzimmer und die Küche nebst einem Speisegewölbe, im 1. Stock hinten den Saal mit einem Buffet- und dem Entreezimmer, sowie ein größeres und ein kleineres Gesell-schaftszimmer, im 2. Stock die genannten Wohnräume, dazu die Mitbenutzung des Oberbodens und die Keller. Er zahlte dafür erst 730 Taler Pacht, nach Abzug der Garnison 1.700, bald nur 1.500 Mark, 1885 bei einer neuen Verpachtung 1.600, das Geschäft hatte sich wieder etwas gehoben.

Jetzt erhielt auch der Turm einen neuen Ölfarbenanstrich, was später noch mehrmals wiederholt werden musste. 1885 hatte das Rathaus einen Vorbau, der mit Kupferblech gedeckt wurde, Vorstufen zum Eingang wurden beseitigt. Im folgenden Jahre war das Haus neu abzuputzen und das Dach einer umfangreichen Ausbesserung zu unterziehen.

An der Oberstraßenseite befanden sich seit alter Zeit 3 Verkaufsgewölbe, von denen im Jahre 1873 z. B. ein Produktenhändler Reinicke zwei und ein Buchhändler Jünger eines innehatte, diese sollen jetzt, 1890, weg-

¹⁹ Bohnen, das Glänzendmachen von Parkettfußböden

fallen. Der Rat setzt den Plan durch, sie zu Wohnzwecken für den Ratskellerwirt umzubauen, wodurch dessen Wohnung im 2. Stock frei wurde und Verwaltungszwecken dienstbar gemacht werden konnte, die neue Wohnung konnte dem Pächter im Juli 1890 übergeben werden, die Pachtsumme betrug jetzt 3.600 Mark. Am 1. Oktober 1891 trat übrigens Herr W. H. Miersch in den Pachtvertrag ein, die zugehörige Wohnung bestand nun aus je drei Stuben und Kammern. Im folgenden Jahre wurden das Gewölbe des Rathauses, Hof- und Kellerräume umgebaut. Dann tauchte der Gedanke auf, die Ratskellerwirtschaft einzuziehen, doch erhielt ihr die Beliebtheit in der Bürgerschaft noch einige Jahre das Leben. Zunächst erforderte der Turm wieder größere Aufmerksamkeit, nachdem er 1896 einen neuen Anstrich erhalten hatte wurde ihn sein Weißblechkopfputz abgenommen und durch eine Haube von Kupferblech ersetzt, eine neue Fahne und ein Blitzableiter wurden darauf angebracht (1898). Um der Polizeiwache die nötige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, zog man die Wohnung des Ratsdieners Krüger im Erdgeschoss des „Arresthauses“ ein und baute sie um (1901). Und nun kam es wirklich zum Falle des guten Ratskellers, er fiel der Ausdehnung unserer Stadt und ihre Verwaltungsarbeit zum Opfer (sehr zum Bedauern des Verfassers, in der in seiner Junggesellenzeit nach Erledigung der Vormittagspflichten immer gern zum Zwecke leiblicher Stärkung dieses stattliche Lokal aufgesucht hatte). Mit dem Plane eines Umbaus dieser Räume befreundeten sich besonders die Stadtverordneten mehr als mit dem Ankauf eines Nachbargrundstückes, der Umbau sollte nur 8.000 Mark verschlingen. Schließlich wurden 9.900 Mark dafür bewilligt und ausgegeben, am 22. Oktober 1902 war der Umbau vollendet. Wie schon 1903 geplant worden war, fiel 1906 auch der Tanz- und Konzertsaal als solcher weg, ward aber in einem würdigen Sitzungssaal für Rat und Stadtverordnete verwandelt mit Holztafelung, Stuckverzierungen, einem größeren und einem kleineren hufeisenförmigen Sitzungstische und ansehnlichen Stühlen. Einen besonderen Schmuck dieses Raumes bildeten 4 große bunte Glasfenster, Geschenke von 4 hiesigen Herren: Kommerzienrat M. Hirsch, Justizrat Oertel, Baumeister Ulbricht und Baumeister Petrich. Diese Arbeiten nebst Reparaturen und der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen erforderten über 19.000 Mark. Während der Arbeit fasste man noch den Beschluss, von der Haupttreppe des Rathauses aus einem Zugang zu dem Sitzungssaale zu gewinnen, und für die ihn auch aus.

Mancherlei war ferner an dem alten Reithause zu tun. 1869 erforderte es z. B. eine vollständig neue Bedachung, 1871 mussten durch den Brand einer benachbarten Scheune entstandene größere Schäden ausgebessert werden. 1908 wurde es noch einmal umgebaut.

1870 war eine unbedeckte Reitbahn anzulegen, der ehemalige Gasthof „Zum sächsischen Reiter“ zeigte seine Lage an

Bedeutende Bauarbeiten waren auch für Schule und Kirche zu leisten. Jetzt entstanden unsere großen neuen Schulgebäude: 1876/77 die Mädchenschule, die 1905 mit einem neuen Flügel erweitert wurde, 1897/8 die Knabenschule an der Pestalozzistraße, 1912 das Realschulgebäude mit einer Turnhalle, was dem Freudenberg ein ganz anderes Aussehen gab, musste doch dafür erst eine ganze Anzahl alter Scheunen fallen. Eine Hauptarbeit war ferner der 1887-89 erfolgte Um- und Erweiterungsbau der evangelischen Kirche mit der Aufführung des etwa 60 m hohen Turmes, dessen Grundstein 1888 gelegt wurde. Andere Bauwerke dienten der städtischen Wirtschaft. 1872 machte sich ein größerer Bau für die Wasserleitung mit Nivellierungsarbeiten nötig. 1883 werden die hölzernen Wasserrohre durch eiserne ersetzt, z. T. aus dem hiesigen Werke Saxonia²⁰. 3 später wird vom Spitzberge her eine Wasserleitung gelegt. 1891 beginnen schon wieder die Vorarbeiten für eine noch großzügigere Wasserversorgung, ein neues Sammelbecken, 580 m³ haltend, ist 1893 fertig (s. a. Pkt. 6.1).

Viel wird auch für Badegelegenheit und Schwimmbecken im Freien getan bis zur Herstellung unseres schönen großen Stadtbades 1911-13. (s. Pkt. 6.2).

1874 entstand die Gasanstalt, die Anlage eines elektrischen Kraftwerkes wird 1911 beschlossen.

1867 wurde auf dem Exerzierplatz am Pulvermagazin ein neues Wachthaus gebaut. 1905/6 fiel dieses dem Zahn der Zeit zum Opfer, schon ziemlich verfallen, wurde es versteigert und von der einzigen Bieterin, Frau Stillmark, im Februar 1906 abgebrochen. 1875 wurde eine Kaserne für zwei Batterien errichtet, die nach dem Abzuge der Garnison als Korrekthaus diente (äußere Pirnaischen Straße, damals Südstraße²¹),

²⁰ gemeint sind die 1862/63 am Bahnhof gegründeten v. Kitzing'sche Eisenwerke, „Saxonia“ genannt

²¹ heutige Dr.-Albert-Dietze-Straße 11

1876 die Cavillerei²² neu errichtet, 1880 wurde das Arresthaus umgebaut, 1887 nochmals, dazu das Spritzenhaus neu erstellt. 1890 erhält die Gasanstalt noch einen Gasometer. 1906 entsteht das stattliche Krankenhaus an der Pulsnitzer Straße, das am 14. Mai 1906 in Benutzung genommen werden konnte. Dieser Bau kostete ohne die innere Einrichtung über 230.000 Mark.

5.2 Kommunale Baumaßnahmen – Straßenbau, Brücken, Denkmäler u. a.

Der Bau neuer Straßen, Erweiterung des Schleusennetzes, Verbesserung des Pflasters wird dabei immer weiter betrieben. 1873 wird z. B. die Hauptschleuse vor dem Dresdner Tore hergestellt, 1878 der Niedergraben verbreitert, im folgenden Jahre umgepflastert, 1883 die Hauptstraße umgepflastert, was mit dem Legen von Granitplatten und Bordschwellen auf den Fußbahnen etwa 12.000 Mark kostete. 1884 wird die Südseite des Marktes mit Schleusen versehen und eine Granitplattenfußbahn gelegt, 1890 die ehemalige Glasstraße, jetzt Goldbachstraße²³, neu gebaut mit Schleuse, die Schloßstraße umgebaut. Der Bau der Südstraße²⁴ kostet 1891 fast 35.000 Mark, die Röderbrücke wurde dabei neu hergestellt. Im nächsten Jahre erfahren die Neue Gasse²⁵, die Südstraße und die Röderbrücke eine Verbreiterung, 1893 ebenso die Dresdner, Pillnitzer und Bahnhofstraße, zum Teil mit der Anpflanzung von Bäumen. Die Brücke der Stolpener Straße wird 1890 und 1908 verbreitert auf 12 m. In dieser Zeit wird für die geplante Überführung der Pillnitzer Straße über die Bahn, die nördliche Rampe gebaut. Im Jahre 1895 ist am Schlossteich die Ufermauer und ein Schleusenwehr herzustellen, die Brücke im Hofgrund zu erweitern. 1891 wird die Röderbrücke der Südstraße wieder abgebrochen und neu errichtet. 1896 sind besonders viele Straßen mit Fußbahnen, Beschleunigung, teilweise Verbreiterung zu bauen, u. a. die Goldbach- und die Güterbahnhofstraße neu zu erstellen. Die Mühlstraße wird 1897 gebaut, im nächsten Jahre die Langbeinstraße in Angriff genommen, 1899 die Hospitalbrücke²⁶ in Zementbeton neu errichtet, was noch 1900 fortzusetzen ist. 1900-1902 folgt die Straße XII, vom Volksmund „Schinderweg“ genannt, die Bad- und Friedrichstraße. 1906 wird der Flügelweg hergestellt. Von 1906 bis 1909 dauern Arbeiten zu Regulierung der Goldbach. 1906 erfolgt noch ein Umbau des Erdgeschosses des alten Krankenhauses²⁷. 1907 wird die Friedhofsmauer erhöht, 1908 die Röderbrücke der Stolpener Straße verbreitert. 1909 folgt der Ausbau der Fabrikstraße²⁸, der noch im folgenden Jahre fortzusetzen ist. In diesem erfordert ferner die Pulsnitzer Straße über 13.000 Mark, 1911 die Mühlstraße über 10.000, 1912 für die Pulsnitzer, Süd- und Lange Straße²⁹ über 18.000 Mark, 1913 betragen die Ausgaben für Straßen und Wege wieder über 18.000 Mark.

Auch die Verschönerung der Stadt und ihrer näheren Umgebung hat sich der Stadtrat angelegen sein lassen, durch größere und kleinere Anlagen sowie durch Unterstützung des Verschönerungsvereins. Straßen wurden mit Bäumen geschmückt, 1864, 76 und 79 wurden im Hofgrund Birken gesetzt, an der Straße nach Großröhrsdorf Obstbäume (1864.) 1901 ebnete man den sogenannten Bildhauerplatz an der Langen Straße ein und bepflanzte ihn mit Sträuchern, im darauffolgenden Jahre legte man den Schmuckplatz vor dem Lindenhofe an, wobei das Kriegerdenkmal etwas versetzt wurde. 1912 f. wurde das schon vier Jahre zuvor für 4.800 Mark von der Stadt erkaufte Flurstück 1413 aufgeforstet, 1912 ein weiteres im oberen Rödertal (Hüttertal) für Anlagen angekauft (3.000 Mark). Die Stadt stellte auch Gelände für Schrebergärten zur Verfügung. Wie der Aufwand für Straßen und Wege in den 5 Jahrzehnten von 1860 bis 1910 angewachsen ist, möge eine Zusammen- und Gegenüberstellung der niedrigsten und höchsten Ausgaben dieser Jahrzehnte nach den Stadtrechnungen zeigen. In den 60er Jahren waren 178 Taler die geringste Jahresziffer, 456 Taler die höchste, in den 70er Jahren 338 bzw. 3455 Taler, in den 80ern 3.800 und über 7400 Mark (1886), in den 90ern ca. 40.000 bzw. 77.000 Mark (1899), im letzten Jahrzehnt 42.000 und 94.800 Mark (1909), von der letzten Summe nahm die Fabrikstraße allein 76.000 Mark in Anspruch, 1902 kostete für die Bad- und Friedrichstraße 40.000 Mark.

²² *Abdeckerei, verantwortlich für die Beseitigung von Tierkadavern und die Tierkörperverwertung*

²³ *heutige Straße des Friedens und Heinrich-Gläser-Straße*

²⁴ *heutige Dr.-Albert-Dietze-Straße*

²⁵ *heutige Dr.-Wilhelm-Külz-Straße*

²⁶ *Brücke am heutigen „Kaiserhof“ im Zuge der Dresdener Straße*

²⁷ *an der Röderbrücke unterhalb der Knabenschule, der heutigen Pestalozzi-Schule*

²⁸ *heutige Dresdener Straße ab Bahnhofstraße stadtauswärts*

²⁹ *heutige Otto-Uhlig-, Otto-Bauer- und der untere Teil der Pulsnitzer Straße*

Einige passende Plätze wurden auch mit Denkmälern geschmückt, die ebenfalls mit kleineren und größeren Anlagen umgeben wurden. Am 7. September 1879 wurde das Kriegerdenkmal geweiht, am 22. April 1900 das König-Albert- und am 2. September 1911 das Bismarckdenkmal.

5.3 Bauordnungen und Bebauungspläne

In neuester Zeit überlässt der Staat das Bauwesen nicht mehr den Städten allein, noch weniger den Bauwilligen selbst, sondern verlangt bestimmte Bauordnungen und Bebauungspläne. Ein Gesetz vom 6. Juli 1863 befiehlt die polizeiliche Beaufsichtigung von Bauarbeiten. Die Städte dürfen sich einen Sachverständigen dafür suchen. Radeberg wählt den Dresdner Brandversicherungs-Oberinspektor Lippold. Schon im folgenden Jahre muss die Bestimmung wieder eingeschränkt werden, dass erst nach dem Empfang der stadträtlichen Genehmigung mit dem Bau begonnen und das fertige Gebäude erst nach der Erlaubnis des Rates in Gebrauch genommen werden darf. Nachdem man noch 2 weitere Auswärtige zu Bausachverständigen gemacht hatte, wurde dann 1890 ein Stadtbauinspektor angestellt, zugleich als Sachverständiger der Baupolizeibehörde. Es war Herr Baumeister Gneuß. 1867 wurde Radeberg von der Kreisdirektion zur Aufstellung einer Bauordnung und eines Bebauungsplanes gemahnt. Sie hatte in diesem Sinne bereits von sich aus praktisch gewirkt. 1865 hatte der Rat für 3 Brandstellen auf der Pulsnitzer Straße eine Baulinie festgelegt, wobei die Straße breiter wurde und die drei Häuser zwischen 2 Ecken in gerade Linie geführt werden. 1870 wurde ebenfalls nach einem Brande von 3 Häusern die Dresdener Straße an der Stelle, wo die Röderstraße einmündet, gerade geführt. Mit der Bauordnung ließ man sich Zeit. Nach einer nochmaligen Aufforderung gab die Stadt erst dem Oberinspektor Lippold den Auftrag, einen Bebauungsplan aufzustellen (1869). Nach einer Lokalbesichtigung lieferte dieser im Mai 1870 den vorläufigen Plan, womit sich die Stadtverordneten auch einverstanden erklärten. 1873 ging die Stadt dann an die Bauordnung heran und beauftragte Herrn Lippold auch damit. Vier Jahre (!) später ging der Entwurf ein und wurde nun von einer gemischten Deputation geprüft. Die Stadtverordneten hatten viele Wünsche dazu. Besonders waren sie gegen den., dass der Bauunternehmer das Areal zu neu angelegten Straßen und Plätzen unentgeltlich abzutreten, in chausseemäßigen Zustand zu bringen und darin zu erhalten habe, es blieb jedoch in der Hauptsache dabei. Für die ganze Bauordnung konnte am 13. April 1880 die Genehmigung der Kreishauptmannschaft erbeten werden. Es wurden wohl noch einige Änderungen gewünscht, jedenfalls wird die Bauordnung 1882 nochmals eingereicht und nun auch genehmigt. In dieser Zeit wurde ein ganz neuer Stadtteil in Angriff genommen: das Gelände jenseits der Bahn, wofür Herr Geometer Ueberall mit einem besonderen Bebauungs- und Beschleunigungsplan betraut wurde. Für die Handhabung des Enteignungsrechtes wurde das Dresdner Regulativ angenommen.

Besondere Schwierigkeiten verursachte die Dresdener Straße als Teil der Staatsstraße Dresden-Kamenz. Der Teil innerhalb der ehemaligen Stadttore ging schon längst zu Lasten der Stadt, jetzt soll sie auch noch die Kosten des äußeren Teiles übernehmen, weigert sich aber. Ende der 60er Jahre wird darüber zäh gestritten. Die Stadt sagt: Die Staatsstraße hat einfach der Staat zu unterhalten, was auf unserem Pflaster fährt, sind zudem meist durchgehende Frachtwagen, von denen die Stadt gar nichts hat. Der Staat meint: Ihr habt doch das alleinige Interesse an dieser Straße! Damit doch etwas geschehe, macht man sich schließlich Konzessionen, 1872 kommt man dahin überein: Der Staat baut auf der äußeren Dresdner Straße einen erhöhten Fußweg (vom Bahnhof her gesehen links), die Anlieger entfernen Stufen, legen die Türschwellen höher, bringen Dachrinnen an. Das Geld dazu leiht ihnen die Stadt, übernimmt auch den Schleusenbau von 240 m Länge (Frühjahr 1873). Dabei wird die alte staatliche Schleuse beseitigt. Die Anwohner haben dazu auf 1 Meter 3 Mark beizutragen, während sie früher alles zu bezahlen hatten. Beim Ober- und Niedergraben in den nächsten Jahren sind die Anwohner gleich bereit, ein Viertel der Schleusen- und Fußbahnkosten mit Bordkanten und sauberem Schnittgerinne zu tragen, 1887 zahlen sie die Hälfte der Kosten.

5.4 Staatstraße von Großröhrsdorf – Kommunikationswege, Flügelweg – Senkung der Fabrikstraße

Einen Festtag besonderer Art feierte unsere Stadt im Jahre 1889. Da herrschte große Freude über eine neue Straße. Diese war zwar in erster Linie das Bestreben der Großröhrsdorfer gewesen, die schon lange eine Verbesserung ihrer Straße nach Radeberg ersehnten, doch als diese nun ganz neu, vielfach anders gelegt, um 800 m verkürzt, fertig hergestellt war und feierlich eröffnet wurde, war das auch für Radeberg und Kleinröhrsdorf ein Freudentag. Die Feier bestand hauptsächlich in einer glänzenden Auffahrt von geschmückten Wagen aller Art von Groß-Röhrsdorf und Radeberg, 70 Wagen zählte man, darunter 30 von

Radeberg. Sie begann am Mittelgasthof in Groß-Röhrsdorf und bewegte sich langsam vorwärts, so dass die Schaulustigen, die Kopf an Kopf beide Seiten des Weges füllten, genügend Muße zur Bewunderung der Gefährte erhielten. Auf dem Markte zu Radeberg wurde der Zug dann mit Böllerschüssen und Musik der Stadtkapelle begrüßt.

Der 1882 genehmigte Bebauungsplan wurde 1899/1900 durch einen neuen ersetzt, der auf Verlangen der Kreishauptmannschaft auch die Entwässerungsanlagen enthielt. 1879 wurden alle einzelnen Häuser in einer neuen Straßenordnung auf 31 Straßen und Plätze verteilt und manche Straßen neu benannt. Das bisherige Kuttelhofgässchen wurde jetzt zum Marktgässchen, der alte Bretweg zur Pillnitzer Straße. Außer den eigenen Straßen hat die Stadt noch größere Fahrwege, die sogenannten Kommunikationswege, innerhalb ihrer Flur zu unterhalten. Da dies immer eine kostspielige Sache ist, suchte man sie sich möglichst zu ersparen, man erklärte sie z. B., wo es anging, für bloße Feldwege. Der Staat dagegen verlangte möglichst viel von den Städten. Von 1880 an muss Radeberg seine Pläne für Wegbesserungen des nächsten Jahres einschicken. Es erhält jetzt allerdings auch von der Amtshauptmannschaft wiederholt wesentliche Beihilfen dazu, 1883 z. B. 850 Mark, 1884 sogar 1.000 Mark. Streitigkeiten entstanden über den Radeberg-Ullersdorfer Weg, der von der Pillnitzer Straße abgeht, den so genannten Flügelweg. Bei der Berainung³⁰ dieses Weges 1868/9 verwarfen sich die städtischen Kollegien dagegen, dass er die Eigenschaft eines Kommunikationsweges erhalte, obgleich er bei der Flurvermessung 1867/8 als solcher im Flurbuch eingetragen worden war. Sie verboten deshalb 1894 plötzlich seine öffentliche Benutzung, da er nur ein Feldwirtschaftsweg sei. Dagegen protestierte nun Ullersdorf und verlangte von der Stadt die Ausbesserung der dazu gehörigen Goldbachbrücke, die ja überhaupt früher von der Stadt gebaut und auch bisher unterhalten worden sei. Die Stadt konnte nicht umhin, die – übrigens recht geringfügige – Ausbesserung vorzunehmen. Im folgenden Jahre hielt es die Amtshauptmannschaft für nötig, den Charakter des Flügelweges eindeutig festzustellen. 11 Dörfer beantragten jetzt seine Anerkennung als Kommunikationsweg, die Stadt erklärt ihn für unnötig und beantragt eine Besichtigung durch die Amtshauptmannschaft, weist auch darauf hin, dass der Weg Radeberg-Groß-Erkmannsdorf schon 1843 ausgebaut und als öffentlich anerkannt worden war. Die Amtshauptmannschaft entschied jedoch, dass die Benutzung des Flügelweges ein ersessenes Recht³¹ sei und die betreffenden Flurgemeinden bzw. der Forstfiskus ihn somit instand zu halten hätten, so dass die Benutzung erfolgen könne (15. Mai 1896). Für den Durchgangslastverkehr aber wurde er verboten, 1897 gestattet, doch 1899 abermals verboten, nachdem er im Jahre zuvor von der Stadt nur als Fußweg instandgesetzt worden war. Die Amtshauptmannschaft wiederholte aber auch dabei, dass er für alle Fuhrwerke außer dem Durchgangslastverkehr fahrbar zu halten sei, die Stadt solle ihn also bessern und an den Rändern Bäume anpflanzen oder die Ränder sonst irgendwie kenntlich machen. So 1899 und nochmals 1900! Einen Rekurs der Stadt dagegen weist die Kreishauptmannschaft zurück, verzichtet schließlich aber auf die Kenntlichmachung der Ränder. 1907 wurde der Flügelweg für alle Kraftfahrzeuge verboten.

Da sich der Übergang der Fabrikstraße über das Bahngelände wiederholt als gefährlich erwiesen hatte, wurde diese Straße 1911 von der Talstraße an gesenkt und unter der Bahn hinweggeführt.

5.5 Wohnungsbau

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem Anwachsen der Bevölkerung stieg auch die Bautätigkeit, doch ohne mit dem Bedürfnis Schritt halten zu können. 1892 wurden 44 Neubaugesuche genehmigt, 1893 = 46, 1894 = 63, 1895 = 71, 1896 = 84, doch dann fallen diese Zahlen bis auf 7 Baugesuche im Jahre 1903. Schon in den 80er Jahren hatte Mangel an mittleren und kleineren Wohnungen geherrscht, im neuen Jahrhundert wird sogar in den Stadtverordnetensitzungen über den Wohnungsmangel geklagt. Steigen der Mietpreise war eine Folge davon. Da wurden von 2 Seiten Versuche gemacht, Abhilfe zu schaffen, und zwar auf der Grundlage der Gemeinnützigkeit. Herr Stadtverordneter Braune rief die „Gemeinnützige Baugenossenschaft“ ins Leben, die sich am 1. November 1912 konstituierte, aus der „Vereinigung der Festbesoldeten“ ging auf Anregung des Verfassers, der „Spar- und Bauverein“ hervor (13. März 1913). Beide haben tatkräftig angefangen zu arbeiten, die erstere Genossenschaft auf einem großen städtischen Gelände an

³⁰ Abgrenzung, Absteckung

³¹ ein Recht, welches man durch langjährige, ungestörte und gutgläubige Ausübung erwirbt, obwohl man ursprünglich nicht der Berechtigte war

der Fabrikstraße, die letztere an der Friedrichstraße, bis der erste Weltkrieg diese hoffnungsvolle Tätigkeit ins Stocken brachte.

5.6 Straßenbeleuchtung

In unserem Zeitabschnitt wird das Beleuchtungswesen, das im Jahre 1828 mit 14 Laternen seinen bescheidenen Anfang genommen hatte, zur jetzigen Höhe geführt. In den 60er Jahren lehnen die Stadtverordneten noch öfter Gesuche um Aufstellung neuer Laternen ab, wenigstens in den Außenbezirken, da noch Mangel in der inneren Stadt war. Wegen „übergroßen Verkehrs“ am Bahnhofs soll jetzt wenigstens der Vorplatz beleuchtet werden, als Direktor Alberti dazu noch Beleuchtung der Bahnhofstraße verlangt, bewilligen die Stadtverordneten 1865 zwei Laternen. Auf den wiederholt angesprochenen Wunsch der Lehrer und eine Aufforderung der Kreisdirektion kam in diesem Jahre auch eine Laterne an das Kirchhofstor. Im Jahre 1868 kam es zu einer bemerkungswerten Neuerung, die Beleuchtung der Stadt wird, zunächst für 1 Jahr, gegen eine feste Vergütung von 350 Talern dem Apotheker Huth (von 1862 bis 95 hier), überwiesen. Auf dessen Vorschlag wird nun genehmigt, dass die Laternen an den Häusern angebracht werden, wo sie weniger vom Wind bewegt werden könnten. Das Rüböl, der bisherige Beleuchtungsstoff, wird ferner durch Petroleum ersetzt. Nach diesem Anfang wurde das Huthsche Unternehmen bis 1874 verlängert, vom nächsten Jahre an das Petroleum weiter durch Gas ersetzt. Freilich nicht gleich überall, zunächst 1874 mit 32 Laternen, 1883 werden noch 8 neue Petroleumlampen angebracht. 1890 gab es 102 Gas- und 10 Petroleumlampen. In diesem Jahre fasste der Stadtrat den Beschluss, die Laternen schon vom 1. September statt vom 1. Oktober an leuchten zu lassen, und zwar vom Eintritt der Dunkelheit an bis 11 Uhr, bei Mondschein lässt man sie an Straßenkreuzungen noch brennen. Vom Bahnhof bis zur Pulsnitzer Straße brennt bis 1 Uhr eine Laterne um die andere. Zwischen dem Ross und dem Schießhaus wurden 1893 sogar 2 große Gaskandelaber aufgestellt. In demselben Jahre erhalten die äußere Dresdner und die Bahnhofstraße, die bisher nur einseitig erhellt worden waren, auf beiden Seiten Beleuchtung, da sie verbreitert worden waren. Die Zahl der Laternenwärter stieg auf 5 (1895), die gesamten Kosten betragen im Haushaltplan für 1894 schon 8.500 Mark. Der nächste Fortschritt war die Einführung des Gasglühlichtes, das 1896 zuerst auf dem Markte brannte, bald folgten 8 weitere Laternen mit dieser neuen Verbesserung. Von 1897 an brennt eine Anzahl von Laternen im Winter bis 1 ½ Uhr und wieder von 4 Uhr an bis zur Morgendämmerung, von 1898 an 4 Glühlampen die ganze Nacht, von 1900 an 20. Daneben brennen noch 87 andere, sogar Petroleum wird 1904 noch verwendet. Seit 1900 fungieren 6 Laternenwärter, bis im Jahre 1911 die Fernzündung eingeführt wurde. Im Jahre 1900 wurde der Marktplatz mit 2 hohen Gaskandelabern geschmückt. Zuletzt verschwanden die Petroleumlampen ganz, um gleich dem neuesten Fortschritt, dem elektrischen Lichte, Platz zu machen, so 1912 auf der Kleinwolmsdorfer Straße, wo 1907 erst noch 3 neue aufgestellt worden waren, und auf der Oberstraße.

5.7 Rampen, Wassertröge – Schneebeseitigung, Besprengung, Reinigung

Störend wirkten vielfach noch alte Rampen vor den Häusern, auch deren Beseitigung lässt sich die Stadt noch angelegen sein, bis zum völligen Verschwinden derselben, 1894 z. B. bei der Verbreiterung der Dresdner, Pillnitzer- und Bahnhofstraße. Auch die Wassertröge waren zu Zeiten dem Verkehr hinderlich. Bei einer Pflasterung des Marktes im Jahre 1894 wird dieser bedeutendste unserer alten Wassertröge entfernt, nach und nach auch die anderen.

Sind erst die nötigen praktischen Anlagen geschaffen, so sorgt der Mensch weiter für Annehmlichkeit und Bequemlichkeit. Im Winter, wenn der hohe Schnee recht hinderlich wirkt, und im Frühling, wenn es bei Tauwetter die Freude am Lenz verwässert, empfindet man die künstliche Beseitigung des Schnees als eine Wohltat. 1895 werden hier nicht weniger als 824 Mark für diesen Zweck ausgegeben, 1901 über 1.100 Mark, 1908 über 2.800, 1909 beinahe 4.000, 1913 fast 4.200 Mark. Diese Posten sind je nach dem Bedürfnis sehr verschieden, 1902 z. B. waren nur 211 Mark dafür auszugeben gewesen.

Im Sommer, wenn der Stein von Häusern und Straßen die Sonnenwärme einnimmt und dann wieder auströmt, wird eine kühle Dusche aus dem Sprengwagen angenehm, bindet außerdem Staub und Bakterien. Die Besprengung der Straßen erscheint in den Rechnungen zuerst 1889, und zwar mit 540 Mark, sie steigt auf 673 (1891), 1.350 (1892), 1.743 (1896), 2.184 (1898), 4.479 (1904), 5.014 (1911), 5.266 Mark (1913). Vor allem war hier die Rücksicht auf den stark gewachsenen Fremdenverkehr bestimmend gewesen. Einige

Fuhrwerksbesitzer erboten sich, die Sache zu übernehmen, den Zuschlag erhielt Herr Pinkert, der das billigste Angebot gemacht hatte, 12 ½ Mark für 1 Tag zu 10 Stunden.

Am 17. Mai 1888 fahren zum 1. Male Sprengwagen durch die Hauptstraßen unserer Stadt und ergossen ihren kühlen Inhalt auf die heißen Steine unseres Pflasters und die bloßen Füße unserer Jugend. Im August wurde Herrn Pinkerts Einrichtung für genügend erklärt und ein längerer Vertrag mit ihm vollzogen.

Die Reinhaltung der Straßen besorgt seit 1904 eine Kehrkolonne, gebildet aus Leuten, die der Armenkasse sonst dasselbe kosten würden wie bei dieser nützlichen Verwendung.

5.8 Gas, elektrischer Strom

Errungenschaften der neuen Zeit sind ferner die Einrichtungen für Gasversorgung und die Zuführung von elektrischer Kraft. Noch in den 60er Jahren herrschte bei den Stadtverordneten keine Begeisterung für eine Gasanstalt „wegen des jetzigen guten Standes der Straßenbeleuchtung“. Doch nun wirkte der „Städtische Verein“ (s. Pkt. 7.6) dafür und empfahl auch die Einrichtung einer solchen durch die Stadt selbst, nicht durch einen Privatunternehmer, dem die Stadtverordneten lieber das Risiko überlassen hätten. 1874 wurde eine gemischte Deputation für diese Sache gebildet, eine kombinierte Sitzung von Rat und Stadtverordneten beriet sie durch und kam zu dem entscheidenden Beschlusse. Nun ging es auch rasch vorwärts. Als Platz für die Anstalt wurde von der Glasfabrik Rönsch eine Wiese gekauft, 3 Scheffel und 9 Quadratruten groß, 1 Scheffel zu 600 Mark. Die Errichtung der Anstalt erhielt die Fa. Barnewitz in Dresden (ohne die sonstigen Baulichkeiten). Im Juli 1874 begann der Bau. Die Stadt beschloss, die Leitungen in die Häuser zu legen, wenn die Abnehmer sich verpflichteten, 15 Jahre lang 10 % der Kosten zu bezahlen für den Anschluss an das Hauptrohrnetz und die Gasmesser. Als ersten Gasmesser wählte man den Gasschlosser Patock (1874), er erhielt neben freier Wohnung mit Heizung und Beleuchtung 325 Taler. Die Kohle wurde vom Zwickauer Kohlenbauverein bezogen. Am 10. Juli 1875 erklärte die Baufirma die Anstalt fertig zum Betrieb. Die Bauten kosteten schließlich über 52.000 Mark, die Apparate 31.000, das Rohrnetz 45.000, die Gesamtkosten beliefen sich auf 135.000 Mark. Mit der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit der Firma Barnewitz war man sehr zufrieden, nur kleine Mängel zeigten sich später. Für das Jahr 1877 rechnete man schon einen Bruttogewinn von 9.680 Mark aus, 1878 über 10.000, in den beiden folgenden Jahren hielten sich die Gewinne etwas darunter, stiegen aber dann derart, dass die Gasanstalt der Stadtkasse bedeutende Zuschüsse leisten konnte (s. Pkt. 4.3). In den letzten Jahren betrugen die Gewinne folgende Summen: 1906 = 41.580 Mark, 1907 = 40.336, 1908 = 42.000, 1909 = 41.446, 1910 = 57.810, 1911 = 65.000, 1913 = 56.944 Mark. Abnehmerzahl und Verbrauch waren mehr und mehr gestiegen. 1910 f. wurde eine Fernzündanlage für die Straßenlampen geschaffen, man hoffte, die Kosten binnen 4 Jahren wieder herauszubekommen. In demselben Jahre beschloss die Stadt die Erbauung eines Apparatehauses, das über 87.000 Mark kosten sollte, aus dem Erneuerungsfonds des Gaswerkes zu bezahlen.

Die Entnahme von Gas durch Private betrug 1875 75.000 m³, 1879 nur 52.000, dann aber stieg der Verbrauch schnell, 1890 auf 153.000, 1900 auf 342.000, 1910 auf 515.000 m³. Die gesamte Gasabgabe hat sich in den letzten 10 Jahren von 440.00 auf 720.000 m³ gehoben, 1913 betrug sie sogar 756.150 m³.

Unsere Abnehmer wird aber besonders der Gaspreis interessieren, den man dem Werk zu entrichten hatte. vom 1. Januar 1881 an kostet der ein m³ 25 Pfennige, seit 1885 nur 22, dann 20, von 1903 an 18, 1909 Leuchtgas 18 und Kochgas 15 Pfennige, von 1912 an beides 15 Pfennige. In vielen sächsischen Städten war es teurer. Bei größeren Verbrauch gewährte die Stadt auch noch steigende Rabatte, z. B. Berthold und Hirsch bei 30-40 000 m³ 28%.

Im Anfang konnte man nicht gleich die ganze Stadt mit dem Rohrnetz überzogen werden, die Ober-, Bad- und Friedrichstraße kamen z. B. erst 1897 an die Reihe, die untere Pirnaer Straße 1904, die Pillnitzer erst 1911. Dann bekam 1912 die Strecke von der Anstalt bis zur Röderstraße sogar einen zweiten Rohrstrang, den Ingenieur Blumer legte.

1910 beschloss die Stadt, auch den elektrischen Strom zu Kraft- und Beleuchtungszwecken einzuführen Herr Seidemann in Liegau machte ein Angebot betreffs Lieferung des Stromes, das jedoch abgelehnt wurde, man beschloss, mit dem Großröhrsdorfer Werke in Verbindung zu treten, den Strom selbst zu kaufen und dann an die Verbraucher zu verkaufen, das Niederspannungsnetz auch selbst zu bauen, das bis 120.000 Mark kosten sollte, und dazu wieder eine Anleihe aufzunehmen (s. Punkt 4.5). Die Legung des Leitungsnetzes wurde im nächsten Jahre an 2 Firmen vergeben (Siemens und Halske, Pöschmann und Cmp.). Als Preis

wurden für 1 Kilowattstunde Licht 45, Kraft 20 Pfennige festgesetzt. Die meisten Städte hatten damals auch wieder höhere Preise.

Die Abnahme hat sich überall schnell eingeführt. 1913 waren die Anschlüsse von 74 schon auf 320 gestiegen.

6 Weiterer Fürsorgetätigkeit der Stadt

6.1 Wasserversorgung

Das Anwachsen unserer Einwohnerschaft stellte auch für die Wasserversorgung immer größere Anforderungen. Bis in die 80er Jahre ließ die Stadt noch öfter neue Brunnen bauen. 1866 erhält z. B. die Neue Gasse einen solchen, 1876 die Wallrodaer Straße, 1887 die Fabrikstraße. Diese wurden zu allgemeinem Gebrauch gebaut und unterhalten. Zu privatem Zweck entstanden daneben noch weitere. Besonders die Vorstädte waren noch stark auf Brunnen angewiesen. Manchmal wurde noch einen Brunnen- oder Bornhäuschen darüber errichtet, was eine hübsche Abwechslung im Straßenbild bieten konnte, 1883 wird ein solches auf der Hauptstraße aufgestellt. Im Jahre 1886 gab es noch 14 städtische Wassertröge, 5 Privatleitungen waren aus solchen abgezweigt. Zeitig aber sah man die Notwendigkeit durchgreifenderer Maßnahmen ein. 1865 regte Herr Senator Hasse das Aufsuchen neuer Quellen an. Der Erfolg war zunächst, dass eine Quelle am Apostelberge erweitert wurde, im Februar 1867 war diese Arbeit beendet. Doch immer zahlreicher, immer dringender wurden die Gesuche aus verschiedenen Stadtteilen, besonders dem „Fabrikviertel“, um Abstellung des Wassermangels. In den Jahren von 1890 an wurden die Wasserverhältnisse um die Stadt herum planmäßig untersucht. Der Gedanke, den kleinen Wasserlauf aus dem „Essiggründel“ in den „Leiten“ auszunutzen, wurde nach einer Untersuchung durch Röhmeister Weise wieder aufgegeben, doch andere Quellen bei Heinrichsthal³², am Apostelberg, hinter Friedrichstal, im Kleinröhrsdorfer Forst, an der Großröhrsdorf-Lichtenberger Straße ins Auge gefasst, daneben tauchte 1890 der Gedanke auf, einen Hochbehälter zu errichten. Günstig erschienen vor allem Quellen im Kleinröhrsdorfer Forste, am „Langen Flügel“, z. B. der sogenannte Dreibern. Im Mai 1892 zählte man dort 9 Quellen. Am 12. September 1892 kam über deren Ausnutzung zwischen der Stadt und dem Staatsfiskus ein Vertrag zustande. Nun ging man auch an eine einheitliche Anlage für die ganze Stadt. Sachverständiger Berater der Stadt war dabei Herr Baurat Salbach in Dresden, dessen Plan von Rat und Stadtverordneten im Februar 1893 angenommen wurde.

Es war ein ganz gewaltiges Projekt, eine Anleihe von 500.000 Mark, allerdings zugleich noch für einige andere Zwecke, wurde aufgenommen und zwar beim Landwirtschaftlichen Kreditverein, zu 4 % und in 64 Jahren zu tilgen. Mit 15 Leppersdorfer Grundbesitzern wurde wegen Führung der Leitung durch ihre Flur ein Vertrag geschlossen, und nun begann die Feststellung des Rohrstranges im Kleinröhrsdorfer Revier. Auch wurde jetzt ein hauptamtlicher Wassermeister angestellt, der spätere Inspektor Schultheiß. Am 4. Januar 1894 übernahm die Stadt die ganze Leitung. Das Rohrnetz hatte Liebold, Dresden gelegt. Durch eine Berliner Aktiengesellschaft wurde der erste Hochbehälter umgebaut, der nun 500 m³ fasste. Für längere Zeit aber gelangte die Stadt damit noch nicht zur Ruhe. Die neue Leitung ergab nur 3 Sekundenliter, obgleich 5 als Minimum in Aussicht gestellt worden waren. Also weiter nach Wasser suchen! Man dachte vor allem an Lichtenberger Quellen. Vorläufig erweiterte man 1893 nur die Brunnen. Die Kleinröhrsdorfer Quellen ergaben steigende Wassermengen. Trotzdem glaubte man, für weiteren Bedarf vorsorgen zu müssen. Im Dezember 1894 wurde mit 8 Lichtenberger Besitzern wegen Überlassung der in ihren Grundstücken liegenden Quellen verhandelt. 16 Quellen wurden gekauft, die zusammen 6,8 Sekundenliter liefern sollten. Sie kosteten 14.050 Mark, die Summe aller entstehenden Kosten wurde auf 50.000 Mark veranschlagt. Da der Juli 1895 sehr heiß und trocken war, die alten Quellen nur 5,6 l in der Sekunde ergaben, sollten die neuen möglichst bald angeschlossen werden. Mit 20 Lichtenberger Besitzern gelang schließlich eine Einigung, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, dann konnte das Werk vollendet werden, eine eiserne Hochdruckwasserleitung mit Hochbehälter an der Leppersdorfer Straße. Leider waren alte Rohre, die man dazu verwendet hatte, nicht weit genug, um das ganze Lichtenberger Wasser dem Hochbehälter zuzuführen, sondern nur 2 Drittel. Daher wurde 1898 von Leppersdorf bis zum Hochbehälter ein zweiter Rohrstrang gelegt (durch Herrn Ingenieur Blumer hier). Die Kleinröhrsdorfer Quellen hatten in dieser Zeit günstige Er-

³² sowohl für Friedrichs- wie für Heinrichstal verwendet Schwabe in seinem Werk beide Schreibweisen, mit „t“ bzw. „th“, hier wird die heutige Schreibweise „Friedrichstal“ b „Heinrichstal“ verwendet

gebnisse, sie lieferten 6,2 bis 6,5 l in der Sekunde. Und doch wird 1901 wieder geklagt, dass bei jeder längeren Trockenheit Wassermangel herrsche. Jetzt leitete man die alten Heinrichsthaler Quellen durch Herstellung eines Pumpwerkes, das am Neujahrstag 1902 in Betrieb genommen wurde, in die neue Leitung auf der Wasserstraße, und nun genügte der Wasservorrat wirklich einige Jahre. In dem sehr trockenen Sommer 1904 lieferten die Lichtenberger Quellen 3,123, die Kleinröhrsdorfer 2,857 Sekundenliter, was noch als sehr günstig zu bezeichnen war. Weitere Fortschritte bildeten die Einbeziehung des sogenannten Schafborns in einem Tälchen beim Felixturme 1904 und die Erbauung eines zweiten Hochbehälters 1910 unweit des ersten, der dann zwecks gründlicher Reinigung einmal vollständig entleert wurde.

Außer den öffentlichen Wasserleitungen der Stadt besteht noch die der Exportbierbrauerei mit einem Wasserhebwerk auf dem Kleinwolmsdorfer Berge und mehreren Wasser-Reservoirs im Karswalde.

1882 machte man einen energischen Anfang mit der Benutzung eiserner Rohre statt der alten hölzernen, die nun allmählich ganz verschwanden. Dieses Schicksal erlitten leider auch die Rohrtröge, die in alten Zeiten willkommene Treffpunkte besonders für die weibliche Bevölkerung gebildet hatten. 1889 wurde noch einmal für die wachsende Fabrikvorstadt bei der Werkstätte des Schmiedemeisters Hirche ein neuer Trog gebaut, aber dann wurden diese idyllischen Reste langer Jahrhunderte durch die allmähliche Ein- und Durchführung der Hausleitung überflüssig, die, zeit- und kraftsparend, doch als ein großer Fortschritt zu begrüßen waren, und die alten Tröge wurden mit der Zeit sämtlich entfernt, was zum Teil ja auch dem wachsenden Verkehr zuliebe geschah. 1890 werden noch 7 Tröge genannt: im Tannenhof, im Hofe Stolpener Straße 6, Stolpener Straße 2 und 12, Hauptstraße 12, Oberstraße 18/19, Grundstraße, sie waren zum Teil Privatbesitz. Der Preis eines Kubikmeters Wasser betrug bis 1900 15 Pfennige wurde jedoch in diesem Jahre auf 20 Pfennige heraufgesetzt, allerdings nicht, weil es etwa in der Wasserwerkskasse unerfreulich leer ausgesehen hätte – sie hatte 1899 sogar 29.000 Mark Gewinn erzielt – sondern um eine größere Sparsamkeit im Verbräuche zu erreichen. Nach einer Untersuchung durch den Bezirksarzt Dr. Werner am 30. Oktober 1912, wurden die Wasserverhältnisse unserer Stadt als gut bezeichnet.

6.2 Badegelegenheiten

Hier ist nun auch der Platz, die Entwicklung unserer öffentlichen Badegelegenheiten zu verfolgen bis zur Schaffung unseres schönen Stadtbades. Diese Entwicklung gehört ganz in unseren Zeitabschnitt. Gebadet wurde natürlich schon längst in der Röder wie in den Teichen, mit besonderer Vorliebe in dem so hübsch abseits liegenden Goldbachteiche. Da beantragte am 13. Juli 1866 der Schuldirektor Eras beim Stadtrat, wenigstens Knaben und Mädchen besondere Plätze anzuweisen. Auch die Stadtverordneten regten eine Regelung des Badewesens an. Doch erst 1868 geschah etwas. Jetzt wurden die ersten Sonderplätze bestimmt: Für Männer und ältere Knaben im Schlossmühlenwehr, für Knaben unter 10 Jahren im Mühlgraben der Herrenmühle an der Dresdner Straße, für Frauen und Mädchen jedes Alters in der Schwarzen Röder ein abgesteckter und umfriedigter Platz. 1875 wird der Knabenbadeplatz vergrößert, scheint also gern benutzt worden zu sein. 1877 lesen wir von einer Umzäunung am Schlossmühlenwehre, und zwar auf dem linken Ufer. Die genannten Plätze sollten natürlich nun auch ausschließlich benutzt werden, was freilich ebenso wenig genau genommen wurde wie die Beschränkung der einzelnen Plätze auf bestimmte Kreise. 1879 musste z. B. einmal die Benutzung des Kinderbadeplatzes durch Männer verboten werden. Für die Grundstücksbesitzer war die Behandlung ihrer Wiesen an den Badeplätzen ein beständiger Stein des Anstoßes. Wegen dauernder Ungezogenheiten kündigte sogar der Schlossmühlenbesitzer Ernst Reimann seinen Pachtvertrag, ließ sich jedoch noch einmal zu einem neuen bewegen, das Wehr durfte künftig nur noch von Schulkindern benutzt werden, für Erwachsene wurde nun der frühere Militärbadeplatz, ein Stück oberhalb des Wehres, bestimmt. 1883 baut Herr Reimann sogar an seinem Wehr ein Badehaus mit Zellen für Männer und verpachtet es an die Stadt. Es muss jetzt auf dem rechten Ufer gewesen sein, 1885 sagt der Bezirksvorsteher Döcke in einer Eingabe, das Badehaus gehöre weg von dem Weg auf die linke Seite, und dort finden wir es auch später wieder. Jetzt werden auch Badekarten ausgestellt zu 1 Mark für das Baden an den Vormittagen bis 1 Uhr, von da an bis 9 Uhr blieb die Benutzung unentgeltlich. Freilich wurden 1885 nur ganze 17 Badekarten gelöst, in den beiden folgenden Jahren 15 und 14. 1890 wurde das Männerbad weiter unten aufgestellt. In demselben Jahre erklärte sich Frau Mittag, die Besitzerin der Bergmühle, bereit, eine auf ihrem Grundstück im Mühlgraben stehende Badezelle zur Benutzung durch Mädchen an die Stadt zu verpachten, sie reichte erst nur für 8-10 Mädchen aus, wurde aber von Frau Mittag vergrößert, auch im Wehr selbst noch ein zweites Mädchenbad aufgestellt. Damit scheint nun die Schwarze Röder ganz abgedankt

worden zu sein. 1890 im Dezember wird einmal gesagt, auf dem Scherzschon Grundstück an der Schwarzen Röder habe sich bis jetzt eine Badeanstalt befunden. Das vorhin erwähnte 2. Mädchenbad wurde 1891 aus dem Wehr auch in den Mühlgraben der Bergmühle verlegt. Im Sommer dieses Jahres wurde im Schlossmühlenwehr ein neues Männerbad errichtet, 1 Jahr darauf kam zwischen der Stadt und Frau Reimann ein Vertrag zustande, wonach diese selbst für die Errichtung eines Männer- und eines Kinderbades (aber doch wohl nur für Knaben) sorgen will und dafür von der Stadt jährlich 200 Mark Pacht erhält. Dieser Vertrag vom 11. Juni 1892 wird nun bis 1912 wiederholt verlängert.

Die bis jetzt genannten Plätze lagen nun freilich den Bewohnern der Fabrikvorstadt nicht bequem. So suchte man auf einen Antrag des Bezirksvorstehers Unger im Jahre 1890 nach einem besonderen Badeplatz für diese. Im folgenden Jahre erscheint dort ein neues Bad im „Meisterwehr“ für Männer und Knaben, von früh 6 bis 1 Uhr gegen Karten, dann bis 10 Uhr frei zu benutzen.

So blieb es nun einige Jahre: im Schlossmühlenwehr das Knaben-, daneben das Männerbad, im Mühlgraben der Bergmühle 2 Bäder für Mädchen, unter bzw. über 10 Jahre, und die zuletzt erwähnte Anlage an der Fabrikstraße, die ansehnlichste, die ziemlich 1.200 Mark gekostet hatte.

Auch jetzt aber wurde über Missstände geklagt, besonders über Unfug im letzteren wegen Mangels an Aufsicht. So wurde 1893 eine Aufsicht eingeführt, zunächst wurde diese Verpflichtung dem Laternenwächter Zöllner übertragen, dann von Schutzleuten ausgeübt. Für die Jahreskarte wurde in diesem Jahre 2 Mark verlangt, für das Einzelbad 20 Pfennige, von 3 Uhr an war alles Baden frei. 1897 ging man mit den Preisen auf die Hälfte zurück, im folgenden Jahre ließ man die Jahreskarten ganz weg, erhob nur 10 Pfennige für 1 Bad und schon von 2 Uhr an überhaupt nichts. In den Mädchenbädern blieb der Besuch bis 1900 ziemlich schwach, 1901 besserte er sich. Geringes Besuches hatte sich auch die Anstalt in der Fabrikvorstadt zu erfreuen, dagegen besonders viele Reparaturen wegen mutwilliger Zerstörungen. 1903 empfahl auch der Bezirksarzt es wieder wegfallen zu lassen.

Um die Jahrhundertwende erforderten die städtischen Bäder durchschnittlich einen jährlichen Zuschuss von 782 Mark.

Es dürfte manchem aufgefallen sein, dass bisher fast immer nur von Männer-, Knaben- und Mädchenbädern die Rede war, nicht aber von Frauenbädern. Der Gedanke eines solchen wurde 1897 auch einmal erwogen, aber wieder fallen gelassen. Da war es 1903 Frau Reimann, die den Rat in dieser Richtung vorwärts trieb. Sie erklärte rundweg, das Baden nur dann weiter gestatten zu wollen, wenn weiter hinten auch ein Bad für Frauen und Mädchen errichtet würde, das wurde zugesagt. Ein neuer Fortschritt war gemacht, und er wirkte sich auch gleich vorteilhaft aus: 1904 erbrachten die Badekarten bereits 203,10 Mark, so dass der noch nötige Zuschuss auf 446 Mark sank. Am 22. August 1904 stellte der – seit 1897 bestehende – Flussbäderausschuss folgendes fest: Das Männerbad wird stark benutzt, freilich besonders durch die über 12 Jahre zählenden schwimmkundigen Knaben, die es benutzen durften. Daneben wird das alte Knabenbad im Wehr, jetzt nur Freibad, auch gut benutzt. Die Mädchenbäder bei der Bergmühle dagegen haben nur wenig Zuspruch, da sie in keiner Weise genügen, sie haben nur einen Wasserstand von 50 bis 60 cm, und es wird dort keinerlei Aufsicht ausgeübt. Der Ausschuss empfiehlt nun, auf der Wiese des Fleischermeisters Gäbler – Flurstück 846 – ein allgemeines Bad zu errichten. Darauf beschließen die Stadtverordneten neben dem Ankauf der Wiese, das neue Bad auch tage- oder stundenweise für Frauen und Mädchen offen zu halten, der Rat beschloss dies vorsichtigerweise zunächst für 1 Tag der Woche. Die Dauerkarte kostete wieder 2 Mark, das Einzelbad 10 Pfennige, für Schüler beides nur die Hälfte. Von 4-8 Uhr war das Baden für alle frei.

Die nächsten Jahre brachten nichts Wesentliches weiter als den Ankauf der Gäblerschen Wiese. 1910 aber trat die Badeangelegenheit in ein neues Stadium, s.a. Pkt. 4.6 (Rücklagen). Nachdem Herr Stadtbaumeister Zopf festgestellt hatte, dass auf jenem Platz doch nichts Ganzes geschaffen werden könne, wenigstens nicht für die im Vorjahre bewilligten 4.000 Mark, auch die Wassertiefe nur 1,20 m betrage, nahm der Ausschuss das Flurstück 867 an der Bergmühle in Aussicht, auf das der Naturheilverein schon 1904 hingewiesen hatte. Rat und Stadtverordnete stimmten grundsätzlich zu, von der Gäblerschen Wiese nun endgültig absehend. Der Ausschuss beschloss noch, Teile zweier benachbarter Grundstücke für ein Luft- und Sonnenbad dazu zu kaufen. Das Stadtbauamt arbeitete eine Planung aus, die zuerst 44.500 Mark kosten sollte, dann, als der Rat eine solche Ausgabe nicht für tragbar erklärte, zusammengestrichen wurde auf 32.000 Mark, was der Rat nun glaubte verantworten zu können. So wurde denn am 17. Juli 1912 der Ankauf der Mittagschen

Wiese beschlossen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Rat und Stadtverordneten wurde jetzt sogar die Betonsole angenommen, die im 1. Entwurf vorgesehen war, wodurch die Kosten auf 37.000 Mark stiegen. Die Hauptarbeiten erhielt die Firma Odorico in Dresden, nämlich die Betonarbeiten, die Maurer- und Zimmerarbeiten Baumeister Gneuß hier. Am 14. April 1913 erteilte die Amtshauptmannschaft die Genehmigung zur Ableitung des Wassers aus dem Mühlgraben, zur Einleitung des Überlaufwassers sowie der der Abwässer aus den Waschräumen und zur gelegentlichen Entleerung des ganzen Beckens in die Röder bzw. den Mühlgraben, endlich auch zum Bau einer hölzernen Brücke als Zugangsweg. Noch auf der Höhe des Sommers, am 1. Juli 1913, konnte die Eröffnung stattfinden. Die Stadtrechnungen beziffern die Gesamtkosten auf 46.354,19 Mark. Die Benutzung des Bades wurde zunächst folgendermaßen geregelt: Geöffnet war es wochentags 7-20 ½ Uhr, sonntags von 7-16 Uhr, für Frauen und Mädchen waren Badezeiten montags von 7-13 und 13 ½ bis 17, mittwochs 8-10 und freitags 13 bis 20 ½ Uhr, sonnabends nach 16 Uhr blieb es für Kinder gesperrt. Als Bademeister wurde Herr Herrmann eingesetzt. Einzelkarten kosteten bei Zellenbenutzung für Erwachsene 30, für Schüler 20 Pfennige, dann wurden Dutzendkarten zu 3 bzw. 2 Mark und Dauerkarten zu 7,50 Mark bzw. 4 Mark ausgegeben, bei Benutzung der offenen Halle waren die entsprechenden Preise 15 und 10 Pfennige, 1,50 und 1 Mark, 5 und 3 Mark. Wie der Badebetrieb sofort sprunghaft in die Höhe ging, zeigen die Einnahmen aus den Badekarten. Von 1906 bis 1912 betrugen sie 192,15 Mark – 80,80 Mark – 200,15 Mark – 128,80 Mark – 218,80 Mark – 431,40 Mark (ein besonders heißer und trockener Sommer) – 237,30 Mark. 1913 kamen vor der Eröffnung des neuen Bades 134,30 Mark und nach derselben noch 1.406,80 Marke ein. Was von den alten Anlagen noch übrig war, verschwand nun, so das Mädchenbad im Mühlgraben der Bergmühle, das zuletzt noch fleißig benutzt worden war, Herrn Mittag freilich auch ziemlichen Schaden an seiner Wiese verursacht hatte. Mit dem neuen Stadtbad konnte sich Radeberg nun sehen lassen, hat aber auch noch wiederholt Verbesserungen und Erweiterungen hinzugefügt, so schon im nächsten Jahre ein Sprunggerüst.

6.3 Feuerlöschwesen

Im Feuerlöschwesen bringt unsere Periode wichtige Verbesserungen. Im Jahre 1870 gründete der Turnverein eine freiwillige Feuerwehr. Die Absicht hatte schon 1869 bestanden, die gerade im folgenden Jahre vorkommenden Brände brachten sie zur Ausführung. Im Dezember begann sie mit ihren Übungen, und am 12. Februar 1872 trat sie beim Brande in einem Hintergebäude der „Grünen Tanne“ zum 1. Male in Tätigkeit. Im Jahre 1873 trennte sich diese Abteilung von dem Turnverein und verwaltete ihre Angelegenheiten selbst. Sie vermehrte und verbesserte in den nächsten Jahren die Löschgeräte, worauf die alte Stoßspritze versteigert wurde. Da die 3 vorhandenen Spritzen den neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr genügten, kaufte die Stadt 1879 bei Schöne, Dresden, für 1.150 Mark eine neue Zubringerspritze. 1874-84 entstanden für Neuanschaffungen und Verbesserungen 13.000 Mark Kosten. Landesbrandversicherung und Privatpersonen halfen aber mit namhaften Spenden nach. 1876 wurden die verschiedenen Tätigkeiten der Feuerwehr unter besondere Abteilungen aufgeteilt und zur Leitung des Ganzen eine Feuerlöschdirektion gegründet. Die Abteilungen haben die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Herbeischaffung des Wassers, das Rettungsgeschäft und die Beschaffung von Lebensmitteln zu versorgen. Da der Dienst der Turnerfeuerwehr doch immer ein freiwilliger blieb, hielt es aber die Stadt für geboten, von sich aus noch eine Pflichtfeuerwehr zu errichten, waren doch schon in alter Zeit gewisse Bürger zur Bedienung der Spritzen verpflichtet gewesen und so auch jetzt noch jeder bis zum 45. Jahre bei einem Brande, auch schon eine städtische Löschmannschaft vorhanden. Viele versuchten sich jetzt mit Geldbeiträgen von dieser Pflicht abzulösen, dies wurde jedoch nur wenigen außerhalb der Stadt wohnenden gestattet. So bestehen nun 2 Feuerwehren selbständig nebeneinander, wie der Rat am 25. Februar 1884 ausdrücklich beschließt, die Turner- und die Bürgerfeuerwehr, doch nach dem Beschlusse einer gemeinsamen Sitzung von Rat und Stadtverordneten zusammen unter der Oberleitung des Rates. In diesem Jahre zählte die erstere 100 Mitglieder, die letztere 65, wuchs aber in den nächsten Jahren bis auf 80 (1888).

Im Jahre 1884 trat auch eine neue Feuerordnung an die Stelle der alten von 1845. Einzelne Bestimmungen derselben sind folgende: Bei Ausbruch eines Feuers ist auf dem Kirchturm bei Tage eine Fahne, bei Nacht eine Laterne herauszustecken nach der Richtung des Feuers und die große Glocke anzuschlagen, wenn es in der Stadt brennt, bei Lotzdorf, Liegau und Augustusbad je 3-mal mit der kleinen Glocke, im Umkreis von 1 ½ Stunde 2-mal mit der kleinen. Verpflichtet zur Bürgerfeuerwehr sind alle vom 25. bis zum 45. Jahre, bei Befreiung davon ist ein Anstandsgeld zu zahlen, das mit einmaliger Zahlung von 100 Mark abgelöst werden

kann. Befreit sind Stadträte und Stadtverordnete, Angestellte bei kaiserlichen, königlichen und Gemeindebehörden, Geistliche, Lehrer, Ärzte, Beamte und Arbeiter der Gasanstalt, Heizer von Dampfkesseln und die unteren Bahnbediensteten. Der Dienst ist in der Regel unentgeltlich zu leisten, in besonderen Fällen können bei Tage 25, bei Nacht 30 Pfennige für die Stunde beansprucht werden. Für besondere Auszeichnungen werden Prämien gestiftet. Die Turnerfeuerwehr steht unter einem selbstgewählten Führer, kann besondere Statuten entwerfen und ist nur im allgemeinen der städtischen Feuerordnung unterworfen. Jeder hat sich schriftlich für 5 Jahre zu verpflichten. Der Führer jeder Feuerwehr sowie sein Stellvertreter werden vom Rate eingesetzt, die oberste Leitung hat der Branddirektor, ein Ratsmitglied. Rettungsgeschäft und Wachdienst liegen ganz in der Freiwilligen Feuerwehr ob. Die Spritzenmeister bzw. Rohrführer werden vom Führer gewählt und vom Branddirektor bestätigt. Ein neuer Ausschuss für das Feuerlöschwesen tritt ins Leben, indem die Führer und je ein weiteres Mitglied Sitz und Stimme haben. Bei Verunglückungen im Dienst wird Entschädigung gewährt.

Diese Ordnung trat am 1. Januar 1885 in Kraft. Die Oberleitung erhielt der Branddirektor zuerst Stadtrat Hasse. In dieser Zeit blieb natürlich auch die Brandverhütung eine Aufgabe der Stadt. Sie kümmert sich vor allem um die Beseitigung feuergefährlicher Verhältnisse. So findet 1877 eine Feststellung der hier vorhandenen Explosivstoffe, Spirituosen und Leuchtstoffe statt, einige Erinnerungen werden dabei gemacht, und behufs Feststellung des Erfolges derselben wird nach 4 Wochen nochmals revidiert. 1882 werden überall die Aschebehältnisse geprüft, wobei der Polizeidiener Barden fand, dass manche nicht in stand, ja öfter gar keine vorhanden waren. Schnell wird nun eine Verordnung erlassen, dass diese Behälter bis zum 1. Oktober vorschriftsmäßig herzustellen seien. Dann erfolgte eine neue Revision, in die man gleich die Feuerstätten und Schornsteine einbezog. Diese Revisionen nahmen jedes Mal in 6 Revisionsbezirken je 1 Stadtrat und 1 Stadtverordneter vor. Gegen einige Versäumnisse wurden dann auch mit Strafen vorgegangen. 1887 wurden die Aschebehälter abermals überprüft und 1888 auf Anregung des Stadtrates Hasse die Dachwohnungen, Aborte, Abfallgruben und Brunnen, häufig sind neue Deckel zu machen, Ofenbleche, Umfassungsmauern auszubessern. 1890 sollen unvorschriftsmäßige Baulichkeiten, Schuppen, Niederlagen, die ohne Genehmigung aufgeführt worden waren, beseitigt, Abortanlagen, Dungstätten und auch wieder Aschegruben in Ordnung gebracht werden. Solche Revisionen, Ermahnungen und Verbesserungen finden auch weiter statt, besonders umfassend 1903. Feuermeldestellen werden eingerichtet, die ersten 6, mit roten Schildern kenntlich gemacht, 1882.

Doch nun wieder zurück zu unseren Feuerwehren. Allmählich erwachte und wuchs der Gedanke einer Vereinigung der beiden Organisationen, die so wie so schon zusammen zu arbeiten hatten, besonders gefördert durch den Kommandanten der Turnerfeuerwehr, Herrn Kaufmann Thum. 1893 bildete sich dann auch aus den 2 Wehren eine städtische Pflichtfeuerwehr, Herr Thum wurde als Branddirektor an ihre Spitze gestellt. Diese zerfiel nun in eine freiwillige Abteilung (a) und eine Reserve (b). Jeder Bürger hatte jetzt entweder 5 Jahre in der ersten oder bis zum 45. Jahre in der Reserve zu dienen. Unabkömmliche konnten von ihrer Pflicht befreit werden, die Glasmacher z. B. sind bis 1897 nicht als Feuerwehrpflichtige in Tätigkeit getreten. Die Reserve soll nur bei Großfeuer im Orte selbst herangezogen werden, bei Bränden außerhalb der Stadt steht es im Ermessen des Branddirektors, sie zu Hilfeleistung heranzuziehen. So nach der Feuerordnung vom 21. Januar 1893. Einige andere Bestimmungen derselben sind folgende: Zur Feuerwehr werden nur Dienstpflichtige genommen, die sich freiwillig dazu melden, und Nichtdienstpflichtige, die sich freiwillig melden, zur Reserve die übrigen Dienstpflichtigen. Dienstpflichtig ist jeder Bürger vom Tage der Bürgerverpflichtung an, der noch nicht 40 Jahre alt ist. Es sind ferner alle übrigen selbständigen Einwohner vom 25. bis zum 40. Jahre, wenn sie über 1 Jahr hier wohnen. Bei den Bestimmungen über Befreiung von der Dienstpflicht kommen hinzu die Arbeiter, die während der Arbeitszeit unabkömmlich sind. Der Dienst bleibt in der Regel unentgeltlich, doch für Wachen, Ablöschen und Aufräumen können 30 bzw. – von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh – 50 Pfennige für die Stunde gegeben werden. Dienst bei der „Landspritze“ haben gewöhnlich 6 Mann, ihre Vergütung ist ebenfalls 30 bzw. 50 Pfennige. Der Stadtrat ernennt den Branddirektor für 6 Jahre.

In jedem Jahre finden 2 Hauptübungen statt, im Frühjahr und Herbst. Alarmiert wird durch Hupen und Hornsignale.

Diese Signale waren früher noch mit Trommelschlag begleitet gewesen, der aber schon 1875 weggelassen wurde.

Als Übungsplatz hatte die Stadt schon der Turnerfeuerwehr die alte Reitbahn der Garnison überlassen (1879), wo auch das Steigerhaus aufgestellt wurde, eine von dieser Feuerwehr angeschaffte Standleiter auf einem Karren konnte im städtischen Spritzenhaus unterkommen. Auch geldlich hatte die Stadt bereitwillig eingegriffen, z. B. 100 Taler zu ihrer Ausrüstung gegeben, als diese beschlossen hatte, sich selbst auszurüsten. Von 1873 an wurde eine jährliche Unterstützung von 50 Talern gegeben, später 200 Mark, darüber hinaus 50 Mark zu einem neuen Schlauche. Zu einem hier abgehaltenen Verbandstag des Bezirksfeuerwehrverbandes Dresden und Umgebung gab die Stadt eine Beihilfe von 30 Mark, u. s. w.

Wiederholt wurden auf dem Freudenberg die Geräte der Feuerwehr aufgestellt und vorgeführt. Zu diesen kam 1895 als eine größere Anschaffung die eines Geräte- und Mannschaftstransportwagens. In diesem Jahre fand eine eingehende Inspektion unserer Feuerwehr statt, in welcher dieselbe die Durchschnittszensur 1 b davontrug.

6.4 Nachtschutzdienst

Der Nachtschutzdienst wurde am Anfange unseres Zeitabschnittes noch von 1 Manne versehen, doch neben diesem hatte ein besonderer Feuerwächter nach etwa ausbrechendem Feuer zu schauen, jener hatte besonders für Sicherheit und Ruhe auf den Straßen zu sorgen, die damals noch ziemlich oft gestört wurde. So beschwerte sich z. B. im Jahre 1864 der Direktor des Klitzingschen Eisenwerkes auf der Bahnhofstraße, Herr Alberti, über wiederholte Ruhestörungen dort. Da der Bezirk des städtischen Nachtwächters sich nicht bis zum Bahnhof erstreckte, stellte das Werk einen eigenen Nachtwächter an, der aber vom Rat für die Bahnhofstraße verpflichtet wurde. Erst 1868 wurde die ganze Fabrikvorstadt in den städtischen Nachtschutz einbezogen. Infolge der vermehrten Arbeit und der allgemeinen Erhöhung der Lebenshaltungskosten wurden die Bezüge des Nachtwächters jetzt auch etwas aufgebessert, erst durch eine Gratifikation von 5 Talern, dann durch zweimalige dauernde Gehaltserhöhung um je 5 Taler, wobei sich der auch sonst wachzunehmende Fall ereignete, dass die sparsamen Stadtverordneten den Beschluss des doch manchmal etwas großzügigeren Rates erst ablehnten, schließlich aber doch annahmen. 1872 sah sich die Stadt genötigt, einen zweiten Nachtwächter anzustellen. Beide werden nun auch mit der Polizeidienergewalt ausgerüstet, mit Waffe und Signalpfeife versehen und erhalten ein Bekleidungsgeld von 60, dann 120 Mark, bald auch den Titel „Schutzmann“. Wieder wird über nächtliche Ruhestörungen geklagt. Der Nachtwächter Büttner fällt darüber, weil er nicht wirksam genug eingegriffen habe. Nun werden Hermann und Popitz Nachtschutzleute. Ihr Dienst dauert zunächst bis 4 Uhr morgens und wurde 1876 bis 5 Uhr verlängert. Die Ruhestörungen nahmen in den Folgejahren einen gefährlichen Charakter an und arteten bis zu Angriffen auf die Schutzleute aus, infolgedessen wird 1878 Uniform und Seitengewehr eingeführt. In ihrer Uniform müssen sie jetzt auch bei Tanzvergnügungen Aufsicht führen. Bald kam dann noch die Versorgung der Laternen dazu. 1895 stellt die Stadt einen 3. Nachtschutzmann an, und zwar für bestimmte Straßen: Süd-, Mühl-, Pillnitzer, Ost- und Schönfelder Straße, auf dringendes Verlangen der Anwohner! 1896 vereinigt der Rat die Tages- und Nachtpolizei und stellt 2 weitere Schutzleute an, diese besonders zur Wahrung der Nachtruhe! Radeberg besaß nun 4 Schutzleute, das war aber erst so viel, wie die kleineren Städte Pulsnitz und Neustadt³³ hatten, während Kamenz 6, Bischofswerda gar 7 besaß!

Wachtmeister Lohse regte darum die Anstellung eines 5. Schutzmannes an, was auch den gewünschten Erfolg hatte. Von 1902 an erhielten die beiden Nachtschutzleute je 500 Mark, hatten aber dafür noch, wöchentlich abwechselnd, die abgehenden Postsachen zu besorgen. Wesentliches ist hier nicht weiter zu verzeichnen.

6.5 Soziale Situation

6.5.1 Bettelwesen, Zwangsarbeit

Die noch in der Bevölkerung vorhandene Armut zeigte sich in dem Bettelwesen, das schon früher ein Problem gewesen war und auch jetzt noch zu manchen Zeiten erhöhte Aufmerksamkeit der Behörden erforderte. Das Betteln auf Straßen und in Häusern nahm am Ende der 70er Jahre wieder derart überhand, dass sich der Rat zu besonderen Maßnahmen entschloss. Es werden nun reisende Handwerksburschen 10 Pfennige aus der Armenkasse verabreicht, 1879 werden sie mit Haft bestraft, wenn sie noch zusätzlich betteln. Die

³³ in Sachsen, heute Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Bürger werden auch bedeutet, jeden Bettler ins Rathaus zu verweisen und sofort Anzeige zu erstatten, wenn ein solcher nicht hingehen oder gar noch drohen würde, natürlich sollten sie ihrerseits auch nichts geben.

Diese Einrichtung eines Ortsgeschenkes besaß unsere Nachbarstadt Bischofswerda schon, sie hatte 1878 den üblichen Groschen an 11.094 Leute gegeben! Hier sprachen vom 20. Februar bis zum 5. April 846 Personen zu diesem Zwecke vor, was als eine erfreuliche Abnahme des Bettelwesens galt. Leider brachte die Bürgerschaft nicht den Willen auf, nun von sich aus die Gaben einzustellen, der Rat machte 1880 bekannt, das Ortsgeschenk würde aufgehoben werden, wenn es so weitergehe. 1884 ist es wirklich weggefallen. 1883 erhielten es in den ersten drei Monaten 1548 Personen. 1881 verbot er auch das Neujahrsbettelnd der Kinder, und zwar gleich bei 14 Tagen Haft für Kinder und Eltern! Wegen Landstreichens und Bettelns erfolgten im Jahre 1877 108 polizeiliche Bestrafungen, im folgenden Jahre 122, 1879 nur 82. Mittellosen Wanderern wurde anstatt des Ortsgeschenkes von 1884 an, im Armenhaus Obdach, dazu Abend- und Frühstück gegeben, womit ihnen jedenfalls besser gedient war als mit dem früheren Neugroschen, der doch höchstens als Zulage zu einigen Schnäpsen betrachtet wurde.

Auch der alte Brauch des Kuchensingens auf den Dörfern zum Kirchweihfeste wird verboten. 1884 zeigt der Schuldirektor Hamann 12 größere Schüler wegen Zuwiderhandlung an, der Rat sieht aber noch einmal von einer Bestrafung ab. In Sachsen bildet sich in dieser Zeit unter einem Grafen Vitzthum ein Verein für Arbeiterkolonien, eine Beteiligung an der Gründung einer solchen lehnte der Rat indes ab, vielleicht, weil ein entfernter Ort im Vogtlande dafür in Aussicht genommen war. Trotzdem zeigte er sich dann bereit, für die 3 Jahre von 1886 bis 88 je 50 Mark dafür zu stiften, als die Kolonie in Schneckengrün³⁴ einmal entstanden war. Doch diesmal lehnten die Stadtverordneten ab, da die Stadtkasse z. Z. nicht in der Lage sei, Unterstützungen nach auswärts zu geben (?). Bald aber werden 2 hiesige Einwohner dort untergebracht, der eine von diesen wird von der Kolonie bald als gebessert bezeichnet, und nun stimmen auch die Stadtverordneten für die Jahre 1887 bis 92 dem Ratsplan zu. 1893 wird der Beitrag auf 30 Mark herabgesetzt. An einer Naturalverpflegungsstation, die der Verein für Arbeiterkolonien weiter betrieb, beteiligte sich die Stadt nicht. Als die Bestrafungen von Wanderbettelern immer mehr zunahmen, auch Schneckengrün und die in Lieske bei Kamenz gegründete Arbeitsanstalt nicht mehr ausreichten, erschien die Errichtung einer Wanderarbeitsstätte hier wieder als ein Bedürfnis. Arbeit statt Almosen! Das war schon der Gedanke des Dr. Böhme in den 50er Jahren gewesen (s. Teil III Pkt. 4.7), jetzt vertrat ihn dem Rate gegenüber der Herbergsvater Meinasz, und der Bürgermeister Bauer verschloss sich ihm nicht. Er blieb noch unausgeführt.

Zu Zwangsarbeit Verurteilte nahm man, wie schon gesagt, auch in einer Abteilung des Armen- und Krankenhauses auf. Als durch den Wegfall der Garnison die Kaserne in der Südstraße frei geworden war, bekam Radeberg 1879 eine Hilfs-Korrektionsanstalt, die bis 1904 hier bestanden hat. Schließlich wurden Radeberger Zwangsarbeiter in der Bezirksanstalt Leuben untergebracht, für welche die Stadt jährliche Beiträge leisten musste. 1883 war diese Anstalt eröffnet worden und des korrekationären Zweckes willen war Radeberg schließlich beigetreten, doch von 1886 an nur eben für diesen Zweck mit der Hälfte des ordentlichen Beitrages, in diesem Jahre 305,30 Mark. Allmählich wurden die Kosten höher, 1892 beliefen sie sich schon auf 647, 1895 auf 706 Mark.

6.5.2 Armenhaus, Statistisches

In der Frage der Armenpflege stand am Anfang unseres Zeitabschnittes besonders das Armenhaus mit seinen teilweise unerquicklichen Verhältnissen und der Plan eines Neubaus zur Debatte, den (s. Teil III – Pkt. 4.7.1) zwei Ratsmitglieder besonders vorbereiten sollten. Sie entwickelten einen großzügigen Plan. Das neue Arbeitshaus sollte zugleich Zwangsarbeitsanstalt für Arbeitsscheue, Arbeitsversorgungsstelle für Arbeitslose, Versorgungsstelle für Arbeitsunfähige, Waisenanstalt, Rettungsstelle für verwaarloste Kinder, Kranken- und Heilanstalt, zeitweiliger Aufenthalt für Bettler und obdachlose Fremde werden, also mehr ein Arbeits- als ein bloßes Armenhaus, nach dem neueren gesunden Grundsatz „Arbeit statt Almosen!“ Eine Kommission betrieb diesen Plan mit Eifer bei Rat und Stadtverordneten. Nach der Entscheidung der letzteren wurde ein Platz an der Mittelmühle für den Bau ausersehen, doch vorläufig nur für ein Armenhaus. 1860 wurde es gebaut und am 13. Dezember von Baumeister Wagner der Stadt übergeben, 1861 bezogen.

³⁴ Ortsteil der Gemeinde Rosenbach bei Plauen im Vogtland

Aus der Schule wurden 6 Öfen hineingesetzt, wofür die Schule neue erhielt. Als Aufseher hatte A. Rüssel gegen freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie 120 Taler Gehalt die Ordnung darin aufrechtzuerhalten. Eine besondere Hausordnung galt je für die freien Bewohner und die Zwangsarbeiter. 1861 wurde noch ein Holz- und Kohleschuppen sowie ein Arbeitsraum angebaut, der Rat hat auch einen Wasch- und Baderaum gewünscht, doch den Stadtverordneten war das zu teuer geworden. Leider entdeckte man in 2 Räumen schon bald den Schwamm. Nach Fertigstellung des Anbaues wurde ein größerer Keller mit Schleuse gebaut, einen Raum zur Aufbewahrung und Bearbeitung von Sandstein – das Zerklopfen desselben zu Sand war die Hauptarbeit der Insassen – verweigerten die Stadtverordneten ebenfalls noch, doch ist bald ein solcher geschaffen worden, das sogenannte „Sandhaus“. Der alte Keller, der im Winter kaum zu benutzen gewesen war, wurde überbaut und dadurch neuer Raum geschaffen. Nach einer Anregung des Verwalters Rüssel wurden die Arbeitsfähigen nun auch zu städtischen Arbeiten herangezogen. Das „Sandhaus“ wurde um 15 Ellen verlängert und der leere Raum zwischen ihm und dem Wohnhaus überbaut. 1867 musste man in diesem Armenhause noch das Garnisonslazarett aufnehmen, wodurch der Raum wieder beschränkt wurde. Doch es wurden auch weniger Insassen, die Armut dürfte mit der beginnenden Industrie abgenommen haben. Die Verpflegung der Bewohner hatte der Armenhausverwalter zu besorgen, jetzt Rüssels Nachfolger Mehlhose, der Ratswachtmeister. Dieser bekam für 1 Erwachsenen 3 Neugroschen 6 Pfennige, für 1 Kind unter 6 Jahren 2 Neugroschen 6 Pfennige „Atmungskosten“ für den Tag. Es muss freilich auch bei gewöhnlichen Preisen schwer auszukommen gewesen sein, der nächste Verwalter Großmann erhielt auf Antrag Erhöhungen des Satzes für Erwachsene, 1872 auf 4 Neugroschen, 1875 5 Neugroschen. 1877 wurde im Hauptgebäude ein 3. Stock aufgesetzt, im „Sandhaus“ waren schon Krankenzimmer eingerichtet worden. Im folgenden Jahre wurden durch die Verlegung der Garnison die Lazarett Räume frei. Gerade in diesem Jahre erhielt die Armenkasse eine schöne Stiftung von C. E. Bautze, 3.000 Mark, davon 2.700 ausdrücklich für den Armenhausbau. So konnte nun eine Reorganisation des Hauses stattfinden. Einem wohl vielfach ausgesprochenen Wunsche entsprechend trennt die Stadt im Jahre 1884 die beiden Abteilungen, das Armen- und das Krankenhaus, räumlich vollständig von einander und beschließt, auch die Korrektionäre, die man ja ebenfalls in das Armenhaus gesteckt hatte, von den übrigen Insassen zu trennen. Viele Kranke hatten sich gegen die Unterbringung in diesem Haus gesträubt. Dr. Zscheile regt am Ende dieses Jahres wieder den Gedanken eines Krankenhausbaues an, der Rat glaubt aber für die nächste Zeit noch davon absehen zu können, beschließt aber, für Arme, Sieche und Korrektionäre (Zwangsarbeiter) ein neues Heim zu errichten (8. Januar 1885). Bei der Verschiedenheit der Pläne des Rates und einer für die Angelegenheit eingesetzten Kommission, blieb jedoch alles noch längere Zeit in der Schwebe. Im Jahre 1891 wohnten im Armenhause 15 Personen, im Krankenhaus war im September eine! Da sprach sich der Ausschuss wieder für die Trennung beider Anstalten aus. Der Höchstbestand der Kranken an 1 Tag war 1891/2 immerhin 18. In beiden Häuser wurden 3 Stufen unterschieden, im Krankenhaus mit verschiedenen Preisen, im Armenhaus wurden unterschieden: 1. Durch eigenes Verschulden arbeits- und obdachlos Gewordene, 2. ohne Verschulden obdachlos gewordene, die sich nur vorübergehend hier aufhalten, 3. arme Sieche. 1892 endlich verwirklicht sich der Plan einer vollen räumlichen Trennung: das Grundstück Niedergraben 2 wird gekauft (für 12.550 Mark) mit der Bestimmung, Armenhaus zu werden, und das Haus Südstraße 2 war nun frei, nur noch Kranke aufzunehmen. Erster Verwalter des neuen Armenhauses wurde Polizeidiener Lohse, dem 1907 Polizeidiener Ganßauge folgte. Die Armenhäußler, soweit männlich und erwerbsfähig, waren zuletzt das ganze Jahr von Baumeister Gneuß beschäftigt worden, dieser beklagte sich allerdings beim Rate wegen unregelmäßigen Erscheinens derselben. Da beschließt der Rat, sie künftig nur beim Stadtbauamt zu verwenden. Wegen anhaltender Verteuerung der Lebensmittel mussten die Verpflegungssätze wiederholt heraufgesetzt werden, 1907 z. B. zahlte die Stadt statt 45 Pfennige für eine erwachsene Person pro Tag 55, an Feiertagen 70 statt 60 Pfennige.

Einige Beispiele des Bestandes in diesen Jahren:

1905	am Anfang 7,	Zugang	8,	entlassen 12,	entwichen	1,	am Ende	2
1906	am Anfang 2,	Zugang	21,	entlassen 19,			am Ende	4
1907	am Anfang 4,	Zugang	19,	entlassen 10,	in eine andere Anstalt	2,	am Ende	11.

1909 sind 27 Personen da, darunter allerdings 3 Familien mit 23 Köpfen. Es sind jetzt nur vorübergehend Wohnungslose und Versorgte, Zwangsarbeiter werden in die Bezirksanstalt Leuben gebracht. Die hiesige

Hilfskorrektionsanstalt war 1904 nach Sachsenburg³⁵ verlegt worden. Am Ende des Jahres 1911 ist das Haus mit 40 Personen belegt. In diesem Jahre wird beschlossen, obdachlos werdenden Familien Mietbeihilfen zu geben, wenn ihnen dadurch ihre Wohnung erhalten werden kann. Das Bedürfnis wurde immer größer, Ende 1912 bevölkerten 62 Personen das Armenhaus! Dabei hatte man auch schon im Krankenhause, Südstraße, Familien untergebracht.

Daneben her lief die Unterstützung von Armen in ihren Wohnungen weiter, auch Zahlungen an andere Armenverbände. Alle diese Leistungen zusammen erforderten nicht unerhebliche Mittel. In den 80er und 90er Jahren waren hier 200 bis 250 Unterstützte, teils Haushaltungen, teils Einzelpersonen. Die Aufwendungen im Ganzen waren in den einzelnen Jahren ziemlich verschieden, wohl nach dem Stande der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, nahmen aber im Allgemeinen zu. Im Jahre 1880 z. B. werden sie auf 7.474 Mark berechnet, 1892 auf 16.515 Mark, 1885 betragen sie bar 3.048 Mark, an Naturalien 2.502 Mark, an übrigen Kosten 4.240 Mark, an andere Armenverbände für 18 Personen 671 Mark. Gewisse Einnahmen von anderen Orts- oder Landesarmenverbänden, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten fielen dagegen nicht sehr ins Gewicht, 1885 z. B. beliefen sie sich auf 1.934 Mark.

6.5.3 Altenheim u. a.

Mittlerweile hatte die Stadt auch ein Altenheim eingerichtet. Im Jahre 1907 wurde als solches das 1. und 2. Obergeschoss des Krankenhauses in Aussicht genommen (Südstraße 1). Der Rat stellte dafür 20.000 Mark zur Verfügung, von deren Zinsen 4 Personen mit freier Wohnung, Heizung, Licht und Frühkaffee untergebracht werden sollten. Die Bauarbeiten wurden auf 2.300 Mark veranschlagt, wozu die Zinsen einer König-Albert-Stiftung, 1.745 Mark, verwendet werden sollten, während der Rest in den Haushaltplan für 1908 eingestellt werden sollte. Leider wurden die Kosten des Umbaus höher, weil man dabei den früher nicht festgestellten Schwamm im Mauerwerk beseitigen musste. 1909 wurde der Bau außen verputzt. Am Anfange des Jahres 1910 erhielt diese Anstalt eine hochherzige Stiftung, indem Herr Justizrat Oertel der Stadt das Grundstück Niedergraben 14 schenkte mit der Bedingung, dass die Hälfte des Ertrages dem Altenheim zufließen solle. Für das Altenheim wurde Nachtschutzmann Hermann als Hausmann angestellt, wofür er dort freie Wohnung erhielt. Durch eine Umfrage bei anderen sächsischen Städten hatte der Rat erfahren, dass in fast allen Orten, die ein Altenheim besaßen, ein Eintrittsgeld verlangt wurde, und zwar in Höhe von 180 bis 5.000 Mark, so wurde ein solches auch hier gefordert, für Personen über 60 Jahre 300 Mark, über 65 200, und über 70 Jahre, das Eintrittsgeld war also mäßig berechnet.

Zeitweise gehörten zu den Unbemittelten auch die wandernden Handwerksburschen. Für diese gründete der hiesige Stadtmissionsverein das „Vereinshaus zur Herberge“, das 1889 eingeweiht wurde. Der Rat förderte und unterstützte diese Anstalt durch regelmäßige Jahresbeiträge. Genauer s. Pkt. 8.7).

Daneben bestand als Privatunternehmen die Zentralherberge an der Stolpener Straße, die von manchen Reisenden dem strengeren, kirchlichen Charakter der ersteren vorgezogen wurde. 1913 haben in jener 5.156 und in dieser 4.275 Reisende übernachtet. 1908 hält der Rat keine weiteren Maßnahmen für nötig. Vgl. Pkt. 8.7

Einige Einzelmaßregeln in der Armenfürsorge sind noch erwähnenswert. 1895 wurden 15 Knaben und 15 Mädchen auf Kosten des Ortsarmenverbandes in Familienpflege gegeben, was nicht gerade bloß in diesem Jahre geschehen sein wird. Für die Behandlung aller Fragen der Armenfürsorge waren 1880 zwei Bezirksvorsteher eingesetzt worden, 1905 werden 4 Bezirke dafür gebildet. Die Bezirksvorsteher hatten z. B. die Höhe der wöchentlich gewährten Almosen und etwaiger monatlicher Erziehungsbeihilfen zu begutachten.

Die Stadt hat alle Armenlasten allein zu tragen, da sie nicht zu einem zusammengesetzten Ortsarmenverband gehört, und diese Lasten waren nicht unerheblich. Die Zahlen der öffentlich Unterstützten waren in der Jahresreihe von 1893 bis 1902 folgende: 116, 105, 108, 109, 96, 100, 126, 128, 127, 166, in der zweiten Hälfte bemerken wir ein Ansteigen der Zahl, besonders auffällig 1902. Der Gesamtaufwand für die öffentlichen Unterstützungen von Familien und Einzelpersonen machten nach einem Aktenstück des hiesigen Archivs im Jahre 1880 7.474 Mark aus, 1884 8.865 Mark, 1885 schon 11.056, in den nächsten Jahren wieder um 8.600, dann 11-13.000, 1892 16.615 und 1893 16.213 Mark.

³⁵ Ortsteil der Stadt Frankenberg/Sa. im heutigen Landkreis Mittelsachsen

Eine Verringerung der Unterstützungsfälle als Folge der sozialen Gesetzgebung des Reiches konnte hier nur in bescheidenem Maße festgestellt werden. 1899 werden zur Überwachung der Vormundschaften 2 Waisenträte eingesetzt.

In den achtziger und neunziger Jahren war das Auftreten von Zigeunern zu einer Landplage geworden, so dass am 16. Juli 1886 eine Ministerialverordnung gegen das Zigeunerunwesen erschien, auch unser Rat spricht 1894 davon. Hier wurde zu ihrer Überwachung wiederholt die Feuerwehr aufgeboten. Bei der Mitteilung dieser Maßregel gibt der Rat noch der Kreishauptmannschaft den Ratschlag, an den Grenzen besser Aufsicht zu halten, da diese unliebsamen Gäste meist in Preußen domizilierten. Sie hatten öfter weder Gewerbeschein noch sonstige Ausweise, im Jahre 1888 wurden z. B. deshalb 8 Zigeuner hier in Haft genommen, in dieser Zeit trieben sich besonders die Angehörigen einer bestimmten Familie, namens Dodor, in der hiesigen Gegend herum.

6.6 Krankenpflege

6.6.1 Krankenhaus

Über die Verhältnisse in unserem Krankenhaus sei hier noch einiges mitgeteilt. Zunächst über die Besetzung. Auf Veranlassung des Ministeriums wurde im Jahre 1876 ein Verzeichnis dieser Besetzung und der Anzahlen der Verpflegungstage angelegt, der Landtag wollte überall die „Morbidity“ statistisch erfassen. Die in den Akten vorhandenen Jahresberichte fangen aber erst 1885 an, so wollen wir von diesem Jahre von 3 zu 3 Jahren ein Bild der Besetzung unserer Krankenhäuser (von 1906 an des neuen!) und der Verpflegungstage, nach dem Geschlecht getrennt, geben.

Jahr	Anfangsbestand		Verpflegungstage	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1885	54	18	1.125	404
1887	46	13	1.268	442
1890	132	27	1.261	407
1893	163	44	3.596	568
1896	146	40	3.824	1.018
1899	205	43	3.069	904
1902	134	47	2.599	1.441
1905	140	52	3.066	921
1908	326	121	7.614	2.677
1911	387	119	10.417	2.107
1914	283	162	6.625	3.829

Die letzte Besetzung beträgt beim männlichen Geschlecht ungefähr fünfmal so viel wie die erste, beim weiblichen 9-mal so viel. Dieses erscheint also zuerst wenig Neigung zum Krankenhausbesuch gehabt, diese Abneigung aber dann teilweise verloren zu haben, wovon die Ursache wohl in dem schönen neuen Krankenhaus im Gegensatz zu den misslichen Verhältnissen des alten zu suchen sein wird. Absolut liefert das weibliche Geschlecht immer weniger als das männliche, etwa den 3. Teil, abgesehen von dem Kriegsjahre 1914. Auffällig sind 1896 die vielen Verpflegungstage bei verhältnismäßig geringerem Bestand, in dieser Zeit müssen längere Krankheiten geherrscht haben und besonders bei weiblichen Personen, ähnlich 1902. Die Höchstzahl der männlichen Kranken – 398 – erreichte das Jahr 1912, die der weiblichen – 162 – 1914.

Die Zahl der vorhandenen Betten betrug 1885 = 18, von 1892 an 24, von 1906 an 60 (neues Krankenhaus), 1914 = 68. Was die Ursachen des Krankenhausaufenthaltes betrifft, so waren es beim männlichen Geschlecht neben den Verletzungen durch Hieb oder Stich besonders Grippe und Krankheiten der Atmungsorgane bis zur Tuberkulose zu nennen, auch das häufige Vorkommen von Krätze.

Die Verpflegung und die Unterbringung kann in drei Klassen mit steigenden Geldsätzen erfolgen, außerdem sind Krankenwärterlohn und Waschgeld zu entrichten, natürlich auch die Kosten für Arzt und Heilmittel. Die Verpflegungskosten stiegen mit der zunehmenden Verteuerung der Lebensmittelpreise von Zeit zu Zeit. Bald fing die Stadt an, für Auswärtige die Preise zu erhöhen, benutzten diese ja auch Einrichtungen, wofür die Stadt die Herstellung zu tragen gehabt hatte. Die auswärtigen Mitglieder der Gemeinde-, Armen- und Krankenkasse haben z. B. in der mittleren Klasse 2,75 Mark für den Tag zu zahlen, die Hiesigen 2,25 Mark,

bei Kranken unter 14 Jahren waren die Sätze 1,75 Mark bzw. 1,50 Mark. Die 1. Klasse bilden im neuen Krankenhaus, das am 16. Mai 1906 bezogen wurde, Privatranke in Einzelzimmern, diese haben außer den ärztlichen Kosten täglich 6 Mark zu zahlen. In den 3 Klassen waren nun 6, 4 und 2,25 Mark zu bezahlen, in der 2. Klasse dazu wie in der 1. Klasse die Arztkosten. Eine kleine Mehreinnahme erbrachte 1908 die Verfügung, dass Kinder nur noch bis zum 12., nicht mehr bis zum 14. Jahre, zum Kindersatz aufgenommen werden sollten. Kranke, die sich auf eigene Kosten verpflegen lassen, haben künftig die Verbandsstoffe besonders zu bezahlen. Von demselben Jahre – 1909 – an bezahlen hiesige Bürger, die aber auswärtigen Krankenkassen angehören, in der 3. Klasse den Satz für Auswärtige = 2,75 Mark. Das Krankenhaus erforderte hohe Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, so dass man zunächst nach der Gewinnung kleiner Mehreinnahmen suchte. Das half natürlich nicht durchgreifend, und man kam um eine allgemeine Erhöhung der Preise nicht herum, von 1911 an betragen die Sätze in der 1. Klasse 8 Mark, in der 2. 5 Mark, in der 3. für Hiesige über 12 Jahre 2,50 Mark, Auswärtige 3 Mark, unter 12 Jahren 1,75 bzw. 2 Mark, außerdem werden manche Leistungen, die bisher in den Tagessätzen inbegriffen waren, jetzt besonders berechnet.

6.6.2 Bekämpfung besonderer Krankheiten

In unsrer Zeit ist die Bekämpfung besonderer Krankheiten nötig geworden. Aus dem vorigen Zeitabschnitt kennen wir bereits die Maßregel zur Blatternverhütung durch die Schutzimpfung (s. Teil III – Pkt. 4.6.1). Jetzt wird sie unentgeltlich, zwar nicht mit einem Male, aber schrittweise. Schon früher hatten die Ärzte Unbemittelte umsonst geimpft, aber das war je länger, je weniger zu verlangen, und jetzt waren ja Mittel in der Armenkasse da, um die staatlich geforderte Impfung auch in Bezug auf die Kosten zu einer gesetzmäßigen Angelegenheit zu machen. 1872 wird ein Arzt hier, Dr. Richter, gegen eine Entschädigung von 5 Groschen für 1 Impfung zum Armenimpfarzt bestimmt. 1875 geht die Stadt einer Verordnung zufolge zu dem anderen Modus über, einen Arzt gegen ein festes Gehalt von 300 Mark jährlich als Impfarzt anzustellen, und zwar für alle Bevölkerungskreise, gewählt wird Dr. Dommer. Es wurde damals mit 200 bis 250 Kindern gerechnet und angenommen, dass die Hälfte derselben öffentlich geimpft werden würde. Bei der anderen Hälfte sind nicht nur privatim geimpfte, sondern auch Kinder von grundsätzlichen Gegnern gerechnet. Deren gab es immer noch manche. Der Rat musste wiederholt einschreiten, 1883 z. B. hielt er einige Eltern unter Androhung von Strafen an, ihre Kinder impfen zu lassen, 1884 wurde gleich bei der Bekanntmachung eine Geldstrafe von 20 Mark für Verweigerung der Kinderimpfung angedroht.

1871 brach hier eine Pockenepidemie aus, binnen 2 Monaten erkrankten daran 53 Personen, davon 9 nicht geimpfte, 6 Personen starben, davon 4 nicht geimpfte. 1889 erfolgten noch 3 Erkrankungen von Blattern. Nach solchen Erfahrungen gewöhnte sich die Bevölkerung doch allmählich an den Impfwang.

Im folgenden Jahre fiel es auf, dass in 1 Hause kurz nach einander 3 Todesfälle anscheinend durch Typhus vorkamen. Nach einer Besichtigung dieses Hauses durch den Bezirksarzt wurde der Besitzer vorsichtigerweise vom Rat angewiesen, den Abort zu verlegen, eine gehörige Schleuse herzustellen sowie eine ausgemauerte Dünger- und Jauchegrube. Als 1875 in einem Hause der Bahnhofstraße die Ruhr ausgebrochen war, wurde sofort eine Desinfektion der Aborte und die Untersuchung der Brunnen angeordnet, dann die Benutzung des Brunnens im Deutschen Hause zum Trinken verboten, wegen dieser Krankheit und auch häufiger Diphtheriefälle wurden in diesem Jahre die öffentlichen Tanzvergnügen im Deutschen Haus verboten und das Schulfest ausgesetzt. 1881 wurde die Trichinenschau obligatorisch gemacht. Eine noch größere Gefahr drohte in den 60er Jahren von Böhmen her. Schon 1831 hatte sich die Stadt und Amtmann Erler einmal veranlasst gesehen, wegen einiger Cholerafälle in Böhmen eine besondere Ortskommission zu bilden, die für den Fall, dass diese Krankheit hier eingeschleppt würde, ein Haus zu einem besonderen Hospital für Cholera-Erkrankte bestimmte. Die Stadt war damals verschont geblieben. 1866 grassierte die Cholera wieder in Böhmen und Mähren, auch unter dem Militär, so dass wegen der vielen hin- und zurückfahrenden Militärszüge vor allem auf dem Bahnhofe besondere Maßregeln nötig wurden. Im August wurden sogar alle Häuser desinfiziert, die Stadtschule alle Tage, dann einen Tag um den anderen. Auf dem Bahnhofe wurde nach obrigkeitlicher Anordnung eine Cholerastation errichtet. Die Gefahr ging auch wieder vorüber, tauchte jedoch in den 70er Jahren nochmals auf. 1872 bestimmte man, da der Rat das erst dafür gemietete Haus wieder gekündigt hatte, das Garnisonslazarett zum Choleralazarett und ordnete die Desinfektion aller Aborte und Senkgruben für 2 Tage in der Woche auf die Dauer von 4 Wochen an. 1873 wurde ein Cholerafall in der nächsten Umgebung von Dresden hier bekannt. Radeberg blieb abermals verschont, ließ aber die nötige Vorsicht nicht aus dem Auge. 1875 und 78 fordert der Rat noch die Gaststätten zu öfterer Räumung

der Abortgruben und zweimaliger Desinfektion in der Woche auf. 1889 haben die Schutzleute wieder überall Gruben und Aborte zu besichtigen, 1892 werden die Schleusen durchspült und die Einfallslöcher desinfiziert, Krankenträger und Wärter schon bestimmt, der Rat errichtet eine Cholerastation in einem isoliert an der Flurgrenze gelegenen Grundstück und beschließt, Desinfektionsapparate und Krankenwagen anzuschaffen. Die Apparate wurden freilich von den Stadtverordneten abgelehnt. Es war das Jahr, in dem sich die mörderische Krankheit in Hamburg und seiner Umgebung eingenistet hatte. Jeder Ankömmling von Hamburg oder andern infizierten Orten muss sich sofort bei dem Polizeiarzt Dr. Zscheile untersuchen lassen und sich eine Zeit lang dort täglich vorstellen. Im neuen Krankenhaus wird dann (1910) die Isolierstation zur Aufnahme etwaiger Cholerakranker oder -verdächtiger bestimmt, versehen mit 6 Betten und einem neuzeitlichen Desinfektionsapparat. Es wird für Beförderungsmittel und Bedienungsmannschaft gesorgt, eine Pflegerin aus dem Dresdner Diakonissenhaus in Aussicht genommen. Glücklicherweise haben diese Vorichtsmaßnahmen nicht in Kraft zu treten brauchen.

6.6.3 Viehseuchen, Hundefänger

Die schon früher getroffenen Maßregeln zum Schutz gegen tollwutverdächtige Hunde werden fortgesetzt. In den 60iger und 70iger Jahren werden öfter Hundesperren angeordnet. 1880 schärft der Bürgermeister das Verbot, Hunde in Gastwirtschaften mitzubringen, wieder ein. In der Folgezeit hört man auch noch öfter von Hundesperren. Gegen fremde herumlaufende Hunde, die verdächtig sind, hat der Caviller vorzugehen und ist dafür zu besonderen Umgängen verpflichtet. 1896 stellt der Rat einen Hundefänger an, der für jeden weggeführten Hund 1 Mark bekam. Später fügte man 1,50 Mark für jeden Tag mit einem Umgang in der Stadt hinzu. Im folgenden Jahre nahm der Dresdner Caviller Fischer diesen Auftrag an und erhielt außer dem Fanggeld von 1 Mark, pro Tag der Streife in der Stadt 10 Mark.

Im Jahre 1877 hatte ein hiesiger Fleischer von einem fremden Viehhändler eine Kalbe gekauft, bei der sich dann die Rinderpest zeigte. Das hat für manche Bewohner hier schwere Unannehmlichkeiten zur Folge gehabt. Bald erkrankten andere Kühe dieses Fleischers und eine Kuh eines anderen. Im Ganzen war der Schaden nicht allzu schlimm, hätte es aber werden können. Es wurde für die Stadt eine „relative Ortssperre“ angeordnet, alle Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine mussten in den Ställen gehalten werden, für alles Vieh, ebenso für Heu und Stroh wird Ein-, Aus- und Durchfahrt verboten. Ein Viehmarkt wurde abgesagt, die benachbarten Dörfer wurden angewiesen, kein Vieh hierherzubringen, vor die Eingänge zur Stadt wurden Tag und Nacht Wachen gestellt. Von den Bewohnern der zwei betroffenen Häuser durfte 4 Wochen lang keiner seine Wohnung verlassen. Die gesamten Vorräte des Fleischers Sickert³⁶ wurden vernichtet, alle Stallgeräte, Türen, Fenster, Kammern, Körbe, die Düngerstätten desinfiziert, die dabei benutzten Kleider und Stiefel vernichtet. Bis zum 17. Februar 1877 wurden 8 Rinder, 1 Kalb und 6 Schafe getötet oder sind selbst umgefallen und verscharrt worden. Dazu enteignete der Rat 10,7 a von einem Scherzschen Grundstück. Die Grube, in welche die Rinder geworfen worden waren, wurde umzäunt und 3 Wochen lang bewacht. Am 26. Februar war die Desinfektion der beiden Höfe beendet und die Sperre aufgehoben. Für alle entstandenen Schäden trat das Reich ein, auch die Kosten der Desinfektionen und den Hauptteil der Löhne, nur 316 Mark zu letzteren musste die Stadt zahlen. Selbst Herr Scherz erhielt vom Reiche noch 100 Mark für das enteignete Land. Geschäftsverluste, die manche Bürger erlitten hatten, wurden freilich nicht vergütet, 3 Bürger, die über entgangenen Verdienst zu klagen hatten, entschädigte der Rat wenigstens zum Teil mit 2-mal 50 und 1-mal mit 20 Mark. Die Viehmärkte blieben noch 1879 verboten. Im Ganzen war die Stadt aber noch glimpflich davongekommen, gewiss auch dank der durchgreifenden Vorsichtsmaßregeln.

Auch später, z. B. 1911, wurden wegen einer Maul- und Klauenseuche alle vorschriftsmäßigen Maßregeln ergriffen und acht Monate lang keine Viehmärkte gehalten. Hierher gehören auch die Bemühungen betreffs Abtransport des gefallenen Viehes, Fleischschau, Vernichtung nicht einwandfreier Teile (s. a. Pkt. 8.4)

1881 wird die Fleischschau auf Trichinen obligatorisch.

³⁶ Die Fleischerei Sickert befand sich nachweislich der Adressbücher von 1885 bis 1914 auf der damaligen Dresdner Straße 5 (ab 1910 Nr. 9, heutige Anschrift Hauptstraße 31)

6.7 Versicherungswesen vor und nach der Sozialgesetzgebung des Reiches

Noch ehe das Reich in der Zeit Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks mit der großen sozialen Gesetzgebung die Fürsorge für Kranke, Verunglückte, Invalide und Alte, zunächst im Hinblick auf die neue Industriearbeiterschaft, zu seiner Aufgabe gemacht hatte, waren in manchen Fällen, schon in unserem engeren Vaterlande, wo z. B. 1858 bereits eine Altersrentenbank gegründet worden war, auch auf kleinem Raume durch Gemeinden oder wirtschaftliche Organe Unterstützungseinrichtungen getroffen worden. Auch bei uns in Radeberg! Hier lud der Rat für den 7. September 1863 zur Gründung einer Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse nach dem Muster der Stadt Schandau die (13) hier bestehenden Innungen ein. Bei der Beratung stellte er die Frage zur Debatte, ob etwa eine allgemeine Kasse für alle Bevölkerungskreise wünschenswert sei, doch dagegen waren alle Anwesenden, sie wollten eine solche nur für die Innungen. So wurde dies beschlossen, ferner eine Verpflegungskasse für Gesellen, die bei einigen schon bestand, auf alle Handwerke ausgedehnt. Der Rat beabsichtigte daneben aber noch eine allgemeine Kasse für die gewerblichen Hilfsarbeiter, die keiner schon bestehenden angehörten, sowie für Gesellen der Meister, die bei keiner Innung waren. So entstanden hier nun 2 Krankenunterstützungs- und Begräbniskassen. Als Krankenpfleger und Hausverwalter der städtischen Kasse wurden wiederholt Ehepaare angestellt und vereidigt, so im Jahre 1870 Schmiedemeister Ulbricht und Frau, 1871 das Ehepaar Großmann, 1892 das Ehepaar Schulze.

Gegen Ende der 60er Jahre ist weiterhin eine Dienstbotenkrankenkasse gegründet worden, 1867 wird diese allerdings wieder aufgehoben, weil die Beiträge den Aufwand nicht deckten. Darauf werden die Dienstboten der Gemeindekrankenversicherung zugewiesen. Vom 1. Januar 1870 an betragen die Beiträge für Fabrikarbeiter wöchentlich 8 Pfennig, für männliche Dienstboten jährlich 1 Taler 10 Groschen, für weibliche 25 Groschen, für Gewerbegehilfen und andere beitriffsfähige Personen wie für Fabrikarbeiter (in der „Allgemeinen Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse“).

Vom 1. Januar 1874 an mussten die Beiträge infolge der Erhöhung des Aufwandes heraufgesetzt werden, Fabrikarbeiter, Gesellen und Lehrlinge hatten nun wöchentlich 1 Neugroschen 2 Pfennige zu zahlen, männliche Dienstboten 5, weibliche 3 Neugroschen (jetzt auch wöchentlich). Wenn diese Beiträge nicht eingingen, wurden sie von den Arbeitgebern eingezogen. Die Leistungen der Kasse betragen 20 Neugroschen für 1 Woche (1886). Neben der Innungs- und Städtischen Kasse wurden noch Sonderkassen gegründet. 1875 errichteten die Zimmerer und Maurer für sich einen Krankenunterstützungsverein von Radeberg und Umgebung, 1877 gibt es eine Zentralkranken- und -sterbekasse des Bundes der Tischler, damit vereinigt sich jetzt die Gewerkschaft „Holzarbeiter“ zu einer „Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Bundes der Tischler und verwandten Berufe“. Von Fabrikbetrieben richtet das Eisenwalzwerk Saxonia für seine Arbeiter eine „Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenspensions-Kasse“ ein. Dieses Unternehmen zahlte auch die Arzt- und Apothekerkosten im Krankenhaus für seine Leute.

Mit dem Reichsgesetz von 1883 kam nun ein größerer Zug in diese Angelegenheit. Zur Einführung desselben wurden erst die nötigen Erhebungen hier angestellt und z. B. der ortsübliche Tagelohn auf 1,30 Mark für den Stadtbezirk festgestellt, und zwar bei erwachsenen Männern und im Durchschnitt von Sommer und Winter, für erwachsene weibliche Personen wurden 0,80 Mark, für Jugendliche auf 0,60 Mark. Der Ratsregistrator Grützner entwarf Statuten für Betriebskrankenkassen. Eine Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Land- und Forstarbeiter, die gesetzlich schon möglich war, wurde von den Stadtverordneten abgelehnt. Die Glasindustrie zählte im Ganzen 848 Arbeiter, weit über die Hälfte unserer gesamten Arbeiterschaft, dann kam die Saxonia mit 348. Die Innungen wollten ihre Leute vorläufig bei der städtischen Krankenkasse belassen. Eigene Kassen beabsichtigten folgende Betriebe zu gründen: Saxonia, Vereinigte Radeberger Glashütten, Berthold und Hirsch, H. Rönsch, Max Hirsch, W. Hirsch und Bedrich, Papierfabrik, außerdem entstehen besondere Kassen für Bauarbeiter, für Fabrikarbeiter, für Arbeiter und Handwerker, für Glasarbeiter, für Metallarbeiter. Die Stadt selbst beschloss die Gründung einer Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter und einer Gemeindeversicherungskasse für Handwerksgesellen und Dienstboten, die schon bestehende „Allgemeine Kranken- und Begräbniskasse“ soll sich jetzt umändern, am 1. Januar 1885 tritt eine Dienstbotenkrankenkasse ins Leben, in der für männliche Kräfte jährlich 3, für weibliche 2 Mark zu bezahlen waren, und zwar von den Herrschaften. Versicherungszwang herrschte hier nicht, doch traten 217 in diese Gemeindekrankenversicherung ein, nur ein Rest blieb unversichert (1890 waren es 47), 1899 aber beschließt die Stadt 1899 den Beitrittszwang.

1886 bestanden folgende Kassen: 1. Gemeindeversicherungskasse, 2. Ortskrankenkasse für Bauarbeiter, 3. Ortskrankenkasse für Facharbeiter, 4. Betriebskrankenkasse Berthold u. Hirsch, 5. M. Hirsch, 6. W. Hirsch, 7. Hirsch und Bedrich, 8. Vereinigte Radeberger Glashütten, 9. Papierfabrik Lehmann, 10. Saxonia, 11. endlich eine Hilfskasse des Kranken- und Begräbnisunterstützungsvereins für Handwerker und Arbeiter. Die Zahl der Versicherten in allen Kassen belief sich auf 2.978. Der zugrunde gelegte Durchschnittslohnsatz von 1,30 Mark bzw. 0,80 und 0,60 Mark wurde 1890 auf 1,60 Mark bzw. 1,10 und 0,72 Mark, 1899 auf 2 bzw. 1,30 und 0,75 Mark erhöht. Was die Leistungen der Kassen betrifft, so gaben manche nur 13 Wochen lang Krankengeld, verweigerten auch eine längere Zahlung, andere 26 Wochen. Der Rat befürwortete für die Gemeindeversicherung die Ausdehnung auf 26 Wochen, doch nur bei erheblicher Erhöhung der Beiträge. Nach einem Reichsgesetz vom 10. April 1892 mussten in diesem Jahre alle Statuten abgeändert werden. Ein neues Ortsstatut vom 11. Januar 1893 dehnt nun die Versicherungsmöglichkeit danach auf die Land- und Forstwirtschaft sowie im Hausgewerbe Beschäftigten aus, soweit das nicht schon in dem Statut von 1888 geschehen war, und arbeitete andere kleine Verbesserungen ein. 1896 bestehen die oben erwähnten Kassen von 1886 noch außer der von Saxonia, an deren Stelle sind getreten eine Kasse der Vereinigten Eschbachschen Werke, Abt. Emaillierwerk, und eine der Abt. Eisschrank- und Küchenmöbelfabrik, sowie ein Werk von Rönsch. Durch ein Gesetz von 1902 werden die landwirtschaftlichen Arbeiter versicherungspflichtig. Nach einer Verfügung des Ministeriums wurde in drei Lohnklassen zu: 2,00 Mark, 1,30 und 0,75 Mark eine 4. zu 1 Mark wurde eingeschoben. In den nächsten Jahren entstehen noch weitere Betriebskrankenkassen, die der Firmen Wagenknecht und C. Barth. 1910 setzt der Rat wieder neue Lohnklassen fest: 2,50 Mark, 1,50 Mark, 1,25 Mark und 1,00 Mark. In diesem Jahre haben einige der bestehenden Kassen einen schriftlichen Vertrag mit Ärzten, die meisten noch nicht. In der Gemeindekrankenversicherung betrug der Kassenbeitrag der Mitglieder bisher 2,7 % des ortsüblichen Tagelohns, wurde jetzt jedoch auf 3 % hinaufgesetzt.

Das Reichsgesetz vom 20. Dezember 1911 brachte im folgenden Jahre auch den Privat-Angestellten eine Versicherung. Nötig dafür war eine Wahl von 6 Vertrauensmännern aus den Arbeitgebern und den Angestellten. Die Angestellten spalteten sich für die Wahl am 28. September 1912 in 3 Gruppen mit je einer Liste, die eine hatte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, eine zweite der Handlungsgehilfenverband zu Leipzig und Hamburg, die dritte der Werkmeisterverband aufgestellt – bezeichnend für die damalige Zeit! die Stimmzahlen beliefen sich auf 60, 60 und 48. Die Arbeitgeber hatten nur 1 Liste und deshalb keine Wahl. Bekanntlich wurden jetzt auch die Witwen und Waisen der Versicherten in die Versicherung mit einbezogen.

Nach einem weiteren Reichsgesetz wird im Jahre 1913 eine Allgemeine Ortskrankenkasse und ein selbständiges Versicherungsamt eingeführt und der Anschluss an ein Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft abgelehnt. Einige Betriebskrankenkassen und die Krankenkassen für Fabrikarbeiter und für Bauarbeiter hörten mit Ende 1913 auf zu bestehen. Sonderkassen mit über 100 Mitgliedern konnten bestehen bleiben. Am 25. Oktober 1913 fanden unter starker Beteiligung Wahlen von Vertretern zur Ortskrankenkasse statt. Auf der Seite der Arbeitnehmer wurden 3 Listen aufgestellt. Die des Gewerkschaftskartells erzielte naturgemäß mit 1.374 Stimmen die große Mehrheit, die Gewerkvereine zusammen mit dem Evangelischen-Nationalen Arbeiterverein brachten es nur auf 214, eine parteilose Liste auf 185 Stimmen. Danach erhielten diese 3 Gruppen 31, 5 und 4 Vertreter.

Das Jahr 1884 brachte die Unfallversicherung, wofür die Arbeitgeber sich in Berufsgenossenschaften zusammenzuschließen hatten. Die im Anfang noch häufigen Betriebsunfälle nahmen bis zum ersten Weltkrieg hier bedeutend ab, dank den immer wachsenden Verhütungsmaßnahmen unserer Betriebsleitungen und der steigenden Vorsicht der Arbeitenden. Die Zahlen der Unfälle in den letzten Jahren zeigen das schon: 1911 waren es noch 250 Personen, die Unfälle erlitten, 1912 nur 213 und im nächsten Jahre 141. Meist betrafen die Unfälle die Glasindustrie, die niedrigsten Zahlen wiesen die Land- und Forstwirtschaft auf. Im Jahre 1885 wurden im Deutschen Reich 55 Berufsgenossenschaften gebildet. Für uns kamen besonders in Betracht die der Brauer und Mälzer, die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, die der Feinmechaniker, der Glas-, der Ziegeleiindustrie, der Papiermacher und die des Sächsischen Baugewerbes. Für jede waren als Schiedsgericht 1 Bevollmächtigter und 2 Ersatzmänner zu wählen (August 1885). 1887 tritt dazu die Norddeutsche Edel- und Unedelmetallindustriellen- sowie die Sächsische Holzindustriellen-Berufsgenossenschaft. Wenige hiesige Arbeiter verteilen sich auf die B. G. der Steinbrecher (3), Gas-

und Wasserwerke (5), Sächsische Textilindustrie (12), Müllerei (8), Nahrungsmittelindustrie (2), Brennerei (21), Chemische Industrie (6), Buchdrucker (5).

Am 29. Januar 1890 wurden die hiesigen Krankenkassen, 13 an Zahl, benachrichtigt, dass sich die Arbeiter schon jetzt die auszustellenden Arbeit- bzw. Krankheitsbescheinigungen beschaffen sollte, da die Invaliden- und Altersversicherung im nächsten Jahre in Kraft treten werde. In Sachsen wurde dafür eine Landesversicherungsanstalt errichtet. Zur Besetzung eines Vorstandes hatte jede Krankenkasse 3 Wahlmänner der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer zu wählen. Die Einziehung der Beiträge und die Verwendung der Marken kommt an die Gemeindekrankenversicherungskasse, der Stadtrat hat die An- und Abmeldung zu regeln. Radeberg wird für diese Versicherung in 2 Bezirke geteilt, rechts und links der Röder, deren jeder immer seine Vertreter dafür wählt, je einen aus den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. Die ersten waren für jene Schmiedemeister Wolframm, für diese Schneidergehilfe Schaller (rechts der Röder), bzw. Fabrikant Jungrichter und den Glasschleifer Unger (links der Röder). Die zu leistende Mehrarbeit der Kassenbeamten wurde damit vergütet, dass dieselben 3 % der eingehenden Beiträge erhielten, zur Hälfte die eigentlichen Kassenbeamten, zur Hälfte die Kontrolleure. Zu Vertrauensärzten in Sachen der Invalidenrente wurden, von der Landesversicherungsanstalt, die Ärzte Dr. Dillner und Dr. Zscheile ernannt, an die Stelle des letzteren trat 1897 Dr. Kirchner. 1900 versichert die Stadt auch ihre Schreiber und Hilfsarbeiter für Invalidität und Alter, ferner die Schreiber und Schutzleute bei der Gemeindekrankenvereinskasse gegen Krankheit. Auf eine besondere Anfrage der Kreishauptmannschaft kann der Stadtrat am 27. Juli 1900 dieser Behörde berichten, dass sich hier parteipolitischer Einfluss auf die Verwaltung der Krankenkassen nicht gezeigt hat, auch keine eigenmächtigen oder unredlichen Handlungen der Vorstandsmitglieder oder Kassenführer vorgekommen sind.

Hausindustrie fehlte hier bis auf einige Tabakarbeiter im Jahre 1891 wegen Platzmangels der Fabrik, 1892 war dieser behoben.

6.8 Arbeitsnachweis, Sparkasse

Maßregeln sozialer Fürsorge sind noch die Arbeitsvermittlung sowie die Einrichtung einer Sparkasse. Nachdem der Hausvater Meinasz in der Herberger zur Heimat schon einen Arbeitsnachweis eingerichtet hatte, trat die Stadt dem Arbeitsnachweis der Kreishauptmannschaft bei.

Unsere Sparkasse (s. a. Teil III – Pkt. 4.7.2) lieb in den 60er Jahren selten Gelder an andere Orte, das Gesuch eines Leipziger Bürgers wurde z. B. zweimal abgelehnt. Dafür konnte sie 1866 der Stadt schon einen erheblichen Betrag vorstrecken, gelegentlich auch der Kirchengemeinde. Einige Zahlen über die erfolgten Einlagen mögen die Entwicklung des Geschäftsbetriebes aufzeigen:

1880:	307.800 Mark	1885:	411.797 Mark	1890:	554.480 Mark
1895:	650.737 Mark	1900:	691.226 Mark	1905:	924.984 Mark
1913:	1.342.511 Mark				

Vom 1. Januar 1864 an wurde der Zinsfuß für Einlagen auf 3½ % erhöht, im Jahre 1871 auf 4, 1875 sogar auf 5³/₅ %, in den 80er Jahren allerdings wieder stark herabgesetzt, 1914 galten 3 ½ %. Für Darlehen wurden 4 gefordert, später mehr. Hypotheken in der Stadt wurden bevorzugt und hatten zuletzt 4½ % zu zahlen. Die Einlegerguthaben wurden 1902 von 1.550 Mark auf 3.000 Mark erhöht, 1912 gingen einzelne bis 5.000 Marke. Überschießende Beträge wurden auch angenommen, doch nicht verzinst. Neben dem Kassierer wurde 1885 noch ein Kontrolleur angestellt, der erste war Herr Wimmer.

7 Die Bevölkerung

7.1 Zahl der Bewohner, Gliederung nach Geschlecht, Alter, Religion u. a.

Die Volkszählungen ergaben nach einem städtischen Aktenstück folgende Ziffern (nur mit einigen Ergänzungen nach dem Statistischen Landesamt):

Jahr	Gesamtzahl	männl.	weibl.	Haushalte	Wohnhäuser
1861	2.971 incl. Sold.			712	?
1864	3.354 incl. Sold.			778	325
1867	3.846 incl. Sold.			838	?
1871	4.390 incl. Sold. (232)			994	341

1875	5.890	incl. Sold.			1.237	398
1880	6.665	ohne Sold.	3.465	3.200	1.472	482
1885	7.374		3.761	3.613	1.659	508
1890	8.742		4.612	4.130	1.845	600
1895	10.294		5.550	4.744	2.178	582
1900	12.918		6.770	6.148	2.789	809
1905	13.301		6.806	6.495	2.962	813
1910	13.413		6.837	6.576	3.090	827
[1914	12.889		6.201	6.688]		

Das Statistische Landesamt enthält im Ortsartikel 100a, Vol. 1, noch Zahlen für die Altersunterschiede unter und über 14 Jahre, leider nur bis 1871.

Jahr	unter 14 Jahre		über 14 Jahre		Gesamtzahl ³⁷
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
1861	523	485	1.061	998	3.067
1864	534	565	1.164	1.109	3.372
1867	573	583	1.467	1.233	3.856
1871	721	730	1.567	1.370	4.388

Nach Konfessionen hatte Radeberg:

Jahr	Ev.-Luth.	Röm.-Kath.	Reformierte	Griechisch-Kath.	Deutsch-Kath.
1871	4.109	181	6	2	1
1875	5.416	460	12	-	-
1880	6.063	576	15	-	-
1885	6.542	876	11	-	-
1890	7.483	1.233	22	(3 „Dissidenten“ ³⁸)	
1895	8.889	1.386	9	(6 unbestimmt)	
1900	10.864	2.062	17		
1905	11.814	1.748	25		

Von fremden Nationalitäten fanden sich mehr Wenden und von 1864 an vereinzelt Juden ein:

Jahr	Wenden	Juden	Jahr	Wenden	Juden
1861	9	-	1880	15	9
1864	13	1	1885	29	7
1867	6	-	1900	-*) ³⁹	15
1871	13	1	1905	-	16
1875	29	2	1910	-	11

Hervorzuheben ist hier die ständige absolute Zunahme der Bewohnerschaft bis 1910, besonders stark in den 80er Jahren und bis 1903, eine Folge des Aufblühens der Industrie und in 1. Linie auf Zuwanderung beruhend. Anders geworden ist das Zahlenverhältnis der Geschlechter, das alte, den allgemeinen Verhältnissen entsprechende Überwiegen des weiblichen Teiles, das sogar ungewöhnlich groß war, als das männliche noch durch die Garnison verstärkt war, wird vom Gegenteil abgelöst, das bis zum Weltkrieg anhält. Es dürfte auf einer starken Einwanderung junger Arbeiter beruhen, da zu dieser Zeit noch nicht so viele weibliche Kräfte in den Fabriken beschäftigt wurden wie später. Wenn diese dann Familien gründen und der Zuzug nachlässt, muss sich das natürliche Verhältnis allmählich wiederherstellen, und wirklich vermindert sich der männliche Überschuss von 1900 an wieder, wie auch sich die Gesamtzunahme der Bewohnerschaft sich verlangsamt. In der religiösen Gliederung derselben ist charakteristisch das Anwachsen der römischen Katholiken, besonders von 1871 bis 80 und von 1885 bis 90, das Auftreten einer Gruppe von Reformierten

³⁷ von der Gesamtstatistik oben abweichende Gesamtzahlen zwischen den Angaben der Stadt und denen des Statistischen Landesamtes könnten durch die Garnisonsbelegung verursacht sein

³⁸ Personen, die ein etabliertes religiöses System aktiv in Frage stellt

³⁹ Die Wenden wurden nicht mehr gesondert ausgewiesen.

und vereinzelter Vertreter anderer Bekenntnisse bis zum Erscheinen der ersten Juden. Die Katholiken waren wohl vorwiegend in der Glasindustrie Beschäftigte aus Böhmen.

Die Zahl der Wohngebäude ist im Ganzen bedeutend gestiegen, besonders von 1872 und 1896 an, in diesem halben Jahrhundert etwa auf das Dreifache, allerdings nicht so stark wie die Einwohner, die mehr als die vierfache Zahl erreicht haben. Die Häuser sind also stärker besetzt worden, kommen 1854 auf 1 Haus (mit den Soldaten) 10,3 Personen, so 1885 (ohne Soldaten) 14 und 1910 über 16. Diese Erhöhung der Behausungsziffer beruht gewiss auf einer größeren Ausnutzung der Häuser durch Vermieteten, was bei dem Hereinströmen junger Arbeiter auch sehr wahrscheinlich ist. Auf 1 Haushalt entfallen 1861 = 4,17 Personen, 1871 = 4,43, 1880 sogar 4,54 (trotzdem keine Soldaten mehr dabei sind), 1900 = 4,64, 1910 = 4,36.

7.2 Geburtenrate-Geburtenüberschuss

Die Geburtenzahlen steigen stark an, in dem Jahrzehnt von 1861 bis 1870 bewegen sie sich für unsre Stadt ohne Lotzdorf und Liegau zwischen 112 und 178, von 1871 bis 1880 zwischen 160 und 295, von 1881 bis 1890 zwischen 264 und 359, von 1891 bis 1900 zwischen 364 und 567, von 1901 bis 1910 zwischen 407 und 651, doch das Jahr der höchsten Zahl war 1901 und das der niedrigsten 1910! Die Zahlen der folgenden Jahre sinken weiter. (Die Zahlen beziehen sich auf Evangelische und Römisch-Katholische). Auf 1.000 Einwohner fallen folgende Geburtenzahlen: 1861 = 39, 1871 = 36,4, 1880 = 43,4, 1890 = 39,8, 1900 = 43,9, 1910 = 30,3. Die meisten Todesfälle haben noch die Kinder im 1. Lebensjahr, dann die im 2. bis 10. Todesursache sind oft Krämpfe, Bräune oder Diphtherie, Scharlach, Ruhr, Lungenkrankheit und Keuchhusten. 1906 starben z. B. 9 Schulkinder an der Diphtherie. Über 80 Jahre alt wurden 1859 bis 1870 38 Personen (14 männliche und 24 weibliche), 1871 bis 1880 25 (11 m., 14 w.), 1881 bis 1890 48 (15 m., 33 w.), 1891 bis 1895 20 (3 m., 17 w.), 1901 bis 1905 45 (15 m., 30 w.), 1910 bis 1913 30 (8 m., 22 w.), davon 3 über 90 Jahre. In Bezug auf die Sterbefälle in den letzten Jahren stellt das Statistische Jahrbuch von 1911 fest, dass Radeberg an der drittgünstigsten Stelle unter den sächsischen Städten stand.

Die Überschüsse der Geburten über die Todesfälle betragen von 1861 bis 1910 an 7.500, da die tatsächliche Volksvermehrung über 10.400 ausmacht, fallen etwa 2.900 auf einen Überschuss der Zuwanderung über die Abwanderung, die Letztere war allein im 1. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts überwiegend, bis dahin ist immer ein stärkerer Zuzug festzustellen. Der Geburtenüberschuss nahm bis 1905 zu, trotz der Abnahme der Geburtenzahlen selbst.

Im Einzelnen, von 5 zu 5 Jahren von 1875 an, stellt BRAHMS, Leipzig, folgende Zahlen fest:

Zeitraum	absolute Zunahme	davon durch Geburtenüberschuss
1875-1880	716	491 = 68,57 %
1880-1885	777	465 = 59,84 %
1885-1890	1.353	604 = 44,64 %
1890-1895	1.554	955 = 61,46 %
1895-1890	2.624	1.439 = 53,73 %

7.3 Bürgerrechtsverleihungen

Die Zahl der Bürgerverpflichtungen sehen wir von den 30er Jahren bis in die 50er steigen, erst langsam, dann schneller, wobei zuletzt schon die Auswärtigen überwogen, so dass sich eine stärker werdende Einwanderung auch hier abzeichnet. Sie nimmt in der Folgezeit zu, besonders in den 70er und 80er Jahren durch Zugezogene. Diese kommen zum Teil aus unserer Umgegend und näher gelegenen Orten: Großröhrsdorf, Ohorn, Bischofswerda, Elstra, Großenhain, Bautzen, Glashütte, Nossen, Siebenlehn, Waldheim, Dipoldiswalde, Lauenstein, Wilsdruff, Polenz, Sohland, zum Teil auch aus weiter entfernten Orten, wie Zittau, Neu-Nesperic⁴⁰ in Böhmen, Marienberg, Annaberg, Schwarzenberg, Geringswalde, Leipzig, Ronneburg, Nordheim, Braunlage im Harz, Schleswig, Segeberg, Neutomischel⁴¹, Bunzlau⁴² u. a. Von bekannteren Persönlichkeiten, die in dieser Zeit nach Radeberg gezogen sind, um dies zu ihrer neuen Heimat und ihrem

⁴⁰ heute sehr wahrscheinlich Nové Nesepeřice, Ortsteil von Petrovice II in Mittelböhmen in der Tschechischen Republik

⁴¹ heute Nowy Tomyśl, Kreisstadt in der Woiwodschaft Großpolen der Republik Polen

⁴² heute Bolesławiec, Stadt in Niederschlesien, Republik Polen

Wirkungskreis zu machen, nennen wir z. B. Max Uhlig von Dresden, Max Friedrich Mohn von Weinböhla, Kantor Gnauck von Großröhrsdorf, Lehrer Gruhl von Zittau, Bruno Thum von Dresden, Buchdrucker Schüller von Rosswein, 2 Hüttenmeister Hirsch aus der Gegend von Bunzlau und Spremberg, 2 Jansen von Hildesheim, die Brüder Linke aus Helmstedt.

Das Bürgerrecht ist noch erforderlich zur Ausübung eines Handwerks. Bedingung desselben ist Ansässigkeit oder Besitz des Meisterrechtes oder eines sonst wie gesicherten Auskommens. Von 1873 an gelten die Bestimmungen der Revidierten Städteordnung: Alle männlichen Berechtigten, die 3 Jahre im Gemeindebezirk wohnen und mindestens 3 Taler direkte Staatssteuer zahlen, sind zum Erwerb des Bürgerrechtes verpflichtet. Da dies aber anfangs mit erheblichen Kosten verbunden war – 1864 sollte ein gewisser Sommer dafür 12 ½ Taler zahlen, obgleich seine Frau durch Grundstückerwerb selbst Bürgerin geworden war und bereits denselben Beitrag gezahlt hatte – suchte sich mancher diese Ausgabe zu ersparen. 1874 besaßen es z. B. 68 von den dazu Verpflichteten noch nicht, obgleich die Gebühr jetzt nur noch 3 Mark betrug. Sie werden vom Rate aufgefordert, sich zur Bürgerrechtsverleihung zu melden, bald weitere 20. Beamte und Lehrer haben überhaupt nichts zu bezahlen. Beim Wegzug kann man sich das Radeberger Bürgerrecht vorbehalten, Rat und Stadtverordnete müssen über jeden Fall jedoch Beschluss fassen. Es sind mehrere solche Fälle vorgekommen.

Besonders um die Stadt verdiente Herren wurden auch zu Ehrenbürgern ernannt, mit dem ersten glaubte sie wohl selbst am meisten geehrt zu sein. Es war dies Prinz Georg, der vom Mai 1852 bis zum Oktober 1853 bei der hiesigen Garnison stand und im Knoblochschon Hause wohnte. Am 12. Oktober 1903 begab sich eine Abordnung nach Dresden, zu dem 50jährigen Ehrenbürgertum dem König den Glückwunsch der Stadt zu überbringen. 1895 wurde Herr Bürgermeister Rumpelt, 1901 Herr Justizrat Hermann Paul Oertel, der langjährige Stadtverordnetenvorsteher, zum Ehrenbürgern ernannt, im März 1864 war letzterer hier in Radeberg zum Advokaten ernannt worden, was bereits sein Vater hier gewesen war, Hermann Conrad Oertel.

7.4 Gesundheitszustand

Was den Gesundheitszustand unserer Bevölkerung betrifft, so genießt die Stadt einen guten Ruf. 1904 stand sie in der Sterblichkeit an 4. Stelle (von unten her und ohne die Totgeborenen) unter den sächsischen Städten. mit 15,3 Todesfällen auf 1.000 Einwohner. Nach der Monatsstatistik des Gesundheitsamtes in Sachsen 1904, ist die Säuglingssterblichkeit in Radeberg überhaupt am geringsten, die Sterblichkeit an Tuberkulose wenigstens unter dem Durchschnitt. Zur Beurteilung des Gesundheitszustandes in einem Orte können auch die militärischen Aushebungen einen Beitrag liefern, wie sie unsere Zeitung manchmal veröffentlicht hat. Dabei müssen wir allerdings mit einem besonders strengen Maßstab rechnen. 1865 wurden von 38 Rekruten aus der Stadt nur drei für tüchtig befunden, von 104 jungen Männern vom Lande 16. 1870 wurden von 52 Gestellungspflichtigen aber 26 für dienstpflchtig erklärt. 1880 werden von 353 Gestellungspflichtigen 84 ausgehoben, 293 waren tauglich, 60 untauglich. 1913 waren von 303 sogar nur 6 dauernd untauglich, 115 wurden auf 1 Jahr zurückgestellt, das war wieder günstiger als auf den Dörfern, wo von 127 Militärpflichtigen 42 zurückgestellt und 3 für dauernd untauglich erklärt wurden. Am 26. Juni 1914 und bei 2 weiteren Aushebungen wurden von 269 Untersuchten 206 für tauglich erklärt, nur 28 für dauernd untauglich, und 95 auf 1 Jahr zurückgestellt. Bei dem voraussichtlichen Bedarfe an Soldaten scheint man damals keinen strengen Maßstab angelegt zu haben.

Der Hebung der Volksgesundheit diene auch die Einrichtung unseres Stadtbades sowie die des Luftbades hinter dem Schlossberg durch den Naturheilverein (1911) und der zahlreichen Schrebergartenkolonien, auch die Pflege des Sportes durch die sportlichen Vereine. Besonders erwähnt sei 1911 der Beginn des Jugendwanderns, dem sich die Lehrerschaft und der Gebirgsverein widmeten. In den Schulen ließ die Stadt jetzt Zahnuntersuchungen durchführen. 1912 entstand mit Prof. Dr. Theodor Arldt als Vorsitzenden ein Ortsausschuss für die Jugend zwischen Schul- und Wehrpflicht, der auch die Ertüchtigung unserer männlichen Jugend zum Ziel hatte.

7.5 Berufe – Fabrikarbeiter

Mit den neuzeitlichen Verhältnissen wird die Zusammensetzung unserer Bevölkerung nach Berufen eine andere. Das Wesentliche ist die Entstehung eines zahlreichen Fabrikarbeiter- sowie eines neuen Unternehmerstandes. Mit diesen zieht eine ebenfalls neue Gruppe von Ingenieuren, Technikern, Werkmeistern

sowie der kaufmännischen Angestellten ein. Eine weitere besteht aus einer größeren Menge von Verwaltungsbeamten und -angestellten. Reich, Land und Gemeinde bedürfen neuer zahlreicher Arbeitskräfte in Post, Eisenbahn, Gericht, Stadtverwaltung und Schule. Die nötige Erstellung neuer Bauten bringt Baumeister und -arbeiter in die Stadt. Mit dem gesteigerten Bedürfnis nach allerlei Waren erhöht sich der Kaufmannsstand mit seinen Hilfskräften, zum Teil sogar über das wirkliche Bedürfnis hinaus, dasselbe kann man auch vom Gastwirtsberufe sagen. Das Leben ist vielseitiger, damit aber auch gegensätzlicher in seinen verschiedenen Gruppen und Interessen geworden, so dass Reibungen auch nicht ausgeblieben sind. Eine in nationalem Sinne neue Gruppe bilden die aus dem Ausland oder der Wendei Zugezogenen, in den 70er Jahren erscheinen die Mironowsky, Pones, Pjatr, Cholewa, Mrdacek u. a., manche verschwinden wieder in wirtschaftlich ungünstigeren Jahren, andere sind geblieben und gute Radeberger geworden. Das jüdische Element erscheint auch in dieser Zeit.

Ein städtisches Aktenstück stellt die Zahlen der hier vorhandenen Betriebe und ihrer Arbeitskräfte zusammen, leider erst von 1896 an bis 1912, es sei trotzdem hier vollständig wiedergegeben, soweit es die betreffenden Zahlen enthält.

Jahr ⁴³	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	13-16 Jahre Jugendliche	Gesamtzahl der Erwachs.
1896	47	2.582	449	186	3.031
1897	49	2.657	386	4 männl. 0 weibl. ⁴⁴	3.043
1898	52	2.759	445	1 männl. 0 weibl.	3.204
1899	55	2.868	437	6 männl. 0 weibl.	3.305
1900	58	3.012	483	3 männl. 2 weibl.	3.493
1901	90	3.057	491	6 männl. 2 weibl.	3.548
1902	122	3.070	533	5 männl. 0 weibl.	3.603
1903	114	2.822	521	11 männl. 0 weibl.	3.342
1904	115	2.901	533	7 männl. 1 weibl.	3.434
1905	122	3.069	630	15 männl. 3 weibl.	3.699
1906	128	3.144	649	8 männl. 1 weibl.	3.793
1907	155	3.477	685	16 männl. 1 weibl.	4.162
1908	159	3.452	690	11 männl. 0 weibl.	4.142
1909	152	3.317	716	10 männl. 0 weibl.	4.033
1910	153	3.459	710	9 männl. 0 weibl.	4.169
1911	149	3.487	753	19 männl. 1 weibl.	4.240
1912	149	3.761	799	24 männl. 2 weibl.	4.560

Einige Feststellungen der Gesamtzahl der Fabrikarbeitskräfte entnehmen wir noch unserer Radeberger Zeitung:

1884 = 1.399, 1885 = 1.404, 1887 = 1.139, 1888 = 1.795, 1889 = 1.907, 1890 = 2.313, 1891 = 2.388, 1892 = 2.345, 1893 = 2.559.

Um die Jahrhundertwende herrschte in Sachsen eine gewisse wirtschaftliche Stockung. In den Arbeiterzahlen Radebergs prägt sich dieselbe nicht aus. Hier zeigen sich Rückgänge 1903 und in geringerem Maße 1909, doch auch diese sind bald wieder ausgeglichen.

Die Zahl der Fabriken wird 1884 mit 16 genannt, 1893 mit 42. Diese Betriebe, wozu allmählich auch die größeren Werkstätten, die Gastwirtschaften (1902 = 31), die Bäcker (1907 = 53), Wetzel und Hirschs Glaschleifer und Hordlers Arbeiter mitgerechnet werden, haben sich 1884 bis 1912 von 16 auf 149 gehoben, die Arbeiterzahl von rund 1.400 auf 4.560, also über das Dreifache. Unter den 149 Betrieben sind jedoch auch nicht eigentliche Fabrikbetriebe eingeschlossen (allein 53 Bäckereiarbeiter 1907!), etliche Fabrikbetriebe waren noch klein, doch es gab auch schon solche mit über 300 Arbeitern (Saxonia, Berthold und Hirsch, Vereinigte Radeberger Glashütten). Die Gesamtzahl der Arbeiter steigt fast regelmäßig von Jahr zu Jahr. Das männliche Geschlecht überwiegt naturgemäß noch weit, aber auch das weibliche sehen wir, dem

⁴³ jeweils per 1. Mai

⁴⁴ ab 1897 werden nur noch Kinder von 13 bis 14 Jahren separat erfasst

Zuge der Zeit folgend, von 1886 an über 40 % wachsen, das männliche nur um 19 %. Befremdend für uns ist dagegen die Beschäftigung von Kindern im 14. Lebensjahr, deren Zahl sogar von 4 auf 62 ansteigt.

Im Anfange unserer Periode besitzen wir ein Verzeichnis der zu selbständigen Gewerbebetriebe Berechtigten vom 1. Januar 1862, das zur Ausführung des neuen Gewerbegesetzes nötig war. Die Gesamtzahl war 190 und zwar dem Alphabet nach geordnet

Barbiere	8	Korbmacher	1	Schmiede	10
Bäcker	4	Kupferschmiede	1	Schneider	15
Beutler	4	Leineweber	2	Schuhmacher	16
Böttcher	4	Lohgerber	2	Seifensieder	4
Buchbinder	3	Messerschmiede	2	Seiler	5
Bürstenbinder	2	Müller	7	Stellmacher	1
Drechsler	3	Nadler	2	Strumpfstriker	1
Drucker u. Färber	2	Nagelschmiede	2	Strumpfwirker	2
Fleischer	10	Posamentiere	25	Tischler	12
Glaser	2	Rierner	3	Töpfer	3
Kammacher	1	Sattler	6	Uhrmacher	2
Klempner	4	Schlosser	9	Weißgerber	1

Das Gesamtbild zeigt also meist eine Vermehrung gegenüber der vorigen Periode bis auf einen weiteren Rückgang der Posamentiere, die aber immer noch an erster Stelle stehen.

Für die späteren Zeiten geben wir nur die Gesamtzahlen der Berufsstatistiken. Die im ganzen Deutschen Reich stattfindende Statistik vom 5. Juni 1882 gibt noch 279 Haushaltungen mit Landwirtschaft (als Hauptberuf oder Nebenberuf) an und 269 Gewerbetreibende mit Gewerbekarten, die Berufs- und Gewerbezahl vom 30. April 1895 211 landwirtschaftliche Betriebe mit Landwirtschaftskarten und 317 gewerbliche mit Gewerbebogen, die Berufs- und Betriebszählung vom 12. März 1907 stellt noch 170 Land- und Forstwirtschaftskarten fest, 121 gewerbliche Alleinbetriebe ohne Gewerbekarten oder -bogen, 33 nebenberufliche Gewerbebetriebe, 491 Gewerbekarten und 173 Gewerbebogen. Diese Zahlen zeigen uns den bedeutenden Aufschwung des Gewerbes und den Rückgang der Landwirtschaft.

7.6 Das Vereinswesen

7.6.1 Vereinsvielfalt

Alles Gleiche drängt zum Zusammenschluss, gleich und gleich gesellt sich gern, schon, weil sich der Mensch unter Gleichen meist am wohlsten fühlt. Dazu tritt dann auch die gemeinsame Pflege des gleichen Ideals oder wenigstens die Arbeit für den gleichen Zweck, die Erreichung eines Zieles, wie sie dem einzelnen unmöglich ist, die Weiterbildung im Beruf, die größere Kraft in der Vertretung der Standes- und Berufsinteressen. So organisiert sich alles bis ins Kleinste, bis zum Zusammenschluss von Junggesellen oder Liebhabern eines Pfeifchens, und die Vereine wachsen in der Neuzeit wie Pilze aus der Erde. Wir dürfen kaum erwarten, dabei vollständig zu werden, doch eine kurze Übersicht über unser Vereinswesen möchten wir doch geben, weil es für die Neuzeit charakteristisch ist. Dabei behalten wir für die alten Vereinigungen der Schützen, der Turn- und Militärvereine besondere Abschnitte vor. Der bereits 1827 entstandene Boule-Verein oder die Boule-Gesellschaft hat in späterer Zeit mit etwa 100 Mitgliedern aus den „höheren“ Kreisen eine gewisse gesellschaftliche Bedeutung erlangt, er betätigte sich nicht mehr bloß im Billardspiel, sondern auch in Bällen und „Thés dansants“⁴⁵. Größere Kugeln schieben die Kegelspieler, zunächst noch nicht als Sportbetrieb, sondern nur zum Vergnügen. Viele kleinere Kegelclubs treten ins Leben, sportmäßig spielt seit 1897 der Club „In die Vollen“. Auch ein Schießclub fehlte nicht. Das gesellige Hauptvergnügen, besonders für die heranwachsende Jugend, doch noch bis in die älteren Semester noch nicht verschmäht, bildete aber immer der Tanz. Diesen pflegten zuletzt die Mittwochsgesellschaft, die Harmonie und die Hilaria, die sich ursprünglich allerdings dem Chorgesange gewidmet hatte. Kleinere Vereinigungen begnügten sich mit dem bloßen geselligen Beisammensein. Die Junggesellen trösten sich z. B. im „Immergrün“ dadurch über ihre noch bestehende Einsamkeit, ein „Frauenverein zu geselliger Unterhaltung“ kommt 1882 an regelmäßigen

⁴⁵ franz. für Tanztee, eine nachmittägliche Tanzveranstaltung

Stunden in einer Müllerschen Restauration auf der Pirnaischen Straße zusammen. Wird es bei den Veranstaltungen der bisher genannten Gesellschaften schon nicht am nötigen Weihrauch gefehlt haben – verhoffentlich etwa außer der letztgenannten – so bildeten sich auch mehrere Clubs – der „Club“ war zu Zeiten die beliebteste, da ja so schön englische Bezeichnung – zur besonderen Pflege dieses beschaulichen Lebensgenusses. Und die Leute hatten Humor, außer einer „Victoria“ gab es den „Dampf“ und die „Qualmaria“. Volkstümlich derbe Gestalten dürften im „Gausaufbund“ versammelt gewesen sein. Stark zeigt sich schon die Liebe zur Natur, und sei es auch nur auf bescheidenen Spaziergängen. Spaßhafte Seelen wanderten zusammen z. B. in der „Donnerstag-Nachmittag-Halbvieruhr-Ratskellerecken-Versammelten- Naturwissenschaftlichen-Reisegesellschaft“. Der Name ist Programm. Im Jahre 1879 trat eine Sektion des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz ins Leben, der nachmals eine größere Bedeutung gewann, da dieser Verein anfangs, dem Wanderer viele verborgene Schönheiten der Natur zu erschließen, Wege zu bauen, schon vorhandene zu markieren und auf diese und andere Weise, Naturfreude zu vermitteln und Heimat- und Vaterlandsliebe zu fördern. Bürgermeister Rumpelt selbst war der erste Vorsitzende, als die Sektion am 13. Juli 1879 gegründet wurde. Freunde von Ansichtskarten sammelten sich im „Globus“.

Viele Vereine beschränken sich auf bestimmte Kreise. Schon im Klitzingschen Eisenwerk entstand ein „Hüttenverein“, ein Handwerksgesellenverein trat ins Leben. Dabei werden nun meist neben dem geselligen Zweck Berufsbelange vertreten, so bei den „Handlungscommis 1858“ und dem noch mehr hervorgetretenen „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“, ebenfalls aus dem Kaufmannstand bildete sich die „Ressource“. Die Werkmeister, die Kutscher, die Gastwirte haben ihre Vereine, die Handwerksmeister ihre Innungen, seit 1898 besteht der Post- und Telegraphen-Unterbeamtenverein. Die Belange der Hausbesitzer vertritt seit 1881 der Hausbesitzerverein, wogegen sich die Mieter im Mieterverein zusammenschlossen. Neben der Förderung im Beruf eine vielseitig geistig belebte Geselligkeit zu pflegen, machte sich besonders der Pädagogische Verein zur Aufgabe. Zahlreiche Vereine für besondere kirchliche und schulische Zwecke bestehen weiter oder bilden sich neu, wobei der Geselligkeitszweck mehr oder weniger in den Hintergrund tritt (s. a. Pkt. 10. und 11.). Wirtschaftliche Zwecke verfolgen in erster Linie viele kleinere und größere Kreise. Der Obstbau fördert durch gemeinsame Arbeit der Obstbauverein, später Gartenbauverein (seit 1879 bestehend), ähnliche Bildungen sind die Vereine der Geflügel- und Kaninchenzüchter. Die „Fortuna“ sucht durch Sparsamkeit das Glück an ihre Fersen zu heften und den doch leicht einmal von einer kleinen Schwäche befallenen Spartrieb in der Gemeinsamkeit zu stärken.

Große Bedeutung gewann der am 1. Oktober 1858 ins Leben getretene Gewerbeverein, eine der größten und einflussreichsten Organisationen unserer Stadt. Eine aus ihm hervorgehende Gründung wurde der Spar- und Vorschussverein (1859). Im Jahre 1877 wurde der Consumverein gegründet. In der Zeit besonderen Wohnungsmangels im 20. Jahrhundert wurden zwei Baugenossenschaften gegründet mit dem Ziele, möglichst billige, doch auch gute Kleinwohnungen zu erstellen. Viele Zusammenschlüsse verfolgen soziale Ziele, was man ja schon von den letztgenannten sagen kann. Da besteht von älterer Zeit her der Frauenverein weiter, der besonders in seinen Arbeitsstunden praktische Geschenke für Weihnachtsbescherungen anfertigt. Eine bedeutende Tätigkeit in der Unterstützung Bedürftiger entfaltet (seit 1891) die Fechtsschule. Oft genannt wird auch der Krankenunterstützungsverein „Euphronia“, 1882 gegründet, der seinen Mitgliedern Kranken-, dann auch Todesfallunterstützungen gewährt, aber nicht selten auch für fernerliegende wohltätige Zwecke wirkt. Die Krankenkassen, die schon vor der sozialen Reichsgesetzgebung bestanden haben, gehören auch hierher (s. Pkt. 6.9).

Immer eifriger widmet man sich ferner der Gesundheits-, überhaupt der Körperpflege. Sie liegt bereits mit in der Absicht des bekannten Naturheilvereins mit seinem Luft- und Sonnenbade, sowie der Schrebergartenkolonie, 1894 wurde er gegründet. Auch für Homöopathie und Biochemie bilden sich Vereine, 1890 eine freiwillige Sanitätskolonne. Das Turnen wird vom Deutschen Turnverein und vom Turnverein „Jahn“ gepflegt, im nassen Element tummelt sich ein Schwimmverein. Mit besonderer Liebe wird das Radfahren betrieben, teils mehr zum Vergnügen, teils mehr als Sport. Da entstand der Radfahrerclub 1890, „Allheil“ (1893), „Freie Radler“, „Solidarität“, „Wanderlust“ wurden ebenfalls Radlervereinigungen. 1907 entsteht der „Radeberger Sportklub“, 1910 ein Fußballklub „Sportfreunde“. Die stärksten Männer sammeln sich in Athletenbünden: „Hansa“, „Gambrinus“, „Jung Deutschland“. Daneben wird auch das Seelenleben nicht vergessen. Natur- und Heimatliebe sind schon genannt. 1894 tritt der „Deutsche Jugendbund“ zusammen „zur Pflege deutschen Geistes und Gemütes“. Andere Vereinigungen widmen sich besonderen Zweigen der

Kunst. Es gibt einen „Literarischen Verein“ und in welcher Anzahl pflegen Gesangsvereine das deutsche Lied! (s. a. Pkt. 12.5). Freunde volkstümlicher Musik finden sich in einem „Zitherklub“ zusammen. Der Ausbildung in einem wichtig gewordenen Zweig neuzeitlicher Kultur dient ein „Gabelsberger Stenographenverein“.

Nicht wenig Vereinigungen hat das politische Leben hervorgebracht, die eigentlichen politischen Parteien, die Gewerkschaften und Gewerkvereine als politisch-wirtschaftliche Verbände, wie sie im Pkt. 2 zu erwähnen waren. Hier nennen wir noch die 1895 gegründete Ortsgruppe der Deutschen Kolonialgesellschaft, die sich 1910 noch einen Frauenbund angliederte. Zuletzt denken wir noch eines Vereins, der sich das umfassendste Ziel gesteckt hatte, nämlich das Leben und Gedeihen der Stadt in jeder Beziehung anzuregen und zu fördern. Schon 1873, am 2. Januar gegründet, schlägt er z. B. Stadtverordnete vor, regt den Bau einer eisernen Brücke über das Bahngelände beim Wasserturm an, die Überdachung des alten Wassertrogs auf dem Markte und die Beschleunigung s. u. Es ist der „Städtische Verein“, gegründet unter Dr. Dommer. Jedes Ding hat zwei Seiten, so besonders die politischen, z. T. auch die wirtschaftlichen Organisationen. In diesen kommen immer die radikalsten Vertreter der betreffenden Idee zu Worte und an die Spitze, und durch diese wird leicht die Auseinandersetzung mit den Gegnern mehr verschärft, als es die ruhigeren Mitglieder wünschen, manchmal auch eine unfeine Kampfweise eingeführt. Andererseits aber muss anerkannt werden, wieviel Gutes sie erreicht haben, schon durch die meist damit verbundene Entspannung in bloßer Geselligkeit und Unterhaltung, darüber hinaus aber durch Erweiterung des Blickes über einseitige Berufs- und Wirtschaftsinteressen, durch Anregung dazu, alles von großen, allgemeinen Blickpunkten zu sehen, und wenn es zunächst nur als eine persönliche Liebhaberei erscheint, auch das dient der Zufriedenheit mit dem Leben, es kann auch Kräfte erwecken, für die sonst die Betätigungsgelegenheit fehlen würde. Letzteres gilt übrigens von der Aktivität in allen Organisationen.

7.6.2 Schützen

Unsere Schützengesellschaft bestand im Anfang unseres Abschnittes aus zwei Kompanien, den blau uniformierten alten Schützen und der 1838 entstandenen grünen Jägerkompanie, beide Teile stehen im besten Einvernehmen mit einander. 1864 überreicht eine Deputation der Jäger unter ihrem Hauptmann Knobloch beim Vogelschießen dem langjährigen Kommandanten der Schützen, Schuhmachermeister Fischer, einen Ehrensäbel. In demselben Jahre halten sie zusammen einen Ball ab. Auch hier ist bald ein größerer Zusammenschluss im Gange, es wird unter Beteiligung unserer Schützen 1872 in Pulsnitz ein Oberlausitzer Schützenbundes gebildet, dem außer Radeberg Bischofswerda, Stolpen, Pulsnitz, Kamenz, Elstra, Königsbrück umfaßte.

1873 erhalten sie von König Johann eine neue Fahne mit Nagel und Band, nach 25 Jahren wird dies gebührend gefeiert, in demselben Jahr, 1898, geben sie die 1756 erhaltene Fahne der Arsenalsammlung zur Aufbewahrung zurück. 1875 war es wegen der Uniformierung, welche die Jägerkompanie als allgemein verbindlich beschlossen hatte, zu einem Austritt der Jäger gekommen, diese bestehen in vereinfachter Weise fort ohne militärische Chargen und Seitengewehr, sie nennen sich jetzt „Verein Deutscher Schützen“, ihr Schießen halten sie „mit Hinwegtun alles militärischen Popanzes“ ab. Doch bald gelang es, den Zwist wieder beizulegen und die Spaltung zu beseitigen. 1879 sehen wir „Bürgerschützen“ und „Deutsche Schützen“ gemeinsam ein Fest begehen und sich zu der „Privilegierten Bürger-Schützen-Gesellschaft“ vereinigen. Gemeinsam wird nun wieder das Pfingst- oder Königsschießen im Mai oder Juni sowie das Augustschießen abgehalten.

Mittlerweile hatte sich eine Änderung in der Frage der Schießbahn angesponnen. 1878 untersagte der Stadtrat den Schützen die weitere Benutzung ihrer alten Bahn aus sicherheitspolizeilichem Grund. Sie gewannen dafür einen Platz im Hüttermühlentale, der trotz des Protestes zweier ängstlicher Nachbarn auch genehmigt wird, nur nach Anbringung weiterer Schutzmaßnahmen. Einige Jahre später muss es aber während des Schießens in der Nachbarschaft doch nicht ganz geheuer gewesen sein, mag auch eine anonyme Eingabe einiger Bürger an die Amtshauptmannschaft, dass Ihnen die Kugeln um die Köpfe flögen wie im Kriege, etwas übertrieben haben. Jedenfalls blieb es noch bei diesem Platze, da 5 andere Nachbarbesitzer schriftlich erklärten, dass sie keine Einwendungen gegen die Schützen zu erheben hätten. 1892 gehen wieder Beschwerden wegen der Gefährlichkeit des Schießens im Rödertale ein, worauf ein Gutachten des Oberförsters Rouanet in Klein-Röhrsdorf eingeholt wird. Es lautet dahin, dass nach Vögeln oder Sternen auf

einer Stange nur mit der Armbrust geschossen werden möchte. Daraufhin verbietet der Rat das Büchsen-schießen nach dem Vogel (15. Februar 1893) und verlangt größere Schutzvorrichtungen beim Scheibenschießen. Das Verbot, mit Gewehren nach dem Vogel zu schießen, wurde jedoch wiederholt außer Acht gelassen und musste vom Rat wieder einmal eingeschärft werden.

Aus dem inneren Leben der Schützen sei hier noch einiges beigefügt. Am Tage des Königschießens erhält der neue König 30 Mark aus der Kasse und wird ins Rathaus geführt, wo man ihn mit einem „Soup(p)ër“⁴⁶ – man weiß mit der Schreibung dieses erforderlichen Namens nicht so recht Bescheid – zu 1,50 Mark, bestehend aus „kalter Küche“ und einer halben Flasche Wein, feiert. Vor dem Auszuge hat er dagegen 14 Flaschen Wein zu 14 Mark, 2 für die Musik und 8 Mark für Backware zu geben, desgleichen 9 für eine neue Königsscheibe. Neben diesem Schützenkönig gibt es aber noch einen „Vogelkönig“, der 15 Mark erhält. Für besonders gute Schützen, die nur nicht das Glück hatten, Könige zu werden, es vielleicht auch gar nicht wünschten, hatte man kleinere Geldgewinne, von 6 Mark an abwärts. Statt des früheren steuerfreien Bieres (seit 1744) gab der Staat der Schützengesellschaft jetzt jährlich 46,25 Mark, 1877 wurde dieser Betrag mit 1.156,25 Mark abgelöst. Neben den 2 großen Schießfesten wurden zuletzt auch noch bloße Sommerfeste gefeiert. Bei diesen trägt der Rat durch Aufhebung der Polizeistunde in einigen Lokalen zum Vollgenuss der Festesfreude bei. Die Gesellschaft zählte in den neunziger Jahren 86 Mitglieder und 11 Ehrenmitglieder (1894).

7.6.3 Turner

Im Anfang der 60er Jahre kam es wieder zu einer Erneuerung der Turnbewegung. 1862 erklärten 16 Personen ihre Absicht, einen neuen Turnverein zu gründen, baten um die Genehmigung, den alten Turnplatz und die noch vorhandenen Geräte zu benutzen, bis sie selbst neue angeschafft haben würden, und ihnen die Fahne des ehemaligen Turn-Vereins zu überlassen, welche im Jahre 1849 hiesige Jungfrauen diesem gestiftet hatten. Der Stadtrat genehmigte das Gesuch auch gern und steuerte zur Anschaffung von Geräten selbst 40 Taler bei. Dabei sprach er als Voraussetzung die Aufforderung aus, der Turnverein möge an der von ihm geplanten Errichtung einer freiwilligen Feuerwehr tätigen Anteil nehmen. Nun, dass er dies getan, ist uns bereits bekannt (s. Pkt. 6.3). Nun konnte er zunächst mit seiner eigentlichen Tätigkeit beginnen. Im April 1863 gründete er eine besondere Männerriege. 1864 schloss er sich dem „Turngauverband für die sächsische Mittel-elbe“ an. Als der Rat im Sommer 1863 das Schulturnen ausfallen ließ, erteilte er den Kindern freien Turnunterricht. Bei festlichen Gelegenheiten entfaltete er auch wieder die alte Fahne. Bisher hatte sie Herr Lehrer Löw in seinem Gesangsverein benutzt, der Rat hat sie aber nun dem Turnverein auf dessen Bitte überlassen (Oktober 1862)

In den 80er Jahren war der Verein so gestiegen, dass er an die Verwirklichung eines lange gehegten Wunsches gehen konnte, dessen Erfüllung zu einem richtigen Turnbetrieb wünschenswert schien, er fasste den Bau einer eigenen Turnhalle ins Auge. Man begann vorsichtig mit der Sammlung eines Turnhallenbaufonds. Am 28. Juli 1899 konnte an der Pulsnitzer Straße der Grundstein gelegt werden, und noch in demselben Jahre entstand die Halle. Von Stadt und Bürgerschaft war das Unternehmen freudig gefördert worden. Der Verein hat sich dafür auch dankbar erwiesen, indem er die neue Halle mit ihren Einrichtungen auch den Schulen geöffnet hat. Am 11. und 12. Mai konnte er das Fest seines fünfzigjährigen Bestehens feiern, 3 Gründungsmitglieder konnten daran in Frische und Rüstigkeit noch teilnehmen. Zur Pflege des Turnens bildete sich 1890 in der Fabrikvorstadt noch ein zweiter Turnverein, der „Jahn“, der in einer Halle des Hofes des „Kaiserhofes“ turnte. Am Ende unserer Periode besteht dazu noch der „Turn- und Sportverein Vorwärts“, der von der Stadt für seine Übungen die Reitschulhalle mietete.

7.6.4 Militärvereine

Neugründungen unsrer Zeit sind die Militärvereine. Der erste, und lange Zeit alleinige, ist am 14. Januar 1862 entstanden. 1895 kamen dazu die „Jäger und Schützen“, die „Deutsche Cavallerie“ und die „Ehemaligen Grenadiere“. 1897 entstand noch der Militärverein „Artillerie, Pioniere und Train“. Diese Vereine hielten die Erinnerung an die ehemalige „stolze“ Soldatenzeit in 3 Kriegen aufrecht, pflegten überhaupt einen mannhaften vaterländischen Geist, den sie in verschiedenen dazu geeigneten Festlichkeiten bekundeten, und übten weiter gute Kameradschaft mit Unterstützung ihrer Mitglieder in Fällen der Bedürftigkeit. Ein

⁴⁶ *Abendbrot, Abendessen, Soupé, gelegentlich auch Soupée, und wenig später Souper*

besonderes Verdienst erwarb sich der Militärverein, indem er bei Beerdigungen die Beförderung der Leichen übernahm. Nachdem er 1887 schon die Anschaffung eines Leichenwagens beschlossen hatte, kaufte er 1888 zwei solche Wagen.

7.6.5 Garnison

In dieser Periode verlor Radeberg seine Soldaten, 1863 rückte die 2. Batterie unserer Garnison mit der „Bundesexekution“ gegen Dänemark nach Holstein. Zum Weihnachtsfeste wurde sie von unserer Bürgerschaft durch eine Stollensendung erfreut, und als sie am 16. Dezember 1864 zurückkehrte, war ihr Empfang ebenfalls freudig und herzlich. 1866 musste die ganze Brigade für Österreich zu den Waffen greifen. Es ist bekannt, dass sich in diesem Kriege, besonders bei Königgrätz⁴⁷, die Sachsen höchst ehrenvoll geschlagen haben, und so wurde ihre Rückkehr auch in Radeberg zu einem Freudenfeste, am 28. Oktober.

Im nächsten Jahr, als diese Garnison scheiden musste, bewiesen herzliche Abschiedsfeiern das freundliche Verhältnis, in welchem Bürger und Soldaten dieser Abteilung 36 Jahre lang, zueinandergestanden hatten – seit 1831. Dann – noch 1867, am 2. Oktober – zogen 3 Batterien, die 12., 13. und 14., der 4. Fußabteilung desselben Regiments hier ein. Nach dem Kriege gegen Frankreich wurde die 4. leichte, die 7. und 8. schwere Batterie hierher verlegt, 1873 noch eine 4. Batterie, von zweien derselben wurde eine von Herrn Günther errichtete Kaserne bezogen (1875)⁴⁸. Die Ansprüche an Plätze und Baulichkeiten stiegen 1867 noch einmal, bestanden doch die 3 Batterien aus 364 Mann mit 114 Pferden, 12 Geschützen und 13 Wagen. Eine abermalige Vergrößerung des Exerzierplatzes, ein Munitionsmagazin, ein Wach- und Arrestlokal, 2 weitere Unterrichtsräume, ein Kammerschuppen wurden erforderlich. Die Anwesenheit der Garnison brachte also auch manche Schwierigkeiten mit sich, z. B. noch die Unterbringung der zuletzt recht zahlreich gewordenen Krieger und die Bezahlung der Quartierwirte. In der Stadt hatte sich infolge des Aufschwungs der Industrie, des fremden Zuzuges ja schon eine fühlbare Wohnungsnot herausgebildet, die Preise der Wohnungen und aller Lebensbedürfnisse waren im Steigen. Da war es eine willkommene Erleichterung, dass ein Fabrikdirektor Günther eine Kaserne für 2 Batterien (an der Südstraße) erbaute. Die 2 anderen blieben in der inneren Stadt verteilt auf 31 Quartierwirte. 35 weiteren wurde für den 1. Juli 1875 gekündigt. Ein Massenquartier befand sich auf dem Freudenberg. Die Quartierwirte setzten nach längeren Verhandlungen auch eine Erhöhung der Mieten durch, sie erhalten von 1875 ab das volle vom Staat gewährte „Servisgeld“ und während des Sommerhalbjahres einen Zuschuss von 3 ½ Pfennig pro Mann und Tag von der Stadt.

Das Lazarett war seit 1867 im städtischen Krankenhaus untergebracht. Die Stadt errang auch schließlich für sich eine Erhöhung der vom Staate zu zahlenden Pachten, z. B. 1.260 Mark für den gesamten Exerzierplatz im Jahre 1875, er umfasste die Flurstücke 1442, 1443 und 1447⁴⁹.

Am 1. April 1878 wurde die Garnison Radeberg aufgehoben, trotz der Versuche der Stadt, sie zu behalten. Der Verlust der Kameraden im bunten Rock war unserer Bürgerschaft doch recht schmerzlich, wiederholte Bemühungen, wieder eine Garnison zu bekommen – 1880 und 1900 – blieben erfolglos. Die erledigte Kaserne wurde zu einer Hilfskorrektionsanstalt (1879-1904).

7.7 Radeberger Persönlichkeiten

Wie in den früheren Abschnitten, so wollen wir auch in diesem noch hervorragende Kinder unserer Stadt nennen. In Radeberg stand z. B. die Wiege Hermann Erlers⁵⁰. Dieser Mann hat als Besitzer bzw. Mitbesitzer des Musikverlages Ries und Erler der Kunst große Förderung angedeihen lassen. Im Jahre 1872 wurde dieser Verlag gegründet, 1918 ist Erler gestorben.

Eine Tafel am Haus Stolpener Straße 7 erinnert an einen schöpferischen Musiker, dessen Lied „Heimkehr“ mit dem Anfang „Horch, die alten Eichen rauschen...“ von der Jahrhundertwende an Unzählige begeistert hat, Sänger und Zuhörer. Es war Johannes Gelbke, geb. 9. Juli 1846, gest. 1903 in der „Neuen Welt“. Als Kreuzschüler lernte er unter Julius Otto. Schon als Leipziger Student dirigierte er den Gesangverein „Lieder-

⁴⁷ Hradec Králové in Tschechien

⁴⁸ damals Südstraße 7, heute Dr.-Albert-Dietze-Straße 11

⁴⁹ Flächen im Bereich des heutigen Karosseriewerks

⁵⁰ deutscher Verleger, Komponist und Autor, * 1844 in Radeberg, † 1918 in Berlin

tafel“ in Wurzen, später wirkte er als Musikdirektor in Philadelphia, als Leiter des deutschen Männerchores in Buffalo. Die 1930 an seinem Geburtshaus angebrachte Tafel enthält die Inschrift:

Hier ward geboren 19. VII. 1846	
Johannes Gelbke	
der Komponist des Liedes:	
„Horch die alten Eichen rauschen“	
M.-G.-V. Radebeberg	M.-G.-V. Barth
M.-G.-V. Eschbach	M.-G.-V. Sächs. Glasfabrik
7. IX. 1930	

Ein Radeberger Kantorensohn brachte es zu einer hohen militärischen Stellung. J. K. A. Schurig, geb. 1828, wurde im Krieg 1870/71 Generalleutnant, dann Intendant der Maas-Armee unter dem Kronprinzen Albert, bis 1891 Armeointendant im sächsischen Kriegsministerium. Bis zu seinem 1901 erfolgten Tode zeigte er öfter große Anhänglichkeit an seine Geburtsstadt.

8 Wirtschaftliche Verhältnisse

8.1 Landwirtschaft

8.1.1 Rückgang derselben

Die im Deutschen Reiche im Jahre 1882 stattfindende Berufszählung gab, wie schon erwähnt, für Radeberg noch 279 Haushaltungen mit Landwirtschaft im Haupt- oder Nebenerwerb an, die von 1895 nur 211 landwirtschaftliche Betriebe, 1907 sind noch 170 Betriebe mit Land- und Forstwirtschaftskarten vorhanden. Also ein stetiger Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung wie auch im engeren und weiteren Vaterlande. In Sachsen waren im Jahre 1895 nur noch 15 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, im Reiche immer noch 36 %, in der Industrie 58 % gegenüber 39 %.

8.1.2 Flurbuch

Seit der Anfertigung des Flurbuches durch den Steuerrevisor Kaube im Jahre 1823 hatten sich viele Veränderungen im Grundbesitz ergeben. Die Stadtverordneten sprachen daher wiederholt den Wunsch aus, die einzelnen Besitzungen möchten durch Raine genau voneinander abgegrenzt und die städtischen Flurgrenzen einmal amtlich begangen und festgestellt werden. 1855 ließ das Finanzministerium schon ein neues Grundsteuernkataster für Radeberg festlegen. 10 Jahre darauf bat dann der Rat die „Königliche Finanzvermessung“ um eine Neuaufnahme der Stadtflur. Das Finanzministerium ging bereitwillig darauf ein, verlangte aber zur Deckung der entstehenden Kosten (Kettenzieher, Vermessungspfähle usw.) $\frac{2}{3}$ Pfennig von jeder Grundsteuereinheit. Die Stadt erreichte, dass es sich mit der Hälfte begnügte. 2 Geometer, Richter und Arzt, gingen nun an die Arbeit (1867), der Anfang wurde mit den Grenzen der städtischen Flur gegen die Lotzdorfer gemacht. Im April 1868 wurde die Arbeit fortgesetzt. Nun wünschte der Rat auch gleich noch eine Vermessung der inneren Stadt im Verhältnis 1 : 1000. Auch das geschah, nur musste die Stadt noch 2 Kettenzieher bezahlen. Im Mai wurde der neue Flurbuchentwurf dem Königlichen Kreissteueramt eingeschickt. Jetzt wurde das Ackerland der Stadt auf 542,82 ha bemessen, das Gartenland auf 17,80, die Wiesen auf 323,15 und die Weiden 9,30 ha. Waldungen nahmen 30,68 ha ein, Teiche 3,22, Wege, Flüsse und Felder 19,47, Steinbrüche und Gruben 1,18, Gebäude und Hofräume 33,75. Das Deutsche Reich hatte eben die neuen Maße eingeführt, sodass wir hier bereits von Hektar (ha) und Ar (a) hören, nicht mehr von Ackern oder Scheffeln und Quadratruten, die nun umgerechnet werden mussten. 1 Scheffel ist jetzt 0,276 ha, 1 Acker 0,555 ha = 2 Scheffel, 1 Quadratrute 0,184 a (1 Scheffel hatte früher 150 Quadratruten). Der Scheffel war also etwas mehr als ein Viertelhektar wie der preußische Morgen, der sächsische Acker ein reichlicher halber Hektar.

8.1.3 Kommunalgrundstücke

Im städtischen Besitz und verpachtet sind nach der Rechnung von 1880 noch folgende Flurstücke: An der Ochsenwiese Nr. 701, Lehmgrubenstücke 605 und 701, Ratsziegeleistück 701, Sandgrubenstück 666, Spitzbergstücke 629, 651, 652, 655, Burglehnstücke 607, 612, 613, 623, 653, Schießhausstück 619, Hofgrundstücke 791, 796, Goldbachstücke 1356, 1358, 1406, 1444, 1492, Heidestücke 1474, 1477, 1478, Galgsberg-

stück 1506, Hundestallstück 901, Scheunenbauplätze 451, Freudenbergstücke 181, 183, 183a, 186, Wiese an der Neuen Gasse 436a, Hänge am Armenhaus 1077, 1088, 1100, 1103, der ehemalige große Exerzierplatz 1442, Schlossberghang 805, Bleichplatz an der Röder 301, Rand an der Röder 863, die Rampe vor Sättlers Haus 415, ein Bleichplatz 303, Hang bei Micklich 303, Grasnutzung der Kleinwolmsdorfer Straße, ein Dreieck am Kleinwolmsdorfer Wege 1065b, Grasplatz am Brunnen an der Stolpener Straße 890i, Grasnutzung des Großerkmansdorfer Weges, der Kuttelhof 394. Als Communbüsche werden 1860 noch angeführt: Am Goldbachhange, 2 Teile, hinter der Ziegelscheune. 1880 sind dies nicht mehr erwähnt

8.1.4 Getreidebau u. a.

Angebaut wird auf unserer Flur ganz vorzugsweise Roggen, und zwar in den 70er Jahren steigend bis auf über 140 ha, wie es in den 80er Jahren im Ganzen bleibt, in den 90er Jahren und im 20. Jahrhundert steigt die Anbaufläche sogar weiter über 200 ha. Dann folgt der Hafer, 1876 f. mit 80 ha, 1878 bis 1893 mit 136 ha, dann in etwas geringerer Höhe bleibend. Merkwürdig ist, dass von 1895 an eine Reihe von Jahren nur 20 ha angegeben sind (Stat. Landesamt.). Auch der Gerstenanbau hat stark geschwankt, er weist 1876/77 47 und 37 ha auf, 1878 bis 1893 werden meist 61 angegeben, dann wieder nur 20, 15 und noch weniger, manche Jahre nur 2-3 ha. Größere Flächen nehmen wieder die Kartoffeln ein. In den 70er Jahren steigt ihre Fläche auf über 100 ha, hält sich in den Achtzigern meist auf 72 bis 73 und bleibt dann durchschnittlich auf 95. Bedeutend sind die Wiesenflächen mit 300 ha in den 70er Jahren, 1886-91 sind dagegen nur 50, 1895 ist 99 wieder 175 und von 1901 an über 300 angegeben. Weizen scheint nur eine geringe Fläche bedeckt zu haben.

Die Hektarerträge werden für die Jahre 1873-1875 angegeben, wie folgt: Weizen 34,3 Ztr.⁵¹, Winterroggen 28,8, 23 ¼ und 23,10, Gerste 30,24, 29,70 und 23,71, Hafer 18,16 und 15 Ztr., Heu bei zweischurigen Wiesen (einschürige sind die Ausnahme) 45,42 und 33 Ztr.

Im Jahre 1867 wurde im Auftrag des Kön. Finanz-Vermessungsbüros die Flur Radebergs vermessen.⁵²

8.1.5 Viehhaltung

In den 90er Jahren beginnen regelmäßige Viehzählungen, sodass wir den Bestand an Groß- und Kleinvieh bis zur Gegenwart verfolgen können. Seit 1883 steigen die in unserer Stadt vorhandenen Pferde bis 1892 auf 210, 1897 sind es 298, 1900 = 320, die Zahl nimmt dann etwas ab, hält sich aber in den letzten Jahren bis 1913 auf durchschnittlich 290. Neben den Landwirten, die mit Pferden arbeiten – Heinrichsthal und Friedrichstal mit je 7 – sind es Fuhrwerksbesitzer, Botenfuhrleute, die mit dem steigenden Verkehr hier einziehen, dann in steigender Zahl auch Handelsleute, kleinere und größere, Brauer, Lebensmittel-, Kohlenhändler, ein Ziegeleibesitzer Schellmann besitzt allein 1892 19 Pferde. Auch Luxusperde begegnen uns bald.

Die Rinder sind ganz überwiegend im Besitz der Landwirte, dann finden sie sich bei Müllern, Fleischern, gelegentlich hat auch ein Handwerker und Arbeiter eine Kuh im Stalle. Herr Dr. Lahmann⁵³ hat 1897 nicht weniger als 48 Stück, Herr Günther in Heinrichsthal 34. Im Ganzen schwanken die Zahlen stark. 1893 werden hier 278 gehalten, nachdem es schon über 300 gewesen waren. 1897 sind es 402, 1900 = 582, 1904 = 664. 1912 aber werden nur noch 321 gezählt, zuletzt wird wieder die 400 überschritten: 1912 = 492, 1913 = 463. Die Zahl der Schweine steigt von 250 im Jahre 1883 den 90er Jahren über 300, in den folgenden Jahren sind es meist über 500, 1910 = 604, dann wird auch noch die 700 überschritten. Die Beliebtheit des fetten Borstentieres ist also in unserer Stadt besonders stark gestiegen.

Die Ziegen zählen in den 90er Jahren meist über 100, 1892 sogar 153, sie gehen dann zurück bis 69 im Jahre 1909 und halten sich von 1911 an auf 82 bis 85.

Die geringste Rolle spielen in der Neuzeit die Schafe, die hier einmal so zahlreich waren. Im Jahre 1904 soll nur ein einziges Lämmlein Vertreter seines Stammes gewesen sein, von 1910 an waren es 5, 4 und 3, die Höchstzahlen waren 87 (im Jahre 1900) und 46 (1892).

⁵¹ Zentner = 50 kg

⁵² wiederholte Erwähnung

⁵³ Besitzer des Lahmann-Sanatoriums, einer Kur- und Heilstätte im heutigen Dresdner Stadtteil Weißer Hirsch, er betrieb im Friedrichstal ein Landwirtschaftsunternehmen zur Versorgung des Sanatoriums.

Stark vermehrt hat sich das Federvieh, wovon z. B. 1892 2.311 Stück, 1912 dagegen 4.754 festgestellt wurden. Bienenstöcke gab es 1883 = 41, 1892 = 64, 1912 wieder nur 45. Als eine Kuriosität scheinen trotz unserer zahlreichen Mühlen die Esel betrachtet worden zu sein. Meist wies unsere Stadt gar keine auf, 1904 und 1907 ja einen, 1912 waren 4 Exemplare vorhanden.

8.1.6 Fischzucht

Nicht mehr die mittelalterliche Bedeutung hatte in der Neuzeit die Fischerei in Flüssen ebenso wie die Fischzucht in Teichen, blieb aber noch immer schätzenswert. Im Flurbezirk unserer Stadt befanden sich um 1900 noch 11 Fischteiche: der Schlossteich, Herrenmühlenteich, Friedrichstaler, der obere, mittlere und untere Heinrichsthaler, der Bergmühlen-, Hüttertermühlen-, Kohlungs-, Goldbachteich und 3 ohne besonderen Namen an der Goldbach. Einige früher vorhandene fehlen, vor der Heide z. B. und in der Gegend von Alt-Radeberg. Sechs von den noch vorhandenen sind nicht mehr besetzt, in 7 wird „Halterwirtschaft“ betrieben, d.h. die Setzfische werden von auswärts bezogen, besonders aus Galizien, namentlich Karpfen, teilweise auch Schleien. Der größte Teich war der Bergmühlenteich, der mit 92 a angegeben wird, dann folgt mit 86,3 a der Goldbachteich, mit 55 a der Hüttertermühlenteich. Eine besondere Bedeutung hatten noch die Wehrteiche der Mühlen. Die Fischnutzung in denselben war 1836 vom Staate an die Mühlenbesitzer übergegangen mit Ausnahme des Meisterwehres bei der ehemaligen Stadtmühle, wo die Fischerei seit Urzeiten, wenn auch urkundlich nicht nachweisbar, von den Innungen betrieben wurde, besonders von den Fleischern, Schneidern und Schuhmachern. Die Mühle, zu der dieses Wehr gehörte, die 1587 verkaufte alte Stadtmühle, später Oberförster-, dann Probstmühle genannt, hieß nach dem damaligen Besitzer auch Kluxmühle (s.a. Teil I – Pkt. 9.4.4). Zu MARTIUS' Zeit ist ein großer Teil der Teiche, u. a. der Landwehrteich, schon seit Jahrzehnten Gräserei geworden.

8.1.7 Unterhaltungsgenossenschaft für Flüsse

Die Flussfischerei hat sonst nur noch geringe Bedeutung, da sie nicht selten an der Vergiftung der Fische litt, besonders oberhalb der Hüttertermühle, wie z. B. 1903, verantwortlich dafür wurden die Abwässer der Großröhrsdorfer Industrie gemacht. Gelegentlich werden in der Großen Röder Weißfische, Rotaugen, Barsche, selbst Forellen gefangen. In der Schwarzen Röder steht die Fischerei der Stadt zu, die Fischereikarten ausgibt, 1913 z. B. 10 Stück.

Zur fachmäßigen Unterhaltung der Wasserläufe, Verhütung von Uferangriff, Versumpfung, Hochwasserschäden und dergleichen sind in neuester Zeit besondere Unterhaltungsgenossenschaften gegründet worden, nach dem Wassergesetz von 1909. Zu der für die Große Röder gehören außer unserer Stadt die Ortschaften bis Hermsdorf, ihr Sitz ist Radeberg. Ebenso besteht eine solche für die Schwarze Röder seit 1912, neben der Stadt auch Wallroda, Klein-Wolmsdorf, Arnsdorf und Fischbach umfassend.

8.2 Das Handwerk

8.2.1 Im Spannungsfeld von Gewerbefreiheit und alten Innungsrechten

Für das gesamte wirtschaftliche Leben bedeutete der Anfang unserer letzten Periode einen bedeutsamen Einschnitt, so auch, und nicht zum wenigsten, für das Handwerk. Im Jahre 1857 forderte die Regierung Urteile über ihren Entwurf einer neuen Gewerbeordnung, welche an der Stelle der alten Sonderrechte nun die volle Gewerbefreiheit bringen sollte. Hier wird jetzt für die Prüfung des Entwurfes eine gemischte Deputation eingesetzt, die im Februar und März siebenmal getagt und auch einige Wünsche dazu geäußert hat. Es dauert noch 4 Jahre, bis das Gewerbegesetz erscheinen konnte, es war der 15. Oktober 1861. Unter diesem vollzieht sich nun die wirtschaftliche Entwicklung der folgenden Zeit, erst noch im Deutschen, dann im Norddeutschen Bunde, endlich im Deutschen Reiche. Zu seiner Durchführung musste hier zunächst ein Verzeichnis der zu selbständigem Gewerbebetrieb berechtigten Personen nach dem Stande vom 1. Januar 1862 gefertigt werden. Es werden 13 Innungen um Aufstellung ihrer selbständigen Mitglieder gebeten, auch die Einzelpersonen, die keiner hiesigen Innung angehörten, werden festgestellt. Es ergeben sich 37 verschiedene Handwerksgattungen mit 191 Meistern. Zu verhandeln und Beschluss zu fassen war weiter über die Frage, ob bei der allgemeinen Gewerbefreiheit die Innung überhaupt fortbestehen sollte, und wenn schon, dann mussten jedenfalls die alten Innungsartikel abgeändert und neu confirmiert werden. Für den Wegfall der alten Verbotensrechte, für die seit Jahrhunderten so mancher heiße Kampf geführt wor-

den war, erklärte sich der Staat zu einer Entschädigung bereit, nun kam es aber darauf an, ob die darum Nachsuchenden noch imstande waren, eine staatlich anzuerkennende Urkunde über die Verleihung des Verbotungsrechtes beizubringen. Manche Umwandlung im Bestande der Innungen ergab sich, größere Zusammenschlüsse erfolgten. Bald entstand das Bestreben, wenigstens den Zwang für alle Angehörigen des betreffenden Handwerkes festzuhalten, der Innung anzugehören, damit die Innungen wirklich auch alle vertreten und die Meinung aller aussprechen könne. Ein Reichsgesetz vom 18. Juli 1881 macht wieder eine Änderung aller Statuten nötig.

8.2.2 Entwicklung einzelner Innungen

Wir wollen diese Verhältnisse nun zur Verdeutlichung des hier Gesagten an einigen besonderen Innungen aufzeigen. Der Zahl nach standen am 1. Januar 1862 noch immer die Posamentiere, die ein Menschenalter zuvor 80 Meister gezählt hatten, mit 25 Meistern an der ersten Stelle. Zwanzig von diesen fassen den Beschluss, ihre Innung fortbestehen zu lassen, und so reichen sie der Behörde neue Statuten ein, in denen nichts mehr von Innungszwang und Verbotungsrecht stand, sie datieren vom 20. April 1863.

Die Fleischer zählen noch 10 Meister wie seit langen Zeiten. Vermöge eines 1622 errichteten Vertrags und der Innungsartikel von 1626 ist es bei 10 Fleischbänken geblieben. Sie melden nun beim Rate ihr Verbotungsrecht zur Ablösung und Entschädigung an und gründen sich dabei auf die vom Rat bestätigten Artikel vom 10. März 1760. Als Wert des wegfallenden Rechtes soll die ganze Kaufsumme eines Geschäftes gelten, da die Bänke, im wörtlichen Sinne genommen, kaum einen realen Wert besitzen, und rechnen 300 bis 500 Taler, im Durchschnitt 434.21.3. Leider hatten sie damit aber kein Glück. Der Staatsfiskus erkannte ihren Anspruch auf Entschädigung überhaupt nicht an, da die betreffenden Artikel nur vom Stadtrat, aber nicht von einer verfassungsmäßig dazu berufenen staatlichen Behörde bestätigt worden seien – ein Versäumnis von früher! dass die Beschränkung auf 10 Meister jahrhundertlang praktisch anerkannt worden war, sollte also nicht helfen! Schließlich aber siegte doch einmal die Billigkeit über das formale Recht, die Fleischer errangen noch eine Entschädigung von 330 Talern für jede Bank, als am 22. Februar 1865 hier eine feierliche Sitzung unter Anwesenheit eines Geheimen Regierungsrates, eines Geheimen Finanzrates, des hiesigen Bürgermeisters Dr. Kuntzsch und der 10 Fleischermeister auf dem Rathause abgehalten worden war. Nun wurden auch die seither jährlich an die Stadt zu zahlenden Geschosse und Erbzinse, die zusammen 5 Taler 17 Groschen 5 Pfennig ausmachten, abgelöst, und zwar mit 111 Talern 20 Groschen als dem zwanzigfachen Betrage, ebenso die sogenannte Landrente.

Im Jahre 1882 gaben sich die Fleischer wieder neue Statuten, die am 25. April von 17 Meistern angenommen und unterschrieben wurden. Die Kreishauptmannschaft machte jedoch Erinnerungen dagegen geltend. Die Innung wollte z. B. den gesamten amthauptmannschaftlichen Bezirk Dresden-Neustadt umfassen, in Kötzschenbroda aber bestand schon eine Innung, die nicht geneigt war, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Boxdorf, Dippelsdorf und Buchholz hielten sich dazu. So wurden am 17. Oktober 1882 die Radeberger Statuten mit dem Ausschluss dieser 4 Orte angenommen und von 18 Meistern unterschrieben. Dieser größere Zusammenschluss übte bald eine Anziehungskraft auf andere Orte aus, 1884 traten Groß-Röhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Lichtenberg und Umgegend bei. Dagegen wünschte 6 Jahre später eine Anzahl anderer Orte, auszutreten und eine Innung für sich zu bilden: Blasewitz mit 14 anderen Dörfern. Unsere Innung gibt indes nur zu, dass jeder Meister einzeln seinen Austritt erklärt, worauf dies neun sofort tun. Die vorhin genannten Orte an der oberen Röder tun sich auch zu einer Sonderinnung zusammen, die Kötzschenbrodaer Innung ist noch selbständig. Jetzt macht das Auseinandergehen wieder Schule. Trotz der gegen frühere Zeiten grundlegend gebesserten Verkehrsmöglichkeiten kostet das Erscheinen bei Versammlungen in entfernteren Orten zu viel Zeit und Geld. 1899 wollen sich Ottendorf, Hermsdorf und Moritzburg ausbezirken lassen, was aber unsere Innung nicht zugibt, nur der Austritt dreier Meister, die sich an Radeburg anschließen wollen, wird gestattet. Am Ende dieses Jahres gehören 96 Meister zu unserer Innung, im folgenden Jahre werden noch weitere in Heidenau, Groß-Luga und Mügeln aufgenommen. So war Radeberg im Fleischergerwerbe Mittelpunkt eines größeren Bezirkes geworden.

Die Innung der Bäcker zählte noch ihre 8 Meister, wie es 8 Semmelbänke waren, und haben zunächst so weiterbestanden. Sie entwarfen neue Statuten, die am 23. August 1863 die Genehmigung der Kreisdirektion fanden, zugleich mit Gründung einer Gesellenverpflegungskasse. Die Privilegierung der Bäcker war am 13. September 1595 erfolgt, man besaß eine Abschrift dieser Urkunde.

Infolge der Aufhebung der bisherigen Taxe für Bäckerwaren mit dem neuen Gewerbegesetz fiel nun die früher durch den Rat geübte Kontrolle der Preise weg, sie wurde künftig dem Publikum überlassen. Nach dem Gesetz von 1881 wollen die Bäcker des Amtsgerichtsbezirkes eine neue Innung errichten, die sich über diesen ganzen Bezirk erstrecken sollt. Die Radeberger schlagen dagegen vor, dass sich die Auswärtigen einfach ihrer Innung anschließen (1883.) Auch die Kreishauptmannschaft erklärt ein Bedürfnis nach einer neuen Innung für nicht vorhanden. Bei der so erfolgten Ausdehnung der hiesigen mussten einige Ortschaften, die bisher zu der Dresdener gehört hatten, dort ausscheiden, womit sich die Dresdener großzügig, wie es einer Hauptstadt gebührt, auch einverstanden erklärten, obgleich sie erst einen anderen Plan gehabt hatten: Die Bäcker- und Conditoreninnung sollte beide Dresdner Amtshauptmannschaften umfassen. Die Radeberger sollen nur jetzt die Kosten der Erweiterung ihrer Innung allein tragen. So kommt es zu der hier gewünschten Lösung dieser Frage, die entsprechenden Statuten werden im Oktober 1884 von der Kreishauptmannschaft genehmigt, am 4. November konstituiert sich die neue Innung in einer Generalversammlung. 1891 befinden sich im Bezirk 36 selbstständige Bäcker, von denen 25 der Innung angehören, 12 Radeberger und 13 Auswärtige. 1895 wird das 300jährige Bestehen feierlich begangen mit einem Festzug, Festaktus, Tafel und Ball im Schützenhause.

Wie wir sehen, war die Zugehörigkeit zu der Innung noch freiwillig. Manche strebten indes danach, den Innungszwang zu erreichen, um dann wirklich als Vertretung der Gesamtheit auftreten und ihre Belange so besser durchsetzen zu können. Wirklich bat die Innung 1898 die Kreishauptmannschaft, sich in eine Zwangsinning umwandeln zu dürfen, und erhielt auch die Genehmigung, obgleich einige Bäcker sich dagegen erklärten. Der Zwang erstreckt sich auf den Amtsgerichtsbezirk Radeberg nebst Schullwitz und Weißig. Am 20. April 1899 fand die erste Versammlung in der neuen Form statt.

Nicht alle durch die Gewerbeordnung von 1861 aufgelösten Innungen haben sich sofort wieder konstituiert. Die Schlosserinnung ist im Anfang der 60er Jahre aufgelöst worden, ebenso die Töpfer, Seiler, weiterhin die Färber und Drucker, Riemer, Sattler und Tapezierer, später auch die Posamentiere. Andere beschließen bald ihren Fortbestand nach § 18 des Gewerbegesetzes, wie 1863 die Zimmerer und die Schneider. 1883 bestehen hier noch keine der Klempner, Buchbinder, Glaser, Töpfer, Korbmacher, Steinmetze, Täschner, Tapezierer, Feilenhauer, Strumpfwirker. Die der Sattler und Riemer soll dagegen 1885 wieder aufleben. Im nächsten Jahre haben sich 7 Innungen reorganisiert: die Schneider, Tischler, Böttcher, Bäcker, Fleischer, Schmiede, Schuhmacher, die Baugewerke sowie die Schlosser sind in Neubildung begriffen. Im Jahre 1880 beschlossen die 5 hiesigen Tischler ihre Auflösung, dafür entstand eine Tischler- und Schlosserinnung mit dem ganzen Bezirk des Amtsgerichtes. Obgleich sie keine Zwangsinning war, zählte sie 1899 35 Mitglieder, 25 Tischler und 10 Schlosser. 1892 veranstalteten sie im „Ross“⁵⁴ eine Gewerbeausstellung mit Verlosung, im folgenden wurde von ihnen eine Begräbniskasse errichtet.

Die Müller sind 1887 noch nicht organisiert. Die hiesigen wollen sich zu den Dresdnern im Plauenschen Grund halten, aus einer besonderen Innung ist noch lange nichts geworden. Erst 1910 beantragten die hiesigen Getreidemüller (Schloss-, Berg- und Stadtmüller), die von Liegau und andere an der Röder bis Nieder-Rödern die Errichtung einer Zwangsinning für die Amtsgerichtsbezirke Radeberg und Radeburg mit dem Sitz in Radeberg. Einige stimmen dagegen, doch die Kreishauptmannschaft ordnet an, dass vom 1. Juli 1911 an sämtliche Getreidemüller der neu zu errichtenden Zwangsinning anzugehören haben, und verlangt die Einreichung der Statuten, die nun auch erfolgt. Der Mahlzwang ging schon 1862 verloren.

Wie andere, so wollen auch die Baugewerke ihre Innung (s.o.) auf die ganze Amtshauptmannschaft ausdehnen, es waren hier nur 7 Meister, Maurer und Zimmerer. 1881 f. entwerfen sie neue Statuten, die auch vom Stadtrat gebilligt werden, aber die Neubildung verzögert sich von einem Jahre zum anderen. 1888 werden sie vom Ministerium des Inneren mit der einfachen Schließung ihrer Innung bestraft, weil sie die Umgestaltung nach Artikel 1 des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881 nicht vorgenommen hätten. Nun schließen sie sich der Pirnaer Innung an, müssen aber ihr Heiligtum, die Lade, abliefern und ihr Bargeld der Sparkasse übergeben. Neun Jahre später bildet sich eine Bauinnung der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, dieser treten 3 hiesige Meister bei, und 1891 wird ihnen nun die Lade zurückgegeben.

⁵⁴ *Gasthaus „Zum Ross“, damals Pulsnitzer Straße 15, 1927 abgebrannt, Neubau als Wohn- und Geschäftshaus, heute Pulsnitzer Straße 40*

Am 30. März 1879 gründen die Huf- und Wagenschmiede eine Innung für die Stadt und den Gerichtsbezirk Radeberg. Die Satzungen werden von 22 Meistern unterschrieben und am 25. August von der Kreishauptmannschaft genehmigt. Noch in demselben Jahre errichten sie eine Gesellenherberge, obgleich es hier schon zwei gab (s.a. Teil III – Pkt. 7.2.4). Nach langem Zögern erhalten sie dafür die Genehmigung des Rates mit der Bedingung, Bier und Branntwein nur an herbergende Gesellen zu verabreichen. 1885 vereinigen sie sich mit den Stellmachern des ganzen Bezirkes. Sie wünschen auch noch die 4 Dörfer Wünschendorf, Eschdorf, Liebetal und Borthen in diese Vereinigung aufzunehmen, aber hier macht ihnen die Kreishauptmannschaft einen Strich durch die Rechnung, da die Dresdner Innung schon den ganzen Bezirk Dresden-Neustadt mit Ausnahme der zu den Innungen Radeberg und Tharandt gehörenden Orte umfasste. So bekommen sie das Dorf Borthen nicht, die anderen 3 Orte gehörten zu Lohmen und blieben es nun auch. 1891 mussten sogar die Meister von Bühlau, Loschwitz, Weißer Hirsch und Weißig austreten, weil diese Orte zum Bezirk der Dresdner Innung gehörten. Jene wollten das selbst nicht, und wären lieber in unserer Innung geblieben, aber das Ministerium entschied wie Kreishauptmannschaft für die Abtrennung. 1890 gründete die Innung eine besondere Begräbniskasse.

Der allgemeinen Entwicklung folgend, erklären sich 1898 auch alle Schmiede und Stellmacher für die Umwandlung in eine Zwangsinnung und fertigen dementsprechend einen neuen Satzungsentwurf an. Um diese Zeit tauchte auch die Frage der Zugehörigkeit gewisser Ortschaften noch einmal auf. Für die Stellmacher wurde zuerst die Einverleibung mehrerer Dörfer außerhalb des Amtsgerichtsbezirkes Radeberg genehmigt. Nun verlangten die Schmiede dasselbe. Die nahe bei Dresden wohnenden werden aber der Dresdner Innung zugewiesen. Einige Meister in Weißig und Bühlau erheben zwar dagegen Einspruch, da sie sich 1897 für die Radeberger erklärt hatten, doch das Ministerium weist sie zurück, weil Dresden ihr gegebener Mittelpunkt sei (1899.) Die Stellmacher von Eschdorf und Wünschendorf werden jetzt der Pirnaer Innung zugeteilt, die auch Innungszwang besaß.

1899 bilden sich Zwangsinnungen der Sattler und Tapezierer, der Schuhmacher, wie die der Schmiede und Stellmacher. Freie Innungen waren noch die der Barbieri und Friseur, der Böttcher, Fleischer, Schneider, der Tischler und Schlosser. In den Bezirk der entsprechenden Dresdner Innung einbezogen sind die hiesigen Töpfer. Einige Handwerker waren um die Jahrhundertwende auch noch überhaupt ohne einen Innungsverband, Hutmacher, Handschuhmacher und Steinsetzer.

Für die Zeit um 1890 können wir einige Zahlen über den Mitgliederbestand und dessen Verteilung auf Stadt und Land nennen. Die Schmiede und Stellmacher waren 36 in der Stadt und 11 auf dem Lande, die Schuhmacher 27 und 9, die Fleischer 13 und 12, die Schneider 11 und 9, die Tischler und Schlosser 22 und 6, die Bäcker betragen insgesamt 22, die Böttcher 19, die Barbieri 17.

Etwas Besonderes erfahren wir noch über die Organisation der Schneider. 1881 arbeitete die noch freie Schneiderinnung wie andere neue Satzungen aus, die auch von der Behörde angenommen wurden. Im folgenden Jahre schlossen sie sich dem Verband der Schneiderinnungen von Sachsen und Thüringen an. 1899, am 6. August, hielt dieser Verband, wohl der größte, dem eine hiesige Innung angehörte, hier seine Jahrestagung ab.

Einen größeren Verband bildeten auch die Uhrmacher, den Uhrmacherverein des Meißner Hochlandes, der 12 Ortschaften umfasste, 1898 gehören auch unsere Uhrmacher diesem Verein an.

Die Schuhmacherinnung konnte ein staatlich bestätigtes Verbotungsrecht von 1653 nachweisen und erzielte eine Entschädigung von 270 Talern für ihre 16 Meister. Geschoss und „Handwerksschutzrecht“ werden abgelöst.

Ein Barbier Cramer, der 2 Badereigerechtigkeiten zugleich innehatte, die alte Amts- und die 1708 neu errichtete Stadtbaderei, suchte gleich anderen um Entschädigung für den Wegfall seiner Privilegien nach, er wurde jedoch abgewiesen, da er keinen schriftlichen Nachweis für sein Verbotungsrecht beibringen konnte. Die Königliche Kreisdirektion gestand selbst zu, es sei anzunehmen, dass die Baderei des Amtes ein privilegium cum jure prohibendi (mit Verbotungsrecht) besessen habe, besonders wegen der hohen darauf ruhenden Steuern, doch aus einer Entschädigung wurde nichts, ein Grund dafür war auch der Umstand, dass die Regierung im Jahre 1708 nicht besonders dieses Rechtes gedacht und die Errichtung einer zweiten Baderei gestattet habe. Damals war freilich kein Amtsbader da, der sein Alleinrecht hätte geltend machen können!

Außer den Meistern, die ein Handwerk selbständig betrieben und bei Zwangsinnungen zur Mitgliedschaft verpflichtet waren, gab es hier auch noch einige zur Mitgliedschaft nur Berechtigte.

Da wir früher bereits von dem Handwerksrechte des Fischens im „Meisterwehre“ erzählt haben, sei endlich noch erwähnt, dass sich dieser Brauch bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts erhalten hat (s.a. Teil I – Pkt. 9.4.4).

In den Innungen wurde auch weiter die Geselligkeit gepflegt, auch von den Gesellen, die ebenso wie die Meister einmal zwanglos unter sich sein wollten, im Jahre 1874 tritt eine Anzahl zu einem „Allgemeinen Handwerker-Gesellen-Verein“ zusammen, um gesellige Vergnügungen abzuhalten.

8.3 Ablösung der Braugerechtigkeit

Wie viel ist schon hier von dem alten „Brauurban“, dem einstmaligen wichtigsten Nahrungszweig auch unserer Stadt die Rede gewesen! Jetzt gilt es nun, den Schlussstrich auch unter dieses – nicht immer erfreuliche – Kapitel zu ziehen. Das alte privilegierte Braurecht, das meist nur auf den Häusern der inneren Stadt ruhte, bestand noch, obgleich die Praxis mit dem Gedanken der wirtschaftlichen Freiheit gegenüber der mittelalterlichen Gebundenheit schon manche Bresche hineingeschlagen hatte, zuletzt das Gesetz vom 15. Oktober 1861. Die hiesige „Braucommun“ oder „brauende Bürgerschaft“ bestand noch, hatte aber schon seit 25 Jahren nicht mehr selbst gebraut, sondern die Ausübung dieses Rechtes verpachtet. Es waren jetzt noch 108 brauberechtigte Häuser mit 134 brauberechtigten Bürgern und 238 nicht brauberechtigte Häuser. Die auf den Einzelnen entfallende Menge des Bieres, das er brauen durfte, waren von früher her sehr verschieden, die Einheit heißt jetzt „das Los“. Der Einzelne besaß $\frac{1}{2}$ bis 6 Lose, im Ganzen gab es 262 $\frac{1}{2}$ Lose. 3 Lose werden jetzt wertmäßig zu 20 Talern gerechnet, so konnte man seine Lose auch verkaufen. 1867 beschloss die „brauende Bürgerschaft“, ihr noch vorhandenes Aktivvermögen unter ihre Mitglieder zu verteilen. Es bestand aus 5607 Talern. Verteilt wurden diese halb nach den „Bieren“ oder „Losen“, zu denen jeder berechtigt war, halb nach der Zahl der seiner jährlichen Ausschenttage. 860 Taler wurden dabei zurückbehalten für eine spätere Ablösung des „Bürgermeisterbieres“ und des „Schützenbieres“, das der Schützenkönig hatte steuerfrei brauen dürfen. Die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 hob nun die noch bestehenden Reste des Bierzwanges auf, also auch das Verbotungsrecht der brauberechtigten Häuser gegen nichtbrauberechtigte. Doch der Staat zahlte eine Entschädigung dafür. Die Braucommun meldet am 14. Juni 1875 einen Entschädigungsanspruch von 5.000 Mark an und erhält diese Summe auch. Sie können, da auch noch etwas Vermögen vorhanden war, nach Abzug gerichtlicher Kosten 5.227,50 Mark unter die 262 $\frac{1}{2}$ Lose verteilt werden, nach 1.050 Vierteln zu 4,97 Mark = 5.218,50 Mark. Die tatsächliche Verteilung erfolgte am 15. und 27. November 1876. Grund zu einer ausgelassenen Freude war dieser Vorgang allerdings kaum. Was hatten die Vorfahren in einem Menschenalter aus einem jährlichen „Biere“ herausholen können! Dabei musste sich die brauende Bürgerschaft noch mit der Stadt vergleichen wegen des alten Bürgermeisterbieres sowie mit der Schützengesellschaft wegen des vorerwähnten Bieres. Für ersteres hatte die Braucommun der Stadt bisher jährlich 54 Mark gezahlt, diese Zahlung löste sie nun mit 500 Mark ab, die den vom Staat gewährten 5.000 Mark entnommen wurden.

Sie besaß bis zuletzt ein Brauhaus neben der Apotheke und ein Malzhaus auf der Kirchgasse (Nr. 1).

Angefügt sei hier noch die Entscheidung einer weiteren Ablösungsangelegenheit. Gleich einige Handwerkerverbände (s. vorheriger Abschnitt) meldeten die Gastwirte Hustig und Pommrich einen Entschädigungsanspruch an, ersterer gründete sich auf das Privileg von 1683, letzterer auf das Reskript von 1801 (s. Teil II – Pkt. 9.4.7 und Teil III – Pkt. 7.3.6). Die Kreisdirektion vertrat den Standpunkt, dass dieser Fall als für eine Entschädigung geeignet anzusehen sei, und das Ministerium entschied wie sie. Auf einem Termin in Dresden am 3. März 1863 bewilligte die Regierung 600 Taler Entschädigung.

8.4 Eingehen der Cavillerei

Ein altes Gewerbe besonderer Art war auch noch eine Zeit lang die Abdeckerei oder Cavillerei, auch mit einer „Realberechtigung“ und einem bestimmten Bezirk versehen, wo ihr kein anderer ins Gehege kommen durfte (vgl. Teil I – Pkt. 9.4.5 und Teil II Pkt. 9.6). Jetzt erhielt der hiesige Caviller mit Befürwortung des Rates von der Kreisdirektion noch einen größeren Bezirk, 1862 wurden dafür die Stadt, der Amtsgerichtsbezirk Radeberg und das Gerichtsamt Schönfeld zusammengelegt. 1873 erklärte aber der hiesige Pächter der Ab-

deckerei, er übe sein Recht in dem letzteren seit einigen Jahren nicht mehr aus, und so wird dieselbe im nächsten Jahre nur noch für die Stadt ausgeschrieben, der größere Bezirk ist damit wieder zerfallen.

Als jetzt das bisher dafür benutzte Grundstück der Stadt gekündigt wird, will dieselbe in isolierter Lage selbst einen Stall für die Abdeckerei bauen. 1876 entsteht eine solche Anstalt am Hirschstängelwege, 1878 nimmt ein gewisser Zenker⁵⁵, der das Abdeckergewerbe seit 1861 hier ausübte, diese in Benutzung. Das Pachtgeld betrug 64,50 Mark. Der Verdienst kann nicht mehr beträchtlich gewesen sein, 1884 werden nur noch 30 Mark verlangt. 1893 gibt Zenker altershalber das Gewerbe auf. Nun will die Stadt erst vom Pachtgeld absehen, dann zur Zeit von der weiteren Anstellung eines Cavillers überhaupt. Der Stadtbezirk soll 1898 an die Dresdner Cavillerei angeschlossen werden, und der Rat zu Dresden sichert auch die möglichst rasche Abholung der großen Tierleichen zu (Februar 1899). Im Jahre 1900 bietet sich eine Seifenfabrik von Gebr. Bunge in Dresden an, die Kadaver abzuholen, worauf der Rat auch eingeht. 1912 schließt die Stadt mit der „Meißner Kadaververwertungsanstalt“ in Bohnitzsch einen förmlichen Vertrag. Der Inhaber derselben, Herr Hermann, verpflichtet sich, die Kadaver von Großtieren über 50 kg auf Benachrichtigung binnen 24 Stunden, seuchenbefallene binnen 15 Stunden abzuholen, und zwar in einer etwaigen Ansteckungsgefahr ausschließenden Weise. Groß- und Kleinvieh unter 75 kg ist der Anstalt unentgeltlich zu überlassen und von dieser unentgeltlich abzuholen. Den Besitzern wird in einer Bekanntmachung 1922 verboten das Abhäuten, Vergraben und Verbrennen mit Ausnahme von Stücken unter 50 kg, die aber in der Regel in der Gasanstalt verbrannt werden sollen. Dort und Langbeinstraße 3 werden Gefäße zur vorläufigen Unterbringung von Teilen aufgestellt, die bei der Fleischschau beanstandet worden sind. Seit 1912 besitzt unsere Stadt keine Abdeckerei mehr.

Eine begrüßenswerte Neuerscheinung war 1900 das „Centralbad“ in der Röderstraße 8.

8.5 Die Industrie

8.5.1 Neue Fabrikanlagen

Die charakteristische Erscheinung der Neuzeit unserer Stadt ist die Entstehung zahlreicher Fabrikanlagen und deren Aufblühen in einem Maße, das Radeberg zur ausgesprochenen Fabrikstadt gemacht und eine Umlagerung der Bewohnerschaft bewirkt hat. Führend war hier zeitlich und bedeutungsmäßig die Glasindustrie. Daneben trugen aber auch andere Unternehmungen ihren Namen in die Welt hinaus, von denen weiter unten noch die Rede sein wird. Radeberg hat seine Hauptgründerzeit, wie sie das Deutsche Reich in den Jahren 1871 bis 1874 sah, schon etwas eher erlebt, doch dann setzten sich die Neugründungen in größerer Vielgestaltigkeit bis in die 90er Jahre fort und gingen nun an Zahl etwas zurück. Zu dem Übergange des ganzen Deutschen Reiches vom Agrar- zum Industriestaat hat unsere Stadt an ihrem Teil stark beigetragen. Den Anfang machte Herr Johann Heinrich Wilhelm Rönsch im Jahre 1858 mit seiner Hohlglasfabrik. Er kaufte dazu das Stadtgut (früher „Vorwerk“) Rödershausen an der Dresdner Straße bei der alten Stadtmühle. Vier Jahre später traten drei Schwäger von ihm in das Geschäft ein und damit die Familie Hirsch, die dann mit ihren Nachkommen und Heiratsverbindungen Jahrzehnte lang im wirtschaftlichen, wie im gesellschaftlichen Leben unserer Heimat die erste Rolle spielte. Zunächst waren es Anton, Hermann und Adolph Hirsch. Jetzt wird neben dem Hohlglas auch Tafelglas hergestellt (1862). 1864 verkauft Herr Rönsch seine Hohlglashütte an die Brüder Michael, Anton und Hermann Hirsch hier und Adolph Hirsch in Liegnitz⁵⁶ und baut selbst eine zweite Hohlglashütte. Die erste wird in den nächsten Jahren in eine Tafelglashütte verwandelt. 1872 entsteht die Glasfabrik Berthold und Hirsch⁵⁷, 1874 eine Tafelglasfabrik Hugo Rönsch⁵⁸. Im Jahre 1879 die Fabrik für Hohlglas und Malerei von Max Hirsch⁵⁹. Im Jahre 1880 bauen W. Hirsch und Bedrich⁶⁰ wieder eine Tafelglashütte, ebenso 1889 M. und E. Hirsch⁶¹ und 1899 W. H. A. Hirsch⁶².

⁵⁵ vermutlich Johann Jakob Zänker

⁵⁶ heute Legnica, Woiwodschaft Niederschlesien in Polen

⁵⁷ südlich des Bahnhofs, an der heutigen Güterbahnhofstraße

⁵⁸ nordöstlich des Bahnhofs, an der heutigen Rathenaustraße

⁵⁹ südöstlich des Bahnhofs, an der heutigen Pillnitzer Straße

⁶⁰ südlich der Hütte von Max Hirsch, an der heutigen Pillnitzer Straße

⁶¹ an der heutigen Oststraße

Erst Privatbesitz, verwandeln sich diese Unternehmungen nach und nach in Aktiengesellschaften, dem Zuge der Zeit folgend, die bisherigen Besitzer werden dann meist Direktoren mit festem Gehalt, Dividenden und Tantiemen. Dabei kommt mitunter ein Namenswechsel vor, der Betrieb von Max Hirsch heißt z. B. 1886 Aktiengesellschaft „Sächsische Glasfabrik“.

Einen besonderen Zweig der Glasindustrie bildet das Hartglaswerk von Petrich (seit 1908). Das Haus auf der Wasserstraße, Nr. 9, wurde 1897 von einem Herrn Hempel als Schuhfabrik errichtet, war daraufhin Strohhutfabrik Rentzsch & Cmp., 1903 haben dann erst Schuck & Cmp. die Hartglasfabrikation eingerichtet.

Zur Glasbereitung gehören die Glasformen, so tun sich hier auch Glasformenfabriken auf. 1877 entsteht die Firma Jungrichter und Ringel⁶³, 1886 Melz und Jungrichter⁶⁴, dann Melz und Duckhorn, 1905 Melz und Darnstedt⁶⁵. 1896 gründet E. Jungrichter⁶⁶ eine weitere Glasformenfabrik, nach dessen Tod kauft sie 1899 M. Pöthig.

Radebergs Industrie wird aber immer vielseitiger. Die schon 1858 entstandene Drahtnagelfabrik von Häntzsche⁶⁷ entwickelte sich jetzt und gewann auch über unser engeres Vaterland hinaus Bedeutung. Anfangs nur mit der Wasserkraft aus dem Schlossteich arbeitend, benutzte sie seit 1863 auch Dampfkraft. 1860 baute ein gewisser Missbach im idyllischen oberen Rödertal einen kleinen aber uns noch bekannten Betrieb, die Knochenstampfe⁶⁸. Am Ende dieses Jahres setzte J. C. A. Geißler eine Eisen- und Gelbgießerei nebst einer Maschinenfabrik in Betrieb⁶⁹. Im folgenden Jahre entstand die Kokosmattenfabrik, s.u. 1862 errichtete der Landrat von Grävenitz ein Stabeisenwerk, 1863 begann die Arbeit im Walzwerk von Klitzing, das 1870 zur „Saxonia“ „AG Eisenwerke und Eisenbahnbedarfsfabrik“ wurde⁷⁰.

1864 entstand der Dampfschneidemaschinenbetrieb der Gebrüder Rossig und Philipps Färberei⁷¹, 1866 eine Holzschleiferei von A. Hippe. Mehrere wichtige Betriebe sah das Jahr 1874 ins Leben treten. Herr Rönsch, als Direktor der Glashütte zurückgetreten, kaufte mit den Herren Günther und Gäbler die alte Herrenmühle, wo 1866 von Reinicke und Großmann eine Holzstofffabrik eingerichtet worden war, und wandelte die Räume in eine Papierfabrik um. Schon im darauffolgenden Jahre fand er nebst seinem Sohn infolge einer Kesselexplosion sein Ende. 1876 musste die Firma liquidieren und Herr Max Mohn übernahm den Betrieb. Auch er musste ihn bald wieder einstellen. 1878 nahm ihn Herr Johannes Lehmann als Pächter wieder auf. Zu Pfingsten 1879 ging das Fabrikgebäude in Flammen auf! Nach einiger Zeit ließ Herr Mohn sie neu erstehen, und nun kam der Betrieb endlich zu Erfolg und erwarb sich ein weites Absatzgebiet, von der Westküste Afrikas über die Kanarischen Inseln bis nach Südamerika. Zurück zum Jahre 1874. Da erbaute ein Braumeister Zieger aus Grünberg hier im Wiesental vor dem Schützenhause eine Brauerei und verband sie nach Überwindung von Anfangsschwierigkeiten mit einer Malzfabrik, die durch eigene patentierte Erfindungen auch zur Blüte kam. 1898 ging das Unternehmen auf ein Konsortium über. Ebenfalls 1874 entstand das Sägewerk Wilhelm Richters⁷². Das Jahr 1877 wurde das Gründungsjahr der Destillation eines anderen Wilhelm Richters⁷³, 1879 das einer Spielwarenfabrik von Jähne. Im Grundstück des Schmiedes Münch auf der Pulsnitzer Straße⁷⁴ richtete Emil Heuer 1884 einen Wagenbau ein, führte daneben aber den Hufbeschlag noch 5 Jahre fort. In wiederholten Erweiterungen wuchs das Werk in den 80er und 90er Jahren, alle Arten von Wagen es wurden hergestellt, zuletzt auch Automobile. 1899 verband sich das Geschäft mit dem von

⁶² hier irrt Schwabe, die Glashütte von Wilhelm Hirsch entstand bereits 1873 an der Mühlstraße und wurde 1899 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt

⁶³ zunächst Fabrikstraße 1, dann Goldbachstraße 8-11 (heutige Straße des Friedens 8-11)

⁶⁴ zunächst Fabrikstraße 2a, dann Fabrikstraße 7 (heutige Dresdner Str. 25)

⁶⁵ alles die gleiche Firma unter verschiedenen Eigentümern

⁶⁶ Pillnitzer Str. 44 (nach mehreren Umbenennungen der Straße heute Rathenaustraße 9)

⁶⁷ Schloßstraße 10

⁶⁸ Schloßstraße 20

⁶⁹ Goldbachstraße (heutige Heinrich-Gläser-Str. 1)

⁷⁰ am Bahnhof, später Werksgelände Eschenbach

⁷¹ Stolpner Straße 24, später Stolpner Straße 4 (Ende der 1980er Jahre überbaut)

⁷² Pillnitzer Straße 40 (heutige Rathenaustraße 25)

⁷³ Dresdener Straße 32 (heutige Hauptstraße 44)

⁷⁴ Pulsnitzer Straße 4, später Pulsnitzer Straße 25 (heutiger Parkplatz Edeka)

Heinrich Gläser in Dresden. 1904 trat Herr Robert Heuer, der jüngere Bruder des Begründers, in das Geschäft ein. Von 2 Unternehmen dieser Zeit, der Meierei Heinrichsthal und der Exportbierbrauerei, bringen wir näheres weiter unten. 1886 führte Herr Heinrich Hermann Börner an der Mühlestraße⁷⁵ einen Neubau auf, mit starken Mauern aus dort gebrochenen Steinen, und richtete darin eine Brauerei und Malzfabrik ein. 1905 übernahm sein Sohn Max Börner diesen Betrieb. Die Brauerei beschränkte sich auf die Herstellung eines einfachen Bieres, zeitweise stellte sie auch Limonaden her. Mittlerweile war die Saxonia in Konkurs geraten (1886). Diesen Betrieb erwarb (sehr billig) die Fa. Eschebach und Haußner. Sie begann mit einer Tischlerei, bald entstanden noch die „Radeberger Guss- und Emailierwerke O. Eschebach & Cmp.“. 1898 bestehen sie aus 3 Abteilungen. Seit 1883 besteht eine Möbelfabrik von Koch und Zichner, acht Jahre später ist ein Hartmann für letzteren eingetreten, 1896 dann Herr Kissig⁷⁶. Das Jahr 1889 bringt die Eisengießerei von Richter & Weise⁷⁷ sowie die Patentfeilenfabrik von Meyer, Focke & Cmp.⁷⁸ 1890 entsteht E. Langes Sägewerk⁷⁹, Herr Schüller kauft die Tal- oder Ulbrichtsmühle und richtet sie zu einer Maschinenfabrik ein. Herr Husemann gründet 1892 eine Lampenfabrik⁸⁰, Herr Paul Stade im folgenden Jahre die „Deutsche Teigwarenfabrik“⁸¹. Nun werden die Neugründungen seltener. 1897 entsteht die Stroh- und Filzhutfabrik von Wagawa & Crönert⁸², 1900 eine Bleiwarenfabrik von Wolf & Cmp.⁸³ Das neue Jahrhundert bringt noch einige Unternehmen dazu, wie die Möbelfabrik von Köckritz⁸⁴, die Eisschrankfabrik von Doll & Cmp.⁸⁵ (beide 1906), 1911 die Hutfabrik Boden & Krämer⁸⁶, von denen der letztere jedoch schon 1913 ausschied. Herr Boden hat später auch Auslandskundschaft gewonnen, besonders in Holland und den holländischen Kolonien.

Ein Unternehmen besonderer Art war die vom Hausbesitzerverein gegründete Düngerexport-Gesellschaft⁸⁷. Vorstehende Zusammenstellung soll nur einen Gesamteindruck des hier aufblühenden wirtschaftlichen Lebens vermitteln, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen. Manche der hier ansässigen Firmen gründen noch weitere Betriebe. Auch finden Umgruppierungen statt. 1872 werden z. B. die beiden Glashütten von Rönsch und A. Hirsch an einen Bankier Grumpelt in Dresden verkauft, und einige Tage darauf konstituiert sich eine Aktiengesellschaft „Vereinigte Radeberger Glashütten“ mit den Herren Rönsch und A. Hirsch als Direktoren.

Manchen gelang es, eine besondere Größe zu erreichen oder Auszeichnungen zu erwerben. 1881 konnte Carl Barth⁸⁸ die Herstellung einer Viertelmillion Stück Schiffchen mit einem Fest im Schützenhaus, Tafel und Ball feiern, 1898 war die Tafelglashütte von E. W. Hirsch die größte in Deutschland. Die Lehrmeierei Heinrichsthal errang mehrere Medaillen, die Kokosmattenfabrik⁸⁹ auf der Deutsch-Nordischen Handels- und Industrieausstellung in Lübeck 1895 eine Goldene Medaille, die Patentfeilenfabrik von Meyer, Focke & Cmp. auf einer Ausstellung in London 1891 ein Diplom. Auf einer Ausstellung in Chemnitz erzielte Herr Michaelsen 1867 eine bronzene Medaille.

⁷⁵ Mühlestraße 2

⁷⁶ Dresdner Straße 20 (spätere Dresdner Straße 1, später Kulturhaus „Maxim Gorki“, Abriss 2009/10)

⁷⁷ Fabrikstraße 16 (spätere Dresdener Straße 52, Abriss 2012)

⁷⁸ Talstraße 64

⁷⁹ gegründet im Komplex der heutigen Dresdener Straße 40/42, spätestens ab 1903 Fabrikstraße 57 (heutige Dresdener Straße 75, Villa existierend, Ort des Produktionsgebäudes heutiger Netto-Parkplatz)

⁸⁰ gegründet gleichfalls im Komplex der heutigen Dresdener Straße 40/42

⁸¹ Mühlestraße 20

⁸² Forststraße 1

⁸³ gegründet gleichfalls im Komplex der heutigen Dresdener Straße 40/42

⁸⁴ Pulsnitzer Straße 12 (heutige Pulsnitzer Straße 41)

⁸⁵ Südstraße 7 (heutige Dr.-Albert-Dietze-Straße 11)

⁸⁶ Wasserstraße 16

⁸⁷ hatte ihre Geschäftsstelle bei Schmiedemeister Wolfframm, Oberstraße 13 (1994 abgerissen)

⁸⁸ Nähmaschinenschiffchen-Fabrik, Badstraße 30

⁸⁹ Kleinwolmsdorfer Straße 51

8.5.2 Eingehen mancher Betriebe

Nicht immer haben die neuzeitlichen Gründungen einen guten und langen Fortgang gehabt, manche hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, selbst nach guten Zeiten, manche im Konkurs ein gewaltsames Ende gefunden. Im Betriebsjahr 1873/74 hatte die Saxonica z. B. einen Umsatz von 600000 Talern und damit 50000 mehr als im vorhergehenden, 1876/77 jedoch an 300.000 Mark Verlust, im nächsten Jahre wieder einen kleinen Gewinn und viele Aufträge, 1881 war sie wieder vollständig konsolidiert. Und doch! 1886 ist sie in Konkurs und kommt zur Zwangsversteigerung, Hauptleidtragende war dabei die Geraer Bank mit einer halben Million Verlust. Die „Radeberger Gesellschaftsbrauerei und Malzfabrik“ oder Wiesentalbrauerei hatte auch immer schwer zu kämpfen, durch die Einführung einer hier neuen Biersorte, des „Bayrischen Schankbieres“, nahm sie 1901 einen hoffnungsvollen Aufschwung, 1903 war der Zusammenbruch doch nicht zu vermeiden. Die „Vereinigten Radeberger Glashütten“, deren Kapital im Anfange, in den 70er Jahren, 265000 Taler betrug, konnte schon 1871 nur 1 % Dividende geben, um die Jahrhundertwende mussten sie mehrere Jahre mit Verlust verkaufen, 1902 kam es zur Zwangsversteigerung, in der Herr W. Hirsch das Werk erstand, er gab nun die Hohlglashütte auf und führte nur die Tafelglashütte weiter.

Eine etwas üble Sache war die 1898 gegründete Radeberger Volksbank von Galle, Schulze & Cmp., die 1907/08 in Konkurs geriet. Das hatte 3 Jahre später noch einen Prozess gegen den Vorstand und den Aufsichtsrat zur Folge.

8.5.3 Fortbestehen einiger älterer Betriebe

Endlich sei noch der erfolgreichen Weiterführung eines älteren Betriebes gedacht. Nach dem Tode des Herrn C. W. Scherz⁹⁰ im Jahre 1866 hatte ein gewisser Michaelsen dessen Färberei bei dem alten Vorwerk Rödershausen und der Stadtmühle übernommen (1867), war aber in Konkurs geraten und die Färberei von der Dresdner Bank gekauft worden. Von dieser erwarb sie im Jahre 1889 Herr Hasse, unter dessen Leitung sie sich nun günstig weiterentwickelte.

8.5.4 Größere neue Ladengeschäfte

Neben den Fabrikanlagen entstanden und entwickelten sich größere Ladengeschäfte. Schon 1864, am 24. Dezember, eröffnete Herr Christian August Fröde sein Warenhaus⁹¹, das 1897 an Herrn Grottfeld übergang und das größte Warenhaus blieb. Seit 1877 besteht die Destillation von Wilhelm Richter⁹². Im Jahre 1880 gründete der Apotheker Broeck an der Ecke Markt und Hauptstraße eine Drogerie⁹³, die 1894 Herr Schumann übernahm. Sie ist lange die einzige und größte unserer Stadt geblieben.

Einer der letzten Posamentiere, Herr Christian Friedrich Wilke⁹⁴, suchte sich einen neuen Erwerb und eröffnete auf dem Obergraben, auf derselben Stelle, wo dann ein schöner Neubau emporgewachsen ist, ein Textilwarengeschäft (1893). 1900 kaufte es Herr R. Traupe und entwickelte es zu weiterer Blüte.

Auch der jahrzehntelang einzigen und noch bestehenden Buchhandlung soll hier gedacht sein. Herr Benjamin Pfeil errichtete sie 1895 als Filiale seines in Dresden befindlichen Geschäftes, seit 1900 führte sie selbstständig sein jüngerer Bruder Theodor Pfeil⁹⁵.

Ein zweites Warenhaus entstand 1900 durch Herr Gustav Wernicke aus Dresden⁹⁶. Im Jahre 1900 richtete die Stadt aufgrund eines Gesetzes von 1898 betreffend Schlachtvieh- und Fleischbeschau eine Freibank⁹⁷ ein. Einen Großhandel mit Glaswaren betrieb Herr L. Krabbe.

⁹⁰ Fehler bei Schwabe, der Gründer Carl Wilhelm Scherz war bereits 1839 verstorben, hier muss dessen 1866 verstorbener Sohn Ernst Heinrich Scherz gemeint sein

⁹¹ Pirnaischestraße 3 (heutige Pirnaer Straße 5, abgerissen, Reihenhauseubau, zurückgesetzt 2024)

⁹² Dresdener Straße 32 (heutige Hauptstraße 44 noch immer in gleicher Funktion)

⁹³ Hauptstraße 1 (Drogerie bis 2003)

⁹⁴ Obergraben 3

⁹⁵ Kirchstraße 1

⁹⁶ Dresdener Straße 2 (heutige Hauptstraße 25)

⁹⁷ Langbeinstraße 3 (heute Neubau)

8.5.5 Genaueres von besonders bedeutende Unternehmungen

Hier sei noch einiges Nähere über die Entstehung und Entwicklung einiger noch bestehender bedeutender Betriebe mitgeteilt. Die weltbekannte Exportbierbrauerei geht auf drei Männer zurück, die 1865 die Absicht hatten, in Radeberg an der Straße nach dem Bahnhofe eine Brauerei zu errichten. Es waren der Kaufmann Friedrich August Günther, der Maurermeister Carl August Heinrich Bedrich und der Braumeister Gebler. Schon der Anfang war schwierig, sie hatten es am Beginn der neuen Zeit noch mit der alten zu tun, das heißt hier mit der „brauenden Bürgerschaft“ und ihrem noch bestehenden Verbotungsrechte. Da dessen Aufhebung jedoch binnen kurzem zu erwarten war, einigte man sich unter Vermittlung des Rates gütlich. Die 3 Unternehmungslustigen pachten 1866 das Braurecht von der Braugenossenschaft für jährlich 120 Taler unter gewissen Bedingungen. Sie haben das einfache Bier z. B. zu dem niedrigsten Preis zu liefern, der in den Brauereien im Umkreise einer deutschen Meile gilt, die Braugenossenschaft verpflichtet sich dagegen, dass in den drei Reiheschenken zu bringende Bier, das Schützenbier und anderes, bei Jahr- und Viehmärkten auszuschenkende, bei jenen zu kaufen, wenn es gut sei. Die Geschäftseröffnung fand am 24. Dezember 1866 statt. Sechs Jahre später ging die Brauerei auf ein Konsortium über und erhielt den Namen „Aktien-Bierbrauerei zum Bergkeller“. In der ersten Generalversammlung wurden verschiedene Neuanlagen beschlossen, am 24. April 1872 wurde der Grundstein zu der neuen Aktienbrauerei gelegt, einige Jahre darauf im Karswalde eine eigene Wasserleitung hergestellt. 1885 ging diese Brauerei an eine neue Aktiengesellschaft über, jetzt als „Radeberger Exportbierbrauerei“, ein Mittel zur Sanierung der finanziellen Lage. Diese gelingt im nächsten Jahre durch die Geraer Bank. Von einer dauerhaften Gesundung kann freilich noch immer nicht gesprochen werden, 1895 hatte sie ½ Millionen Unterbilanz. Die alten Aktien wurden zusammengelegt (5 zu 1) und für 2 Millionen neue ausgegeben.

Von jetzt an wirft sie aber wieder Gewinn ab, 1897 schon über 350.000 Mark. Der Absatz wuchs weiter, das Grundkapital konnte 1898 um 1 Million erhöht werden. Umfangreiche Neubauten erforderten weitere Mittel, 1899 wurden dazu für 1,4 Millionen neue Aktien herausgegeben. 1903 jedoch erwarb eine Berliner Aktiengesellschaft das gesamte Aktienvermögen und trat in Liquidation. Da endlich setzt unter Leitung des Herrn Brüne, der als Anerkennung für seine wirtschaftlichen Leistungen später den Titel „Kommerzienrat“ erhielt, der dauernde Gesundungsprozess ein. 1910/11 steigt der Umsatz stark, am 30. August 1912 konnte der Ausstoß des 200.000. Hektoliters gefeiert werden. Das „Radeberger Pilsner“ wurde bis nach der „Neuen Welt“ ausgeführt.

Am 1. Juli 1880 gründete eine Frau Zeis, die mit ihrem Ehegatten das „Graue Vorwerk“, das Gut Heinrichsthal erworben hatte, dort eine Lehrmeierei. Diese hat sich jedoch nicht lange gehalten. 1886 geriet sie in Konkurs, trotzdem sie auf Ausstellungen mehrere Medaillen für ihre Waren erhalten hatte. Das Ehepaar Zeis, wohl unternehmend und geschickt, doch geschäftsmoralisch nicht einwandfrei, verschwand unter Mitnahme von 100.000 Mark. Eine Konkursverwaltung wurde eingesetzt, in deren Auftrag Herr Albert Linke aus Helmstedt, bisher dort Buchhalter, den Meierei-Betrieb weiterführte. Er leitete ihn auch, als die Herren Schmutzler und Richter in Radeberg Heinrichsthal erworben hatten und die Molkerei an Herrn Prinz verpachtet war. 1904 entschloss er sich, sie selbst zu kaufen, und der große Wurf gelang. Mit tatkräftiger Hilfe und klugen Beratung seines jüngeren Bruders, des Herrn Otto Linke, gelang es durch Unternehmungslust, Rührigkeit und Ausnutzung günstiger Konjunktur sowie wissenschaftlich-bakteriologischer Erkenntnisse, den Betrieb auf eine achtungsgebietende Höhe zu bringen. Eine feine Käseart, der „Heinrichsthaler Camembert“, wurde bald im In- und Auslande bis in den USA geschätzt. Vor dem ersten Weltkrieg betrug die Menge der täglich von Bauern der Umgegend nach Heinrichsthal gebrachten Milch 16-18.000 Liter, die Belegschaft 60-80 Personen.

Der Mechanikus Carl Barth aus Dresden, der bisher als Meister in der Nähmaschinenfabrik Clemens Müller, der ersten in Deutschland, gearbeitet hatte, siedelte 1874 nach Radeberg über, um sich hier selbständig zu machen, und begann im darauffolgenden Jahre mit der Herstellung von Nähmaschinenschiffchen seinen Fabrikbetrieb mit Dampfmaschinen. Ohne größere Störungen, in stetem Fortschreiten und unter ständigen Erweiterungen von den achtziger Jahren an gelang es ihm und seinen Nachfolgern, immer weiteren Absatz zu finden, nicht nur in den deutschen Nähmaschinenfabriken, sondern auch im Auslande, in den anderen europäischen Staaten sowie in Amerika, Indien, in allen Weltteilen. Er selbst leitete sein Werk bis zu seinem Tode im Jahre 1890, danach seine Witwe, Frau Wilhelmine Barth ebenfalls bis zu ihrem 1913 erfolgten Tode, seitdem die zwei Söhne dieses tüchtigen Elternpaares, Felix und Paul Barth. Die Belegschaft wuchs bis

zum ersten Weltkriege auf etwa 50 Personen. Rühmenswert war stets das Verhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft hier, weder durch Streiks, noch durch Aussperrungen jemals getrübt, aber verschönt durch häufige Zusammenkünfte bei allerlei Gelegenheiten, Sommerfeste, Wagenpartien dgl. Der „Gesangverein C. Barth“ hat hierzu beigetragen und jederzeit auch die freigebige Förderung seitens der Gefolgschaftsführung gefunden.

Im idyllischen Tal der Schwarzen Röder, vor den letzten Ausläufern der Kleinwolmsdorfer Straße⁹⁸, finden wir noch eine mit der Zeit groß gewordene Fabrikanlage, die ebenfalls Radebergs Namen in der Welt verbreitet hat, im Volksmund die Kokosmattenfabrik genannt. Sie wurde im Jahre 1861 als „Kokosweberei“ von Herrn Wilhelm Wagenknecht begründet. 1886 übernahm das Unternehmen als Erbe Herr Paul Wagenknecht und führte es bis zu seinem 1910 erfolgten Tode, worauf es zunächst von den Erben weitergeführt wurde. Im April 1911 trat Herr Paul Vögler in die Firma ein, die nun „Wagenknecht und Vögler“ hieß. 1914 gliederte sie sich das Unternehmen eines Herrn Ostmann in Dresden an und führte nun den Titel „Vereinigte Kokosteppich-Fabriken Wagenknecht und Vögler“. 1886 besaß die Fabrik eine Materialverarbeitung von 150.000 kg, 1911 von 760.000, der Umsatz belief sich in dem erstgenannten Jahre auf 100.000 Mark, 1911 auf 670.000. Die Gefolgschaft zählte im letzten Friedensjahre 125 Personen. Ihre Waren blieben zum größten Teile im Deutschen Reiche, 20 % aber wurden ins Ausland exportiert, und zwar besonders nach Skandinavien, den deutschen Kolonien, Südafrika, Südamerika und asiatischen Ländern. Eine besondere Auszeichnung errang das Unternehmen 1895 auf der Deutsch-Nordischen Handels- und Industrieausstellung in Lübeck durch eine Goldene Medaille. Nennenswerte Störungen durch Streiks oder Aussperrungen hat der Betrieb nicht erlitten.

Besonders reich an neuen Niederlassungen überhaupt industrieller Anlagen, Ladengeschäften, Gaststätten und dergleichen waren die 60er Jahre. 1862-65 kamen auf 1.000 Einwohner im Durchschnitt 12,56, dann nehmen sie wieder ab (1887 nur knapp 5). Mit solchen Unternehmen stärkte Radeberg den Charakter Sachsens als eines Exportlandes, wenn sich unser Land überhaupt zum ersten Industriestaat des Deutschen Reiches erhob, hat unsere Heimatstadt ihr reichliches Teil dazu beigetragen.

8.6 Arbeitskämpfe

8.6.1 Streiks und Aussperrungen

Endlich muss noch einer Erscheinung des modernen wirtschaftlichen und sozialen Lebens gedacht werden, die zwar unerfreulich, aber charakteristisch für unsere Zeit ist, der Arbeitskämpfe.

Nachdem unsere wenn auch kleine Heimatstadt nun einmal zur ausgeprägten Industriestadt geworden war, werden wir nicht erwarten, dass wir von solchen hier verschont geblieben sein würden. Trotz sozialer Gesetzgebung und Schiedsgericht haben natürlich auch in Radeberg die Arbeitnehmer versucht, durch Arbeitseinstellungen, Streiks, ihre Forderungen durchzusetzen, wie andererseits die Arbeitgeber zum Teil versuchten, ihren alten patriarchalischen Einfluss zu verteidigen. Wir wollen nur aus den letzten Jahren die erwähnenswerten Arbeitskämpfe verzeichnen, wie sie ein Aktenstück unseres Stadtarchives zusammensetzt. Sie geben ein Bild der verschiedenen Streitpunkte.

Ende November 1898 werden in der Glasraffinerie von Großmann⁹⁹ 8 Maler ausgesperrt wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem sozialdemokratischen Malerverband und Belästigungen anderer Arbeitskollegen, die jenem noch nicht angehörten, die genannte Organisation wird also noch nicht als berechtigt anerkannt. Im Sommer 1899 streiken 6 Arbeiter in der Maschinenfabrik Richter & Weise, doch nur als Bezeugung ihrer Sympathie mit Arbeitsgenossen in Leipzig. Der Betrieb litt keinen wesentlichen Schaden, innerhalb von 14 Tagen waren andere eingestellt. Das Jahr 1900 brachte zwei Streiks in der Exportbrauerei. Hier traten 18 Mann wegen der Entlassung eines sozialdemokratischen Arbeitskollegen in den Ausstand, der sich dem Direktor gegenüber ungebührlich betragen hatte, nach 2 Tagen gab der Entlassene seine Verfehlung zu, worauf die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Bald darauf legten 30 Böttcher die Arbeit nieder, weil die Direktion die Organisation nicht anerkannte und mit einer auswärtigen Abordnung nicht verhandeln wollte. Hier wurde der Friede durch Nachgeben der Direktion wieder hergestellt. Handelte es

⁹⁸ Kleinwolmsdorfer Straße Nr. 51

⁹⁹ gemeint sein dürfte die Firma Grohmann & Comp., Fabrikstraße 13b (heutige Dresdener Straße 65)

sich bisher um Fragen grundsätzlicher oder ideeller Art: Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Verhandlung mit jenen, nicht nur mit den eigenen Arbeitern, so fehlten doch auch Kämpfe um bessere Arbeitsverhältnisse nicht. Bei einem Bauunternehmer streikten nach einigen ruhigen Jahren 9 Mann, um einen Stundenlohn von 33 statt 32 Pfennigen und eine tägliche Arbeitszeit von 10 statt 11 Stunden zu erreichen. Wie muten uns jetzt diese Zahlen an! Schon nach 2 Tagen wurde die erste Forderung zugestanden, die zweite allerdings so lange nicht, ab die übrigen Unternehmer nicht auch diese Zeitverkürzung einführten. Ein größerer Streik entstand bald darauf bei 1 anderen Baumeister (Kühn¹⁰⁰), wo 62 Personen 2 ½ Wochen lang nicht zur Arbeit erschienen, weil ihnen nicht 36 Pfennig statt 32 und 34 Pfennig und nicht 10 statt 11 Stunden Arbeitszeit gewährt wurden, schließlich setzten sie damit den Zehnstudentag und die Lohnerhöhung von 32 auf 34 und von 34 auf 36 Pfennige durch.

Im Jahre 1905 streikten bei Eschebach 100 Tischler 10 Tage lang mit dem Erfolg, dass ihnen ebenfalls eine Lohnerhöhung bewilligt und zugesagt wurde, über eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 ½ Wochenstunden am Anfange des nächsten Jahres zu entscheiden. Die 57 ½-Stunden-Woche bestand schon in dem Dresdner Eschebachschen Werke, und die Leitung des hiesigen war auch dafür gewesen, so dass also für das nächste Jahre auch dieser Fortschritt hier zu erwarten war. Das Baugewerbe hatte eine besonders unruhige Zeit. Vom 29. Mai 1905 an sperrten alle sechs hiesigen Baumeister sämtliche organisierten Maurer und Zimmerer aus, und zwar vor allem wegen „übermäßigen Lohnforderungen“, mehr als 36 Pfennige zu geben sei unmöglich, ferner, weil sich die Maurer weigerten, auf einem Bau Hilfsarbeit gelegentlich gegen Hilfsarbeiterlohn zu verrichten. Am 1. August kam endlich ein Vergleich zustande, der den Maurern eine allgemeine Lohnerhöhung von 36 auf 38 Pfennige, den Hilfsarbeitern eine solche von 28 auf 30 Pfennige brachte. 1906 sperrte die Firma Eschebach 97 Metallarbeiter aus, allerdings nur, weil der Metall-Industriellen-Verband gelegentlich eines Streiks bei Biesolt & Locke, Meißen, bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit durchsetzen wollte. Darauf traten noch andere Arbeiter hier in den Streik. Die Meißner Arbeiter aber gaben nach, worauf Aussperrung und Streik auch hier gegenstandslos geworden waren, alle Ausgesperrten und Streikenden wurden wieder eingestellt. Bei Baumeister Gneuß¹⁰¹ waren die Löhne ohne Gewaltanwendung mittlerweile auf 40 Pfennige gestiegen, nach kurzer Zeit verlangten die Maurer 46 Pfennige, eine trotz der für unsere Begriffe niedrigen Zahl doch damals ungewöhnliche Forderung. Sie wurde durch einen vierzehntägigen Streik von 48 Arbeitern verfochten und erreichte wenigstens eine kleine Lohnerhöhung und das Versprechen, dass von 1911 (!) an täglich nur 9 ½ Stunden gearbeitet werden solle. 14 Schuhmachergehilfen stritten in diesem Jahre um größere persönliche Freiheit, sie wollten nicht mehr an die Wohnung des Meisters gebunden sein, sie setzten außer einer Lohnerhöhung auch das Recht durch, außerhalb des meisterlichen Hauses wohnen zu dürfen. Wenige Jahre später gelang ihnen nach einem abermaligen Streik noch eine kleine Lohnaufbesserung. 26 Arbeiter der Pressspundfabrik streikten 3 Tage lang, um das Aushängen eines früher bewilligten Lohntarifs durchzudrücken, eine Forderung, die wohl kaum eine Arbeitsniederlegung wert war, und dabei erfolglos. Hier spüren wir wohl in der Hauptsache eine gewisse gegenseitige Gereiztheit. Ein Streik in der Feilenfabrik im April 1907 hatte einen wegen Maschinenverbesserungen vorgenommen Lohnabzug zur Ursache, er wurde durch eine allgemeine Lohnerhöhung bald beigelegt, je nach Art der Arbeit um 2 bis 8 Pfennige, z. B. von 24 (!) auf 32 Pfennige. Im April 1910 entbrannte ein Kampf im ganzen deutschen Baugewerbe. In Radeberg und Ullersdorf wurden 214 Bauarbeiter ausgesperrt. Dieser Fall war auch seiner Dauer nach ungewöhnlich, die Aussperrung dauerte vom 15. April bis zum 16. Juni. Die Arbeitgeber forderten neue Tarife mit zentralem Abschluss, für jeden Ort bindend, und erreichten ihr Ziel nach dem Eingreifen eines Schiedsgerichtes in Dresden, eine Lohnerhöhung wirkte dabei versöhnlich. Mehr Verdienst und weniger Arbeitszeit suchten auch 96 Personen in 3 Möbelfabriken zu gewinnen, trotz ziemlich viermonatigen Streiks hatten sie nur einen geringen Erfolg. Das Jahr 1910 war in Anbetracht dieser Kämpfe in unserer Industrie ein besonders lebhaftes. Das folgende verlief wieder ruhiger, nur bei Richter & Weise streikten 20 Leute um eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung, nach einer Woche wurden ihnen 5 % zugestanden. Man stand schon auf dem Standpunkt, dass man mehr fordern müsse, als man eigentlich wollte bzw. glaubte erreichen zu können, um wenigstens das Erhoffte zu erlangen. Das Jahr 1912 brachte nach dieser Ruhezeit wieder umso mehr Kämpfe und alle in der 2. Hälfte. Im Juli erringen die Arbeiter der Spundfabrik durch zweitägigen Streik eine Lohnerhöhung von 10 % und

¹⁰⁰ Röderstraße 10

¹⁰¹ Talstraße 2

eine Verkürzung der Arbeitswoche um 1 ½ Stunde. Ebenfalls 2 Tage dauerte es bei den Malern und Anstreichern, um eine kleine Lohnerhöhung und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um ½ Stunde zu gewinnen. Die Glasschleiferei Fröhlich¹⁰² setzt im August die Akkordlöhne herab, worauf 34 Mann mit einem Streik antworten, die früheren Löhne und zugleich eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit erreichen, beides wird ihnen schon am 2. Tage bewilligt. Nur 1 Tag brauchten 106 Brauer, um die Entlassung eines Verschrotingsbeamten auf 14 Tage durchzusetzen, der sich an einem Hilfsarbeiter tätlich vergangen hatte. In demselben Monat (November) gewannen durch dreitägigen Streik 50 Mann im Hartglaswerk Petrich eine kleine Lohnerhöhung und ½ Stunde Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Im April 1913 erreichten 96 Leute bei Eschebach eine Erhöhung von 2 bis 3 Pfennigen. Im Dezember entbrannte wieder bei Petrich ein Kampf, diesmal um die Wiedereinstellung von 3 Arbeiterinnen, die freiwillig ihre Arbeit niedergelegt, sich dann anders besonnen hatten, aber nun nicht gleich wieder angenommen werden sollten, jetzt ging die Werkleitung darauf ein und stellte sie wenigstens in einem anderen Betriebszweig mit geringerem Lohn ein. Im Jahre 1914 streikten 20 Mann in der Wagenfabrik von Heuer, um die Weitergewährung eines Akkordlohnes der in Stundenlohn umgewandelt werden sollte, durchzusetzen, dies wurde auch gewährt, doch nur mit einer Herabsetzung der Akkordlöhne. Im Mai und Juni suchten bei Petrich 27 Mann die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters durch Streik zu erkämpfen. Sie gehörten zu dem sozialdemokratischen Verband, andere schlossen sich dem Streik nicht an, es war also hier eine Partei-Machtprobe, und so blieb die Leitung fest, stellte den Entlassenen nicht wieder ein, nahm aber nach 3 Wochen 10 von den Streikenden wieder an, während die übrigen inzwischen andere Arbeit gefunden hatten. Im Allgemeinen lässt sich demnach feststellen: Wir haben in Radeberg bis auf wenige umfangreichere und länger währende Arbeitseinstellungen meist kleinere und kürzere. Es ging um Anerkennung der Arbeiterorganisationen, auch der Sozialdemokratischen Partei, zumeist aber um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, worin die Arbeiter den Erfolg gehabt haben, sich allmählich, dem Geist der Zeit sowie den steigenden Lebenshaltungskosten entsprechend, etwas hinaufzuschrauben. Manchmal haben sie schon durch bloße Kündigung einen Vorteil erreicht, manchmal wurde ihnen auch durch das Wohlwollen der Arbeitgeber freiwillig eine Besserung ihrer Lage gewährt. Viele Fabriken haben überhaupt keinen Streik erlebt. Zu Unruhen und Gewalttätigkeiten ist es nie gekommen.

8.6.2 Kameradschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Es würde überhaupt ein falsches Bild von dem hier herrschenden Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geben, wenn wir nur die Beispiele von Gegensätzlichkeiten anführen wollten. Als Gegenstücke zu diesen können auch manche Beispiele von einem guten Verhältnis zwischen diesen beiden Teilen dienen. Herr W. Rönsch machte zur Friedensfeier 1871 eine Illumination der Fabrik und einen Fackelzug von der Fabrik durch die Stadt. 1873 brachten ihm die Arbeiter der Vereinigten Hütten ein Musikständchen mit einem Buntlaternenzug, wofür er ihnen am anderen Tag ein Tänzchen veranstaltete. Bei der Vermählungsfeier im Hause Rönsch ehrte das Personal seinen Führer am 1. August 1887 wieder mit einem Gaslaternen- und Fackelzuge. In den 80er Jahren hielt Carl Barth mit seinem Personal und dessen Familien wiederholt Sommerfeste mit Bällen ab. Frohe Ereignisse in der Familie des Arbeitgebers werden oft von der Arbeiterschaft mit Bezeugungen ihrer Teilnahme begleitet. So veranstalten die Arbeiter von W. Hirsch 1887 bei der Hochzeit seiner ältesten Tochter einen Lampionzug mit dem Stadtmusikcorps. Schon die Saxonia hatte ihrer Arbeiterschaft Sommerfeste gegeben. Auch die Firmen Eschebach & Cmp. sowie Eschebach & Haußner veranstalteten 1889 ein solches. Nach Herstellung der 1000. Form erhalten am 27. Juli 1886 die Arbeiter der Glasformenfabrik Melzer & Jungrichter ein Abendessen. 1889 veranstaltet diese Firma zusammen mit Jungrichter & Ringel ein solches, und zwar aus einem ganz anderen Anlass, nämlich anstatt der sozialdemokratischen Maifeier, ähnlich 1890. In demselben Jahre ehren die Ziegeleiarbeiter vom Friedrichstal und Heinrichsthal ihren Chef, Herrn Schellmann, an seinem Geburtstag mit dem Geschenk eines prächtigen Regulators. Bei der Hochzeit des Abteilungsdirektors Crienitz mit der Tochter W. Hirsch in der Sächsischen Glasfabrik 1892 veranstalteten Arbeiter und Angestellte einen Lampionzug. Die Sächsische Glasfabrik Hirsch & Bedrich, M. & E. Hirsch sowie A. Geißler gaben am 9. Dezember 1900 dem Personal (80-100 Arbeiter) ein Fest mit Konzert, Vorträgen und Tanz zur Feier des vierzigjährigen Bestehens. Als Herr Max Mohn 1890 in seine Fabrik einzog, wurde er mit Fackeln, Bukett und Ansprache begrüßt. Im nächsten

¹⁰² Erste Radeberger Glasbiegerei, Hartglasfabrik u. Facettenschleiferei Max Fröhlich, Steinstraße 3

Jahre gab es gelegentlich einer Hochzeit bei W. Hirsch einen Aufzug der Arbeiter mit Musik und illuminierten Glaswalzen. 1892 gaben die Gebrüder Köckritz ihren Arbeitern im „Ross“ einen Ball, ebenso im folgenden Jahre W. Hirsch zum 20jährigen Bestehen der Fabrik. Konzert, Tafel und Ball vereinigten am 11. Dezember 1895 beim 35jährigen Bestehen A. Geißler mit seinen Arbeitern, von derselben Fabrik wurde 2 Jahre darauf ein Herbstfest mit allerlei Überraschungen gefeiert. Beim 10jährigen Bestehen gab auch die Patentfeilenfabrik Meyer, Focke & Cmp. ein Fest. Doch genug dieser Beispiele! Auch in anderer Weise zeigten manche Firmen ein freiwilliges Entgegenkommen gegen ihre Belegschaft. Z. B. bezahlten Hirsch & Bedrich 1889 „bis auf weiteres“ ihren Arbeitern alle Steuern und Abgaben. Manche bauten Arbeiterwohnungen, was bei dem herrschenden Wohnungsmangel sehr begrüßenswert war, so die Sächsische Glasfabrik. Auch Weihnachtsspenden wurden verteilt, wie bei Eschbach, die Vereinigten Eschbachschen Werke machten ihren Arbeitern zu Ostern 1897 ein Ostergeschenk von 20.000 Mark. Im Ganzen kann gesagt werden, dass trotz parteipolitischer Gegensätze, wie sie die Zeit mit sich brachte, hier in Radeberg das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein gutes war.

8.7 Gastgewerbe

Mit der durch die Entstehung so zahlreicher Betriebe steigender Bevölkerung wuchsen nun auch neue Gaststätten heran. Schon im vorigen Teile ist erzählt, wie Herr Gärtner jun. den „Goldenen Anker“ erwarb und seine Gasthofsgerechtigkeit an C. Fr. Eysoldt verkaufte, dieser sie aber auf sein Grundstück auf der Pulsnitzer Straße übertragen ließ. Das wird noch 1858 von F. Pommrich erworben und „Gasthof zum Weißen Ross“ benannt, später heißt es einfach „Zum Ross“ und ist besonders durch seinen Saal im gesellschaftlichen und politischen Leben unsrer Stadt wichtig geworden. 1888 kaufte es Schuhmachermeister Uhlemann, von diesem 10 Jahre darauf C. Hauswald. Die Schankwirtschaft in unserem schönen Rödertale, die Hüters- oder Hüthersmühle, wie man im 18. und 19. Jahrhundert noch schrieb, geht auf das Jahr 1859 zurück. Da übte ein C. Tr. Steglich den Schank aus, zunächst ohne Konzession. Diese erhielt er erst 1877, doch nur für einen Sommer. Seit 1870 schon war sein Schwager, Fabrikant Paufler, Mitbesitzer, von 1888 an alleiniger Inhaber. Er durfte nun die Gastwirtschaft das ganze Jahr über betreiben. Im Jahre 1900 erhielt Fr. Saalbach die Konzession, von nun an begann ein munterer Aufschwung des Unternehmens unter der rührigen Leitung der Saalbachs. Sie veranstalteten Konzerte, Vogelschießen, humoristische Vorträge, Sommerfeste, Kinderbelustigungen, stellten 1906 ein geliehenes Karussell auf, so dass die Gaststätte am großen Mühltich eine Art bunten, vergnügten Lebens wurde. 1909 wurde sogar eine damals viel benutzte Rodelbahn gebaut.

Am 31. Januar 1861 erhielt der Fabrikbesitzer Rönsch in einem neu errichteten Restaurationsgebäude die Konzession zu Schank- und Speisewirtschaft für sein Personal, das einer benachbarten Fabrik und alle sonstigen Leute, die mit diesen 2 Betrieben in mittelbarem Verkehr standen oder stehen würden. Im nächsten Jahre schon wurde die Schankerlaubnis unbeschränkt, dazu die Abhaltung von Tanzvergnügen gestattet. Mitte der 60er Jahre errichteten die „Vereinigten Radeberger Glashütten“ eine Gaststätte ein und verpachteten sie an einen gewissen Hentzschel. Das war die Restauration „Zur Glasfabrik“ oder das „Glashüttenrestaurant“ (erst seit 1934 „Zum Grünen Baum“ benannt)¹⁰³. Bald darauf erhielt der „Neue Anbau“ oder das Fabrikviertel eine weitere Wirtschaft, J. A. Krostag errichtete sie 1867. 1876 erbaute er hinter seinem Hause ein Saalgebäude zur Abhaltung von Konzerten und Tanzvergnügen, wozu er allerdings nach wiederholter Ablehnung zuerst nur beschränkte Erlaubnis bekam. 1878 heißt dieses Konzert- und Tanzlokal „Albert-Salon“¹⁰⁴. 1889 wurde durch Kauf von Krostag jun. W. Micklich der noch gut bekannte Inhaber dieser Gaststätte.

Zu derselben Zeit, der Zeit des Norddeutschen Bundes, entstand an der Bahnhofstraße¹⁰⁵ ebenfalls mit einem Saale der „Norddeutsche Hof“ (1867). Später, vermutlich nach der Gründung des Deutschen Reiches, änderte man den Namen ab in „Deutsches Haus“. Der erste Inhaber war R. Kaubisch. 1872 trat an der Pulsnitzer Straße¹⁰⁶ Schurigs Bierhalle ins Leben, eine äußerlich unscheinbare Gaststätte, aber ausgezeichnet

¹⁰³ *Fabrikstraße 23 (heutige Dresdener Straße 34)*

¹⁰⁴ *Fabrikstraße 33 (spätere Dresdener Straße 22, abgerissen)*

¹⁰⁵ *Bahnhofstraße 17*

¹⁰⁶ *Pulsnitzer Straße 21 (heutige Pulsnitzer Straße 24)*

durch eine Sammlung von Altertümern und bald von großer Beliebtheit. 1875 baute C. H. Fiedler, der schon zur Zeit der Wohnungsnot 1871-73 in der Stolpener Vorstadt mehrere Gebäude errichtet hatte, in der Ecke zwischen Stolpener- und Kleinwolmsdorfer Straße¹⁰⁷ ein neues Haus zu Restaurations- und Übernachtungszwecken und erhielt nach wiederholter Ablehnung die Genehmigung dazu für den Tag, an dem er noch ein Stallgebäude errichtet haben würde. Vom 13. Januar 1876 an erhielt er vorerst wenigstens den Bierschank, im Juni nach Fertigstellung des Stalles die volle Konzession. Das neue Gasthaus nannte er stolz „Reichskrone“. Doch wollte das Geschäft nicht recht zur Blüte kommen und wechselte oft den Besitzer.

An der Stelle eines Reitplatzes, der nach Verlegung unserer Garnison nicht mehr gebraucht wurde, des ehemaligen Apothekergartens, erhob sich 1879 der Gasthof „Zum Sächsischer Reiter“¹⁰⁸. Erster Inhaber war Herr Menzel. Auch hier erfolgte häufiger Wechsel im Besitz.

Zu derselben Zeit richtete an der oberen Pirnaer Straße¹⁰⁹ ein Herr Karl Werner eine Gastwirtschaft ein, die nach einem stattlichen Neubau im Jahre 1897 den Namen „Gambrinus“ empfing.

Die „Sächsische Glasfabrik“ erhielt im Jahre 1888 Erlaubnis zur Einführung eines Kantinenbetriebes mit der Bedingung, binnen Jahresfrist ein besonderes Gebäude für Restaurationszwecke zu errichten. Infolge widriger Umstände kam es erst 1897 zur Ausführung dieses Vorhabens, dann entstand als allgemeines Gasthaus das „Zur Sächsischen Glasfabrik“ an der Güterbahnhofstraße¹¹⁰, womit die bisherige Kantine zu bestehen aufhörte.

Draußen am Wege nach Pulsnitz in der alten Ratsziegelei errichtete W. Rasche 1892 eine Wirtschaft, die später Herr Gumlich erwarb¹¹¹. Die meisten dieser Gründungen stammten also aus den 70er, wenige aus den achtziger Jahren. Das nächste Jahrzehnt bringt neuen Zuwachs. An der Niederstraße, Ecke Wasserstraße¹¹², besaß Fr. Schulze eine Töpferei, die ihm aber abbrannte. Da nun das Töpfergewerbe nicht viel einbrachte, errichtete er 1892 ein Wohngebäude mit Restaurationsräumen im Erdgeschoss, das er „Zum Sächsischen Kronprinzen“ nannte. Ein späterer Pachtinhaber der Gastwirtschaft, Kießling, änderte 1904 den Namen in „Amtshof“. Daneben auf der Niederstraße¹¹³ hatte zuvor ein gewisser Kreyer die volkstümlich so genannte „Kachelschänke“ betrieben.

Im Jahre 1896 ersteht der stattliche Kaiserhof¹¹⁴ mit einem schönen Saale, der unzähligen Stiftungsfesten, Theatervorstellungen, Konzerten, wissenschaftlichen und politischen Vorträgen eine vornehme Stätte gewährt hat. Am 24. August 1896 wurde er eingeweiht.

In einem anderen Stadtteil erbaute Baumeister Haufe von Dürrröhrsdorf in den Jahren 1897/98 den schönen Lindenhof¹¹⁵. Die Konzession zum Schank- und Speisebetrieb übte er nicht selbst aus, da ihm seine Frau starb, sondern ließ sie auf den Fleischer Berger aus Langebrück übertragen. Nach mehreren weniger bekannten Inhabern wurde A. Dietz Besitzer und Wirt dieser Gaststätte.

1897 wurde das Eckhaus an der Haupt- und Röderstraße erbaut mit der Gastwirtschaft „Deutsche Eiche“¹¹⁶, die Konzession einer kleineren wurde von dem gegenüberstehenden, jetzt Arechtschen Haus¹¹⁷, auf den Neubau übertragen. Die Gründungen des neuen Jahrhunderts wollen wir nicht weiter verfolgen.

Doch mögen einige kleinere Gastwirtschaften, die sich ja manchmal auch größerer Beliebtheit erfreuen, noch Erwähnung finden, besonders aus den 60er Jahren. So erhielt die Schankkonzession 1862 der Beutlermeister oder Handschuh- und Mützenmacher Voigt 1862 auf der Dresdner Gasse, Göhler und Pfützner

¹⁰⁷ Kleinwolmsdorfer Straße 12 (heutige Kleinwolmsdorfer Straße 2)

¹⁰⁸ Oberstraße 16, abgebrannt 2003, Abriss 2004, heute Parkplatz Oberstraße

¹⁰⁹ Pirnaische Straße 2 (heutige Pirnaer Straße 3)

¹¹⁰ Güterbahnhofstraße 14

¹¹¹ zunächst „Zur Hoffnung“ benannt, Pulsnitzer Straße Kat. Nr. 358, später „Zum Heiteren Blick“, dann „Heiterer Blick“, Kamenzer Str. 358 (heutige Kamenzer Str. 20)

¹¹² Niederstraße 7

¹¹³ Niederstraße 8 (später „Biertunnel“, abgerissen)

¹¹⁴ Dresdener Straße 23a (heutige Hauptstraße 62)

¹¹⁵ Friedrichstraße 28 (heutige Dr. Rudolf-Friedrichs-Straße 32)

¹¹⁶ Röderstraße 1

¹¹⁷ müsste Arendt heißen, Dresdener Straße 26, 1910-27 Nr. 30, dann Hauptstraße 52, abgerissen)

1866 auf der Obergasse¹¹⁸, 1867 Seidel, Ecke Dresdner und Kirchgasse¹¹⁹, Rößler, Obergasse¹²⁰ und Sobe, Bahnhofstraße¹²¹ die Schankkonzession. E. E. Schramm erhielt 1865 vom Königlichen Postamt die Haltung der „Passagierstube“ am Markt neben der Tanne zur Bewirtung der Postreisenden. Auf der Stolpener Straße gründete in dieser Zeit der Fleischer Herr Pommrich eine Wirtschaft¹²². In den 80er Jahren betrieb Reinicke, Markt 18, eine solche, auf der Mittelstraße der Nagelschmied Anders¹²³. Dazu kamen einige Weinstuben in den 60er Jahren, früher oder später (Hahn, Höfgen, Petzold, Fickler, Ehrlich). Viele Gesuche werden dabei aus Mangel an Bedürfnis abgewiesen, 1862 war die Zahl der Wirtschaften auf 6 beschränkt worden.

Neben der schon 1846 entstandenen Herberge für wandernde Handwerksburschen wurde in unserer Zeit eine weitere gegründet und beide konnten nebeneinander bestehen. Die alte in der Berggasse 3 leitete ein Herr Domsch bis zu seinem Tode 1877. Ein August Winkler hatte nun auf der Stolpener Straße¹²⁴ eben zu demselben Zwecke ein großes neues Haus errichtet, mit 25 Betten versehen und um die Konzession nachgesucht. Der Rat gestattete zunächst Frau Domsch ihre Herberge weiter zu führen, gab dann aber auch Winkler die gewünschte Konzession. 1887 verkaufte Frau Domsch ihr Haus an einen M. Schneider, der nun die Konzession ebenfalls haben will. Aber im Jahre zuvor hatte der Stadtmissionsverein gerade auf der Pulsnitzer Straße in dem Hause, das dann Herr Köckritz kaufte¹²⁵, eine „Herberge zur Heimat“ gegründet. So war die Frage, ob hier 3 Herbergen neben einander bestehen können. Die Innungen, darüber befragt, erklärten in ihrer Mehrheit eine dritte mindestens für unnötig, und so weist der Rat Schneiders Gesuch ab. Die alte Herberge ging darauf ein. Die Winklersche erwarb später Herr Kuschel, der sie „Zentralherberge“ nannte. Die Herberge zur Heimat zog, als Herr Köckritz die Räumlichkeiten für seinen Betrieb brauchte, auf die Neue Straße¹²⁶, wo sie von Hausvater Meinasz lange trefflich geführt wurde. Dieser richtete hier auch den ersten Arbeitsnachweis ein, im Anfang der 90er Jahre (s.a. Pkt. 6.10.).

Doch nun wollen wir auch gleich noch einen Blick auf das Geschick unserer alten Gaststätten werfen. Von alters her hatte auf dem Rathause die volle Gasthofsberechtigung geruht, konnte aber aus Raumangel nicht recht ausgenutzt werden. So dachte der Rat, jetzt an einen Ausbau. Nach einem Gutachten des Landbaumeisters Canzler soll wenigstens ein größerer Saal gebaut werden. Die Stadtverordneten erklären sich 1863 mit diesem Plan einverstanden, er soll 7500 Taler kosten. Man dachte zuerst an die Ausgabe von Stadtschuldscheinen, dann aber wurden bei der Sparkasse 5700 und beim Kirchenärar 1100 Taler entliehen. Nun entsteht der neue Saal, mit dessen Einbeziehung 1864 der bisherige Ratskellerpächter Kaubisch einen neuen Pachtvertrag mit der Stadt abschloss.

Damit schwand wieder ein Stück der alten Zeit, nämlich die alten Fleischbänke. Die Stadt will sie abrechen, die Fleischerinnung legt erst Rekurs ein, so dass die Rechtsfrage nach dem Verlangen der Kreisdirektion erst geklärt werden soll. Bald aber kommt es zu einer gütlichen Einigung, indem die Fleischer gegen eine Entschädigung von 125 Talern, auf alle Ansprüche auf den Grund und Boden verzichten. Der zweite Gasthof unserer Stadt, der in Privatbesitz war, der „Goldene Anker“, hat immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und den Besitzer besonders häufig gewechselt. Als Herr E. Gärtner das Haus gekauft hatte mit der Schankberechtigung und der zum Speisebetrieb, die Garküche, auf seinen Sohn übertragen wollte (1868), war zwar der Rat ohne weiteres dazu bereit, aber die Kreisdirektion stand in dieser Zeit gerade auf dem Standpunkt, bestehende Konzessionen lieber einzuziehen als weiter zu erteilen, schließlich wurde die Genehmigung aber noch erteilt. 1875 wurde das Haus neu gebaut. Wie schon erwähnt (Teil III – Pkt. 7.3.6), wurde 1883 der Name dieser Gaststätte in „Stadt Dresden“ umgewandelt. Im Jahre 1904 wurde Frau Clara Zeibig Besitzerin, deren Sohn Max Zeibig uns als Dichter und Schriftsteller bekannt ist, er hat auch unsere Realschule besucht. 1906 stieg die Bedeutung des Gasthofes durch den Anbau eines Saales, der für kleinere

¹¹⁸ vermutlich Oberstraße 12

¹¹⁹ vermutlich Hauptstraße 17 (spätere Hauptstraße 12)

¹²⁰ vermutlich Oberstraße 36

¹²¹ vermutlich Bahnhofstraße 16

¹²² vermutlich Stolpener Straße 23 (spätere Stolpener Straße 6, abgerissen)

¹²³ Mittelstraße 11

¹²⁴ Stolpener Straße 23 (spätere Stolpener Straße 6, abgerissen)

¹²⁵ Pulsnitzer Straße 12 (heutige Pulsnitzer Straße 41)

¹²⁶ Neue Straße 6 (heutige Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 6)

Vereinsversammlungen und Festlichkeiten eine willkommene Stätte bot, besonders nach einer Vergrößerung und Verschönerung. 1894 erstand das neue Schützenhaus¹²⁷, am 27. Dezember eingeweiht, das als besonders stattliches Gebäude den von Großröhrsdorf oder Pulsnitz kommenden Fremden einen schönen, einladenden Anblick bietet, sein Saal besonders, der größte unserer Stadt, hat in unserem geselligen, künstlerischen und politischen Leben die Hauptrolle gespielt. 1868 erwarb R. Würdig das Gut Heinrichsthal und bat nun auch um Schankkonzession, wie die früheren Besitzer sie gehabt hätten. Er erhielt sie auch, aber gegen das Doppelte der bisherigen jährlichen Gebühr, 15 statt 7 ½ Taler. Wir dürfen also vermuten, dass der Verkehr dort erfreulich gestiegen war. Es scheint so geblieben zu sein, denn die nächsten Pächter, 1880 und 1882, zahlen wieder 45 Mark. Der Pächter von 1882, W. Menzel, begann auch den Felixturm zu bewirtschaften. Im nächsten Jahre folgte der den Älteren von uns noch wohl bekannte Ökonomiepächter Franz Günther. 1899 hatte dieser 60 Mark „Canon“ zu entrichten, der Besuch war unter seiner Bewirtschaftung wohl wieder gestiegen. Günther führte auch die Speisewirtschaft ein, was einen weiteren Fortschritt bedeutete.

Im Anfang unserer Periode gab es auch im Gastwirtsgewerbe noch Konkurrenzkämpfe nach alter Art. So wenden sich 1863 die Gastwirte Hustig (Grüne Tanne) und Pomrich (Ross) an den Rat mit der Bitte, das Ausspannen fremder Lohnkutscher und anderer Geschirrführer von Pulsnitz und Kamenz auf dem Bahnhofe und bei einigen Privatleuten abzustellen. Sechs hiesige Fuhrleute fühlen sich dadurch ebenfalls beeinträchtigt und schließen sich dieser Beschwerde an. Sie erreichen allerdings nur eine Bitte des Rates an die Bahnhofsverwaltung, Verkehrsstörungen durch das Auffahren der fremden Fuhrleute vor dem Eingange des Restaurationsgebäudes abzustellen, was die Bahnhofsinspektion auch zusagt. Gegen das gelegentliche Einstellen von Pferden im Poststallgebäude und bei Privaten geschieht nichts, weil die beschuldigten Personen ebenso wie die Postverwaltung erklärten, kein Stallgeld verlangt zu haben.

Für Gastwirte, die Saalinhaber waren, spielte nun auch die Abhaltung von Tanzvergnügen, bald durch vorausgehendes Konzert veredelt, eine wichtige Rolle. Es ergab sich dabei bald, dass eine polizeiliche Regelung unvermeidlich war und dabei ziemlich schmerzlos und sicher ein Zuschuss zu öffentlichen Kassen zu erzielen war. 1865 beschloss der Stadtrat, vom 1. Januar 1866 an für jede Tanzmusik in einem öffentlichen Lokale von Gesellschaften und Vereinen 15 Neugroschen für die Armenkasse zu erheben. Wer ein entbehrliches Vergnügen haben will, soll auch etwas für die tun, die manches Lebenswichtige entbehren müssen! Nur die Schützengesellschaft blieb davon befreit, weil sie von alters her von sämtlichen städtischen Abgaben befreit war. Als Endtermin öffentlicher Tanzvergnügen setzte man 1870 für den Sommer 2 Uhr und für den Winter 1 Uhr fest. Bald darauf schon sehen wir die Kreisdirektion auf strenge Einhaltung dieser Verordnung dringen, sie dürfte also ziemlich von Anfang an etwas locker gehandhabt worden sein. Wie oft durften nun Tanzvergnügen abgehalten werden? Gewünscht wurden sie natürlich jeden Sonn- und Feiertag. Doch die Behörde hielt auch hier Beschränkung für angebracht, ebenso eine gleiche Regelung für alle „Tanzwirte“. Jeder darf also an 2 Sonntagen im Monat Tanz abhalten, außerdem an Jahrmärkten und besonderen Festtagen. Gesuche um Genehmigung für jeden Sonntag, wie z. B. das einer Frau Fickler, die 1871 den „Norddeutschen Hof“ in Subhastation¹²⁸ erworben hatte, wurden von Rat und Kreisdirektion abgewiesen. 1872 wurde ein Tanzregulativ ausgearbeitet mit den Bestimmungen: Alle 14 Tage Tanz (also zum Teil auch an 3 Sonntagen im Monat!), bis 2 (nicht mehr 3) Uhr, der Anfang ist nicht vor 4 Uhr des Nachmittags, die Steuer beträgt 7 Groschen und 5 Pfennige. Anzeigen wegen Überschreitung der Polizeistunde und sogar unangemeldeter Abhaltung von Tanzvergnügen sind jetzt noch häufig. Die Art der Tanzmusik muss zum Teil als nächtliche Ruhestörung empfunden worden sein, daher wohl auch die Verfügung des Rates 1877, dass von 10 Uhr an der Gebrauch besonders lärmender Instrumente verboten ist. Ein Offizier unserer Garnison hatte den Antrag dazu gestellt. Mit der Tanzmusik schlüpfte glücklicherweise auch die Darbietung edlerer Musik in unsere Säle, indem vor dem Ball Konzert veranstaltet wurde. Da griff gleich Stadtmusikdirektor Rommel zu mit dem Gesuch zu, jährlich 12 Konzerte mit darauffolgendem Ball in hiesigen Sälen veranstalten zu dürfen, er wurde jedoch, wohl wegen der zusätzlichen Bälle, „in Ermangelung des Bedürfnisses“ abgewiesen.

¹²⁷ *Pulsnitzer Straße 24 (Pulsnitzer Straße 67)*

¹²⁸ *Zwangsversteigerung*

Im Jahre 1912 bauten die hiesigen Gastwirte auf einem freien Gelände an der Badstraße vor der Barthschen Fabrik eine Gastwirtsausstellung auf, ein besonderes Ereignis für unsere Einwohnerschaft, von der Stadt lebhaft gefördert, durch bare Zuschüsse, kostenlose Einrichtung der Wasserleitung, Ermäßigung des Wasserpreises auf die Hälfte des sonstigen Betrages. Diese Veranstaltung führte den Titel „Ausstellung für das Gastwirtsgewerbe, heimische Industrie und Kochkunst“. Sie wurde mit Interesse aufgenommen und gut besucht.

Bis in die 70er Jahre bestand noch der alte Reiheschank, die an Reihe befindlichen Stellen werden in der Zeitung bekannt gemacht.

8.8 Der Handel

8.8.1 Eingehen des Salzhandel-Privilegs

Auch in der Zeit der wirtschaftlichen Freiheit hat der alte privilegierte Salzhandel sein Dasein noch lange weiter gefristet. Noch werden die Preise behördlich festgesetzt, 1859 z. B. für 1 Zentner = 100 Pfund Zollgewicht auf 3 Taler 10 Groschen, 1 Pfund auf 1 Groschen, 1863 und 64 auf 3.18 bzw. 3.16. 1866 beantragt dann die Stadt die Einrichtung eines Salzschankes jenseits der Röder, da der Weg zum Rathause für die zahlreichen Arbeiter der „Fabrikvorstadt“ zu weit war. Die bisherige Salzschenke Kaubisch soll für diesen Ausfall an Verdienst bis zum Ablaufe des Pachtvertrages entschädigt werden, dann will der Rat die volle Freiheit des Salzhandels einleiten. Die 2. Verkaufsstelle wird 1868 eingerichtet. Durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes wird aber das ganze Salzmonopol aufgehoben. Während des noch laufenden Pachtvertrages erhält Kaubisch von 1868-70 jährlich Erlass von 25 Talern an seinem Pachtgelde, das 350 Taler betrug. Dann ist auch der Salzhandel freigegeben, und eine ganze Menge von Händlern bietet sofort das unentbehrliche Gewürz im freien Handel an.

8.8.2 Jahrmärkte, Viehmärkte, Wochenmärkte, Christmarkt – Preise

Unsere Jahrmärkte haben bis zur Gegenwart, wenn auch nicht mehr die alte wirtschaftliche Bedeutung, so doch ihre Volksbeliebtheit weiter genossen. Es ist freilich in neuer Zeit öfter erwogen worden, sie wegzulassen, nicht nur in Radeberg, hier z. B. 1892. Eine Anregung dazu ging schon 1880 von Chemnitz aus, blieb aber ohne Erfolg. Immerhin werden unsere Krammärkte um den Februarmarkt vermindert, von 1872 an haben wir nur noch 2, im April und Oktober, der Novembermarkt war auf den Donnerstag vor Burkhard¹²⁹ im Oktober vorverlegt worden. 1879 wurde eine neue Marktordnung eingeführt, die in der Hauptsache festlegte, was sich in den letzten Jahren bereits eingebürgert hatte. Es finden 2 Krammärkte, 6 Viehmärkte und allsonnabendlich Wochenmärkte statt. Erstere liegen auf dem Donnerstag vor Quasimodogeniti¹³⁰ und auf dem Donnerstag vor oder auf Simon und Judae, dem 28. Oktober, von Mittag 12 Uhr ab. Feilgehalten werden darf nur auf bestimmten Plätzen, die vor dem Verkauf gelöst werden müssen, in Buden oder offenen Ständen. Die Einzelheiten über die Aufstellung der Buden in Reihen, ihre Größe u. a. bestimmt ein Marktausschuss, dessen Anordnungen auch während des Marktes Folge geleistet werden muss. Ein Marktmeister hat sie durchzuführen. Die Buden und offenen Stände sind nach ihrer Länge zu bezahlen, bei einer Bude kostet der Meter 1,50 Mark, ein offener Stand kostet 10, 15, 18, 20 oder 25 Pfennige, einzelne auch mehr bis 60 Pfennige, „fliegende Restaurationen“ und Ausruferstände 75 Pfennige. Es bedurfte übrigens besonderer Genehmigung, alkoholische Getränke zu verkaufen. Es werden für größere Buden auch auf längere Zeit, meist auf 10 Jahre, Lösescheine ausgegeben, 1 Meter Front zu 1,50 Mark, so haben die Pulsnitzer Schuhmacher 30 Stände (1872). 1892 lösen 20 Mann 30 m lange Stände für 45 Mark wieder für 10 Jahre. Die Marktordnung von 1879 wird 1896 umgearbeitet und durch eine neue ersetzt. Der 2. Krammarkt wird hier auf den 4. Donnerstag im Oktober festgelegt. Die Buden selbst waren damals Eigentum des Zimmermeisters Moritz Kliemann, über 180 Stück. Dieser versorgte gegen Bezahlung durch die Verkäufer den Auf- und Abbau. Diese Aufgabe hat lange Zeit auf der Familie Kliemann gehaftet, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten und zeitweise Ausnahmen. Die Verkäufer erwerben die Buden auch zum Teil selbst. 1898 überlässt die Stadt den Verkäufern den ganzen Auf- und Abbau.

¹²⁹ *Namenstag für Burkhard ist am 18. Mai und am 14. Oktober, hier ist letzterer gemeint*

¹³⁰ *der zweite Sonntag nach Ostern*

Mehr als die Krammärkte haben hier die Viehmärkte Bedeutung gewonnen. Sie werden von 1872 an um 2 vermehrt, indem Mittwoch nach dem 10. Juni und Mittwoch vor Burkhard je einer eingeschoben wird, es sind nun 6. Der Pferde- und Schweineauftrieb nahm weiter zu, unter den Schweinen überwogen immer mehr die Jungschweine, manchmal waren nur solche da. Im Februar 1863 sind z. B. 424 Pferde, 666 Rinder, 455 Ferkel und 3 erwachsene Schweine auf dem Markt. 1870 ist die Zahl der jungen und erwachsenen Schweine zusammen auf 603 gestiegen, im April 1871 auf 798. Ausnahmsweise erscheinen im August 1871 einmal 46 Schafe, 1880 32 Lämmer. Das Standgeld betrug für 1 Pferd 1 Groschen 5 Pfennige, 1 Rind 1 Groschen, 1 großes Schwein 3 Pfennige, 2 kleine ebenso viel. Nach der Marktordnung von 1879 sind jährlich 6 Viehmärkte. Das Standgeld für Rinder wird jetzt auf 15 Pfennig erhöht. An den Viehmärkten dürfen hiesige Gewerbetreibende auch allerlei gewerbliche Ware feilhalten, auswärtige nur rohe Naturerzeugnisse und Waren, die von Hiesigen nicht feilgeboten werden. So auch noch in der Marktordnung von 1896/7. Diese bringt nun auch die Einrichtung des allmonatlichen Viehmarktes, was schon 1894 beschlossen worden war. Sie fallen auf jeden ersten Mittwoch des Monats, falls dieser ein Festtag ist, auf den zweiten. Das Standgeld beträgt jetzt für Pferde noch 15 Pfennige, für Rinder aber 20, Schweine 10 und Ferkel 5 Pfennige. Manche Unannehmlichkeiten, selbst ernstere Unfälle brachte bei den Viehmärkten das Mustern und Vorführen der Pferde auf freien Plätzen und Straßen mit sich. Da war es zu begrüßen, dass Herr Gastwirt Pommrich vom „Ross“ einen bestimmten Musterungsplatz für Pferde herrichtete (April 1881). Der Rat schloss dabei einen besonderen Vertrag mit ihm. Vom Februar 1889 an dürfen Pferde und Wagen überhaupt nur dort aufgestellt werden. Bei der Verdoppelung der Anzahl der Viehmärkte weisen die einzelnen nicht immer die Zahlen der früheren auf, bleiben aber im Ganzen recht erheblich. Der Auftrieb von Pferden und Rindern hielt sich meist zwischen 100 und 300. Nachdem der Pferdemarkt an eine besondere Stelle gebunden war, beantragte (1889) der Tannenwirt Franke, der Rat möge den Rindermarkt in seinen Hof verlegen, im Januar 1889 wird auch der entsprechende Vertrag mit ihm abgeschlossen. Er hat für die größtmögliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen, zahlt für 1 Rind 10 Pfennige an die Stadt, darf aber 20 Pfennige Standgeld erheben. Die Schweine blieben auf dem Marktplatze und durften von 1897 an nicht mehr in Gehöften aufgestellt werden. Von 1884 an waren im Jahre durchschnittlich 1.800 Rinder aufgestellt gewesen, danach verlangt die Stadt jetzt 180 Mark jährlich als Pauschalsumme. So kamen zum 1. Male im Juni 1890, die Rinder vom Markt weg. Jeder Viehhandel an anderen Stellen wurde 1898 verboten. Im Dezember und Januar können die Viehmärkte übrigens ausfallen. Die Zahl des Schweineauftriebes nimmt in dieser Zeit wieder etwas ab, nach Einführung der monatlichen Märkte bleiben sie meist unter 100, es kommen aber auch 149, 152 und 168 vor. Rinder werden in den Jahren 1890 bis 1894 auf dem hiesigen Markte 6.742 gezählt, also durchschnittlich 1.348 Stück, 1898 tritt der neue Tannenwirt, Herr Bekurs, in den von Herrn Franke mit der Stadt geschlossenen Vertrag ein.

Für die Stadtkasse waren die Viehmärkte ergiebiger als die Krammärkte, wenn auch nach den 60er Jahren, in denen ein Viehmarkt das Doppelte eines Krammarktes einbrachte, die Einkünfte der einzelnen letzteren überwogen. Die Einkünfte der Stadt von den 12 Viehmärkten betragen im Jahre 1898 334 Mark, das Stättegeld bei den Jahrmärkten hielt sich um diese Zeit meist unter 100 Mark.

Der in den zwanziger Jahren wieder eingeführte Wochenmarkt (s.a. Teil III – Pkt. 7.5.2) war mit der Zeit abermals eingegangen. Auf eine Anregung der Stadtverordneten hin wurde er am 5. Juli 1873 noch einmal eingeführt und wieder an jedem Sonnabend abgehalten. Man suchte ihn wohl noch dadurch zu beleben, dass dabei auch Vieh verkauft werden durfte, sogar mit der Erleichterung, dass vorläufig kein Stättegeld oder Standgeld dabei erhoben wurde. Hiesige Gewerbetreibende durften dabei beliebig ihre Waren feilbieten, auswärtige nur rohe Naturerzeugnisse oder Fabrikware, die von hiesigen nicht feilgeboten wurden, wie bei den Viehmärkten. Nach der Marktordnung von 1896 wird nun für Schweine und Ferkel dasselbe Standgeld verlangt wie an den Viehmärkten, sonstige Verkäufer sollen bis auf weiteres noch abgabefrei bleiben (von 1876 an). 1892 wird die Bedeutung der Wochenmärkte „gering“ genannt.

Endlich sei hier noch der Christmarkt erwähnt, der am Sonntag vor Weihnachten üblich war. Einige Gewerbetreibende wünschten jetzt noch an 2 Wochentagen Christmarkt, und so wurde ein solcher am 22. und 23. Dezember 1892 zum ersten Male abgehalten. Dabei dürfen nur hiesige Gewerbetreibende feilhalten. Den Anfang dazu bildete wohl eine Weihnachtsausstellung, die 1878 zum ersten Male im Rathaussaale mit sehr gutem Erfolg abgehalten wurde. In den ersten 3 Tagen wurden 6.000 Lose zu einer Warenlotterie verkauft.

Hier mögen noch einige Angaben über die Preise einiger der wichtigsten Lebensmittel Platz finden (s.a. Teil II – Pkt. 9.5.3 und Teil III – Pkt. 7.5.5).

In unserer Gegend kostete 1 Zentner Weizen im Jahre 1863 5 Taler 15 Groschen bis 6.5., Korn 3.20-4. 2., 1865 (in Radeburg) Weizen 4-20-4. 25 Groschen, Korn 3.12-3.15, Gerste 2.18-2.32, Hafer 1. 22-2.0 Taler, Haidekorn 2.24.-3.4. 1866 (Radeburg) Weizen 6.0, Korn 4.10-4.15, Gerste 3.10-3.15 Groschen, Hafer 1.23-2.2. 1874 werden 1000 kg = 1 Tonne Weizen in Dresden 96 Talern bezahlt (also 1 Zentner mit 4.24), 1875 mit 210-235, dann mit 215-225 Mark, 1881 mit 235-243 Mark. 1901 war es billiger, der Weizen kostete an der Börse nur 150-161 Mark (1 Zentner etwa 8 Mark), 1 Kanne Butter kostete 1863 14 bis 15 Neugroschen, 1866 18-20, 1 Pfund Schweinefleisch 1864 4 Neugroschen, Wurst 5 Neugroschen, 1867 ein Pfund Rindfleisch hier 3 Neugroschen 8 Pfennige, dann 4 Neugroschen 4 Pfennige, 1888 3 Neugroschen 5 Pfennige, zuletzt nur 3 Neugroschen.

8.8.3 Geaichtes Gemäß

Im Jahre 1856 hatte der Rat beschlossen, „geaichtes Gemäß“ in der Stadt einzuführen, z. B. für Bier ganze und halbe Dresdner Kannen. Nach einem Landesgesetz von 1858 galten die früher geeichten Maße nur noch bis zum 1. Januar 1862, dann nur noch die von den neu eingerichteten Eichämtern geeichten. Da musste nun die Stadtregierung, wie früher öfters, revidieren. 1878 z. B. wurde vom Stadtrat Hofmann eine solche Maß- und Gewichtsrevision durchgeführt, dabei wurden nur 7 Fälle von ungeeichten Waagen oder alten Ellen entdeckt und bestraft. 1862 wurde überhaupt keine „Contravention“¹³¹ gefunden, nachdem 1860 noch 116 alte Gewichte gefunden worden waren. Man hat sich mit der Zeit doch daran gewöhnt, obrigkeitlichen Anordnungen schneller Folge zu leisten, als das früher geschah. Jetzt gibt es außer ganzen und halben Litern oder Kannen auch kleinere Gläser, diese müssen einen Füllstrich und eine Bezeichnung des Inhaltes aufweisen. 1884 fanden Stadtrat Hasse und Wachtmeister Bufe nur 2 ungeeichte Biergläser. 1886 aber ist bei Kaufleuten doch wieder viel konfisziert worden an Gewichten, Hohlmaßen und Waagen, insgesamt wurden 184 Unregelmäßigkeiten mit je 1,50 Mark bestraft. Unsere Geschäftswelt war wieder nachlässiger geworden! 1890 aber, als einer ministeriellen Verordnung zufolge durch den Eichmeister Lommatzsch revidiert wurde, fanden sich bei Gastwirten gar keine Übertretungen, bei Kaufleuten nur geringfügige Mängel, so dass keine Bestrafungen zu erfolgen brauchten. Bisher hatte das Ministerium jede Revision einzeln gefordert, 1894 führte es regelmäßige Revisionen ein. Die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe betrug im Jahre 1896 214, seit 10 Jahren waren sie von 134 bis zu dieser Zahl gestiegen, 1900 werden 250 festgestellt. In letzterem Jahre werden auch wieder viele Maße und Gewichte beschlagnahmt und vernichtet. Sie waren also früher nur versteckt gehalten worden und tauchten nun wieder auf. Die Geschäftsmoral hatte sich also seit 1891 verschlechtert – im Zuge des im ganzen Reiche steigenden Materialismus!

8.8.4 Rabattsparverein

Eine beim kaufenden Publikum sehr beliebt gewordene Einrichtung ist die der Rabattsparmarken geworden, die vom 1. Januar 1906 an ins Leben trat- Dafür hatten sich zuerst 81 Kaufleute zu einem Rabattsparverein zusammengeschlossen, am Jahresende 1906 bereits 140, und nach und nach sind fast alle beigetreten. Den Verkauf der Rabattmarken übernahm die Sparkasse.

8.9 Verkehrswesen

Im Verkehrswesen erfuhr Radeberg eine Verbesserung, als 1868 die Radeberg-Kamenzer Eisenbahn gebaut und 1870 dem Verkehr übergeben wurde. Nicht aber gelang es Radeberg zum Anschlusspunkt an eine Südläusitzer Bahn zu machen, obgleich Rat und Stadtverordnete bereit waren, das nötige Areal unentgeltlich abzutreten (1871). Auch für andere Verbesserungen war die Stadt besorgt. 1885 wurde Fernsprechverbindung mit Dresden hergestellt. 1886 stellte der Rat den Antrag, Radeberg in den Fahrplan der Dresden-Görlitzer Eilzüge aufzunehmen, was aber von der Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahn abgelehnt wurde. 1889 meldete sich Radeberg zum Bau einer Eisenbahn-Reparaturwerkstatt und wollte dafür geeignetes Gelände zu entsprechendem Preis von dem ehemaligen Exerzierplatz zur Verfügung stellen, es wurde jedoch auch daraus nichts. Ebenso erfolglos war es 1891, dass man sich einer Petition Radeburgs für eine Bahn Radeberg-Radeburg-Großenhain anschloss. Eines wurde in dieser Zeit doch erreicht: die Offen-

¹³¹ *Zuwiderhandlung*

haltung des schönen Fußweges an der Bahn nach Langebrück, den die Generaldirektion 1890 einziehen wollte, er läuft auf Bahneigentum.

Infolge des Bedürfnisses der Bahn verschwand 1872 ein früher manchmal genannter Weg, der „Bretweg“, der vom Radeberg-Pirnaischen Weg, am Grundstück der SAXONIA entlanglief und bei dem Bahnhofe über das Bahnhofsgelände führte, er wurde wegen Anlegung neuer Gleise eingezogen und der Verkehr dafür auf den Weg nach Großerkmannsdorf verwiesen.

Noch öfter hat die Stadt Gesuche um Verbesserungen im Eisenbahnverkehr eingegeben und unterstützt. Z. B. wiederholte sie 1893 und 1899 die Petition um eine Bahn Radeberg-Großenhain und schloss sich 1895 einem Gesuch der Gemeinde Borsdorf um Errichtung eines verbilligten Vorortverkehrs um Leipzig und Dresden an, bat auch in demselben Jahre um einen Neubau des Bahnhofes, 1903 um Halten der Fernzüge zwischen Dresden und Arnsdorf in Radeberg, allerdings erfolglos, das letztere wurde aber im nächsten Jahre in Aussicht gestellt. Die Bitte um das Halten noch eines zweiten im Jahre 1905 blieb unerfüllt, doch wurde ein neuer Vorortzug eingeschaltet. 1911 erklärte sich unsere Stadt im Allgemeinen mit ihren Bahnverbindungen zufrieden und wünschte nur noch einen Nachtzug von Dresden zwischen 12.20 Uhr und 5.45 Uhr. Im Jahre 1898 wurde ein neuer Bahnhof in Betrieb genommen, 1913 die Omnibuslinie Dresden-Bischofswerda über Radeberg.

Unsere Postanstalt, bis 1858 auf der Mittelstraße¹³² befindlich, schlug in diesem Jahre ihren Wohnsitz am Markt, Nr. 5, auf, von 1879 bis 1894 Kirchstraße 1, dem alten Malzhaus, jetzt in Knoblochschem Besitz. Oktober 1894 bis Oktober 1895 war das Postamt – von 1867 an so bezeichnet – vorläufig in einem Hause Ecke Dresdner und Bahnhofstraße, dem Baumeister Mirus gehörig, und von 1895 an in dem stattlichen heutigen Gebäude, auch noch dem Baumeister Mirus zur Miete, bis es 1915 vom Reiche erworben wurde.

Der erste Postdirektor war Herr Kirsten, 1852-77, diesem folgte Postdirektor Stephanus, der 1877 bis 1900 dieses Amtes waltete, nachher Wagner bis 1912, dann Eger bis 1922.

1866 erhielt die Post auch das Telegraphenwesen.

1885 trat die Fernsprechverbindung mit Dresden ein und damit der Anschluss an das ganze Telegraphen- und Fernsprechnet. Nachdem zur Paketzustellung bisher ein schlichter bürgerlicher Handwagen gedient hatte, wurde 1893 dafür ein Wagen mit Pferd und Postillion eingestellt.

Auch der Postbetrieb zeigt das Anschwellen des ganzen wirtschaftlichen Lebens, das für diese Periode bezeichnend ist. Noch 1822 hatte 2 Beamte genügt, 1864 waren es 7, 1890 schon 19 und zuletzt (1914) 62!

9 Weitere soziale und kulturelle Tätigkeit

Neben den Versicherungen steht in der neuzeitlichen sozialen Gesetzgebung der Arbeitsschutz. Allerdings ist dabei nicht zu vergessen, dass ein Teil der dafür getroffenen Maßnahmen, z. B. die Beschränkung der Verkaufszeiten, der Festtagsruhe, gleichzeitig den Interessen des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers dienen soll.

9.1 Freizeit im Handel, Sonn- und Feiertagsruhe in Handel und Industrie

Nach den Arbeitsschutzmaßnahmen im engeren Sinne, zur Verhütung von Unfällen oder dauernden Gesundheitsschädigungen im Betriebe, hat sich die Gesetzgebung mit der Sicherung größerer Erholungszeiten befasst, sowohl durch Einwirkung auf die Festsetzung der Höchstarbeitszeiten als auch eine Ausdehnung der Sonn- und Feiertagsruhe. Auf eine Anfrage der Gewerbeinspektion konnte im Jahre 1897 nach dem Gutachten der Krankenkassen und Ärzte hier geantwortet werden, dass Gefährdungen der Gesundheit durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit nicht beobachtet worden waren. Ähnlich besagt 1899 ein Bericht an die Kreishauptmannschaft, dass Umstände, die einen besonderen Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse nötig machten, in den letzten Jahren nicht hervorgetreten seien. Besondere Schwierigkeiten hat die Ausdehnung der Freizeit im Handelsgewerbe, die Frage des Ladenschlusses, gemacht. Vom 1. Januar 1900 an ist in offenen Verkaufsstellen die geschlossene Zeit von abends 9 Uhr bis früh 5 Uhr eingeführt, allerdings mit Ausnahmen: an 3 Sonnabenden vor Weihnachten, an 7 Wochentagen vor Weihnachten und am 31. Dezember durften die Läden bis 10 Uhr offenstehen, bald darauf wurde noch hinzugefügt der Sonnabend

¹³² Mittelstraße 10

vor Ostern, der Mittwoch vor Himmelfahrt, alle Sonnabende vom Mai bis zum August, der 1. Sonnabend im September, 11 Werktage vor Weihnachten, der Silvester und die zweiten Markttag. Nach der Gewerbeordnung konnten 14 Tage vor Weihnachten und je 7 vor Ostern und Pfingsten Ausnahmetage sein, diese Möglichkeiten zugunsten einer alten längeren Arbeitszeit sind also hier immerhin nicht ganz ausgenutzt worden. Nun entbrennt der Kampf zunächst um die Beseitigung der festgesetzten Ausnahmetage betreffs des Neunuhr-Ladenschlusses. Dabei geht der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband voran, natürlich anfangs ohne Erfolg. Seine bescheidenen Anträge auf allmähliche Beseitigung der Ausnahmetage werden 1904 vom Rate glatt abgelehnt, da zurzeit kein Bedürfnis dafür anerkannt werden könne. Der Rat fordert aber wenigstens Gutachten von gewerblicher Seite ein, z. B. von Kaufmann Thum, der sich für eine Verminderung der Ausnahmetage aussprach, und stimmt im folgenden Jahre einer Verminderung auf 16 Tage zu. 11 von diesen waren Werktage vor Weihnachten. Was den Neunuhr-Ladenschluss betrifft, so hielt schon mancher Geschäftsinhaber praktisch nicht an ihm fest, sondern schloss sein Geschäft um 8 Uhr, und von den hier vorhandenen 263 offenen Verkaufsstellen petitionierten schon 131, also die Hälfte, um eine Verlängerung der Ladenschlusszeit (abends 9 bis früh 5 Uhr). Die Kreishauptmannschaft hielt es für geboten, in dieser Sache einen Unterschied zwischen den verschiedenen Geschäftszweigen zu machen. Sie beschloss, dem Antrage stattzugeben, doch mit Ausnahme von 8 „Branchen“, in denen sich niemand oder nur wenige für den Antrag erklärt hatten. So kam es am 27. November 1906 im Allgemeinen grundsätzlich zum Achtuhr-Ladenschluss. Im März des nächsten Jahres fordert der Rat wieder zu einer Abstimmung über diese Sache auf. Es wird an 2 Tagen abgestimmt, am 12. April sind 141 für, 83 gegen den neuen Ladenschluss, am 2. Mai 136 dafür und 65 dagegen, die Gegner, von denen wohl nur wenige die Abstimmung versäumt haben mögen, etwa, weil sie weiteren Widerstand für aussichtslos hielten, waren, wie man sieht, an Zahl gesunken. Da der Rat selbst aber den allgemeinen Achtuhr-Ladenschluss nicht befürwortete, ließ es die Kreishauptmannschaft noch beim Alten (1907). Erst 1910 wird ein weiterer Schritt getan. Da schicken 194 Personen (bei 294 offenen Verkaufsstellen) „Thum und Genossen“ eine Petition für den Achtuhrschluss an den Rat, nur mit Ausnahme gewisser Tage, doch sonst für alle ohne Unterschied. Die Kreishauptmannschaft, die erst für eine Unterscheidung der verschiedenen Geschäftszweige gewesen war, gab jetzt diesem Antrage statt und verlangte nur noch eine Abstimmung nach Listen der Geschäftszweige. Vom 25. Februar bis zum 9. März 1911 werden nun gedruckte Karten mit „für“ oder „gegen“ verteilt, das Ergebnis war: 176 dafür, 83 dagegen. Und nun ordnet die Kreishauptmannschaft vom 1. Mai 1911 an den allgemeinen Achtuhr-Ladenschluss an. Das Ladenschlussgesetz sah die Möglichkeit vor, an Tagen, die stärkeren Geschäftsbetrieb erwarten lassen, die Verkaufszeit bis 10 Uhr auszudehnen. Manche Gemeinden haben davon keinen Gebrauch gemacht, manche sogar die zugelassenen Ausnahmen abgeschafft. 1911 haben 184 deutsche Gemeinden keine Ausnahmetage mehr gehabt. Da sah der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband die Gelegenheit, dieselbe auch hier abzuschaffen, und so ging ein Gesuch an den Rat, von der Zulassung von Ausnahmetagen künftig ganz abzusehen, es wurde jedoch abgelehnt. Vom 8-Uhr-Schlusse wurde sogar der ganze Dezember ausgenommen (9-10 Uhr Ladenschluss). Eine weitere Frage ähnlicher Art war die der Sonn- und Feiertagsruhe. Am Anfang unserer Periode hatte der Rat öfter Veranlassung, zur Einhaltung der Bestimmungen über die Sonn- und Festtagsruhe zu mahnen. 1863 ging z. B. eine Anzeige ein wegen Arbeit am Bußtage (20. November) in dem Eisenwalzwerk von Klitzing. Es handelte sich hier um Öfen, die auch an Feiertagen weiter brennen mussten, wie der Buchhalter Alberti erklärte, er ersuchte zugleich um Genehmigung der erforderlichen Arbeit. Bei Erkundigungen, die der Rat in anderen Gerichtsämtern einzog, ergab sich kein gleichmäßiges Verfahren. Das Ministerium des Inneren entschied nun gegen das Gesuch, da hier keine unbedingte Notwendigkeit zu Feiertagsarbeit vorliege, es gab aber der Ortsbehörde die Befugnis, einzelne Ausnahmen zu bewilligen, nur nicht an den ersten Feiertagen der 3 hohen Feste, am Karfreitag und an den 2 Bußtagen. Die Direktion der von Klitzingschen Werke führte dazu an, die Bahn habe ohne Rücksicht auf Feiertage Wagen auf ihr Gleis geschoben, die bei Strafe abzuladen und zurückzustellen seien, also trage der Staat selbst teilweise die Schuld an der Feiertagsarbeit. Diese Beschwerde, von der Kreisdirektion an die Eisenbahndirektion weitergeleitet, hatte die Zusage zur Folge, dass Feiertage künftig nicht mitgerechnet werden sollten (1864). So siegte der kirchlich-soziale Standpunkt noch über den wirtschaftlichen. In den nächsten Jahren lehnte der Rat öfter Gesuche um Gestattung von Sonntagsarbeit ab, er erließ auch einmal eine Bekanntmachung zur schärferen Befolgung der Sonntagsruhebestimmungen (1879). 1886 erhielt die Papierfabrik Lehmann von ihm einen Verweis, weil er am Totensonntag abends 7 Uhr sein Werk wieder in vollen Betrieb gesetzt hatte. In demselben Monat forderte er die Glasfabriken auf, unzulässige

Arbeiten an Feiertagen künftig zu unterlassen (nach einem Gesetz vom 10. September 1870), nur Notfälle will er berücksichtigen. Da bitten die Glasfabriken um die Genehmigung der bisher geübten Sonntagsarbeiten – in der Praxis waren solche also bereits üblich geworden. Die Gewerbeinspektion, darüber befragt verbot sie nur zum Teil. Im Jahre 1890 stellte der Rat sogar eine Hutfabrik wegen begründeten Verdachtes der Sonntagsarbeit unter besonderer Aufsicht. In außergewöhnlichen Fällen erteilte er die Erlaubnis, meist nur wegen ganz dringliche Aufträge, lehnte jedoch auch manchmal ein darauf gerichtetes Gesuch ab. Im Anfange des neuen Jahrhunderts muss sich das Austragen von Backwaren während des Gottesdienstes eingebürgert haben, so dass die Bäckerinnung selbst den Rat ersuchte, diesen Missstand zu verbieten, strafbar war das schon durch ein Gesetz von 1870. Am 1 Juli 1891 erschien ein Reichsgesetz über die Sonntagsruhe im Handel. Darin wurden noch 5 Stunden Arbeitszeit für Gehilfen u. a. erlaubt. Wegen der Legung dieser Stunden befragte der Rat den Handelsschul- und Gewerbeverein, ersterer wünschte den Vormittag bis 1 Uhr, letzterer schlug einige Ausnahmen vor, besonders wenn keine Fremden, sondern nur Familienmitglieder beschäftigt würden. Diese Sonderwünsche befürwortete der Rat auch bei der Kreishauptmannschaft und sah von weiter als das Gesetz gehenden Beschränkungen der Sonntagsarbeit ab. Die Stadtverordneten, ebenfalls befragt, wollten den Wünschen der Geschäftsleute entgegenkommen. Andere Städte befragte man auch, ferner war eine neue Gewerbeordnungsnovelle vom 28. März 1892 zu berücksichtigen. So kam schließlich einen Wurf zustande, der nun an die Kreishauptmannschaft ging. Er wurde mit einigen Sonderwünschen, z. B. der Fleischer, genehmigt und das Regulativ vom 1. Oktober 1892 herausgegeben. Danach darf auf ein Gesuch der Kleingewerbetreibenden bis Nachmittag 5 Uhr feilgehalten werden. Die Verkaufszeiten sind nun Vormittag 10-12 Uhr im Sommer, 11-1 im Winter und Nachmittag 2-5. Bald folgen wieder Ausnahmebestimmungen. Rat und Stadtverordnete lassen am 29. Dezember 1893 den Betrieb des Handelsgewerbes an den 4 Sonntagen vor Weihnachten sowie am Silvester außerhalb des Gottesdienstes zu. Verkaufszeiten sind jetzt von April bis September 10-12, Oktober bis März 11-1 und stets Nachmittag 2-5 Uhr, an den 4 Sonntagen vor Weihnachten 11-9 Uhr, für lebende Pflanzen, Blumen und Zeitungen 11-4 Uhr, den ganzen Sonntag können die Bäckerläden und die Apotheke aufhaben, Milch, Heizungs- und Beleuchtungsstoffe ebenso, nur mit Ausnahme der Gottesdienstzeit. Fleisch, Butter, Käse, Eier, Fische, Feinkost dürfen im Sommer 7 bis 8 und 6-9 Uhr, im Winter 8-9 und 5-8 verkauft werden, sonstige Nahrungsmittel und Getränke 5 Stunden vormittags außerhalb des Gottesdienstes, Roheis 11-4 Uhr. Am Totensonntag, an den ersten Feiertagen der hohen Feste kann man Pflanzen, Blumen, Kränze u. dgl. von 11-4 Uhr erhalten. 1894 beschloss der Bundesrat bei Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Fabrikbetrieben Ausnahmeverordnungen für Glashütten, vom 1. April 1895 gültig, an gewöhnlichen Sonn- und den zweiten Feiertagen werden manche Arbeiten gestattet, doch noch nicht an den Bußtagen, am Karfreitag, Totensonntag und an den ersten Feiertagen. Die Stadträte behielten jedoch die Befugnis, gewisse Ausnahmen zu gestatten. Solche Gesuche gingen natürlich auch hier zahlreich ein, werden teils genehmigt, da es abgelehnt. Die Verschiedenartigkeit im Reichsgebiet rief allmählich den Wunsch nach Einheitlichkeit hervor. Herr Rönsch gab hier dem Rate einen Antrag auf Erlass gleichlautender Bestimmungen in deutschen Ländern ein, dieser wurde an die Kreishauptmannschaft weiterbefördert. 1899 kam es hier zu einem Streit über die angeblich notwendige Verarbeitung von Glasmasse am Karfreitag und an Bußtagen, das Ministerium entschied in dahin, dass das Glasstrecken nicht für eine erlaubte Sonntagsarbeit zu gelten habe. 1899 verbietet der Rat das Strecken der Glaswalzen am Sonntagen. Hugo Rönsch beantragt sofort, dass in Radeberg nicht anders verfahren werde als in anderen Orten, daraufhin setzt der Rat sein Verbot außer Kraft (1. August 1900). Aber auch bei Rönsch selbst wurde von 1899 bis 1902 sonntags nicht mehr gestreckt und gekühlt, u. zw. ohne irgendwelche Nachteile, wie Herr L. Gräßer in seiner Firma erklärte. Die Aktiengesellschaft W. Hirsch aber lässt weiter an Sonntagen strecken und erklärt eine Änderung für unmöglich. Hirsch und Bedrich sowie M. u. E. Hirsch lassen ebenfalls an Sonntagen strecken, außer an den 3 ersten Feiertagen. Schließlich entscheidet das Ministerium diesen Streit mit der Erklärung, dass das Glasstrecken nicht zu den erlaubten Sonntagsarbeiten gehöre, dass es aber Betrieben mit alten Einrichtungen, die schon vor den Sonntagsruhebestimmungen bestanden hätten, gestattet sein soll. Im Allgemeinen wird, wenn auch zögernd, in der Frage der Sonn- und Feiertagsruhe den Bedürfnissen oder Wünschen der Wirtschaft nachgegeben, sowohl gegenüber dem kirchlichen Standpunkt der Feiertagsheiligung als auch dem Sozialen der Arbeitsruhe. Doch noch 1905 schärft das Ministerium den Gemeindebehörden ein strengeres Einschreiten gegen Schlachtfeste, Schmäuse, Skatturniere, Bockbierausschank an Bußtagen, Karfreitagen und Toten-

sonntagen sowie sogar an den vorhergehenden Abenden ein, da diese Vorkommnisse in letzter Zeit häufig geworden seien.

Am 2. Juli 1907 wurden in unserer Stadt neue Bestimmungen getroffen, nach denen im Handelsgewerbe 16 Tage von der vollen Sonntagsruhe ausgenommen sind: 11 Sonntage vor Weihnachten, je einer vor Ostern und Pfingsten, der Silvestertag und 2 Jahrmarktssonntage, an den übrigen Sonn- und Feiertagen ist grundsätzlich volle Ruhezeit.

Eine Novelle der Reichsregierung forderte völlige Sonntagsruhe im Handel, diese wurde aber von den städtischen Handelsbetrieben wegen der Landkundschaft scharf bekämpft. So erließ Pirna 1908 eine Petition dagegen, und dieser schloss sich auch Radeberg an. Der Kampf gegen die Ausnahmetage, besonders durch den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband geführt, geht indes weiter. 1911 haben 184 deutsche Gemeinden keine Ausnahmetage mehr, unser Rat aber lehnt noch einmal 1911 ein ähnliches Vorgehen ab.

9.2 Schutz von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen

Eines besonderen Schutzes bedurften die Kinder und Jugendlichen sowie das weibliche Geschlecht und wurden von staatlichen und gemeindlichen Stellen deswegen auch schon vor der sozialen Gesetzgebung des Reiches besonders bedacht. In der 1869 erlassenen Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes bereits werden die jugendlichen Arbeiter vor einer gefährlich werdenden Heranziehung zu Fabrikarbeit in Schutz genommen. Es hat aber doch recht lange Zeit erfordert, bis sich die Unternehmer an diese Beschränkung ihrer Freiheit in jener Hinsicht gewöhnt hatten. Verbotene Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern wurde gewöhnlich durch deren Schulversäumnisse bekannt und von den Schulen angezeigt. So zeigt z. B. Direktor Eras 1870 dem Rat an, dass ein Kind wegen Feld- und Fabrikarbeit in einer Glashütte die Schule geschwänzt hatte, worauf der Rat beschloss, den Inhaber der Hütte zu vernehmen bzw. zu bestrafen, doch auch die Eltern anderer Schüler, die am meisten versäumt hatten. Herr Rönsch beschäftigte 1869 fünf Kinder unter 12 Jahren! Jener Beschluss des Rates, am 22. Dezember 1870 gefasst, wirkte aber so wenig abschreckend, dass vom 2. bis 21. Januar 1871 wieder 16 Kinder vom Schulboten ermahnt werden mussten, die Schule regelmäßig zu besuchen, 6 von ihnen arbeiteten „wie bisher“ bei Rönsch. Dieser verteidigte sich damit, dass er erklärte, er könne zum „Eintragen“¹³³ keine Erwachsenen bekommen, und in allen Hohlglashütten seien Kinder beschäftigt wie bei ihm. Trotzdem muss er 5 Taler Strafe bezahlen. Im Mai desselben Jahres wird nach 20 Kindern geschickt, von denen 12 wieder bei Rönsch arbeiten. Es gibt diesmal 10 Taler Strafe, obgleich er die Eltern der betr. Kinder selbst aufgefordert hat, ihre Kinder noch in die Schule zu schicken, und glaubt, dass sie dies auch tun könnten. Die Bestrafungen wirkten im Allgemeinen wenig, Kinder wurden nicht nur „aushilfsweise“ beschäftigt, was erlaubt war, sondern ständig, z. T. in 12-14stündiger Schicht. Im Jahre 1871 erhält Rönsch wegen Beschäftigung von 10 Kindern wieder 10 Taler Strafe. Im Februar 1872 beschäftigt er keine Kinder unter 10 Jahren mehr, sondern nur noch Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren, aber 10 bis 12 Stunden lang. Im September hat er auch wieder 6 Schulkinder (es wurden öfters Revisionen gehalten), erhält auch eine empfindliche Geldstrafe. 1873 wird auch in der Saxonia aus demselben Grund eine Strafe ausgeworfen. Am 7. Februar dieses Jahres zeigt Lehrer Hellriegel an, dass in der 1. Knabenklasse der II. Abteilung allein 24 Knaben in Fabriken arbeiten, z. T. die Nacht durch! Drei Tage danach werden Berthold und Hirsch für 10 Fälle zu 10 Talern, eine Woche später die „Vereinigten Radeberger Glashütten“ (Rönsch) für 9 Fälle zu 45 Talern verurteilt, der Rat sieht sich dabei veranlasst, die gesetzlichen Vorschriften über Annahme und Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken in Erinnerung zu bringen, wonach Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht, zwischen 12 und 14 Jahren höchstens 6 Stunden, zwischen 14 und 16 Jahren 10 Stunden beschäftigt werden dürfen. Die Kreisdirektion tritt dem Rat bei, indem sie ein Gesuch um Erlass der letztgenannten Strafe zurückweist. Nun werden von den „Vereinigten Radeberger Glashütten“ 20 der Schule entwachsene junge Polen angeworben. Einigemal sind auch Glasmacher bestraft worden, weil sie selbständig Kinder eingestellt hatten, diese Maßregeln, von denen die Leiter der Betriebe ja nichts zu wissen brauchten, durften natürlich auch nicht geduldet werden. Im Jahre 1878 verlangte die Regierung wieder Verzeichnisse der in Fabriken beschäftigten Jugendlichen, daraus ergab

¹³³ bezeichnete das Transportieren der fertig geformten, noch glühend heißen Glaswaren vom Glasmacherofen zum sogenannten Kühlofen

sich, dass jetzt keine Kinder unter 12 Jahren mehr dabei waren, nur 2 im Alter von 13 Jahren, die meisten in dem von 14-16. Also eine Besserung dieser Verhältnisse ist jetzt auch hier festzustellen.

Werfen wir nun noch einen Blick auf das Ende unserer Periode im neuen Jahrhundert. Nachdem schon 1898 der Kreishauptmannschaft hatte angezeigt werden können, dass nach Erhebungen in den Schulen missbräuchliche Beschäftigungen von Kindern nicht gefunden worden ist, erfolgen in der nächsten Zeit einige Anzeigen, doch auch Freisprechungen. Wiederholt gab jetzt die Nähmaschinenschiffchenfabrik Schüller Anlass zu Beanstandungen. 1901 erhielt der Inhaber eine Warnung von der Amtshauptmannschaft. Nachdem Revisionen in den nächsten Jahren nichts Wesentliches ergeben hatten, fanden sich 1906 wieder einige Verstöße, z. B. wegen Weglassung der Viertelstundenpausen, die vor- und nachmittags eingelegt werden sollten. Es konnte aber – vom hiesigen Amtsgericht – außer einer geringen Strafe wegen Unterlassung einer Anzeige über die Beschäftigung von Arbeiterinnen nichts weiter verfügt werden, weil Schüllers Betrieb das Jahr zuvor vom Schöffengericht Radeberg nicht als Fabrik, sondern als „handwerksmäßiger Betrieb“ erklärt worden war. 1912 waren Arbeiterinnen $8\frac{1}{4}$ statt 8 Stunden beschäftigt. Waren es hier immer auch nur geringfügige Zuwiderhandlungen oder Unterlassungen, so zeigten sie doch, dass dort der Geist des Arbeitsschutzgesetzes noch nicht ganz durchgedrungen war. Im Allgemeinen stand es in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg in diesem Punkte gut, nach 3 Verstößen im Jahre 1910 wurden bei Revisionen in den folgenden Jahren keine gefunden. Die Industrie hat sich mit den Schutzbestimmungen der Neuzeit abgefunden.

Wiederholt ist jetzt von „Revisionen“ die Rede gewesen, diese haben bestimmt zu dem eben erwähnten günstigen Ergebnis viel beigetragen. Von 1893 an verlangte das Ministerium jedes Jahr im November einen Bericht der Ortspolizei über die Einhaltung der Schutzbestimmungen. Darauf beschloss der Stadtrat am 1. Juni 1893, regelmäßig jährliche Revisionen von Betrieben zu halten. So wurden gleich in diesem Jahre noch 26 Betriebe in Radeberg revidiert, einige Strafverfügungen folgten. Im nächsten Jahre war es ebenso nach Revisionen in 33 Betrieben. Dann war mehrere Jahre lang nichts zu erinnern. 1895 waren die Revisionen in 28, 1896 in 42, 1897 in 45 Betrieben, ebenso 1898 und 1899. 1900 und 1901 gab es 44, 1904 und 1905 war die 50 erreicht.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass gerade unser Sachsen in seiner Gesetzgebung ein besonderes Interesse für den Arbeitsschutz gezeigt hat, und zwar durch die Einwirkung König Alberts, der gerade in dieser Frage nicht so zurückhaltend war wie sonst gewöhnlich.

9.3 Gewerbegericht

Zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gewerblichen Dingen sah ein Reichsgesetz mit einer Ausführungsverordnung 1890 die Einsetzung von Gewerbegerichten vor. Hier petitionierte der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) 1897 beim Rate um die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes und Einigungsamtes. Der Rat ging auf diese Anregung ein und holte darüber zunächst Meinungen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anderen Stellen, wo solche schon bestanden, heran. Im Februar des folgenden Jahres wurde ein Statutenentwurf beschlossen. Diese Arbeit zog sich das ganze Jahr hin, dann ging der Entwurf erst an die hiesigen 56 Betriebe, die gesetzlich darüber gehört werden mussten. Nachdem die Stadtverordneten keinen Einwand erhoben hatten, wurde er auch den Kommissionen der Gewerkschaften mitgeteilt. Diese wünschten kleine Änderungen, die der Rat auch wenigstens zum Teil anbrachte. Die Zeit für die erforderlichen Wahlen zu dem Gewerbegericht wurde auf 12-6 Uhr festgelegt, wie es die Stadtverordneten gegen den Entwurfsvorschlag (10-6) wünschten. Über die Ansicht einiger Industriellen, dass ein Gewerbegericht überhaupt unnötig sei, wurde hinweggegangen. Der Entwurf ging nun an die Kreishauptmannschaft und wurde von dieser am 6. April 1899 genehmigt. Nun konnten die Wahlen für dieses Schiedsgericht stattfinden. Es waren nach dem jetzt gültigen Statut 2 Vorsitzende und 12 Beisitzer zu wählen, je 6 aus den Arbeitgebern und 6 aus den Arbeitnehmern. Am 2. Mai wurden zu Vorsitzenden der Bürgermeister Bauer und der Friedensrichter Demmler gewählt, am 26. Mai die Beisitzer. Am 1. Juni konnte das neue Gericht seine Tätigkeit beginnen – und seine Existenzberechtigung bald erweisen! Noch in demselben Jahre wurden 31 Fälle erledigt, davon 17 durch einen Vergleich. Im Jahre 1900 waren 72 Fälle zu behandeln, in den nächsten 2 Jahren 58 und 42, es scheint, als habe man sich gewöhnt, manche Differenzen gleich selbst beizulegen, anstatt sie erst an das Schiedsgericht zu bringen – ein

Erfolg der bloßen Existenz eines solchen! Im Jahre 1903 wurde das Bedürfnis nach dem Fortbestehen desselben der Amtshauptmannschaft gegenüber anerkannt.

10 Schulwesen

10.1 Klassen und Lehrkräfte

Mit einer einheitlichen Volksschule von 9 Klassen mit 5 Lehrern und der Fortbildungsschule traten wir in unsere Neuzeit ein. Der Lehrkräfte waren es schon in den 50er Jahren wenig gewesen, doch erst 1864 wurde ein 6. Lehrer gewonnen, im folgenden Jahre ein 7., so dass nun je 5 Knaben- und Mädchenklassen eingerichtet werden konnten, also volle Trennung der Geschlechter nun durchgeführt war. Jetzt ging es rasch vorwärts. 1873 verfügte unsere Schule über 9 Lehrkräfte, 1877 waren 10 da. Herr Direktor Adler hat in unserer Heimatbeilage (s. ADH Nr. 157 ff) die Zahl der Klassen und der Lehrkräfte verzeichnet, sodass wir auch den Durchschnitt der Klassenstärke und der auf einen Lehrer fallenden Kinder berechnen können. Von 1875 an hebt sich die Zahl der Klassen mit der der Kinder stetig von 17, manchmal fast sprungweise, über 20, 1893 auf 30, 1899 auf 41, 1901 auf 50, bis auf 60 im Jahre 1913, die Zahl der Lehrer von 11 auf 18 (im Jahre 1891), 27 (1899), 34 (1901), 40 (1907) und 44 (1913). Auf 1 Lehrer kamen 1875 noch 84 Schüler, es werden aber nun fast regelmäßig weniger. 1881 sind es $81 \frac{2}{3}$, 1885 = 76, 1893 über 68, 1901 knapp $56 \frac{1}{2}$, 1909 wegen besonders starker Schülerzahl wieder über 58, 1913 aber 53,7. Damit war ein Faktor in der Überlastung der Lehrer gebessert. Erfreulich und günstig für den Erfolg des Unterrichts war auch die immer geringer werdende Durchschnittsstärke der Klassen. 1873 gab es eine Klasse von 113, eine andere von 121 Kindern. 1875 kommen auf 1 Klasse durchschnittlich 54,35, 1881 sogar noch 55,68, 1891 aber 51, 1895 = 48, bald fiel die Zahl unter 40, 39 im Jahre 1909 wegen der besonders hohen Schülerzahl schon wieder etwas mehr als bisher in den letzten Jahren, 1913 war der Durchschnitt 35,8. Ziemlich hoch war diese Zahl immer noch. Besonders in den 90er Jahren wurden die unerträglichen Verhältnisse der überfüllten Klassen durch reichlichere Anstellung von Lehrern gebessert, „wie das Gesetz es befahl“.

10.2 Schülerzahl u.a.

Die Schülerzahl zeigt folgenden Anstieg. 1859 zählte man 485, 1862 überschreitet sie die 500, 1870 die 600, 1872 bereits 700, 1874 beträgt sie an 900, 1877 sind es über 1.100, 1881 über 1.200, 1883 über 1.300, hält sich 1887 und 1889 wieder unter 1.300, 1891 gerade 1.300, 1894 über 1.400, 1897 über 1.500, 1899 fast 1.700, 1901 über 1.900, 1903 über 2.100, 1905 über 2.280¹³⁴, 1907 über 2.390, 1909 über 2.440, 1913 nach einem kleinen Rückgange 2.362. Dazu kam 1886 die katholische Volksschule mit 163 Schülern, 1890 sind es über 200, 1900 über 300, dann sinkt die Zahl wieder, 1913 sind es 235. Was das Geschlecht der Schulkinder betrifft, so überwiegt im Allgemeinen normalerweise das weibliche, im Anfang aber das männliche. 1859 waren 275 Knaben und 210 Mädchen schulpflichtig, 1862 wieder 275 Knaben, aber 261 Mädchen. 1865 beginnt das umgekehrte Verhältnis mit 279 und 284, das Jahr 1868 zeigt 289 gegen 301, 1870 309 gegen 319, und so bleibt es meist, nur mit weit höheren Zahlen. 1913 stehen 1.152 Knaben gegen 1.210 Mädchen, dazwischen zeigt sich ausnahmsweise wieder der alte Knabenüberschuss, 1895 mit 719 : 711, 1905 mit 1.134 : 1.120. Wenn festgestellt worden ist, dass sich in Sachsen die Schüler- wie die Lehrerzahl in den 25 Jahren von 1870 bis 1885 verdoppelt hat (s. KÖTZSCHKE-KRETZSCHMAR Sächs. Geschichte 2. Band), so sehen wir, dass Radeberg noch über den sächsischen Durchschnitt hinausgegangen ist, die Lehrerzahl hat sich sogar verdreifacht. In unserem letzten Zeitabschnitt hat sich die Zahl der Schüler ziemlich verfünffacht, die der Lehrkräfte verneunfacht! Die Anfangszahl war freilich zu niedrig.

10.3 Zweiteilung in einfache und mittlere Volksschule

Ein wichtiger Fortschritt der Neuzeit wird die Zweiteilung der Schule, hervorgehend aus dem allgemeinen Gedanken einer Erhöhung der Volksbildung. Der Rat selbst ging hier voran, indem er den Wunsch nach Einrichtung einer Selecta¹³⁵ aussprach. Mehrere Bürger nahmen diesen Plan auf und reichten ein Gesuch um Errichtung einer Sonderklasse beim Rate ein, wie sie das kleinere Pulsnitz schon besaß. Die Schulinspek-

¹³⁴ Fehler bei Schwabe, die Summe männlicher u. weiblicher Schüler betrug 1905 genau 2.254 (vgl. Zahlen weiter unten im Absatz)

¹³⁵ von lat. *selecta* = „die Ausgewählten“, besonders geförderte Schülergruppe, Elite- oder Abschlussklasse

tion beschließt dagegen (im Einverständnis mit den Stadtverordneten), von einer solchen abzusehen. Da taucht der Gedanke auf, die ganze Schule in eine niedere und eine höhere Abteilung zu gliedern. Die nächste Zeit zeigte, dass dies nicht dem Wunsche der Bürgerschaft entsprach, da nahm der Rat den Selecta-Plan wieder auf. Doch die Stadtverordneten bewilligen die Erhebung des vorgeschlagenen Schulgeldes in der Selecta nicht, und es melden sich auch zu wenig Schüler dazu, so wird dieser Plan wieder vorläufig zurückgestellt. Nun ersucht Schuldirektor Eras den Rat, die Zweiteilung einzuführen. Der Rat will jetzt dem Bedürfnis nach einer höheren Ausbildung dadurch entgegenkommen, dass er die Fabrikbesitzer auffordert, Fabrikschulen einzurichten. Doch die Kreisdirektion vertritt den Standpunkt, solche würden nicht ausreichen, und fordert eine Reorganisation des ganzen Schulwesens. Da nimmt der Rat den Zweiteilungsplan auf, doch die Stadtverordneten stimmen auch dagegen mit dem gut klingenden Grundsatz, auch die ärmsten Kinder sollten eine weitere Ausbildung erhalten. Da hier kein Fortgang der Sache mehr zu erwarten war, rief der Schuldirektor nun die Kreisdirektion um ihr Eingreifen an, und das hatte den Erfolg, dass der Rat beschloss, die Zweiteilung wenigstens vorläufig bis zum 1. Dezember 1871 einzuführen. Es waren noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, Ostern 1872 aber trat die Zweiteilung wirklich ins Leben, mit 8 gegen 7 Stimmen hatten schließlich auch die Stadtverordneten diesen Entschluss gefasst. Die 1. Abteilung, als mittlere Volksschule oder A bezeichnet, bestand aus 8 Klassen mit 464 Kindern und 6 Lehrern, die 2., die einfache Volksschule oder B, aus 4 Klassen und 2 Lehrern. Die Lehrer haben wöchentlich bis 32 Stunden zu erteilen, der Direktor 18, später 14. Wegen der starken Kinderzahl wurde bald in jeder Abteilung eine Klasse mehr errichtet und ein neuer Lehrer angestellt. 1873 teilte man noch eine Klasse der Abteilung B, 1874 beide Elementarklassen, die vorher 93 und 94 Kinder zählten! Die Klassen blieben in der 2. Abteilung immer etwas stärker als in der 1. 1889 z. B. betrug die Schülerzahl in der 1. Klasse bei Knaben 43 bis 62, bei Mädchen 26-46; in der 2. 53 bis 64 bzw. 37-47. 1900 in der 1. 25 bis 43 bzw. 26-40, in der 2. 38-50 bzw. 38-51.

Das Schulgeld sollte in der mittleren Volksschule (A) das bisherige bleiben, in der einfachen (B) herabgesetzt werden, nach der Ortsschulordnung von 1877 ungefähr auf die Hälfte. Die A begann in der untersten Klasse mit 2 Groschen 5 Pfennige die Woche und stieg dann auf 4, 5 und 6 Groschen. 1899 betrug es in der untersten Klasse der A monatlich 100 Pfennige und stieg bis zur obersten auf 110, 120, 130, 160, 180 und 210 Pfennige, in der B waren die entsprechenden Zahlen 50, 60, 65, 70, 80, 100 Pfennige. 1899 setzt aber eine neue Ortsschulordnung den Betrag aller Klassen in der B auf 50 Pfennige herab, während das Schulgeld der A nach Klassen abgestuft bleibt.

Bezahlt wurde es ursprünglich von den Kindern in der Schule an den Lehrer, nach der Ortsschulordnung von 1877 an einen städtischen Einnehmer oder an die Schulkasse selbst, in welchem Fall aber 1 Vierteljahr auf einmal gezahlt werden musste, u. zw. im Voraus, nach der Ortsschulordnung von 1899 wird monatlich voraus im Rathause bezahlt.

Als Vertreter der Schulgemeinde in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten nach innen und außen gilt der Schulausschuss, er besteht nach 1877 aus 10, nach 1899 aus 13 Mitgliedern, die zumeist auf drei Jahre von der Schulgemeinde gewählt werden.

Bezeichnend ist, dass die Eltern verhältnismäßig mehr Mädchen in die Abt. B schickten als Knaben. Das alte Leiden der Schulgeldreste brach ferner wieder aus, so dass sich der Rat schon 1872 zu drastischen Maßnahmen genötigt sah.

10.4 Fortbildungs- bzw. Berufsschule

Neben diesen 2 Abteilungen der Volksschule bestand natürlich die Fortbildungsschule weiter. Die 1853 gegründete Sonntagsschule hatte immer etwas gekränkelt, (freilich nicht nur in Radeberg), die Lehrherren unterstützten sie zu wenig. Nachdem sie in den 60er Jahren mehrere Jahre geruht hatte, wurde sie 1867 neu errichtet, und zwar durch den Gewerbeverein. 1870 bat er sogar den Rat, sie für alle Lehrlinge und Gewerbegehilfen obligatorisch zu machen, der Rat fand dies „zur Zeit untunlich“. Die Schülerzahl sank wieder, 1874 hörte der Unterricht ganz auf, es waren nur noch 6 Schüler da. Doch gerade in dieser Zeit – 1874 – war bereits in Sachsen ein Schulgesetz erlassen worden, das den Knaben den Besuch einer Fortbildungsschule für 3 Jahre zur Pflicht machte, es sollte Ostern 1875 in Kraft treten. Da beantragte Direktor Eras die sofortige Errichtung einer solchen. Der Rat konnte jetzt nicht mehr umhin, dem Gesuch stattzugeben, doch beschließt er fürs erste nur die Unterrichtserteilung im Winterhalbjahre vom 1. Oktober an, Montag und am Donnerstag von ½ 8 Uhr an 1 Stunde lang. Das Schulgeld betrug monatlich 50 Pfennige, 1905 wurde es

auf 25 Pfennige herabgesetzt, die Lehrer erhielten für die Stunde 1 Mark. Leiter der Fortbildungsschule war zuerst Direktor Hamann, dann der Knabenschuldirektor Barchewitz. Den 4. November 1875 begann der Unterricht für alle zu Ostern schulentlassenen Knaben, es waren 64, so dass gleich 2 Klassen eingerichtet werden mussten. Bald stieg die Zahl derselben, 1889 waren in der 1. Abteilung 3, in der 2. Abteilung 5 Klassen. Bei 2 Stunden in der Woche war natürlich nicht viel zu machen, die Zeit war kaum ausreichend zur Wiederauffrischung der alten Kenntnisse. Eine Steigerung des Betriebes war deshalb bald zu erwarten. Die „Commission zur Erweiterung des gewerblichen Fortbildungswesens“, die hier gebildet worden war, beschloss 1896, zusätzlich in 3 Klassen an jedem Sonntag noch 2 Stunden Unterricht erteilen zu lassen, besonders im Zeichnen. Dafür waren noch 25 Pfennige zu zahlen. Auswärtige und freiwillige Besucher, die nicht mehr fortbildungspflichtig waren, zahlten 50 Pfennige. In der ersten wöchentlichen Mehrstunde sollten Physik und Geometrie getrieben werden. Jetzt zählte die Fortbildungsschule 265 Schüler in 9 Klassen. Ein weiterer Fortschritt bestand nun darin, dass mit der allgemeinen Fortbildungsschule eine gewerbliche Abteilung in 3 Klassen verbunden wurde, es war der Anfang einer von der Praxis gebotenen Spezialisierung. Zu den erforderlichen Mehrkosten dieser Erweiterungen gab das Ministerium 1896 eine Beihilfe von 150 Mark, die dann auf 200, 250 und 300 Mark erhöht wurde. Die Schülerzahl stieg mit der allgemeinen Volksvermehrung in unserer Stadt stark an. 1901 wurde die Zahl von 300 überschritten, 1910 waren es 425 Schüler in 17 Klassen und 6 Fachzeichenklassen, die gewerbliche Abteilung hatte 1901 5 Klassen, 1904 nur 3. Zu dem besonderen Unterrichte im Zeichnen trat der in Musik, der in 2 Klassen eingeführt wurde. Ferner wurden besondere Klassen aus den Glasindustrie-Lehrlingen gebildet. Die „Wiederholungsschule“ sollte immer mehr zur „Berufsschule“ werden. Von Ostern 1906 an wurde sie nach Berufsklassen geteilt. Endlich wird nach dem Vorschlage des Direktors Barchewitz (seit 1903 hier) der ganzjährige Unterricht eingeführt mit 2 Wochenstunden für die allgemeine und 3 für die gewerbliche Abteilung, die eine Stunde mehr Fachzeichnen bekommt. Gegen eine weitere Vermehrung des Unterrichts wandten sich die Innungen, so dass eine solche 1907 nicht bewilligt wurde. 1911 bis 1912 entstand abermals ein Streit um die Stundenvermehrung, industrielle und Handwerkskreise wandten sich im Schulausschuss besonders gegen die damals endlich für notwendig geltende Staatsbürgerkunde. Die Bezirksschulinspektion stand hier jedoch auf der Seite des Direktors, der diesen neuen Unterrichtsstoff warm empfahl.

An der katholischen Volksschule gab es natürlich auch eine Fortbildungsschule, 1883 mit einer Klasse beginnend. 1908 aber wurden die katholischen Fortbildungsschüler mit den evangelischen vereinigt. In den letzten Jahren litt auch unser Fortbildung- oder Berufsschule, wie sie jetzt genannt wurde, an Raumnot, der Schulsaal musste schon mit als Unterrichtsraum benutzt werden. Trotzdem musste die Klasse für Fachzeichnen und die für ungelernte Berufe wegen untragbarer Überfüllung zu Ostern 1914 in je 2 geteilt werden. Die zulässige Höchstzahl von 30 Schülern war längst überschritten.

10.5 Neubauten, besondere Verwaltung der Knaben- und der Mädchenschule

Die hier erwähnte Raumnot zeigte sich bei dem schnellen Steigen unserer Kinderzahl schon zeitig, eine Entwicklung, die bereits im vorigen Zeitabschnitt eingesetzt hatte und schließlich unerträglich wurde. Man suchte sich zuerst in einfacher Weise zu helfen. Als 1872 die Zweiteilung ins Leben treten sollte, musste ein Lehrer seine Wohnung räumen und sich eine Privatwohnung mieten, wobei die Zahlung von Wohnungsgeld eingeführt wurde. 1897 noch wurden 2 Zimmer bei Stadtrat Naumann auf der Pirnaischen Straße gemietet, damit Direktor Adler seine Wohnung behalten konnte. Schon in den 70er Jahren aber musste man anfangen, diese Frage großzügiger zu lösen. Am 1. Mai 1874 wurde in einer kombinierten Sitzung der Neubau einer Schule am Niedergraben beschlossen. Die Ausführung hat noch bis 1876 auf sich warten lassen, 1877 stand der schöne Bau unserer Mädchenschule¹³⁶ fertig da, die Weihe fand am 8. Oktober statt. 1897/98 erstand an der Pestalozzistraße¹³⁷ – nach der neuen Volksbildungsstätte so genannt – die Knabenschule. Vor dem Bau mussten vom Mühlberg gewaltige Bodenmassen abgetragen werden, dabei wurden vorgeschichtliche Gefäßreste und eine gut erhaltene Urne gefunden. 1898 wurde in der Knabenschule ein Brausebad eingebaut.

Die Entstehung des neuen Realschulgebäudes s. weiter unten (Pkt. 10.8.3).

¹³⁶ heute Schulstraße 1

¹³⁷ damals Kaiser Wilhelm Straße 1, seit 1927 Pestalozzistraße 1

Betreffs des alten Schulgebäudes an der Kirche hatte lange Zeit Unklarheit über seine Zugehörigkeit geherrscht. Erbaut war sie aus Mitteln der Stadtgemeinde. Deshalb erklärte sie der Rat im Januar 1888 für Eigentum der Stadt, fügte aber sofort hinzu, man wolle sie jetzt dem Schullehn überweisen.

1905 musste die Mädchenschule durch den Anbau eines ganzen Flügels erweitert werden.

10.6 Weiterentwicklung des Turnunterrichts – Handarbeitsunterricht

Im inneren Betrieb der Volksschule ist die Weiterentwicklung des Unterrichtes in den Leibesübungen charakteristisch. Die vorige Periode hatte bereits den Anfang mit einer körperlichen Erziehung gemacht. Der Turnverein hatte der Schule Platz am Schützenhaus und Geräte zur Verfügung gestellt, die Stadtkasse für die Kosten des Unterrichtes gesorgt. Jedem Kinde – Knaben und Mädchen – zwischen 8 und 14 Jahren war es freigestellt, im Sommerhalbjahre an 2 Tagen der Woche je 1 Stunde lang ohne Erhöhung des Schulgeldes zu turnen. Ein Lehrer erteilte den Unterricht. Aber diese Gelegenheit wurde nur wenig ausgenutzt. Anfang der 50er Jahre fiel das Turnen überhaupt der reaktionären Richtung der deutschen Regierungen zum Opfer. Doch der Zeitgeist drängte unaufhaltsam weiter auf der Bahn der Freiheit. Am Anfang unseres letzten Zeitabschnittes beschließt auch unsere Stadtregierung die Wiedereinführung des Turnunterrichtes (28. März 1859). Der Erfolg kann allerdings immer noch nicht groß gewesen sein: 1865 wurde der Turnunterricht erstmalig in den Lehrplan aufgenommen. 1867 baten die Stadtverordneten den Rat, die Schuldeputation aufzufordern, sie möchte für einen besseren Besuch des Turnunterrichtes sorgen. Also die Stadtverordneten, die sonst öfter zurückhaltend gegen etwas Neues sind, legen sich hier selbst dafür ins Zeug! Turnvater Jahn war nach der Reaktionszeit doch wieder eine bekannte Persönlichkeit geworden. Konnte man den Turnunterricht nun nicht einfach obligatorisch machen? Dazu verlangte das Gesetz Unterricht durch einen geprüften Turnlehrer. Und dieser fand sich. Der junge Lehrer Friedebach erklärte sich bereit, einen Kursus in der Turnlehrerbildungsanstalt¹³⁸ mitzumachen. Er erhielt auch durch Rat und Kreisdirektion für die Zeit nach seiner Wahlfähigkeitsprüfung den Urlaub dazu, und im Mai 1873 hatte er die Prüfung bestanden. Zum Pflichtfach wurde das Turnen freilich noch immer nicht, man wollte ein neues Volksschulgesetz abwarten. Man überließ das Turnen nicht einmal gleich dem Lehrer Friedebach, sondern zunächst dem Kürschner Naumann und dann erst Friedebach. Entschädigt wurde dieser auch nicht durch die Stadt, das sollten die Eltern der freiwillig turnenden Schüler tun. Schließlich verstand sich die Stadt zu einer Bezahlung von 50 Talern jährlich bei 8 Wochenstunden. Aber vorwärts ging es nun. Es meldeten sich 906 Kinder dazu, in 6 Klassen wurden 2 Stunden in der Woche gegeben. 1885 nahmen am Turnen schon 285 Knaben und 268 Mädchen teil. 1877 erhöhte die Stadt das Gehalt des Turnlehrers auf 400 Mark, die Stundenzahl hatte sich aber bereits auf 32 Wochenstunden erhöht! Herr Friedebach hatte öfter Kämpfe um eine angemessene Bezahlung zu bestehen. Das nächste Jahr brachte der Turnsache selbst aber einen Fortschritt, es wurden bei dem neuen Schulhause Turngeräte aufgestellt, um den Weg nach dem Schützenhause und zurück zu sparen. Von 1883 an hatte nur im Sommerhalbjahr Turnunterricht stattgefunden. 10 Jahre später regte der Bezirksschulrat Grulich den Bau einer Turnhalle für die Schulen an. So schnell ging freilich die Stadt nicht auf diesen Gedanken ein, vorläufig sollte das Turnen in der ehemaligen Reithalle¹³⁹ versucht werden. Das hatte immerhin den Vorteil, dass nun im Jahre etwas länger geturnt werden konnte und nur etwa ein Vierteljahr ausgesetzt werden musste. Herr Friedebach musste jetzt nur noch zwei Kurse in Dresden durchmachen, einen zu 6 Wochen und einen zu einem ganzen Jahr! Er tat es auf eigene Kosten. Bei seiner Begeisterung für die Turnsache hatte er in diesem Jahre wenigstens die Freude, dass der Schulausschuss beschloss, das Turnen nun obligatorisch zu machen und 20 Stunden in der Woche dafür anzusetzen. So hatte sich das Turnen grundsätzlich seinen Platz im Lehrplan der Volksschule erobert und war nur noch weiter auszubauen. Von 1899 an wurden statt 20 Stunden schon 34 erteilt. im folgenden Jahre nach Bau der Vereinsturnhalle¹⁴⁰ wird auf Direktor Hamanns Antrag auch in den 4 Wintermonaten geturnt, wenn auch nur in 1 Wochenstunde, nur Dezember und Januar waren nun noch ohne Turnunterricht. Doch auch die unteren Klassen turnten noch nicht, in der einfachen Volksschule turnten die oberen 3 Klassen, in der mittleren 4. 1902 wurde die Zahl der Stunden auf 36 gebracht, 1903 auf 38, 1904 auf 42, davon hatte die Knabenschule 20,

¹³⁸ die Königliche Turnlehrer-Bildungsanstalt befand sich seit 1863 auf der heute nicht mehr existierenden Carusstraße Nr. 30 (später Robotron-Areal an der Grunaer Straße)

¹³⁹ auf dem Freudenberg

¹⁴⁰ damals Pulsnitzer Straße 25, heutige Pulsnitzer Straße 46

die Mädchenschule 18, die höhere Knabenschule, die 1899 dazu gekommen war, 4 Stunden. 1908 waren die entsprechenden Zahlen 20, 22 und 6 bzw. 7 (im Winter). Dann wurden für den Winter weniger angesetzt, 1911 sind es 22, 26 und 12 im Sommer, 12, 13 und 11 im Winter. Wir bemerken hier eine Vermehrung der Stunden in der Mädchenschule. Von 1908 an wurden auch Dezember und Januar mit einbezogen, auf eine Anregung der Bezirksschulinspektion hin. Nach Erbauung des Realschul- und Realgymnasiumgebäudes mit seiner Turnhalle wurde diese auch der Knabenvolksschule überlassen. Nach dem Verlangen der Bezirksschulinspektion begann man nun auch in der einfachen Volksschule im 5. Schuljahre mit dem Turnen. So gab es manchen erfreulichen Fortschritt, das Ideal einer besonderen Turnhalle für die Volksschulen blieb aber unerreicht.

Als neues Fach wurde 1898 der Unterricht in weiblichen Handarbeiten in den Lehrplan der Mädchenschule eingestellt mit 2 Lehrerinnen. Die Firma C. Barth stiftete dazu eine wertvolle Nähmaschine, verschiedenen Eltern eine zweite.

10.7 Finanzielles u. a.

Hier seien noch einige finanzielle Notizen über die Volksschule eingefügt, deren Bedürfnisse aus der besonderen Schulkasse bestritten werden. Die bedeutendsten Summen, die in diese fließen, stammen aus den städtischen Schulanlagen. Sie betragen z. B. 1897 ziemlich 40.000 Mark bei 62.000 Mark Gesamtbedarf, 1899 über 50.000 Mark, damit entfiel von allen städtischen Anlagen mehr als der 3. Teil auf die Schule. Die Einkünfte durch das Schulgeld betragen in dieser Zeit rund 15.000 Mark und stiegen der Kinderzahl entsprechend. Doch noch immer waren die Reste erheblich, im Jahre 1890 rechnete man mit einem jährlichen Ausfall von 1.000 Mark. Jetzt wurden auch Freistellen geschaffen, das Restieren¹⁴¹ entsprang doch zum Teil einem wirklichen Notstand. Um Staatsbeihilfe zu bekommen, musste nach einem Gesetz von 1890 das Schulgeld herabgesetzt werden. Es betrug in der Abteilung B in der 1.-6. Knabenklasse 100, 80, 75, 70, 60 und 50 Pfennige, in den 7 Mädchenklassen 100, 80, 75, 70, 65, 60 und 50 Pfennige monatlich, es durfte aber nun jährlich nicht mehr 5 Mark (in der Fortbildungsschule 6 Mark) übersteigen. Nun erhielt die einfache evangelische Volksschule für ein Jahr 1.950 Mark, die katholische 450 Mark staatliche Beihilfe zum Dienstehelohommen der Lehrer, verschieden gerechnet nach ständigen und Hilfslehrern. Mit der Zahl der Lehrkräfte erhöhte sich dieser Zuschuss, z. B. im Jahre 1894 auf 2.580 bzw. 750, 1897 auf 3.000 bzw. 750, 1900 auf 3.900 bzw. 1.050 Mark. 1909 waren es 6.000 bzw. 1.050 Mark, 1913 noch ebenso. Für das Jahr 1897 und bis auf weiteres wurde noch eine außerordentliche Beihilfe von 1.800 Mark gewährt zur „Unterhaltung des Schulwesens“. Von 1900 an übernahm der Staat die Alterszulagen, zog aber dafür die außerordentliche Beihilfe zurück.

Für Schulbauten mussten besondere Anleihen aufgenommen werden. Der Neubau von 1897/98 kostete z. B. 188.000 Mark, die nötigen Geräte 40.000 Mark. Bei 230.000 Mark früherer Schuld hatte die Schulgemeinde nun weitere 240.000 Mark neu aufgenommene Anleihe zu verzinsen und zu tilgen.

Einiges Nähere über das Schulgeld wird noch interessieren. Wegen vermehrten Aufwandes machte sich 1865 eine Erhöhung nötig. Vom 1. April dieses Jahres an waren in der 1. Knabenklasse nun monatlich 12 Neugroschen, in der 1. Mädchenklasse 10, in der 4. und 5. Knaben- und Mädchenklasse je 5 Neugroschen zu zahlen. Vorher war es wöchentlich berechnet, und es waren von 1861 an 8-20 Pfennige, von 1863 an 8-25 Pfennige wöchentlich erhoben worden. Das monatliche Zahlen verursachte wieder ein Anwachsen der Reste, daher führte die Stadt 1870 die zweiwöchige Zahlungsweise ein. Mit der Zweiteilung der Schule blieb die mittlere Volksschule (A) beim alten Satze, in der unteren wurde er ermäßigt, da waren 2 ½ bis 6 Groschen monatlich zu zahlen, die Hälfte der 1. Abteilung. Infolge Erhöhung der Lehrergehälter ging man 1876 wieder mit dem Schulgeld herauf und forderte in der 1. Abteilung monatlich 0,80 bis 2 Mark, in der 2. 0,50 bis 1 Mark. Da gab es eine kleine Katastrophe für die 1. Abteilung: von 70 Schülern einer Klasse blieben nur 12 übrig, alle anderen waren abgemeldet worden! So wurde die Erhöhung schnell etwas ermäßigt auf 0,75 bis 1,50 Mark (A). Die Abt. B blieb bei 0,50 bis 1,00 Mark. 1882 hatte die A 1,80 Mark zu entrichten statt 1,50 Mark. Zu zahlen war monatlich in der Klasse oder im Rathause mit dreimonatlicher Vorauszahlung. Katholiken hatten in der 1. Abteilung 50 Pfennig Aufschlag zu entrichten, ebenso Auswärtige.

¹⁴¹ *Schulden machen*

Die Lehrerschaft hatte dauernd um eine anständige Gehaltsfestsetzung zu ringen. Es haben ja öfter Aufbesserungen stattgefunden, aber nur wenn ein gesetzlicher Zwang vorlag. So am 1. Juli 1872 nach dem Schulgesetz vom 9. April, womit freilich immer erst das gesetzliche Minimum erreicht wurde, und dazu sollten die Lehrer statt der bisherigen 30 und 32 Pflichtstunden 36 übernehmen. Noch 1910 zahlte Radeberg von 71 sächsischen Städten nur neben Hohnstein und Bischofswerda den gesetzlichen Mindestlohn, d.h. bis 3.000 Mark. Beim Wohnungsgelde wurde 1909 zum 1. Male ein Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen gemacht durch Erhöhung desselben bei ersteren (348-540 Mark gegen 300 -400). Wie ein Radeberger aus seinen Jugenderinnerungen erzählt, wurde um den Johannistag noch jährlich das alte Schulfest abgehalten. Nach einem Umzuge durch die Stadt, klassenweise mit den Klassenfahnen, fand beim Schießhause ein Scheibenschießen mit Blasrohren und Vogelschießen mit dem Stechvogel nebst allerlei Spielen und Gesängen statt bis zum Wiedereinmarsch in die Stadt gegen 8 Uhr, jede Klasse begleitete ihren König bzw. ihre Königin nach Hause. Langjähriger Leiter der Volksschule, nach der Teilung in Knaben- und Mädchenschule der letzteren, war von 1875 an bis 1915 Direktor Hamann, die Knabenschule erhielt 1903 eine besondere Verwaltung unter dem Direktor Barchewitz (gest. 1922).

10.8 Weitere Schulen

10.8.1 Katholische Schule

Besonders durch den Zuzug aus katholischen Gegenden hatte Radeberg im vorigen Jahrhundert erst einen kleinen, dann aber ständig anwachsenden Bevölkerungsteil erhalten und damit katholische Schulkinder, die zuerst die evangelische Stadtschule besuchen mussten. Nachdem sich die katholische Gemeinde gebildet und eine Kirche gebaut hatte, die Zahl der schulpflichtigen Kinder aber auf 150 gestiegen war, fasste diese Gemeinde auch den Schulbau und die Anstellung eines katholischen Lehrers ins Auge. Das Grundstück¹⁴² dazu beschaffte die „Bischof- Franz-Lorenz-Mauermann-Kirchen- und Schulstiftung“. 1884 ersuchte das katholische Geistliche Konsistorium zu Dresden die Regierung um die Genehmigung, eine eigene katholische Schulgemeinde zu bilden, vom hiesigen Rate empfohlen, wurde das auch vom Ministerium genehmigt. Nun ging es an den Bau eines Schulgebäudes und am 29. September 1886 fand die Weihe desselben statt. Am 4. Oktober konnte mit dem Unterricht in 4 Klassen, die durchschnittlich 35 Kinder zählten, begonnen werden. Die ersten Lehrer waren Kantor Muschik und Hilfslehrer Striezel. Indes besuchten 55 katholische Kinder weiter die evangelische Schule, weil sie nach dem Willen der Eltern evangelisch werden sollten, diese wurden deshalb dort auch im Schulgeld den evangelischen gleichgestellt, während andere bisher das Doppelte zu zahlen hatten. Die katholische Gemeinde musste für die Schule besondere Anlagen erheben, erhielt aber von der Mauermannstiftung jährlich mehrere hundert Mark. 1890 gab es schon 203, 1892 215 katholische Schulkinder, das Schulgebäude wurde erweitert, die vierklassige Schule in eine sechsklassige verwandelt. 1897 waren 7 Klassen mit 288 Kindern vorhanden, 1909, 31. Mai, 148 Knaben und 118 Mädchen.

Schon 1887 folgte der Volksschule eine Fortbildungsschule. 1892 musste das Schulhaus durch einen Anbau erweitert werden. Die Anzahl der Lehrer vermehrte sich auch hier rasch. 1908 wurden auf Antrag des katholischen Schulvorstandes selbst die Fortbildungsschüler in die allgemeine städtische Fortbildungsschule aufgenommen, wo sie aber das Doppelte des sonstigen Schulgeldes, also 50 statt 25 Pfennige zu zahlen hatten.

Der Haushaltplan für 1914 stellte einen Bedarf von 15.793 Mark fest. Von 1889 an war der den älteren von uns noch bekannte Oberlehrer Lübeck der Leiter. Die Bezirksschulinspektion hatte der hiesige Stadtrat, die Koinsektion der evangelische Bezirksschulinspektor in Dresden, zuerst Schulrat Dr. Lange. Das Vorschlagsrecht für ständige Lehrstellen besaß das „Apostolische Vicariat in Sachsen“.

Eine Lokalschulordnung von 1885/86 regelte alle Verhältnisse der Schule, sie musste hinsichtlich der Lehrergehälter mehrmals abgeändert werden. Ein besonderer Schulvorstand vertrat bald die katholische Schulgemeinde, die Wählerzahl zeigt das Anwachsen der katholischen Gemeinde, noch 1906 waren es 49, 1912 schon 92.

¹⁴² damals F-(ohne Bezeichnung) Straße, ab 1896 Goldbachstraße 1, heute Straße des Friedens 1

Der Turnunterricht konnte zuletzt, 1914, in der Turnhalle des Turnvereins Jahn im Hofe des „Kaiserhofes“ stattfinden, im Winterhalbjahr und bei schlechtem Wetter auch im Sommer. Die Fortbildungsschule ist von 1905 ab auch ganzjährig mit 2 Wochenstunden.

10.8.2 Handelsschule

Eine Neuerscheinung im Radeberger Schulwesen bildete die Handelsschule, die am 1. Juni 1888 das Licht der Welt erblickte. Sie hatte bereits gewisse Vorgänger in dem Gedanken einer besonderen Schulung der angehenden Kaufleute neben der im Geschäfte selbst. 1878 hatte ein Herr A. Kirchhoff in Dresden hier eine Lehrlingsschule gegründet, von unserer Zeitung empfohlen. Am 10. Januar 1881 begann eine kleine Handelsschule ihre Tätigkeit, die von den hiesigen Kaufleuten gefördert wurde und von der Fortbildungsschule befreite. Beide Unternehmungen haben kein langes Leben gehabt. Da traten am 5. Oktober 1887 6 Herren hier zusammen, um wieder eine Handelsschule ins Leben zu rufen, an der Spitze Herr Bruno Thum. Sie bildeten zunächst einen Handelsschulverein, der nun lebhaft für eine solche Neugründung arbeitete. Auf dem Interesse der hiesigen maßgebenden Kreise gegründet, fand die neue Schule nicht nur den schon erwähnten Eingang in das Leben unserer Stadt, sondern auch den gewünschten Fortgang. Am 4. Juni 1888 begann eine Lehrlingsabteilung mit 20 Schülern ihre Tätigkeit, diese war auf zwei Jahrgänge berechnet. Zunächst wurden nur 4 Stunden erteilt, und zwar in Deutsch, Rechnen, Erdkunde und Handelswissenschaft. Ihr erster Lehrer wurde ein Herr Weidlich, dem 1895 Herr Adler folgte. Die Herren Thum und Adler sind es, die diese Schule zu ihrer ersten Blüte gebracht haben. Sie fand aber auch von vorn herein die Förderung des Stadtrates, der ihr das Unterrichtszimmer mit Heizung, Beleuchtung und Reinhaltung, auch einen baren Zuschuss von 50 Mark jährlich, in der Folge 100, 150 (1907), 300 Mark (1908) gewährte. Ferner leistete der Staat einen namhaften Beitrag, erst 300, 1904 400, 1905 sogar 550 Mark. Das meiste musste das Schulgeld einbringen, das ja dauernd stieg, während es 1901 z. B. 544 Mark betrug, brachte es 1904 über 900, 1913 über 2.000 Mark. Allerdings genügten diese Quellen immer noch nicht ganz, so dass der Handelsschulverein selbst noch einspringen musste, er gab nach Bedarf noch 300 bis 500 Mark. In 2 Abteilungen oder Klassen wurde mit wöchentlich je 9 Stunden Rechnen, Erdkunde, Stenographie, Deutsch und Französisch gelehrt. Mit 20 Schülern war der Anfang gemacht worden, 1903 wurden es 30, die Höchstzahl erreichte das Schuljahr 1911/12 mit 57. Auf eine Anregung des Ministeriums wurde im Jahre 1904 die zweijährige Schulzeit in eine dreijährige verwandelt, der Unterricht im Französischen, der bisher freiwillig gewesen war, zum Pflichtfache gemacht. Das Schulgeld betrug 40 Mark jährlich. Die 1. Klasse hatte nun 6, die 2. und 3. je 9 Stunden die Woche. Bald vermehrte sich die Stundenzahl in der 1. Klasse auf 7 (1908) und 9 (1912), so dass nun jede Klasse ihre 9 Stunden hatte. Schenkungen des Handlungsgehilfenverbandes ermöglichten 1906 die Gründung einer Schülerbücherei, die 2 Jahre darauf 52 Werke zählte. Auch eine Lehrerbücherei wurde gebildet, deren Verwaltung Lehrer Haubenreißer übernahm. So schritt die Schule äußerlich und innerlich gut vorwärts. Natürlich erhöhten sich auch die geldlichen Bedürfnisse, doch Stadt und Staat trugen diesem Umstande Rechnung. Im Jahre 1909 gab der Staat allerdings nur 400 Mark, da auch von anderen Seiten immer mehr Anforderungen gestellt wurden, 1912 und 1913 wieder 500 Mark. 1913 musste noch ein Lehrerzimmer in der alten Schule dem bisherigen zugefügt werden.

10.8.3 Höhere Schule, Realschulbau

In den achtziger Jahren regte sich der Wunsch nach einer höheren Volksschule neben der einfachen und mittleren, einer Schulgattung, die sich durch fremdsprachlichen Unterricht von den anderen unterscheiden sollte, doch auch von Anfang an durch mehr Unterricht überhaupt. Einige Familien, Baumeister Ulbricht u. a., baten zunächst für privaten Unterricht um Überlassung von 2 Schulzimmern. Direktor Hamann regte darauf die Gründung einer höheren Bürgerschule an, doch davon sah der Schulausschuss ab. Bis 1892 ruhte diese Angelegenheit, dann schlug der Direktor eine Sonderklasse (Selecta) vor. Der Schulausschuss lehnte auch dies ab, dafür forderten die Stadtverordneten den Rat auf, an der mittleren Bürgerschule freiwilligen französischen Unterricht erteilen zu lassen. Auch Direktor Hamann kam auf den neusprachlichen Unterricht an seiner Schule zurück. Zu diesem wurden jetzt 22 Schüler angemeldet, und so sollte für ihn ein besonderer Lehrer angestellt werden. Der Rat überließ freilich alle Kosten denen, die einen solchen Unterricht wünschten. Nun erhielt ein Lehrer Thost von ihm die Erlaubnis, mit Benutzung von Klassenzimmern in der Schule, diesen Unterricht zu erteilen. Im Jahre 1895 regte Schulrat Grüllich selbst lateinischen und französischen Unterricht in den Oberklassen der mittleren Volksschule an, da der bisherige Privatunterricht doch

das Bedürfnis danach erwiesen habe, doch aus Rücksicht auf Kosten, Lehrkräfte und Raum wurde bis auf weiteres wieder davon abgesehen. Direktor Hamann möchte nun wenigstens in der Mädchenschule eine Selecta mit französischem Unterricht einführen, da sich 16 Mädchen dazu melden, der Rat lehnt dies vorläufig ab, ebenso im Jahre 1897 die höhere Bürgerschule, immerhin mit der Aussicht, dass man später vielleicht darauf zurückkommen werde. 10 Jahre später petitionieren wieder mehrere Bürger um Errichtung einer höheren Mädchenschule (für Knaben war ja seit 1904 die Realschule da, siehe unten). Schulrat Lange weist die Stadt an Direktor Hamann, der 1908 die Planung für durchführbar hält, doch wegen Mangels an Räumlichkeiten wird der Plan abermals zurückgestellt, worauf einige Familien ihren Töchtern in Dresden Privatunterricht erteilen lassen. Als Grundlage für eine spätere höhere Mädchenschule will Direktor Hamann nun von Klasse 5 an mit 6 Wochenstunden französischen Unterricht erteilen lassen statt mit 1 Stunde wie bisher. Eine Anfrage des Rates bei anderen Städten ergab das Bild, dass von 11 Städten 7 im 4. Schuljahr Französisch mit 4, 5 oder 6 Stunden eingeführt hatten. Trotzdem lehnen Schulausschuss und Rat auch diesen Plan ab (1911), ebenso ein Gesuch mehrerer Bürger um erweiterten französischen Unterricht. Gelöst wurde das Problem der höheren Mädchenbildung dann dadurch, dass Mädchen in die Realschule aufgenommen wurden. Ein Gesetz vom 16. Juni 1910 gestattete dies in besonderen Fällen für die Klassen 3-1, während die Hochschulen schon seit 1 Jahrzehnt Studentinnen kannten. 1913 reichten mehrere mit Töchtern gesegnete Väter (Grütter und 27 andere Bürger) im August ein dahingehendes Gesuch ein, und der Rat beschloss die Zulassung von Mädchen in den vom Gesetz erlaubten Klassen wenigstens versuchsweise, und nur, soweit Lehrkräfte und Räumlichkeiten ausreichten. Da waren es die Stadtverordneten, die den Antrag ablehnten, wenn auch nur mit 10 gegen 9 Stimmen. Gegner waren die Mitglieder der Sozialdemokratie, die keine „Standesschule“ unterstützen wollten. Eine neue Sitzung in dieser Sache am 21. Januar 1914 entschied aber für den Antrag mit 9 zu 9 Stimmen, wobei die des Vorsitzenden, Landmesser Dietze, den Ausschlag gab.

Endlich ist nun noch über die Entstehung der Realschule zu berichten. Nachdem hier wiederholt Privatschulen für fremdsprachigen Unterricht zur Vorbereitung für höhere Schulen bestanden hatten – wie 1870 bis 77 wieder eine Sammelschule des Kandidaten der Theologie Voigt mit 12 Knaben und Mädchen, ähnlich 1886 – aber auch nach einiger Zeit wieder eingegangen war, wagte 1892 ein Kandidat des höheren Schulamtes Zehme abermals einen solchen Versuch. 13 Knaben waren dazu angemeldet worden, und nach Genehmigung des Ministeriums wurde diese Schule im April 1893 eröffnet. Ostern 1895 hatte sie 28 Schüler und Schülerinnen in 2 Klassen, 1896 in 3 Klassen. Sie wurde vom Rate gefördert, dieser bewilligte z. B. 2 Turnstunden in der alten Reitbahn und im März 1896 eine Beihilfe von 200 Mark, ebenso 1897. Der Anfang war also nicht schlecht. Zu Ostern 1896 hatte Herr Zehme in den 3 Klassen 14, 11 und 12 Schüler. Da beschloss der Rat, die Schule selbst käuflich zu übernehmen, wofür Zehme 6.000 Mark verlangte. Sie bestand jetzt aus einer Vorschule vom 1. bis 4. Schuljahre, einer höheren Knaben- und einer höheren Mädchenschule. Zehme ging mit seiner Forderung auf 5.000 Mark zurück, und so beschloss der Rat den Ankauf und die Fortführung der Schule ohne die Vorschule, aber wirkliche Ankauf wurde wieder verzögert. Herr Zehme, der Ostern 1898 noch eine Selecta für konfirmierte Mädchen errichtet hatte, verließ jetzt sein eigenes Werk und nahm eine sich gerade bietende Stelle in Neidenburg¹⁴³, Ostpreußen, an. Da kauften die Eltern der Privatschulkinder, in einem Schulverein zusammengefasst, selbst die Schule, um sie nach dem schönen Anfange nicht wieder eingehen zu lassen, waren aber gewillt, sie der Stadt zu überlassen, und Herr Bürgermeister Bauer war von Anfang an bereit, etwas Ganzes zu schaffen. So übernahm die Stadt wirklich noch die Schule. Es wurden zunächst 3 Lehrer für drei Klassen angestellt, so dass die Vorbildung für die U III einer höheren Schule¹⁴⁴ gegeben war. Die ersten Klassen hatten 13 (VI.), 14 (V.) und 12 (IV.)¹⁴⁵ Schüler, die ersten Lehrer waren der Verfasser, Predigtamtskandidat¹⁴⁶, Predigtamtskandidat Auerswald und Lehrer Gerhardt. Die Schule, „Höhere Knabenschule“ genannt, wohnte zuerst in der Knabenschule, wo ihr die nötigen Räume zur Verfügung gestellt wurden, von Ostern 1902 in der alten Stadtschule an der Kirche. Hier erhielt als erfahrener Realschulmann der Oberlehrer N. Oertel von der Realschule Glauchau die Leitung (Ostern 1902) um die Schule zur Realschule auszubauen und ihr die staatliche Anerkennung zu verschaffen. Vom 1. April

¹⁴³ heute Nidzica, Woiwodschaft Ermland-Masuren in Polen

¹⁴⁴ Untertertia, entspricht heute der 8. Klasse

¹⁴⁵ VI Sexta = 5. Klasse, V Quinta = 6. Klasse, IV Quarta = 7. Klasse

¹⁴⁶ also Felix Schwabe selbst

1904 an wurde sie dann auch als Realschule mit Progymnasium anerkannt und entließ zu Ostern die ersten 6 Schüler nach erfolgreicher Reifeprüfung. Als Stellvertreter des Direktors wurde 1906 der Oberlehrer R. Oßwald von Bautzen hierher berufen. Schüler- und Lehrerzahlen wuchsen dauernd, freilich auch die Kosten für die Stadt. Aber da man einmal den Anfang gemacht hatte, auch kleinere Nachbarstädte ihre höhere Schule besaßen, und es durch den Landtagsabgeordneten Herrn Knobloch von hier gelang, einen Staatszuschuss von 12.000 Mark jährlich zu erreichen, wurde durchgehalten, und es wurden die nötigen Opfer gebracht. 1900 betrug der erforderliche städtische Zuschuss 7.600 Mark, 1913 an 75.000. Das Schulgeld betrug anfangs 90 Mark (Realschule) und 120 Mark (Progymnasium), von 1905 an 120 und 140, von 1908 an 150 und 170, die Schülerzahl Ostern 1904 über 100, 1909 = 194, 1914 einschließlich der 3 ersten Mädchen 172.

Bald musste der Gedanke eines eigenen Schulbaues für die neue Schule ins Auge gefasst werden. Nach längerem Streite über den passenden Platz wählte man den Freudenberg und führte dort auf ragender Höhe, besonders von der äußeren Dresdner Straße, dem Eingange in die innere Stadt vom Bahnhofe her stattlich anzusehen, das Gebäude auf, das neben dem alten Schloss und dem hohen, schlanken Kirchturme ein Wahrzeichen und eine Zierde unserer Stadt geworden ist. Es waren bei der Platzwahl manche Gesichtspunkte zu berücksichtigen, z. B. auch die Lage zum Bahnhof wegen der Rücksicht auf die auswärtigen Schüler. Für den Bau selbst wurde unter verschiedenen Entwürfen der der Architekten Beck-Hornberger-Mößner¹⁴⁷ gewählt. Nach einem Gutachten des Königlichen Baurats Bähr war diese Planung vom wirtschaftlichen und künstlerischen Standpunkt aus den anderen vorzuziehen und nur wenig teurer. Diese Planung war auf 330.992 Mark berechnet. Es war eine schwere Last, welche die Stadt nach den Bauten für die beiden Volksschulen wieder auf sich laden musste, doch da der Staat seine Beihilfe von der Fertigstellung des Baues bis Ostern 1912 abhängig machte, bewilligten die Stadtverordneten 1911 300.000 Mark und für den Mehrbedarf 1912 noch 50.000, beide Summen wurden beim Landwirtschaftlichen Kreditverein entliehen. Der Unterricht im Zeichnen und in den Naturwissenschaften fand in dem neuen Gebäude geeignete Räume, der schöne Schulsaal bot auch eine passende Stätte für künstlerische Veranstaltungen, eine angebaute Turnhalle löste zugleich das Turnproblem auch für die Volksschule. Am 15. Oktober 1912 fand die feierliche Einweihung der neuen Schule statt. Betr. Zulassung von Mädchen s. oben.

Zahlreich wurde die Realschule auch von Auswärtigen besucht, auch trotz der Erhöhung des Schulgeldes für diese auf 150 Mark.

Wie schon an der Volksschule, so wurden natürlich auch hier Freistellen oder Teilfreistellen gewährt. Im Ganzen durften die Erlasse höchstens 90 % des normal einkommenden Schulgeldes betragen, im Einzelnen waren sie abgestuft, beispielsweise hatten in einem Jahre 7 Schüler einen Erlass von drei Vierteln, 22 von der Hälfte und 2 von einem Viertel (1908), 1912 sind 9 Freistellen zu $\frac{3}{4}$, 3 zu $\frac{1}{4}$ vergeben. Hohe Aufwendungen erforderte die Realschule besonders für naturwissenschaftliche Zwecke, die aber von der Stadt nach Kräften gewährt wurden.

10.8.4 Streit mit Lotzdorf

Bezüglich aller Schulangelegenheiten gab es schon seit dem vorigen Zeitabschnitt einen Streit zwischen der Stadt und ihrem Nachbardörfchen Lotzdorf, nämlich über die Einschulung der Talmühle. Die Schulordnung von 1846 hatte dieses Grundstück dem Schulbezirk Radeberg zugeteilt, die Schulordnungen von 1876 und 1899 hatten es wieder ausgenommen. In Übereinstimmung mit dem Stadtgemeindebezirk beschließt der Schulausschuss 1901 wieder die Einschulung in Radeberg. Lotzdorf beantragt ebenso die Einschulung in seinen Bezirk. Doch das Ministerium entscheidet nun den Streit dadurch, dass es diesen Antrag zurückweist.

10.9 Schulärztliche Betreuung u.a.

In steter Fürsorge für das Wohl der gesamten Radeberger Schuljugend führte die Stadt 1905 in allen Schulen die schulärztlichen Untersuchungen ein.

¹⁴⁷ *das Architektenbüro Beck, Hornberger und Mößner war um 1910 in Stuttgart ansässig*

Zu verschiedenen Zeiten ist hier auch der Gedanke einer Armenschule erwogen worden. In den 50er Jahren¹⁴⁸ bestanden einige Jahre lang 2 Armenklassen, von denen die eine schon 1858, die andere 1863 wieder aufgelöst wurde. Neugründungen sind auch später nicht erfolgt, da der Rat befürchtete, diese Klassen würden zu schwach werden.

Das Seminar, das der Staat um 1907 in unserer Gegend zu gründen beabsichtigte, bekam die Stadt nicht, trotzdem sich Herr Knobloch als Landtagsabgeordneter darum bemühte. Radeberg soll dem Staate nicht genug dazu geboten haben.

Die Schulaufsicht wurde in Sachsen bald nach dem Krieg 1870/71 durch die Errichtung von Bezirksschulinspektionen verweltlicht, nur in örtlichen Dingen behielt der Geistliche noch ein Aufsichtsrecht als „Lokalschulinspektor“.

11 Kirchliche Verhältnisse

11.1 Superintendentur – Kirchenvorstand

In unserem Zeitabschnitt vergrößerte sich die Radeberger Superintendentur, indem die Bischofswerdaer im Jahre 1878 aufgelöst wurde und deren Gemeinden teils Dresden, teils Radeberg angegliedert wurden. Zur Parochie Radeberg gehören noch Lotzdorf, Liegau und Augustusbad. Diese hatten sich erst über die Verteilung der Parochiallasten so geeinigt, dass Radeberg $\frac{3}{4}$, Lotzdorf $\frac{1}{6}$, und Liegau $\frac{1}{12}$ beizutragen hatte, hierin fand eine kleine Veränderung zu Ungunsten Radebergs statt, indem dieses vom 1. Januar 1878 an $\frac{4}{5}$ übernahm, Lotzdorf $\frac{2}{15}$ und Liegau mit Augustusbad $\frac{1}{15}$. Die Leiter der Kirchgemeinde, zugleich der Diözese, waren E. W. Martini von 1835 bis 1866, Lic. E. C. Schleinitz 1867-93, zuletzt Kirchenrat, und K. R. Kaiser, später ebenfalls Kirchenrat. Neben die 3 Geistlichen trat als Vertreter der Kirchgemeinde jetzt ein von der Gemeinde gewählter Kirchenvorstand, wozu alle selbständigen Männer über 25 Jahre das aktive, über 30 das passive Wahlrecht hatten. Im April 1868 war die erste Wahl. Das Interesse dafür war wie bei anderen Neuerungen ähnlicher Art anfangs noch gering. Zuerst meldeten sich nur 49 Wähler, allmählich wurde die Wählerliste, wozu man sich persönlich zu melden hatte, etwas größer. 1889 waren 89 Wähler eingetragen, 1895 schon 148, 1907 aber wieder nur 130. Nach dem Vorschlag der Kircheninspektion – Superintendentur, Gerichtsamt und Stadtrat – erhielt die Stadt 8, Lotzdorf 2 und Liegau 1 Stimme, alle 3 Jahre schied die Hälfte aus. Die 1. Sitzung wurde am 1. Juli 1868 gehalten. Zu den erwähnten 11 Vertretern kamen noch das Freigut Lotzdorf und das Rittergut Liegau, so dass die Stimmenzahl 13 betrug, eine davon fiel 1878 wieder weg, indem sich diese beiden „examten Güter“¹⁴⁹ mit 1 Stimme zusammen begnügten. Später erhöhte sich die Zahl der Kirchenvorstandsmitglieder, wohl mit dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung, in den 90er Jahren sind es 15, von 1901 an 16.

11.2 Der Kirchengebäude, Turm – Glocken, Uhr, Orgel

Im Jahre 1863 wurde das Archidiakonat neu hergestellt. Eine noch bedeutendere Erneuerung und Erweiterung zugleich aber erfuhr in den 80er Jahren das Kirchengebäude, womit ein jahrzehntelanger Wunsch endlich seine Erfüllung fand. Neben einer vielseitigen Innenreparatur sollte der Turm höher aufgeführt werden. Der Plan scheiterte lange an der Kostenfrage, zumal man für Orgel, Glocken u. a. erhebliche Ausgaben hatte, s. Teil III – Pkt. 8.3. Dann begann man mit den Privatsammlungen, 1858 und 1863. 1866 gründete Dr. med. Böhme einen Kirchenbauverein, der diese Angelegenheit vorantreiben sollte. Auch die Radeberger Zeitung warb dafür. Herr Fabrikbesitzer Scherz erklärte sich bereit, 3.000 Mark dafür unverzinslich der Gemeinde zu leihen, doch dieses Vorhaben wurde durch seinen frühen Tod hinfällig, seine Erben wollten nichts davon wissen. Nun ruhte die Sache lange Zeit. 1872 konnte eine Generalversammlung auch nur den Beschluss fassen, für freiwillige Gaben weiterzuwirken. Seit 1879 wurden „Kirchliche Nachrichten aus der Parochie“ herausgegeben, deren Reingewinn für den Kirchenbau bestimmt war. 1882 beschloss Rat und Stadtverordnete nun in aller Form, die Kirchenreparatur und den Turmbau spätestens 1884 auszuführen. 1883 wurde die Ausführung der Kosten wegen wieder vertagt. Fünf Jahre später war es aber so weit, dass man ernstlich an den Anfang denken konnte. Für die innere Erneuerung und äußere Erweiterung wur-

¹⁴⁸ des 19. Jahrhunderts

¹⁴⁹ so bezeichnete man Güter, die von bestimmten Lasten, Steuern, Abgaben oder der allgemeinen Gerichtsbarkeit ausgenommen oder befreit waren (von lat. *eximere* = ausnehmen)

de ein Entwurf der Leipziger Architekten Weidenbach und Käppler angenommen. Danach wurde die Kirche um 7 m rückwärts verlängert. Um das zu ermöglichen, trat die Stadt, einem Beschluss des Schulausschusses folgend, der Kirchgemeinde das sogenannte Rektoratsgartchen ab. Nachdem die Kirche schon 1883 als Geschenk des Frauenvereins zum Lutherjubilaum das schöne Altarbild „Ostersonntag“ von E. Winterstein in Dresden erhalten hatte, bekam sie jetzt noch manchen anderen Schmuck, z. B. die Deckenmalerei von Engelman. 1888 wurden ihr die von Auenmuller, Dresden, hergestellten 4 bunten Glasfenster für den Altarplatz gestiftet. Nun nahm man auch den Turm in Angriff. Im November 1887 wurden die Glocken abgenommen, dann der Turm abgetragen und am 18. April 1888 der Grundstein zu einem neuen gelegt. Jetzt strebte er schlank, von allen Seiten weithin sichtbar, empor bis in eine Höhe von über 60 m. 1889 wurden 4 Glocken aus der Bierlingschen Glockengieerei am 10. Mai geweiht. Zu den 3 alten Glocken kam eine vierte im tiefen C, ein Geschenk der beiden Brüder Oertel, des hiesigen Rechtsanwalts und des Kaufmanns Oertel in Leipzig. Die praktische Ausführung des ganzen Um- und Neubaus hatte Baumeister Würdig hier. Am 18. November 1888 erfolgte die feierliche Kirchenweihe.

Die Orgel wurde später nach pneumatischem System umgebaut (1907). Eine geregelte Pflege der Turmuhr (gleich der Rathausuhr), war dem Schlossermeister Ohlendorf übergeben gewesen. 1867 vertraute die Stadt sie Herrn Pfützner als „Saigersteller“, wie man damals noch sagte, an, später dem Uhrmacher Vogel als „Kirchenuhrmacher“.

Nach dem Reichsgesetz von 1893 musste vom 1. April dieses Jahres an die mitteleuropäische Zeit gezeigt werden. Der alte Saigersteller bekam für seinen Dienst zuerst 10, dann 20 Taler, seit 1908 erhält der Herr Uhrmacher Dietze 100 Mark.

11.3 Besondere Feiern

Eine besondere Feier wurde dem vierhundertjahrigem Geburtstag Luthers gewidmet, am 10. und 11. November 1883. In den Schulen fand ein feierlicher Aktus statt, die Vereine zogen mit ihren Fahnen zum Gottesdienste, die Stadt glänzte im Flaggenschmuck, abends mit erleuchteten Fenstern, ein Konzert wurde veranstaltet und vor der alten Schule eine Luthereiche gepflanzt. 1897 wurde auch Melanchthons vierhundertjahrigem Geburtstag gefeiert (14. Februar) mit einem Festgottesdienst, einem Schulfestzug und Familienabend. Doch auch des Abscheidens unserer Staatsoberhäupter dachten unsere Kirchgemeinden in Trauerfeiern, 1888 nach dem Tode des allverehrten Kaisers Wilhelm I., 1902 bzw. 1904 der Könige unseres engeren Vaterlandes, Albert und Georg. Am 17. Juni 1910 veranstaltete der Kirchenvorstand eine größere öffentliche Protestversammlung gegen Behauptungen eines päpstlichen Rundschreibens, die sogenannte Borromäus-Enzyklika, welche die ganze protestantische Welt als Beleidigung empfand und auch unser König Friedrich August nicht billigte. Papst Pius X. hatte darin die Behauptung aufgestellt, die Reformatoren seien „Leute von irdischem Sinn, deren Gott der Bauch war“, gewesen, die protestantisch gewordenen Fürsten und Völker ganz verderbt. Die Versammlung war gut besucht und bewies, dass die im ganzen evangelischen Deutschland aufgeflammete Empörung ihre Wellen auch hier geschlagen hatte. Den protestantischen Standpunkt betonten immer auch die Reformationsfeste am 31. Oktober, besonders stark schon das von 1870 als Antwort auf die Aufforderung des Vatikanischen Konzils an alle Christen, zu der einen (katholischen) Kirche zurückzukehren. Am ersten Weihnachtsfeiertage 1890 wurde zum 1. Male ein Kindergottesdienst gehalten, in den nächsten Jahren je 7, deren Besuch auch gut genannt wird. Die Zahl der jährlichen Kindergottesdienste wurde dann wiederholt erhöht (10, 12). 1904 eröffnete die Sächsische Missionskonferenz am 5. Juni eine Missionspredigtreise hier.

11.4 Kantorei, Kirchenmusik u. a.

Zur Ausschmückung der Gottesdienste in besonderen Fällen diente von alters her der Adjuvantenchor oder die Kantoreigesellschaft. Sie war im Anfange unserer Periode schon zum Erliegen gekommen, wurde zwar 1867 wieder ins Leben gerufen, wollte sich aber doch nicht weiter aufwärts entwickeln, so dass der Kirchenvorstand am 22. September 1876 selbst ihre endgültige Auflösung beschloss (wogegen dem Kantor fortan großzügig 16 Mark Entschädigung jährlich gewährt wurden). Von Kantor Gnauck, 1878-1909, gegründet, besteht seit 1884, dem 18. September, ein neuer Kirchengesangsverein oder Kirchenchor, der nun wieder Bestand gehabt und unter Leitung der Kantoren Gnauck und Werm (1909-34) eine Blütezeit erlebt hat. Auch ein Knabenchor wirkt bei besonderen Anlässen mit, sonst im regelmäßigen Gottesdienst, bei Beerdigungen, evangelischen Trauungen. Der Stadtpfeifer, -musiker oder -musikdirektor hatte, wie wir wis-

sen, auch an kirchlichen Festen die Kirchenmusik zu erstellen, was früher von der Stadt bezahlt wurde. Der Rat hielt auch jetzt noch auf die Verbindung von weltlichen und kirchlichen Verpflichtungen und enthob den Stadtmusikdirektor seines Amtes, als dieser eine Pflicht zu Mitwirkung bei Kirchenmusik nicht anerkennen wollte. Kantor Kirsten stellte nun bei dem Kirchengesangsverein den Antrag, entweder Hähnel dazu zu verpflichten oder Ersatz zu schaffen. Es gelang weder das eine noch das andere. Da die Kirchenmusik nun eine Zeit lang wegfiel und damit der Kantor auch eine gewisse Einbuße hatte, gewährte ihm die Stadt eine jährliche Entschädigung von 20 Talern, doch nicht ohne die Aufforderung, so viel Kirchenmusik zumachen, wie ohne Orchester möglich sei. Fortsetzung s. Pkt. 12.5.

„Seit undenklichen Zeiten“ sangen die Chorknaben zu Weihnachten mehrere Wochen lang von 6 oder 7 Uhr bis 9 Uhr abends in den Häusern, ein alter Brauch, der freilich in anderen Städten bereits abgeschafft worden war. Das beantragt Schuldirektor Eras jetzt, 1869, auch hier wegen einer gewissen Unzufriedenheit in der Bürgerschaft. Es waren dabei und auch schon bei den Übungen vorher Ungehörigkeiten vorgekommen. Der Rat war für die Abschaffung, der Kirchenvorstand dagegen, so wurde zunächst nur beschlossen, diesen Singumgang bloß zu Weihnachten bis Neujahr, nachmittags bis 6 Uhr und bei gehöriger Aufsicht weiter zu gestatten, was die Kircheninspektion genehmigte. Der Superintendent verlangte aber noch die Einrichtung besonderer Singstunden zur Einübung der geplanten Lieder. Da nun Kantor Kirsten die Zeit dazu nicht aufbringen konnte, fiel das ganze Singen weg (1870).

Später erneuerte Kantor Gnauck wenigstens das Neujahrssingen, doch der Schulausschuss beschloss 1881 auch wieder dessen Wegfall. Der Knabenchor selbst aber bestand weiter und wuchs an Zahl. Anfänglich 8, waren es 1893 15. Er erhielt vom Kirchenvorstand auch eine laufende Unterstützung, erst 80, dann 100 und von 1893 an sogar 300 Mark. 1892 beschließen auch die Stadtverordneten einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 100 Mark.

Fast gleichzeitig mit dem Singumgang der Chorknaben fiel eine andere alte Einrichtung: der Klingelbeutel, der bis 1869 noch im Nachmittagsgottesdienst zur Entschädigung des Nachmittagspredigers herumgereicht worden war. Dafür wurde dessen Gehalt um jährlich 20 Taler erhöht, auch hier ein Einkommensfixum statt ungewisser persönlicher Spenden, wie sie früher bei vielen Amtspersonen üblich waren, doch mit der Zeit als unwürdig empfunden wurden. Zur Einlegung von Gaben, die der Kirche zugedacht waren, wurden an den Kirchentüren Büchsen aufgestellt. Was noch an den früheren „Accidenten“, Gebühren für einzelne kirchliche Handlungen, den verschiedenen Geistlichen zugefallen war, wurde bis 1877 auch abgelöst und durch festes Gehalt ersetzt, zum Teil durch das Kultusministerium. Von 1877 an gilt auch ein neuer Gebührentarif für kirchliche Beamte und Angestellte.

11.5 Begräbniswesen, neuer Friedhof

In der Neuzeit machte sich wiederholt die Errichtung eines neuen Friedhofs nötig. Schon 1861 wurde ein solcher angelegt, und schon im nächsten Jahrzehnt musste man zu einer Erweiterung schreiten. 1878 beschlossen die Stadtverordneten, allerdings gegen den Wunsch des Rates sowie des Kirchenvorstandes, das an dem alten Friedhof anstoßende Stück Land von 2 ½ Scheffel Größe dazu zu schlagen. Im Juli 1881 wurde der neue Friedhof eingeweiht. Es verstrichen aber nicht viel Jahre, bis diese Frage großzügiger gelöst werden musste. Die Stadtverwaltung hatte schon lange den Plan gehabt, die Begräbnisstätte etwas weiter hinaus ins Freie zu verlegen, jetzt wurde dieser Gedanke, am 19. Juli 1892, zum Beschluss erhoben. Im folgenden Jahre kaufte die Stadt 5 ha und 18,5 a zu einem ganz neuen Friedhofe, der im Frühjahr 1894 eingerichtet und im September eingeweiht wurde. Zugleich legte man den Grundstein zu einer würdigen, von Baumeister Richter jun. erbauten Parentations- und Leichenhalle, die nun an die Stelle der einfachen alten, 1874 etwas ausgebauten Leichenhalle trat. Am 2. Juni 1895 wurde die neue Halle geweiht, am 1. Oktober eine neue Totengräberwohnung erstellt. Der alte, ursprüngliche Kirchhof wurde im Jahre 1890 einer Umgestaltung unterzogen. Dabei führte man den Fahrweg um die ganze Kirche herum und verbreiterte seinen Ausgang. Er weist nun noch manche Grabstätten und Denkmäler auf, die uns an einst einflussreiche Radeberger Bürger oder doch bekannte Familien erinnern, einige von diesen mögen hier genannt werden. An der Nordseite des Kirchengebäudes steht das Grabmal des Entdeckers der Quellen im Tannengrund (s. Teil II – Pkt. 13)., des Bürgermeisters Christoph Seydel, in derselben Lage das des Posamentiers und Schnittwarenhändlers Friedrich August Naumann, weiter vorn erinnert ein Stein an den Senator Carl Heinrich Reinicke, 1795-1852. An der Ostseite folgen Carl Christoph Knobloch, 1774-1848, Carl Alexander Knobloch,

1807-1878, und Carl Wilhelm Scherz, 1783-1839, an der Südseite liegt u. a. der Vorwerksbesitzer Carl Gottlieb Hartmann, 1780-1839). Etwas entfernter in Rasenstücken zeigen folgende Gräber bekanntere Namen: Carl Gottlob Hofmann, Eisenhändler und Chirurg, 1798-1876, Senator Carl Hasse, 1797-1867, diese an der Seite der Pfarrei. Vor dem Diakonat finden wir einen Besitzer der Grund- und einen der „Birkmühle“, Carl Gottlieb Ulbricht, 1782-1837, und Carl Heinrich Mittag, 1809-56. Träger eines Namens aus der alten Zeit der Stadt sind Christian Friedrich Kretzschmar, 1796-1863, und Carl August Kretzschmar, 1814-85. Meist sind auch die Frauen der genannten auf den Steinen mit verzeichnet.

Für das Begräbniswesen wurde 1864 ein neues Regulativ eingeführt, in dem 5 Klassen von Beerdigungen aufgestellt wurden. Seit 1882 wird ein Leichenwagen benutzt, den eine Begräbnisgesellschaft nebst Pferden besaß. 1888 kaufte der Militärverein 2 solche Wagen und bringt seitdem unsere Toten zur letztem Ruhestätte. 1903 wurde eine neue Gottesackerordnung erlassen. 1910 erhielt das Grabmal des Bürgermeisters Seydel an der Nordseite der Kirche wieder ein würdiges Ansehen, die kleine Anlage darum wurde damals geschaffen, die jetzt noch besteht.

11.6 Gemeindepflege

Zu besonderen Diensten in der Gemeinde stellte diese im Jahre 1888 am 30. März eine Gemeindepflegerin an. Stadtmissions- und Frauenverein bemühten sich besonders darum, auch bei Tragung der Kosten. Seit 1889 wirkte als solche die Diakonisse Cl. Schindler aus dem Dresdner Diakonissenhaus im Dienst an der Gemeinde, Kranken- und Armenpflege. Der Stadtmissionsverein hatte eine Wohnung für sie eingerichtet, er konnte sich hierfür neue Ausgaben machen, da sich seine „Herberge zur Heimat“ sich geldlich selbst erhielt. Auch andere freiwillige Beiträge gingen ein. Schon 1889 standen 1.141,61 Mark Einnahmen bereits 968,40 Mark Ausgaben gegenüber. Demselben Verein gab die Stadt schon einen Zuschuss von 150 Mark.

Dann bildete sich ein Verein für Gemeindepflege. 1894 erhielt dieser von der Stadt 75 Mark, der Kirchenvorstand gab 50 Mark, 1895 spendete sogar die Armenkasse 40 Mark für Feuerungsmaterial, das an bedürftige Familien gegeben werden sollte. 1895 betragen die Einnahmen 1.566, die Ausgaben 1.088 Mark. Die Zuschüsse der Stadt wurden jährlich festgesetzt und waren also unsicher. Der Gemeindepflegeverein bat deshalb im Jahre 1906 den Rat um einen ständigen Betrag, und mit Erfolg, er erhält nun jährlich 250 Mark, womit er fest rechnen konnte (bisher 150 Mark). 1911 wurde dieser Betrag sogar auf 300 Mark erhöht und 1912 auf 500. Seit 1899 besteht ein besonderer Ausschuss für kirchliche Armenpflege.

11.7 Kirchliche Vereine

Außer dem Gemeindepflegeverein entstanden in diesem Zeitabschnitt einige andere Vereine, meist für gewisse Sonderbestrebungen. 1870 wird ein Zweigverein für innere, 1871 für äußere Mission gegründet, 1881 der Stadtmissionsverein, der schon wiederholt Erwähnung gefunden hat. 1890 trat ein Evangelisch-lutherischer Jünglingsverein ins Leben, 2 Jahre später ein Gustav-Adolf-Frauenverein neben dem schon seit 1844 bestehenden „Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung“. 1896 treten einige besonders kirchlich gesinnte Männer zu einem Evangelisch-lutherischen Männerverein zusammen, der alle 14 Tage Bibelstunden hielt. Auch der Evangelisch-lutherische Gotteskasten, der wie der Gustav-Adolf-Verein sich der Not lutherischer Glaubensbrüder in allen Ländern annimmt, fand 1897 einige Mitglieder. Der 1898 hier gegründete Evangelische Arbeiterverein hatte neben seinem nationalen und sozialen Charakter auch einen kirchlichen Zug („Gottesfurcht, Königstreue, Nächstenliebe“ – seine Losung), war durch Diakonus Dr. Költzsch von Dresden entstanden und wurde zuerst von Geistlichen geleitet, dann vom Verfasser, er brachte es bis 1914 auf über 300 Mitglieder und war Mitglied des Landesverbandes Evangelischer Arbeitervereine.

Der Dresdner Hauptverein für Innere Mission gründete 1875 das Bethlehemstift, das am 1. Juni erstmalig bezogen wurde. Am 2. Dezember 1889 wurde in Klein Wachau eine Anstalt für jugendliche Epileptische eröffnet.

11.8 Katholischen Kirchgemeinde, Apostolische Gemeinde

Als die katholische Bevölkerung hier stärker geworden war, machte sich das Bedürfnis nach einer eigenen Kirchgemeinde mit Kirche und Schule, Geistlichen und Lehrern geltend. Es wurde von der Bischof Mauer- mann Stiftung gefördert. Am 24. April 1882 wurde der erste Spatenstich zur Kirche getan, am 12. August des folgenden Jahres das fertige Gotteshaus dem heiligen Laurentius geweiht. Der erste Geistliche war Pfarrer Nowak. Dem neuen Pfarrbezirk wurden nun auch die Katholiken der Umgegend zugewiesen, die

bisher zur Katholischen Hofkirche in Dresden gehört hatten. Es entstand ein Kirchenvorstand, und nach und nach bildeten sich auch besondere Vereine. Pfarrer Nowak gründete 1884 das „Katholische Casino“, 1886 den „Marienverein“, aus Frauen und Jungfrauen bestehend und bestimmt zur Ausgestaltung kirchlicher Feste und zur Unterstützung bedürftiger Gemeindemitglieder, 1891 den „Cäcilienverein“, einen Kirchenchor. Seit 1903 war Franz Zschornack Pfarrer. Durch ihn wurde noch in demselben Jahre ein „Jugendverein“ zur Vorbereitung der wehrhaften Jugend auf die militärische Dienstpflicht und 1906 ein „Katholischer Arbeiterverein“ ins Leben gerufen.

Am Ende des Jahrhunderts besteht hier auch eine Apostolische Gemeinde von der Richtung der sogenannten „Irvingianer“¹⁵⁰. Diese Gemeinde verstärkt sich jährlich, zum Teil durch Zugezogene, zum Teil durch Hiesige, die dem kirchlichen Leben bisher teilnahmslos gegenübergestanden hatten, wie die kirchlichen Jahresberichte sagen. Z. B. sind im Jahre 1900 zu ihnen übergetreten 25 Erwachsene mit 22 Kindern, im nächsten Jahre 7 Erwachsene mit 8 Kindern, im Folgenden 8 Erwachsene mit 5 Kindern, 1903 12 Erwachsene mit 18 Kindern, 1904 21 Erwachsenen mit 6 Kindern usw.

Es finden auch einzelne Übertritte aus der evangelisch-lutherischen Kirche zur römisch-katholischen Kirche statt, weit mehr aber naturgemäß umgekehrt, z. B. 1900-1904 10, 7, 7, 4, 4 Erwachsene mit einigen Kindern.

11.9 Staatliche Eheschließung

Eine Einbuße an Geltung erlitt in dieser Zeit eine kirchliche Handlung, die in der römisch-katholischen Kirche sogar als „Sakrament“ gilt: die Trauung. In dem sogenannten Kulturkampfe, dem Kampfe des Reichskanzlers gegen die übergroß gewordene Macht der römischen Kirche, wurde teilweise auch die evangelische mit betroffen. 1875 wurde der Kirche überhaupt das Recht der alleinigen Begründung von Ehen genommen und dafür die weltliche Einrichtung der Standesämter getroffen, so dass die Eheschließung durch den Standesbeamten nunmehr auch ohne kirchliche Trauung vollgültig ist. Es wurden nun Standesamtsbezirke gebildet, Radeberg mit Lotzdorf und Liegau bildeten zuerst einen solchen, 1901 wurden dann die beiden Dörfer selbständige Standesamtsbezirke.

12 Noch einiges Kulturelle

12.1 Private soziale Tätigkeit

Neben der Fürsorgetätigkeit der Stadt, der Kirche und mancher Industriellen müssen wir aber noch einer reichen sozialen Tätigkeit von privaten Seiten gedenken, mindestens durch Herausstellung einiger Beispiele. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte einige Jahre lang ein Kinderheim bestanden, doch es hat langer Zeit bedurft, um eine solche wohltätige Einrichtung zu einer ständigen zu machen. Ein zweiter Versuch, 20 Jahre später, hat auch nur wenige Jahre bestanden, am 1. Mai 1878 war im Grundstück der Buchdruckerei ein Kindergarten gegründet worden, zu dem 50 Kinder angemeldet waren, was doch von einem gewissen Bedürfnis nach einer solchen Anstalt zeugte. 1881 hielt ein Fräulein Anders hier einen Kindergarten, der aber zeitweilig geschlossen war. 1884 wird von schwachem Besuche gesprochen. Er muss wieder zum Erliegen gekommen sein. Am 2. November 1886 wird abermals ein Kindergarten eröffnet, diesmal im Erdgeschoss der Schule. 1898 aber werden wieder Beiträge für einen Kinderhort gesammelt. 1899 findet dafür ein Konzert des M. - G. - V. Eschebach¹⁵¹ statt, das an 120 Mark abwarf, 1901 ein „Saalfest“ des Radfahrervereins „Wanderlust“. 3 Jahre später, am 2. November, feiert man wieder einmal die Eröffnung einer Kinderbewahranstalt, diesmal gegründet durch den Frauenverein, in dem Hause Ecke Nieder- und Wasserstraße, Erdgeschoss. Ihre erste Leiterin war ein Fräulein Mai. 1906 bezog diese Anstalt das Erdgeschoss des alten Krankenhauses¹⁵².

Der Frauenverein, schon 1839 entstanden (s.a. Teil III – Pkt. 6.5.3), hat daneben in alter Weise weitergewirkt, vor allem durch Handarbeiten, die er in seinen Versammlungen anfertigte und dann zur Weihnachts-

¹⁵⁰ benannt nach Edward Irving, einem schottischen presbyterianischen Prediger und Wegbereiter der katholisch-apostolischen Gemeinden, fälschlicherweise bis ins 20. Jahrhundert für den Gründer dieser Bewegung gehalten

¹⁵¹ ein Männergesangsverein der Firma Eschbach

¹⁵² Südstraße 1, später Dr.-Albert-Dietze-Straße 1 (heute Vorplatz der Sporthalle der Pestalozzi-Oberschule)

zeit an Bedürftige verteilte, z.T. auch durch bare Spenden und Lebensmittel oder Heizstoffe. Eine reiche soziale Tätigkeit entfaltete auch weiter die Fechtschule¹⁵³, eine Filiale der Reichsfechtschule, deren Mittel noch großzügigere Hilfeleistungen erlaubten, wie Konfirmandenausstattungen zu Ostern. Weihnachtsbescherungen veranstaltete ferner das Armenhaus, das Krankenhaus, die Herberge zur Heimat, von der Stadt und von Privaten unterstützt. Erwähnt sei ferner der 1882 gegründete Krankenunterstützungsverein Capitoronia, der nicht nur seine Mitglieder in Krankheits- und Sterbefällen betreute, sondern auch für andere wohltätige Einrichtungen wirkte. Auch Stiftungen für Unterstützungswerke fehlen nicht, wie die im Abschnitt über das Augustusbad genannte Seidelstiftung (s.a. Teil III – Pkt. 12.4) und die „Oertelsche Luise-Conrad-Stiftung von 5.000 Mark, die der alte Gerichtsdirektor Oertel und sein Sohn, der langjährige Rechtsanwalt und Stadtverordnetenvorsteher der Stadt für Unterstützungen Bedürftiger und Würdiger gemacht hatten. 1882 erhalten z. B. daraus 5 Personen je 30 Mark. Eine Stiftung für bedürftige Schulkinder, 6.000 Mark, errichtet 1879, und eine andere von 7.500 Mark aus dem Jahre 1883 tragen die Namen von zwei bekannten Industriellen unserer Stadt: Die Scherz- und Hugo-Rönsch-Stiftung“.

Wie in früheren Zeiten äußerte sich die alte Opferfreudigkeit in Sammlungen bei verschiedenen Einzelfällen, wovon wieder nur eine Reihe von Beispielen zeugen soll. Besonders gaben die Kriegsjahre 1866 und 1870/71 Anlass dazu. 1866 werden für invalid gewordene sächsische Soldaten und Hinterbliebene von Gefallenen 50 Taler gesammelt. 1867 bringt eine Spende für Hinterlassene verschütteter Bergleute in Lugau 66 Taler 13 Groschen ein. 1869 ergibt eine Sammlung für ein Bergwerksunglück ganz besonderer Größe – 400 Bergleute in Burgk¹⁵⁴ waren am 2. Juli durch schlagende Wetter ums Leben gekommen waren – 1561 Taler und viele Schulbücher. Im folgenden Jahre brannten in unserem Nachbarorte Klotzsche 40 bis 50 Häuser ab, der Sängerbund „Orpheus“ veranstaltete aus diesem Anlass ein Konzert, dessen Reingewinn für die Geschädigten bestimmt war. 1871 veranlasste der Rat eine Sammlung für Abgebrannte in Neustadt und Langburkersdorf. 1872 sammelte ein Hilfsverein Spenden für Notleidende nach einer Sturmflut am Ostseestrande, 1873 gingen sogar Gaben für die Wassergeschädigten in Südfrankreich ein. Um schon die Kinder an Wohltätigkeit zu gewöhnen, wurden manchmal auch Schulsammlungen genehmigt, so 1874 für Breitenbrunn im Erzgebirge, wo 68 Wohnhäuser abgebrannt waren. Für Wassergeschädigte in Süd- und Westdeutschland kamen 1883 800 Mark ein. Öfter erbrachten auch die damals üblichen, später etwas aus der Mode gekommenen Wohltätigkeitsfeste, Theater- und Tanzveranstaltungen ansehnliche Beträge, wie einmal für viele an Trichinose Erkrankte in Cunewalde¹⁵⁵. 1890 gab der Männergesangsverein ein Konzert zum Besten der durch eine Elbhochflut Betroffenen. Diese Beispiele ließen sich noch weit vermehren.

Eine besondere Art sozialer Fürsorge waren die Kochkurse, die der Evangelisch-Nationale Arbeiterverein auf Anregung seines Vorsitzenden, P. Hellriegel, 1911 errichtete, der Rat stellte einen Raum in der Mädchenschule zur Verfügung. Sie sind bis zum 1. Weltkrieg fortgesetzt worden.

Im Ganzen kann man wohl urteilen: Wenn Sachsens Sozialpolitik und soziale Tätigkeit im Reiche viel beachtet und geschätzt wurde, so hat auch Radeberg das Seine dazu beigetragen.

12.2 Presse

Ein Kulturträger ersten Ranges ist die Presse geworden. Im Anfange unseres Zeitabschnittes war der 1856 von Stolpen zugezogene Herr Willner Drucker und Verleger unserer Zeitung. Er hatte bereits in Stolpen eine solche herausgegeben mit dem Titel „Das Echo vom Basalt“ und übertrug den Namen „Echo“ nun auf die hier herausgegebene Zeitung, ein Wochenblatt (s.a. Teil III – Pkt. 11.2). Vom 1. April 1863 an war es Amtsblatt des Stadtrates sowie des Gerichtsamtes Radeberg, vom 1. Januar 1864 an auch für Radeburg und Mo-

¹⁵³ als „Fechtschule“ bezeichnete sich im ganzen Deutschen Reich ein Wohltätigkeitsverein, der um Unterstützung Hilfsbedürftiger warb, er hatte nichts mit dem Fechten mit einer Waffe zu tun, sondern man „focht“ für eine gute Sache

¹⁵⁴ tatsächlich ereignete sich am 2. August 1869 eine Schlagwetterexplosion im Segen-Gottes- und Neuhoffnungsschacht bei Burgk (heute Stadtteil von Freital), es war mit 276 Todesopfern das schwerste Grubenunglück im sächsischen Steinkohlenbergbau

¹⁵⁵ In Cunewalde ereignete sich eine der verheerendsten Trichinose-Epidemien Deutschlands, durch den Verzehr von mit Trichinen verseuchten Bratwürsten gab es insgesamt 235 Erkrankungen und 38 Todesfälle, was zusammen mit ähnlichen Vorfällen zur obligatorischen Fleischschau in Deutschland führte

ritzburg, aus diesem Anlass erschien es vom 1. Januar 1864 an zweimal in der Woche. Die Druckerei befand sich am ehemaligen Dresdner Tore in dem jetzigen Hempelschen Hause¹⁵⁶. 1872 baute er dann das Haus gegenüber dem Kaiserhofe¹⁵⁷, wo seit 1873 Druckerei und Zeitungsverlag bis heute ihr Heim haben. Im Jahre 1882 verkaufte er das Unternehmen an einen gewissen Belinsky aus Torgau, der es seinem Sohn überließ. Dieser nannte das Blatt nun „Radeberger Zeitung“. Er starb schon 1884, und Bernhard Schüller aus Dahlen erwarb den Betrieb. Unter ihm hob sich Ansehen und Verbreitung der Zeitung so, dass er sie vom 1. April 1900 an täglich erscheinen lassen konnte. An demselben Tage feierte er das 50jährige Bestehen des bereits 1850 gegründeten Blattes. Am 1. April 1904 verkaufte er das Geschäft an Herrn M. Mauersberger aus Aue, 1905 das ganze Grundstück.

Mittlerweile war ein zweites Blatt in unserer Stadt erschienen. 1884 gründete ein Buchdrucker Ziese hier das „Neue Echo“. Dieses ging im folgenden Jahre an einen gewissen Rudolph über, 1887 an Herrn Hermann Hordler, der es von 1888 an als „Neues Radeberger Echo“ herausgab. Es erschien erst 3-mal in der Woche, vom 1. Oktober 1908 an durch Herrn Willy Hordler als „Radeberger Tageblatt“ ebenfalls täglich. Am 15. Januar 1909 wurde Herr Hordler erfroren in Lotzdorf aufgefunden. Bis zu Herrn Mauersbergers frühzeitigem Tode (1917) standen nun die beiden Tageszeitungen hier nebeneinander.

Einer dankenswerten Einrichtung soll hier noch gedacht sein: der Herausgabe eines Adressbuches 1896 durch einen Leipziger Verlag¹⁵⁸. Hier hat sich Herr Moritz Emil Gärtner darum verdient gemacht, das Buch führte den Titel „Radeberger Familienkalender von M. E. Gärtner“¹⁵⁹.

12.3 Volksbibliothek

Im Jahre 1880 beschloss der Rat, die vorhandene Schulbibliothek zu einer Volksbibliothek zu erweitern und so zu einem Volksbildungsmittel auch für Erwachsene zu machen. Dieses Unternehmen wurde auch staatlich gefördert. Für die nötigen Neuanschaffungen trug der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft 100 Mark bei, das Ministerium ebenso viel. Die Stadt selbst machte einen Raum in der neuen Schule am Niedergraben dafür frei und gab zunächst 50 Mark. Mit 70 Bänden aus den Gebieten der Naturkunde, Geschichte, Erdkunde und guten Unterhaltung wurde die Volksbibliothek am 1. Oktober 1881 eröffnet. Zu ihrer Verwaltung und Weiterbildung wurde in demselben Jahre ein neuer Ausschuss gegründet. Nun gehen auch Geschenke ein, im nächsten Jahre zählt man schon 188 Bände. Die Bücherausgabe setzte man auf Sonntag 11-12 Uhr fest. Allmählich erhöhte die Stadt ihre jährlichen Zuschüsse, 1884 auf 55, 1890 auf 100 Mark. Das Ministerium gibt weiterhin meist 100 Mark. Dazu kamen die Leihgebühren, die allerdings noch billig gehalten wurden, 6 Pfennige die Woche für einen Band. Mit all diesen Einkünften ließ sich schon viel anfangen. Besondere Mühe hatte sich mit der Bibliothek Kantor Kirsten gegeben und verwaltete sie auch weiter, wofür er jährlich eine Gratifikation von 50 Mark und 20 % der eingehenden Leihgebühren bekam. 1895 legte er sein Amt nieder, nun wurde Lehrer Hanspach der langjährige Betreuer der Bibliothek, als Gratifikation erhielt dieser 40 % der Leihgelder. Diese betragen 1896 190 Mark, stiegen aber dauernd, 1897 schon über 300 Mark, 1905 = 463, 1910 = 540, 1912 = 607 Mark. Die Benutzung hob sich also erfreulicherweise, und dies, obgleich man den anfänglichen Satz von 6 Pfennige auf 3 Pfennige herabgesetzt hatte und erst 1919 wieder erhöhte. Die Volksbibliothek litt bei ihrem Wachstum bald an Wohnungsnot¹⁶⁰ wie die ganze Stadt. 1896 wurde ihr Zimmer für Schulzwecke gebraucht, dafür wurde von Frau Belza in der Mittelstraße ein Raum an sie vermietet. Zwei Jahre später bezog sie wieder den früheren Raum in der Schule. 1903 galt es abermals, umzuziehen, diesmal in die alte Schule. Erfreulich war auch die weitere Förderung durch die Stadt. Sie setzt 150 Mark in den Haushaltplan ein und spendet 1906 noch 50 Mark darüber, 1908 noch 100 Mark, für 1911 werden gleich 300 Mark in den Haushaltplan eingesetzt und für 1914 sogar 400. Dabei konnte die Bibliothek an äußerem und inneren Werte wachsen. 1896 zählte sie 1.183 Werke, 1900

¹⁵⁶ *damals Hauptstraße 12, seit 1927 Hauptstraße 12*

¹⁵⁷ *damals Dresdener Straße 18, 1910-1927 Dresdener Straße 39, heute Hauptstraße 61, wobei der Kaiserhof 1872 noch nicht existierte*

¹⁵⁸ *Möckel's Verlag, Querstraße 10/12, Leipzig*

¹⁵⁹ *hier vermischt Schwabe zwei Dinge: der von Gärtner verfasste Radeberger Familienkalender verbunden mit Adressbuch der Stadt Radeberg erschien bereits 1885, das Möckel'sche Adressbuch tatsächlich erst 1896*

¹⁶⁰ *besser wohl „Raumnot“*

schon 1.590, 1910 über 2.400, 1913 fast 3.200. Ein Bericht von diesem Jahre spricht von fleißiger Benutzung, „trotz Kino und Arbeiterbibliothek“.

Eine „Arbeiterbibliothek“ war also auch vorhanden, im Gegensatz zu der der Stadt natürlich mit sozialistischen Werken.

12.4 Thieme'sche Chronik

Die THIEME'sche Chronik (s.a. Teil III – Pkt. 11.1) war in den Besitz des Bürgermeisters Dr. med. Kuntzsch gekommen. Anfangs der 70er Jahre nun bat dieser Herr C. A. Knobloch als Stadtverordneter, dem Stadtverordnetenkollegium diese wichtige Quelle unserer Stadtgeschichte einmal zur Einsichtnahme zuzustellen, jedoch sonderbarerweise erfolglos. Bald aber konnte Knobloch eine starke, durch einen leichtsinnigen Sohn verschuldete Geldverlegenheit des Doktors ausnutzen, die jenen zwang, allerlei Wertsachen zu veräußern, und kaufte ihm für eine beträchtliche Summe die Chronik ab. So ist dieses Werk in die Knoblochsche Familie gekommen und unserer Stadt erhalten geblieben. Herr Knobloch nahm sie nun auch in weitere Pflege, sichtete und ordnete den noch in losen Blättern vorliegenden Stoff und ließ ihn bei einem Dresdner Buchbinder in einen gewaltigen Lederband bringen, sogar noch einen zweiten zur Fortsetzung fertigen. Für diese letzte Arbeit gewann er in Herrn Moritz Emil Gärtner einen tatkräftigen Helfer, der als Urenkel des alten Bürgermeisters Thieme selbst ein Familieninteresse an dessen Werk hatte. Nach dem am 2. August 1878 erfolgten Tode des Herrn C. A. Knobloch wurde dessen Sohn Georg Knobloch, der spätere Landtagsabgeordnete, Besitzer der Chronik, auch er ließ sich ihre Fortsetzung angelegen sein, die aber nur bis 1904 gediehen ist.

12.5 Gesangspflege, dramatische Betätigung, Heimatliebe

Eine starke Pflege fand in unserer Stadt besonders der Chorgesang (vgl. Teil III – Pkt. 11.3). Die älteren Gesangsvereine bestanden weiter, der 1858 gegründete Männergesangsverein blüht noch in der Gegenwart. Neue bilden sich nun besonders in den Belegschaften der größeren Betriebe. 1872 wird z. B. ein Saxonia-Sängerbund gegründet, 2 Jahre darauf tritt dieser mit einem Konzert zum Bestehen der hiesigen Feuerwehr öffentlich auf. Ein gemischter Chor wurde der Gesangsverein C. Barth, der 1889 sein erstes Konzert gibt. 1886 entsteht der G.-V. Max Hirsch, 1887 der von Eschbach, 1893 eine weiterer in der Patentfeilenfabrik. Ohne Beschränkung auf eine bestimmte Fabrik bildet sich 1876 die „Eintracht“. 1912 entsteht noch einmal ein Chorgesangsverein „Eintracht“. Bemerkenswert ist die Neigung zum Zusammenschluss in größeren Verbänden. Schon 1864 treten die 3 Vereine Orpheus, Männergesangsverein und Turnersängerchor zu einem „Radeberger Sängerkreis“ zusammen, der schon am 10. Februar ein Konzert gibt. Dieser Bund wurde von Stadtrate dadurch ausgezeichnet, dass jener ihm auf seine Bitte wenigstens für einzelne Feste die alte Communalgardenfahne überließ. Er hat freilich nicht lange bestanden. Am 13. Juli 1875 vereinigten sich der alte M.-G.-V., der Orpheus, Saxonia-Sängerbund, Turnersängerchor und der Feuerwehrgesangsverein zu gemeinsamen Auftritten mit etwa 60 Sängern. Die bedeutendsten unserer Gesangsvereine – M.-G.-V., M. Hirsch, Eschbach und C. Barth – traten dem Elbgausängerbund bei. Diese gaben am 30. April 1892, dem Geburtstag unseres Königs¹⁶¹, einen „Patriotischen Liederabend“. 1895 fand hier auch einmal das Elbgausängerfest statt. 1897 entstand aus der „Eintracht“, dem Militärgesangsverein und dem Fabrikgesangsverein „Hand Focke“ ein „Rödertalbund“.

Die dramatische Dichtkunst, verbunden mit der darstellenden, fand Pflege in manchen Vereinen mit eigenen Kräften bei besonderen Anlässen, z. B. vom Pädagogischen Verein, dem Evangelischen Arbeiterverein, von Jugendvereinen, es entstehen aber auch Vereine, die sich lediglich der darstellenden Muse widmen: der „dramatische Club Edelweiß“, die „Thalia“, der „Dilettantenverein Freie Bühne“. Zur Würdigung der deutschen Dichtkunst trugen naturgemäß besonders die Schulen bei. Wie man 1859 zum hundertsten Geburtstag des deutschen Lieblingsdichters¹⁶² überall im deutschen Vaterlande Schillerfeiern veranstaltete, am 10. November auch hier, ebenso 1905 am 9. Mai, dem hundertjährigen Todestag des Dichters wenigstens in den Schulen, in deren Höfen auch je eine Schillerlinde gepflanzt wurde. Eine Huldigung für die Dichtkunst sehen wir auch in dem Anbringen der Gedenktafel über dem südlichen Eingangstor des Schlosses zur Erinnerung an den Radeberger Dichter Langbein. Im Jahre 1867 forderten einige Bürger zu Spenden

¹⁶¹ *Albert von Sachsen, * 23. April 1828*

¹⁶² *Friedrich Schiller, * 10. November 1759, † 9. Mai 1805*

für eine solche auf. Im nächsten Jahre wurde sie hier bei Geißler gegossen und am 6. September an der bezeichneten Stelle angebracht. Vgl. Teil III – Pkt. 6.6. (Neuerdings ist die Tafel einige Meter nach der Seite gerückt worden.)

Galt es dabei auch, unsere Heimat zugleich zu ehren, so wird die Liebe zur Heimat und ihrer Umgebung auch gefördert von den Wandervereinen, die wir im Abschnitt 7.6.1 erwähnt haben, besonders vom Gebirgsverein. Im Rödertale wie in der Heide und in der Mastenei¹⁶³ (wie dieser Wald eigentlich heißt) hat derselbe durch Wegweiser, Markierung längerer Wege, auch den Bau neuer Wege das Wandern wie den Verkehr überhaupt gefördert und Tausenden in Wort und Bild die Schönheit unserer Natur vermittelt.

Hierbei sei zuletzt auch des 1902 entstandenen Vereins für Sächsische Volkskunde gedacht.

12.6 Stadtkapelle

Von 1860 an war Herr Hähnel in Radeberg Stadtmusikdirektor. Auch dieser hatte sein altes Recht zu verteidigen, doch es bröckelte der Zeit entsprechend ab. Die Kreisdirektion erkannte immerhin noch das alleinige Recht zu öffentlicher Tanzmusik – nicht mehr zu jeder Musik – im Weichbilde der Stadt an, und so boten die hiesigen Gastwirte ihm jetzt wenigstens eine Entschädigung von 3 Talern für den Fall, dass sie für ein Konzert eine auswärtige Kapelle nahmen, die danach auch gleich noch zum Tanze aufspielen sollte. Er nahm schließlich dieses Angebot an (1871) und ließ unter derselben Bedingung auch das hiesige Trompetercorps zu. Andererseits erkannte er keine Verpflichtung mehr an, Kirchenmusik zu machen und vom Turm zu blasen, und forderte dafür eine feste Vergütung, wie sie bereits in anderen Städten bestand, so z. B. in Pulsnitz in Höhe von 100 Mark. Den „Neujahrsumgang“, der dem „Stadtpfeifer“ dafür erlaubt war, wies er als beschämend zurück. Nach seinem Tode im Jahre 1876 ließ sich der Stadttrompeter Rommel ohne einen Dienstgenuss von der Stadt hier als Musikdirektor nieder. Diesem kaufte 1879 Ferdinand Eckenbrecht, Musikdirektor in einem thüringischen Infanterieregiment, das Geschäft ab, es war nun zu einem privaten Unternehmen geworden. In der Folgezeit kamen die Marktkonzerte an vaterländischen Festtagen auf. 1888 wirft der Rat 50 Mark für das Spielen am Geburtstag des Landesherrn aus, dazu kamen dann noch der des Kaisers und der Sedantag¹⁶⁴. Herr Eckenbrecht übernahm auch wieder das Choralblasen an besonderen Festtagen, wofür der Kirchenvorstand nun 60 Mark bewilligte (1898). Ende 1899 starb der beliebt gewordene Stadtmusikdirektor, doch sein gleich tüchtiger Sohn Otto Eckenbrecht übernahm die Kapelle des Vaters. Unter seiner Leitung wurden die sogenannten Platzmusiken immer beliebter, sie kamen 1908 auf 12 im Jahre, wofür nun ein angemessenes Gehalt gewährt wurde, das man auch wiederholt erhöhte, da immer fremde Aushilfe dafür nötig war. An den 3 vaterländischen Festen kamen früh die „Weckrufe“ dazu. Gern erinnern wir uns noch der Tage, an denen Herr Eckenbrecht mit seinen Musikern schneidige Marschmusik spielend durch die Straßen zog, ebenso der Konzerte dieser Kapelle in hiesigen Sälen sowie an den Sommersonntagen, eine Zeit lang auch an Mittwoch-Nachmittagen im schönen Garten des „Palaisrestaurants“ im Augustusbade.

12.7 Verhältnisse in Gaststätten, Ruhestörungen u. a., Sitte und Moral

In den Gaststätten herrschte lange noch nicht die Ordnung und Disziplin, wie sie sich glücklicherweise dann doch herausgebildet hat. Eine Polizeistunde gab es in den 70er Jahren noch nicht, sie machte sich nötig durch häufigen Missbrauch der Schankwirtschaften zu Ungehörigkeiten. Im Jahre 1883 beklagten sich mehrere Frauen über das Kneipen ihrer Männer bis zum frühen Morgen, was dann auch jugendliche Glasarbeiter im Gefühle ihrer erwachten Männlichkeit nachahmte. Der Rat war bereit, einen 12-Uhr-Schluss der Gastwirtschaften anzuordnen, doch diese Beschränkung lehnen die Stadtverordneten gegen eine einzige Stimme ab. Es blieb lange beim Alten. 1887 musste ein Polizeidiener verschiedene Anzeigen erstatten, besonders über den Kellnerinnenbetrieb eines Restaurants am Markt, da werden einige Strafen verhängt. 1888 wird die Besitzerin zum 12-Uhr-Schluss verpflichtet. Nach einer Beschwerde des ganzen Hausbesitzervereins wegen Ruhestörungen und sonstigen Ausschreitungen 1896 beschloss der Rat endlich am 30. Dezember allgemein den 1-Uhr-Schluss, und nun stimmte auch die Mehrheit der Stadtverordneten zu. Vom 1. Mai 1896 an gilt jetzt für Gastwirtschaften die Ruhezeit von 1-5 Uhr im Winter, bis 4 Uhr im Som-

¹⁶³ *Massenei*

¹⁶⁴ *Gedenktage, begangen von 1871 bis 1918 jährlich am 2. September, dem Tag der Kapitulation der französischen Armee nach der Schlacht bei Sedan*

mer, mit Ausnahme des Bahnhofs. Einzelausnahmen bei besonderen Fällen werden gemacht, wie etwa beim Schützenfeste. Für den Pfingstmontag und -dienstag und das Augustschießen 1898 z. B. wurde die Polizeistunde ganz aufgehoben, für das Schützenfest 1899 und 1900 wegen Ruhestörungen und Ausschreitungen nur um 1 Stunde hinausgeschoben, ebenso für die Silvesterfeier 1900. Öfter wird die Polizeistundenverordnung auch übertreten, im ersten Halbjahr noch 1906 erfolgen für diese Vergehen 6 Bestrafungen. Wie oft mögen solche Fälle nicht zu Augen und Ohren eines hohen Rates gekommen sein! Am 16. Mai 1867 macht der Rat Maßregeln gegen das zunehmende Hasardspielen bekannt.

In den Zeitungen sind nicht nur die eigenen oder von anderer Seite angenommenen Artikel Zeichen von höherer oder geringerer Kultur des Herausgebers, sondern auch die Inserate und Annoncen. In den 60er Jahren begegnen wir noch ziemlich kindlichen Ergüssen von Lesern, z. T. Anörungen anderer Einwohner. Später vermindern sich solche Fälle, wohl, weil die Geschäftsleitung sie zurückweist oder eine Verbesserung vorschlägt, gewiss auch infolge allgemein wachsender Bildung.

Schwer ist es gewesen, ein gesittetes Verhalten auf den Straßen und Plätzen zu erreichen. Schon die Schuljugend gab in den 60er und 70er Jahren oft Anlass zu berechtigten Klagen, mehr noch die darauffolgenden Jahrgänge. Besonders im „Fabrikviertel“ mag sich's damals öfter nicht angenehm gewohnt haben. Aus Anzeigen, Verordnungen, Bestrafungen lernen wir allerhand Beispiele kennen. 1866 verbietet der Rat z. B. Lehrlingen, Dienstboten und Kindern den Zutritt zu den Bahnhofsräumen wegen öfter vorgekommenen Lärmens und Schreiens, Sichherandrängens an die Züge und andere Ungehörigkeiten. Verunreinigung von Straßen und öffentlichen Plätzen wird 1868 mit 1 Taler Strafe bedroht. Im folgenden Jahre wird über stundenlanges nächtliches Schießen in der Fabrikvorstadt geklagt, ob es denn keine Polizei gebe? 1871 muss der Stadtrat bei Strafe von 1 Taler oder Gefängnis verbieten, „Flüssigkeiten irgendwelcher Art“ aus den Häusern auf die Straße zu gießen, was 1875 wiederholt wurde. 1872 stellt die Zeitung fest, dass sich Rohheit und Ungezogenheit der Schuljugend von Tag zu Tag mehre. In einem „Eingesandt“ dieser Zeit heißt es: „Kinder ruinieren den Friedhof, reißen Blumen ab, zerstören Bäume, treten Gräber fest“. Wir denken hier auch daran, dass Ungezogenheiten der Anlass zu Einschränkungen oder dem Verbot alter, einst schöner Gebräuche geworden sind (s. z. B. Teil III – Pkt. 9.6). Wie unsere Zeitung berichtet, machten es sich manche Kraftgenies zum Vergnügen, die ruhende Bürgerschaft bei nächtlicher Weile mit Feuerrufen aufzuschrecken, andere schnitten junge Bäume an oder verübten Flegeleien. Auch eine Spielbank wurde in einer hiesigen Restauration ausgehoben, „endlich einmal“ sagt der Bericht und verrät damit mehr als das einzelne Faktum. In die Armenkasse wanderten dabei wenigstens recht ansehnliche Summen. Bei Dr. Dommer wurden 1878 in einer Nacht (vom Sonnabend zum Sonntag) mehrere Fensterscheiben eingeworfen. 1883 muss der Rat das Einweichen „irgendwelcher Materialien“, das Abspülen von Geschirr und dgl. in den öffentlichen Wassertrögen bei 10 Neugroschen Strafe verbieten. Das böswillige Restieren von Steuern oder Schulgeld riss zu Zeiten derartig ein, dass sich der Rat im Anfang der 80er Jahre zu der drastischen Maßnahme entschloss, eine Liste solcher Restanten in den Gasthäusern auszuhängen – auch mit einigem Erfolg. Noch 1890 rissen 3 Radeberger Arbeiter einmal im Seifersdorfer Tale junge Bäume heraus und demolierten nicht weniger als 16 Bänke. Ähnlich tobte sich eine unbeherrschte Zerstörungslust an der Umzäunung der Korrekptionsanstalt aus. 1899 werden sogar noch Klagen über fortschreitende Verrohung der Jugend laut, wie früher schon öfter. Handelt es sich vielfach nur um unbedachte Rohheiten der Jugend in oder nach den Flegeljahren, so ließen es doch auch Erwachsene häufig an Vernunft und Selbstzucht fehlen, wovon wir hier bereits Beispiele gegeben haben. Es sei noch an das oft beklagte Überhandnehmen der Straßen- und Hausbettelei erinnert, ausgeübt auch ohne Not durch Erwachsene und Kinder, welche letzter z. T. von den Eltern selbst dazu ausgeschickt oder wenigstens durch Duldung in diesem unwürdigen Gewerbe bestärkt wurden. Sehr bedenklich waren in den letzten Jahren nicht seltene Brandstiftungen. Im Dezember 1882 wurde ein Einbruch in die Kirche festgestellt, wobei Geld und Abendmahlsgeräte gestohlen und Weinflaschen geleert worden waren. Durch übermäßiges Trinken der Männer entstand in den 80er Jahren oft viel Not in den Familien, so dass der Rat 1889 als – allerdings ein ziemlich schwaches – Gegenmittel die Verabreichung von Branntwein auf Borg verbot. Von 1891 berichtet die Zeitung, dass es fast auf jeder Tanzmusik zu Schlägereien komme. In manchen Gaststätten hat sich zu Zeiten auch ein so anstößiges Treiben mit der weiblichen Bedienung entwickelt, dass der Rat zum Einschreiten gezwungen war.

Doch nun genug über dieses unangenehme Thema, an dem der objektive Geschichtsschreiber auch nicht ganz vorübergehen darf. Es soll auch durchaus nicht der Eindruck entstehen, dass alles in Radeberg beson-

ders schlimm gewesen sei. Die Zahl der unehelichen Geburten z. B. betrug um das Jahr 1880 mit 7 % weniger als in Dresden (etwa 10 %). Was die Verrohung der Jugend betrifft, so klagen in der Zeit der 80er Jahre viele sächsische Blätter darüber, sogar über steigende Kriminalität derselben. Jedenfalls sehen wir in unserer Geschichte so viel Beispiele trefflicher Eigenschaften unserer Vorbewohner, Arbeitsamkeit, Festigkeit im Unglück, Herzensgüte, Opfersinn, um nur einige zu nennen, dass wir uns ihrer in keinem Zeitabschnitt zu schämen brauchen.

13 Besondere Ereignisse

13.1 Wetterschäden, Krankheiten

Wie üblich, sollen zunächst einige Fälle von Wetterschäden verzeichnet werden. Im Jahre 1866 brach zu Pfingsten¹⁶⁵ noch einmal der Winter herein, mit Schnee und in einer Nacht -4 Grad, alle Blätter und Blüten fielen ab, Gemüse und Weinstöcke im Garten erfroren, das Getreide auf den Feldern wurde abgemäht und als Gründung liegengelassen. Am 8. und 9. November 1868 fiel bei heftigem Sturm viel nasser Schnee, so dass an Bäumen und Sträuchern ganz bedeutender Schaden entstand. Im Dresdner Revier wurden 3 ha der Heide verwüstet, im Ullersdorfer gar 48 ha. In demselben Jahre, am 7. Dezember, wütete ein Orkan in ganz Sachsen, der, wo er mit voller Gewalt auftreten konnte, fast kein Haus verschonte. In Radeberg wurde vom „Norddeutschen Hof“ dem späteren „Deutschen Haus“ auf der Bahnhofstraße¹⁶⁶, das gesamte Dach abgehoben und teilweise gegen die gegenüberliegenden Häuser geworfen. Ebenso verlor noch ein zweites Haus sein Dach. Menschen wurden im Freien niedergeworfen, zum Teil sogar fortgeschleudert. Mehrmals traten Hochwasserschäden ein, z. B. in dem durch Verheerung des Weißeritztales im Plauenschen Grunde berückichtigten Jahre 1897 am 29. Juli, und wieder 10 Jahre später, am 15. Juli 1907.

Feuer sind nicht selten in einzelnen Häusern ausgebrochen, haben aber keine größere Verbreitung gewonnen. Am 6. März 1872 wurde ein kleiner Erdstoß verspürt.

Im Jahre 1890 erschien eine neuartige Krankheit, die Influenza und verbreitete sich besonders unter der Schuljugend. Im Januar haben 374 Kinder in den Schulen gefehlt, die katholische Schule musste eine Zeit lang ganz schließen. Im Ganzen war die Krankheit wenigstens nicht bösartig. Die altbekannten Kinderkrankheiten forderten dagegen zu Zeiten manche Opfer. 1877 rafften Krämpfe nicht weniger als 56 Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr hinweg, 1879 wieder 29, dazu die Diphtherie 14. 1880 wüteten in ähnlicher Weise Diphtherie und Scharlach, 1884 die Masern. Letztere ergaben in diesem Jahre eine Zahl von Todesfällen, wie sie bis 1900 nicht wieder vorgekommen ist, nämlich 268. 1890 herrschte hier eine Keuchhustenepidemie.

13.2 Feste und hochrangige Besuche

Nun sollen aber auch einige Ereignisse erfreulicher Art aufgeführt werden, soweit sie nicht schon in anderen Abschnitten Erwähnung gefunden haben. Im Jahre 1869 hielt sich der preußische Generalstab unter seinem Chef Helmut von Moltke auf einer größeren Inspektionsreise in Radeberg 3 Tage lang auf, er bestand aus 40 Offizieren, die in der hiesigen Gegend Rekognoszierungen¹⁶⁷ machten, darunter der spätere sächsische Kriegsminister Edler von der Planitz. Die Moltkebuche im Augustusbade erinnert an diesen Besuch. An den Abenden hielten sich die Herren – preußische, württembergische, sächsische u. a. – in Knoblochs Weinstube¹⁶⁸ auf (s.a. ADH Nr. 70). Eine besonders schöne Friedensfeier am 2. März 1872 beschloss den so ruhmreichen Krieg gegen Frankreich. Die Stadt legte Flaggenschmuck an und strahlte am Abend in Licht, nachdem vorher mehrere Bürger zu einer Illumination aufgerufen hatten. Musik erscholl auf Straßen und Plätzen, Freudenschüsse knallten, vom Turm ertönten die Glocken, am Abend bewegte sich ein Fackelzug durch die Stadt. Am 12. Februar 1867 feierte der vormalige Stadtrichter E. C. Oertel das 50-jährige Advokatenjubiläum. Am 7. September 1879 fand die Weihe des Kriegerdenkmals statt. Durch die schön geschmückten Straßen bewegte sich unter Beteiligung hiesiger und auch auswärtiger Vereine ein langer Festzug mit mehreren Musikcorps nach dem Platze vor dem heutigen Lindenhofe, wo nach einem Festgesange

¹⁶⁵ Pfingstsonntag war der 20. Mai 1866

¹⁶⁶ Bahnhofstraße 17

¹⁶⁷ Aufklärung; Beobachtung; Lageerkundung

¹⁶⁸ damals Hauptstraße 16, heutige Hauptstraße 14

und der Weiherede unter Ehrenfeuer die Enthüllung und Übergabe des Denkmals an die Stadt erfolgte. Ein Fest auf dem Platze und im Saal des Schießhauses schloss sich an jene Feierlichkeit an. Aus verkehrstechnischem Grunde sowie der geplanten Anlagen wegen wurde das Denkmal von der Stelle des ehemaligen Sandberges, wo Napoleon einst die Gegend betrachtete (s.a. Teil III – Pkt. 1.2.4), etwa 20 m hinausgerückt.

2 Jahre später, am 4. September 1881, feierte die Stadt in einfacherer Weise, mit Konzert und Beleuchtung durch die Gaspyspyramiden auf dem Markte den 50. Jahrestag der Sächsischen Verfassung (s. Teil III – Pkt. 2.2.1). Ein sportliches größeres Fest war 1906, am 15. Juli, das 25-jährige Jubel-Gauturnfest, ein wirtschaftliches Ereignis von Bedeutung der Sächsische Innungsverbandstag am 13. Juli 1908, ein kirchliches 1892, das des Dresdner Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung. Am 21. März 1907 empfing die Stadt den Besuch des Königs Friedrich August, nach der Begrüßung auf dem Markte und im Rathaussaale besichtigte derselbe die Exportbierbrauerei, wo ein Frühstück verabreicht wurde, und das Krankenhaus, von wo er nach Großröhrsdorf und Pulsnitz weiterfuhr.

Von wissenschaftlicher Bedeutung waren wiederholte vorgeschichtliche Funde in unserer Flur, 1884 und 1891. 1884 entdeckte Dr. Deichmüller auf dem Scherzschen Feldern westlich der Stolpener Straße ein ganzes Urnenfeld mit 21 Grabstätten, darin Näpfe mit Leichenresten, meist von Steinen umgeben, 2 kleinen zerbrochenen Ringen und Stücken einer Nadel aus Bronze, also einer Begräbnisstätte der Bronzezeit. 1891 wurden noch einige Urnen und Näpfchen dort gefunden, beim Bau der Knabenschule 1897 Gefäßreste, eine gut erhaltene Urne und lose Steinsetzung.

14 Augustusbad

14.1 Seidels Grab, Seidel-Stiftung

Es ging Christoph Seidel¹⁶⁹ wie so manchem anderen verdienten Manne: gebührend anerkannt wurde er erst nach seinem Tode. 1860 wurde sein Grabmal auf dem hiesigen Friedhofe mit freiwilligen Gaben wiederhergestellt und der Stadt übergeben, die es nun in dankbarer Erinnerung an den verstorbenen Wohltäter vieler Tausender weiter pflegt. 1890 wurde es neu instandgesetzt, im folgenden Jahre wurde es an die jetzige Stelle an der Nordseite gebracht, 1909 nochmals erneuert. Die seinen Namen tragende Stiftung gedieh jetzt auch zur Vollendung. 1864 wurden die damals vorhandenen Sammelgelder – 42 Taler – dem Rat als „Seidel -Stiftung“ übergeben, nach dem Statut vom 10. März 1865 ist sie bestimmt zur Erhaltung des Denkmals und zur Unterstützung bedürftiger Einwohner Radebergs im Bade. Verwirklicht werden sollte diese Aufgabe leider erst, wenn 500 Taler Kapital angesammelt worden seien! Um dieses Ergebnis zu erreichen, wurde im Bade eine Sammelbüchse aufgestellt, 1868 ein Konzert veranstaltet, das der Stiftung 100 Taler zuführte. Das war ein ansehnliches Ergebnis, die Aktiva betragen nun 274 Taler 10 Groschen. Aber 3 Jahre später ist noch keine Unterstützung gegeben worden. Gut, dass der damalige Besitzer Siegel (seit 1863) 1865 zugesagt hatte, jährlich 2 Einwohnern der Stadt 4 Wochen lang freie Wohnung und Bäder zu geben. Doch auch die Stiftung selbst entwickelt sich nun günstig. Ende 1876 besaß sie 975,14 Mark, Ende 1887 über 1.645 Mark, also jetzt mehr als die Summe, nach deren Erreichung die praktische Tätigkeit beginnen sollte. Ende 1889 waren es 1.717,27 Mark und 1908 über 2.500. In den 80er Jahre werden mehrere Beihilfen zu Kuren in den Höhen von 30 und 60 Mark gegeben, später höhere Summen, besonders 1910-1912.

14.2 Weiterentwicklung unter Bankdirektor Fröhner und Dr. Wilmar Schwabe

Das Bad selbst erwarb 1872 der Bankdirektor Fröhner in Dresden, der es durch Neubauten und Verbesserungen wieder zu heben suchte, aber dadurch in Konkurs geriet. Durch ihn bzw. die von ihm gegründete „Aktiengesellschaft Augustusbad“ entstand 1873 der Luisenhof, 1874 f. das Dresdner Haus und das Seydelhaus, 1875 auch noch das Galeriegebäude (das jetzige Wirtschaftsgebäude des Genesungsheimes mit dem Speisesaal). Frau Fröhner ließ 1880 noch das „Küchengebäude“ als Restaurant errichten. Nach einigen anderen Besitzern kam das Bad wieder einmal an den rechten Mann, den Geheimrat Dr. Wilmar Schwabe, Besitzer der homöopathischen Zentralapotheke in Leipzig. Dieser richtete die meisten Wohngebäude zu Genesungsheimen für die Mitglieder von Versicherungsanstalten, Krankenkassen und dergleichen ein. An

¹⁶⁹ zu Lebzeiten von Christoph war die Schreibweise „Seydel“, die Familie selbst schrieb sich spätestens ab dem 19. Jahrhundert „Seidel“, Schwabe verwendet beide Schreibweisen

der Stelle des früheren Herrenhauses (1738 erbaut) erstand 1906 das jetzige Verwaltungs- und Wohngebäude. Seit dem 1. Dezember 1904 sind die 3 Heime Augustusbad, Förstel¹⁷⁰ und Gleesberg¹⁷¹ als „Dr.-Wilmar-Schwabesche-Heimstättenstiftung“ zusammengelegt und stehen unter Aufsicht des Ministeriums des Inneren. Die Verwaltung führt ein Vorstand oder Kuratorium von 9, dann 8 Personen, dessen 1. Vorsitzender Dr. W. Schwabe ist. 1907 gründete dieser noch die „Marie-Luise-Schwabe-Stiftung“ für Freikuren. So erwachte der alte Glanz unseres Bades zu neuer Blüte. Vom ersten Tage des Krieges 1914 an widmete es sich der Heilung verwundeter und kranker Soldaten.

¹⁷⁰ Rittergut Förstel im Erzgebirge, Ortsteil von Langenberg (Gemeinde Raschau-Markersbach)

¹⁷¹ Gut Gleesberg im Erzgebirge, am Berg Gleesberg zwischen Aue und Schneeberg

Anlage I – Original der von Schwabe verwendeten Gliederung

IV. Teil 1858 - 1914.

Das Aufblühen Radebergs zur neuzeitlichen Industriestadt.

1. Abschnitt: Die kriegerischen Ereignisse 1864-1871. a). Bundesexekution gegen Dänemark. b). 1866 Belastungen, kühle Aufnahme des Friedens. c). 1870/1 veränderte Stimmung.

2. Abschnitt: Radeberg in den politischen Zeitströmungen. a). Gesinnung grossdeutsch, gegen Bismarck. - b). Sachsen im Norddeutschen Bund- Reichstagswahlen- Politische Kämpfe, Sozialdemokratie, Reformen- "Nationaler Ausschuss" - c). Landtagwahlen. d). Kreis- und Bezirkstage- e). Stadtverordnetenwahlen; Klassenwahlrecht. - f). Veranstaltungen, Kriegerdenkmal; Arbeitervereinigungen.

3. Abschnitt: Verfassung und Verwaltung. a). Bürgermeister und Stadtrat.- Stadtverordnete und Ausschüsse. b). Unterbeamte und sonstige Angestellte. c). Städtische Bezirke-Standesamt- d). Bürgerrecht-Stadtbezirk.-Anhang: Amtsgericht.

4. Abschnitt: Finanzielle Verhältnisse. a). Einnahmen und Ausgaben nach den Rechnungen von 1860, 1880 und 1910- b). Summen der Einnahmen.- c). Pachte - Sporteln - Anlagen - städtische Betriebe - Bürgergeschoss usw. - Ablösungen - d). Größere Ausgaben, kleinere für soziale Zwecke. e). Activa und Passiva. Anleihen und Rückzahlungen - f). Rücklagensystem - Stadtschuldscheine - g). Chausseegeld.

5. Abschnitt: Öffentliche Arbeiten. a). Rathaus - Reithaus - Schule - Friedhöfe - Kirche - Bad - Wasserleitung - Krankenhaus usw. - b). Strassenbau, Schleusen- Brücken - Verschönerungen, Denkmäler- c). Bauordnungen, bebauungspläne - d). Staatsstrasse von Gross-Röhrsdorf - Kommunikationswege, Flügelweg - Senkung der Fabrikstrasse - e). Wohnungsbau. - f). Strassenbeleuchtung - g). Rampen, Wassertröge - Schneeabseitung, Besprengung, Reinigung - h). Gas, elektrischer Strom. -

6. Abschnitt: Weitere Fürsorgetätigkeit der Stadt. a). Wasserversorgung.- b). Badegelegenheiten. - c). Feuerlöschwesen. - d). Nachtschutzdienst. -

e). Bettelwesen; Zwangsarbeit; 2. Armenhaus; Statistisches. 3. Altenheim u. a.
 f). Krankenpflege; Schularat; Bekämpfung besondrer Krankheiten; Viehseuchen; Hundefänger. - g). Versicherungswesen vor und nach der Sozialgesetzgebung des Reiches. - h). /Arbeitsnachweis; Sparkasse.

7. Abschnitt: Die Bevölkerung . a). Zahl und Gliederung - b) Geburten und Todesfälle; Zuzug. - c). Bürgerrechtsverleihung - d). Gesundheitszustand. -

e). Berufe - Fabrikarbeiter - f). 1. Vereinswesen . 2. Schützen. 3. Turner - 4. Militärvereine. 5. Gamsen. g). Hervorragende Kinder Radebergs.

8. Abschnitt: Wirtschaftliche Verhältnisse. a). Landwirtschaft. 1. Rückgang derselben. 2. Flurbuch. 3). Communalgrundstücke- 4 Getreidebau u. a. -

5. Viehhaltung. 6. Fischzucht.- 7. Unterhaltungsgenossenschaften für Flüsse //

b). Das Handwerk. 1) Gewerbefreiheit, Fortbestand der Innungen; Entwidigung für Wegfall von Verbotungsrechten, Innungszwang. - 2. Entwicklung einzelner Innungen und anderes. - c). Ablösung der Braugerechtigkeit. - d). Eingehen der Cavillerei. - e). 1. Neue Fabrikanlagen . 2. Eingehen mancher Betriebe. - 3. Fortbestehen einiger älteren. - 4. Größere neue Ladengeschäfte. - 5. Genaueres von besonders bedeutenden Unternehmen //

gen. - f). 1. Arbeitskämpfe. 2. Kameradschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und -nehmer. - g). Neue Gaststätten - Herbergen , Weiterentwicklung der alten . - Tanzvergnügen, Konzerte - Gastwirtsausstellung 1912. - h).

Der Handel. 1. Eingehen des Salzhandel-Privilegs - 2. Jahrmärkte, Viehmärkte, Wochenmärkte; Christmarkt- Preise. 3. geaichtes Gemäsz. - 4. Rabattspaarverein. - i). Verkehrswesen.

neue Ladengeschäfte. - 5. Genaueres von besonders bedeutenden Unternehmen //

gen. - f). 1. Arbeitskämpfe. 2. Kameradschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und -nehmer. - g). Neue Gaststätten - Herbergen , Weiterentwicklung der alten . - Tanzvergnügen, Konzerte - Gastwirtsausstellung 1912. - h).

Der Handel. 1. Eingehen des Salzhandel-Privilegs - 2. Jahrmärkte, Viehmärkte, Wochenmärkte; Christmarkt- Preise. 3. geaichtes Gemäsz. - 4. Rabattspaarverein. - i). Verkehrswesen.

neue Ladengeschäfte. - 5. Genaueres von besonders bedeutenden Unternehmen //

gen. - f). 1. Arbeitskämpfe. 2. Kameradschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und -nehmer. - g). Neue Gaststätten - Herbergen , Weiterentwicklung der alten . - Tanzvergnügen, Konzerte - Gastwirtsausstellung 1912. - h).

9. Abschnitt: Arbeiterschutz u. a. a). Freizeit im Handel, Sonn- und Feiertagsruhe in Handel und Industrie- b). Schutz von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen- c). Gewerbegericht.

10. Abschnitt: Schulwesen . a). Klassen und Lehrkräfte - b). Schülerzahl u. a. c). Zweiteilung in einfache und mittlere Volksschule - d). Fortbildungs- bzw. Berufsschule - e). Neubauten; besondere Verwaltung der Knaben - und der Mädchenschule - f). Weiterentwicklung des Turnunterrichts - Handarbeitsunterricht- g). Finanzielles u. a. - h). 1. Katholische Schule. - 2. Handelsschule . 3. Höhere Schule, Realschulbau . - i). Schulärztliche Betreuung u. a. 4. Streit mit Lotzdorf.

neue Ladengeschäfte. - 5. Genaueres von besonders bedeutenden Unternehmen //

gen. - f). 1. Arbeitskämpfe. 2. Kameradschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und -nehmer. - g). Neue Gaststätten - Herbergen , Weiterentwicklung der alten . - Tanzvergnügen, Konzerte - Gastwirtsausstellung 1912. - h).

Der Handel. 1. Eingehen des Salzhandel-Privilegs - 2. Jahrmärkte, Viehmärkte, Wochenmärkte; Christmarkt- Preise. 3. geaichtes Gemäsz. - 4. Rabattspaarverein. - i). Verkehrswesen.

11. Abschnitt: Kirchliche Verhältnisse. a). Superintendentur - Kirchen-
 vorstand - b). Kirchengebäude. Turm - Glocken, Uhr, Orgel - c). Beson-
 dere Feiern. - d). ~~Gemeindepflege~~ Kantorei, Kirchenmusik u.a. -
 e). Begräbniswesen; neuer Friedhof. - f). Gemeindepflege. - g). Kirchli-
 che Vereine. - h). Katholische Kirchengemeinde; Apostolische Gemeinde.
 i). Staatliche Eheschließung.

12. Abschnitt: Noch einiges Kulturelle. a). Private soziale Tätigkeit. -
 b). Presse. - c). Volksbibliothek. - d). Thieme'sche Chronik. - e). Gesangs-
 pflege; dramatische betätigung; Heimatliebe. - f). Stadtkapelle. - g). Verhält-
 nisse in Gaststätten; Ruhestörungen u.a.; allgemeines Urteil über den
 sittlichen Stand.

13. Abschnitt: Besondere Ereignisse: a). Wetterschäden, Krankheiten. -
 b). Feste u.a.

14. Abschnitt: Augustusbad. a). Seidels Grab, Seidelstiftung. - b). Wei-
 terentwicklung unter Bankdirektor Fröhner und Dr. Wilmar Schwabe.

Anlage II – Übersicht zu den Schülerzahlen, tabellarisch zusammengestellt von Bertram Greve

a) Schülerzahlen 1859 bis 1913

1859	männl. weibl.	1872	männl. weibl.	1891	männl. weibl.	1903	männl. weibl.
485	275 210	>700	? ?	1.300		>2.100	
1862	männl. weibl.	1877	männl. weibl.	1895	männl. weibl.	1905	männl. weibl.
536	275 261	>1.100	? ?	1.430	719 711	2.254	1.134 1.120
1865	männl. weibl.	1881	männl. weibl.	1897	männl. weibl.	1907	männl. weibl.
563	279 284	>1.200	? ?	>1.500	? ?	>2.390	? ?
1868	männl. weibl.	1883	männl. weibl.	1899	männl. weibl.	1909	männl. weibl.
590	289 301	>1.300	? ?	1.700	? ?	>2.440	? ?
1870	männl. weibl.	1889	männl. weibl.	1901	männl. weibl.	1913	männl. weibl.
628	309 319	<1.300	? ?	>1.900	? ?	2.362	1.152 1.210